



Schriftenreihe  
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte  
Band 52

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte  
Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz  
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

R. Oldenbourg Verlag München 1986

Norbert Frei

# Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition

Die Geschichte der Nachkriegszeitung  
Südost-Kurier

**ROU(1986)**

**00071**

R. Oldenbourg Verlag München 1986

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Frei, Norbert:**

Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Presse-  
tradition : d. Geschichte d. Nachkriegszeitung

Südost-Kurier / Norbert Frei. – München :

Oldenbourg, 1986.

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für  
Zeitgeschichte ; Bd. 52)

ISBN 3-486-64552-8

NE: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriften-  
reihe

© 1986 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Ver-  
lages.

Satz und Druck: Appl, Wemding

Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-64552-8

## Inhalt

Einleitung und Zusammenfassung . . . . .	7
1. Amerikanische Pläne und deutsche Gegebenheiten . . . . .	22
Das Lizenzprogramm für Bayern . . . . .	22
Die Pressesituation in Südost-Oberbayern 1945/46 . . . . .	27
Bad Reichenhall wird „target city“ . . . . .	38
2. Bayerns „18. Bagger“ . . . . .	53
Der erste Mann auf der Maschine . . . . .	56
Ein Kompagnon für die Balance . . . . .	65
Im Einsatz für demokratische Transparenz . . . . .	71
3. Kontrollierte Freiheit . . . . .	82
Nachzensur an langer Leine . . . . .	83
Einflußnahme per Rundbrief . . . . .	93
4. „Es seids Sau-Preußen!“ . . . . .	101
Ringens um das Pachtproblem . . . . .	104
Zwangsverträge als letztes Mittel . . . . .	114
5. Schlachtfeld Generallizenz . . . . .	122
Die Lizenzblätter rüsten auf . . . . .	123
Warten auf das Pressegesetz . . . . .	129
Aufmarsch der Altverleger . . . . .	139
6. Mit Haltung abwärts . . . . .	158
Diskretion und Heimatliebe . . . . .	161
Hoffen auf den starken Partner . . . . .	170
„Der Kurier ist mein Kind“ . . . . .	186
Quellen und Literatur . . . . .	195
Abkürzungen . . . . .	203

## Einleitung und Zusammenfassung

Dieses Buch erzählt von einer Zeitung, einem Mann und einem Milieu in der Nachkriegszeit. Es ist die Geschichte des *Südost-Kuriers*, der im Mai 1946 in Bad Reichenhall auf Veranlassung der Amerikaner gegründet wurde und dessen letzte Ausgabe zu Silvester 1954 erschien. Am Anfang rissen sich die Menschen in der Südostecke Bayerns das Blatt aus den Händen, am Ende interessierten sich nur noch wenige dafür. Die Auflage war von 54 000 auf 20 000 Exemplare gesunken. Dazwischen lagen achteinhalb nicht allein für den Verleger und Chefredakteur Josef Felder turbulente Jahre. Es war eine spannende Zeit für viele, die mit der Lizenzzeitung zu tun bekamen oder mit denen es die Lizenzzeitung zu tun bekam: für amerikanische Presseoffiziere, oberbayerische Bürgermeister, Stadt- und Landräte, Militärregierungsdirektoren, „preußische“ wie einheimische Redakteure, Volontäre und freie Mitarbeiter, Verlagsangestellte, Altverleger, Treuhänder, bayerische Staatsminister und hohe Beamte, Parteipolitiker, Kirchenleute – und nicht selten auch für die gewöhnlichen Leser. In der folgenden Geschichte kommen sie vor als Freunde und Feinde des *Südost-Kuriers*, als Gegner und Gönner, als Einzelkämpfer, in Gruppen und Fraktionen.

Fast wie im richtigen Leben geht es also zu, und doch gibt es einen grundlegenden Unterschied: Keiner der Haupt- und Nebendarsteller kannte das Ende der Geschichte, bevor die Geschichte endete, und in gewisser Weise kannte sich keiner so gut aus wie der Chronist. Dieses Besserwissen ermöglicht Einsichten und bereitet Probleme. So ist im Bemühen um genaue Rekonstruktion von Zusammenhängen und (Sach-)Verhältnissen aus oft – scheinbar – völlig zusammenhanglosem Material eine Geschichte entstanden, die vielleicht nie „eine Geschichte“ war und von der möglicherweise nicht ein einziger der (Mit-)Handelnden je sagen würde, er habe sie so erlebt: „historische Realität“ also, die viele Quellen auf ihrer Seite hat und dennoch offen ist für die Vermutung, es könnte auch anders gewesen sein.

Natürlich wurde diese Geschichte des *Südost-Kuriers* nicht absichtslos geschrieben. Sie ist der Versuch, die Erforschung der Medienpolitik in der amerikanischen Besatzungszone und der Entwicklung des Pressewesens in den ersten Jahren der Bundesrepublik durch eine Untersuchung aus der Perspektive „von unten“ nicht nur in einigen wichtigen Bereichen exemplarisch weiterzuführen, sondern Fragen aufzuwerfen und Antworten vorzuschlagen, die einer vor allem institutionell orientierten Betrachtung „von oben“ gar nicht in den Sinn kommen.

Die Neuordnung des Mediensystems in den Jahren 1945 bis 1949 war die insge-

samt wohl erfolgreichste gesellschaftspolitische Weichenstellung der Alliierten in Deutschland. Während bei der Reorganisation des Rundfunks eindeutig die Briten die Vorreiterrolle übernahmen und die im wesentlichen bis heute gültige öffentlich-rechtliche Rundfunkverfassung gegen deutsche Pläne einer staatsnahen Organisation durchsetzten, gaben im Pressewesen die Amerikaner die Richtung an. Die in der US-Zone betriebene Politik des personellen und strukturellen Neubeginns via Lizenzerteilung an sorgfältig ausgewählte, politisch unbelastete Deutsche für eine schon im voraus ziemlich exakt festgelegte Zahl von Zeitungen wirkte trotz einiger Unterschiede beispielgebend auf Briten und Franzosen; die Russen hatten schon vor den Amerikanern mit der Ausgabe von Lizenzen an die früh zugelassenen Parteien und Gewerkschaften begonnen. Allen vier Besatzungsmächten gemeinsam war die Überzeugung, nur durch die radikale Beseitigung der Reste des nationalsozialistischen Kommunikationssystems – einschließlich der als korruptiert erachteten kümmerlichen Überbleibsel der traditionellen deutschen Presse – die Voraussetzung für einen grundlegenden Neuanfang im Medienbereich schaffen zu können. Einigkeit bestand auch über die Bedeutung dieser Tabula rasa für eine Politik der Demokratisierung und Reorientierung, wie immer sie im einzelnen aussehen sollte. Medienpolitik wurde als ein zentraler Aspekt jeder Besatzungspolitik verstanden.

Das Verbot sämtlicher noch existierender Presseorgane und die prinzipielle Weigerung, im Rahmen der Lizenzierung Zeitungen zu berücksichtigen, die zu Beginn oder während der NS-Zeit hatten eingestellt werden müssen, bedeutete eine bewußte und völlige Ausschaltung der sogenannten Altverleger. Die Ablehnung von Bewerbern, die während des „Dritten Reiches“ in verantwortlicher verlegerischer oder journalistischer Position tätig geblieben waren und aller, deren Gegnerschaft oder Verfolgung nicht evident geworden war, schränkte den Kreis fachlich versierter Lizenzkandidaten zwar stark ein, erforderte jedoch in weit geringerem Maße die Beauftragung von Nichtfachleuten, als das später immer wieder behauptet worden ist. In der Figur des Lizenzträgers manifestierte sich ein Bruch der personellen, im Verbot aller bisherigen Periodika der Abbruch jeder institutionellen Kontinuität der deutschen Presse. Beides zusammen bedeutete eine grundlegende Strukturveränderung. Obschon in erster Linie politisch motiviert, entsprach sie der Logik der technisch-ökonomischen Entwicklung. Die strukturelle Modernisierung der deutschen Zeitungslandschaft, die bereits durch die – unter anderem Vorzeichen ebenfalls politisch motivierte – nationalsozialistische Gleichschaltungs- und Konzentrationspolitik einen kräftigen Schub erhalten hatte, wurde damit fortgeführt und mehr oder weniger auf den bis heute geltenden Stand gebracht. Denn nach Gründung der Bundesrepublik und der Aufhebung des Lizenzsystems waren die organisatorisch-strukturellen (anders als die personellen) Eingriffe der Alliierten aus den Jahren 1945 bis 1949 ebensowenig reversibel wie die der zwölf vorangegangenen Jahre. Der offensichtliche Erfolg der Lizenzpresse, der sich nicht zuletzt an der Stabilität der Abonnentenzahlen auch nach der Geldverknappung durch die Währungsreform zeigte, die Evidenz ihrer Modernität, bewog einen Großteil der Altverleger, spätestens im Herbst 1949 statt dem Wettbewerb eine Übereinkunft mit der im früheren eigenen Verbreitungsgebiet erscheinenden Li-

zenzzeitung zu wählen. Die von vielen Altverlegern gesehene Durchschlagskraft der Strukturbereinigung war es, die den nachhaltigen Erfolg der ehemaligen Lizenzpresse bewirkte. Das mußten schließlich auch diejenigen anerkennen, die eine Rückkehr versuchten und an der – zumal mit den früheren Verhältnissen in der Presse-Provinz nicht mehr vergleichbaren – hohen redaktionellen Leistungsfähigkeit der neuen Regionalzeitungen scheiterten.

Angesichts der Intensität und bleibenden Wirkung alliierter Informations- und Medienpolitik in Deutschland erstaunt es nicht, daß dieses Thema schon früh kommunikationswissenschaftliche und historische Forschungen anregte und insbesondere über die Lizenzzeitungen inzwischen mehrere Untersuchungen vorliegen<sup>1</sup>. Bislang am besten ist die Lizenzpresse in der US-Zone erforscht. Im Mittelpunkt dieser überwiegend auf amerikanische Quellen gestützten Arbeiten stehen die Planungsebene und das Entscheidungshandeln der Presseoffiziere sowie die Grundzüge der Lizenzierungspraxis. Am Rande bleiben die Reaktionen und Motivationen der daran direkt oder indirekt beteiligten und zumal der davon betroffenen Deutschen. So sind unsere Kenntnisse über die Gruppe der Lizenzträger, erst recht über die weit größere Gruppe der nach 1945 (wieder) tätigen Journalisten, noch sehr unzulänglich, und über die Akzeptanz der neuen Presse seitens ihrer Leser sind wir nur deshalb ein wenig besser informiert, weil die Amerikaner dazu gezielte Umfragen veranstalteten<sup>2</sup>. Eine Terra incognita betritt, wer beabsichtigt, die Untersuchung der Ebene des Entscheidungshandelns und der Implementierungsphase der Lizenzierungspolitik mit einem differenzierten wirkungsgeschichtlichen Ansatz zu verknüpfen, der zwangsläufig auch die

<sup>1</sup> Beispiele für frühe, zum Teil offiziöse Darstellungen zur Informations- und Medienpolitik besonders der Amerikaner: Joseph Dunner, *Information Control in the American Zone of Germany*, in: Carl J. Friedrich (Hrsg.), *American Experiences in Military Government in World War II*, New York 1948, S. 276–291; Franz B. Gross, *Freedom of the Press under Military Government in Western Germany 1945–49. The Origins and Development of the New German Press*, Diss. Cambridge/Mass. 1952; Henry P. Pilgert, *Press, Radio and Film in West Germany 1945–1953* (HICOG Historical Division), o.O. 1953; Michael Balfour, *Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946*, Düsseldorf 1959. Bei den Untersuchungen zur Lizenzpresse ist nach wie vor an erster Stelle zu nennen: Harold Hurwitz, *Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945–1949*, Köln 1972; siehe auch Barbara Mettler, *Demokratisierung und Kalter Krieg. Zur amerikanischen Informations- und Rundfunkpolitik in Westdeutschland 1945–1949*, Berlin 1975, und Reinhart Greuner, *Lizenzpresse. Auftrag und Ende. Der Einfluß der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik auf die Wiedererrichtung eines imperialistischen Pressewesens in Westdeutschland*, Berlin (Ost) 1962. Die Lizenzperiode betreffend, aber darüber hinausgehend: Heinz-Dietrich Fischer, *Parteien und Presse in Deutschland seit 1945*, Bremen 1971; Harry Pross (Hrsg.), *Deutsche Presse seit 1945*, Bern 1956; Norbert Frei, *Die Presse*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Band 3: Kultur*, Frankfurt 1983, S. 275–318. Speziell zur Entwicklung in Bayern: Heinrich Wurstbauer, *Lizenzzeitungen und Heimatpresse in Bayern*, Diss. München 1952; Kenneth R. Nelson, *US Occupation Policy and the Democratic Newspaper Press in Bavaria 1945–1949*, Diss. Charlottesville 1966.

<sup>2</sup> Vgl. Anna I. Merritt/Richard L. Merritt (Hrsg.), *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945–1949*, Urbana 1970, und Norbert Frei, *Startkontrolle. Eine amerikanische Meinungsumfrage zur „Frankfurter Rundschau“ vom August 1945*, in: *Publizistik* 30 (1985), S. 216–228.

Fixierung auf die kurze Zeitspanne bis zur Generallizenz im Herbst 1949 löst. Obwohl „genauer hingesehen“ werden muß, als das bisher in Untersuchungen zur Lizenzpresse der Fall war oder sein konnte, geht es zugleich doch auch darum, die künstlich isolierende Nahoptik rein pressegeschichtlicher Betrachtung zu vermeiden. Zeitgeschichte, Zeitatmosphäre und nicht zuletzt das den Wirkungsraum der Lizenzpresse prägende politisch-gesellschaftliche Milieu müssen als konstitutive Faktoren ernstgenommen werden. Dies auch deshalb, weil es notwendig erscheint, den Bedingungs-zusammenhang von Massenkommunikation und politischer Kultur nicht nur zu postulieren, sondern konkret vorzuführen. Beim gegenwärtigen Forschungsstand ist das freilich nur im Rahmen einer Fallstudie möglich, und als solche versteht sich die vorliegende Arbeit.

Ihr Ehrgeiz liegt in dem Versuch, die Geschichte einer einzelnen Lizenzzeitung so detailliert zu entfalten, daß wichtige Aspekte, die einer statisch-systematischen Organisationsgeschichtsschreibung fast zwangsläufig zum Opfer fallen, gleichsam „im Fluß“ der Darstellung auftauchen und anschaulich werden. Weniger die planerische Norm interessiert, wiewohl innerhalb des komplizierten und mit nahezu wissenschaftlichem Perfektionsdrang vorgehenden Militärregierungs-Apparates selbst fast unentwegt in Bewegung, als vielmehr die Realität der Lizenzpolitik. Dazu gehört die Frage nach dem Verhältnis von Improvisation und Planung bei den mit der Durchführung der Presselizierung beauftragten Offizieren der Information Control Division (ICD) und die sich daraus ergebenden Einwirkungsmöglichkeiten Dritter. In interaktionsgeschichtlicher Perspektive ist nach den Handlungsspielräumen zu fragen, über die ICD innerhalb der Militärregierung verfügte, und mehr noch nach jenen, die sich in wachsendem Maße den Lizenzträgern eröffneten. Wie abhängig waren diese von ihren amerikanischen Protektoren? Wie veränderten sich Einfluß und Bedeutung der Presseoffiziere, wie hoch war überhaupt ihr Anteil an der Durchsetzung der neuen Presse? Welche Auswirkungen hatten die gesellschaftliche Revitalisierung und politische Reorganisation traditioneller lokaler Milieus und das wieder wachsende deutsche Selbstbewußtsein auf die Lizenzpresse? Wie entwickelten sich die von den Amerikanern initiierten strukturellen und personellen Veränderungen der Zeitungslandschaft nach dem Ende der Militärregierung qualitativ weiter? War es allein der bald erzielte generelle Interessenausgleich zwischen Alt- und Lizenzverlegern, der den bleibenden Erfolg der während der Lizenzphase mit vehementer amerikanischer Unterstützung eingeübten modernen journalistischen Grundsätze ausmachte? Oder gab es noch andere Gründe für die allgemeine Anerkennung des Prinzips der Universalität des Inhalts und der klaren Trennung von Nachricht und Kommentar? – Das sind über den Einzelfall hinausweisende Leitfragen, denen die Fallstudie in sechs Kapiteln nachgeht.

Kapitel 1 skizziert mit der Vorgeschichte und dem prinzipiellen Ablauf des Lizenzprogramms den Rahmen, in dem auch die Gründung des *Südost-Kuriers* zu sehen ist. Dabei wird am Beispiel des für Bayern zuständigen 6870 District Information Services Control Commands (DISCC) eine geradezu verblüffende Unbeirrbarkeit in der Verfolgung einmal gesetzter Ziele deutlich, zu der wohl nur ein hoch motiviertes und

weitgehend unabhängig von Armee und Militärregierung operierendes Team von Spezialisten in der Lage war. Dieses konsequente Vorgehen war offensichtlich selbst schon ein wichtiger Grund für den Erfolg: Trotz einiger Verzögerungen im Sommer 1945 wurde das Lizenzprogramm innerhalb von nur knapp zwölf Monaten im wesentlichen absolviert. Mitte 1946 waren 20 Städte Bayerns mit einer – in dieser Form im deutschen Pressewesen vorher unbekanntem – Regionalzeitung ausgestattet. Jede dieser Gründungen deckte ein Verbreitungsgebiet ab, in dem bis 1932 durchschnittlich etwa 25 und nach der ökonomisch-politischen Strukturbereinigung der NS-Zeit bei Kriegsende immerhin noch mindestens fünf Blätter existiert hatten<sup>3</sup>. Mit der flinken Etablierung dieser Regionalzeitungen waren Tatsachen geschaffen, ehe deutsche oder amerikanische Stellen das klare Konzept verwässern konnten. Solches versuchten nicht nur die Verantwortlichen der sogenannten Heeresgruppenzeitungen („overt papers“)<sup>4</sup>, sondern auch, was noch kaum gesehen wurde, die Chefs vieler Militärregierungs-Detachments, die ihre Bekanntmachungen, entgegen den Vorschriften, vom Verleger des bis zur Besetzung erscheinenden Lokalblatts drucken ließen, bisweilen sogar unter dem alten Zeitungskopf. Der von den amerikanisch-britischen Presseplanern vorgesehene „black out“ nahm sich deshalb gerade in der Provinz häufig gar nicht so total aus. Bedenkt man, daß jeder Beginn einer Besetzungsherrschaft nicht zuletzt ein kommunikationspraktisches Problem darstellt, muß die Existenz einer improvisierten Presse-„Subkultur“ nicht sonderlich überraschen. Das zähe Beharren der Detachments auf eigenen Amtsblättern trug nicht nur zur Papierverknappung bei, es erschwerte auch das Bemühen der ICD, das Problem unautorisierter Publikationen („wildcats“) in den Griff zu bekommen. Ansonsten aber mußten Kompromisse vor allem „objektiver“ Widrigkeiten wegen geschlossen werden: sei es, weil die materiellen Voraussetzungen für den Start neuer Zeitungen schlechter waren als erwartet, sei es, weil sich die deutsche Personaldecke als eher dünn erwies. Nicht zuletzt diese den „field officers“ der ICD Press Branch zu Anfang abverlangte Improvisationskunst versucht die Studie trotz der gerade hierfür naturgemäß wenig ergiebigen Quellen exemplarisch zu schildern. Erstmals wird die Entstehung einer Lizenzzeitung von der Planung bis in die Details ihrer Gründung verfolgt. Es zeigt sich, daß die Handlungsfreiheit der Presseoffiziere wegen der Notwendigkeit, deutsche Kooperationspartner zu finden, in der jeweils konkreten Situation an den Gegebenheiten und dem Milieu am Ort durchaus gewisse Grenzen fand. Zwar veränderten diese nicht die Grundlinien der Lizenzpolitik, wohl aber wurden, zumal in kleinen und mittleren Städten, schon bei den Vorbereitungen für eine Zeitung vielfältige lokale Interessen geltend gemacht, deren Berücksichtigung, zumal wenn es um die Auswahl von Personen ging, wichtige Vorentscheidungen über die spätere Akzeptanz des Blattes beinhalten konnte.

<sup>3</sup> Angaben für die NS-Zeit nach Norbert Frei, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern*, Stuttgart 1980, S. 18 ff.

<sup>4</sup> Zu diesen Blättern im Überblick Elisabeth Matz, *Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944–1946)*, Münster 1969.

Natürlich hing es von einer Vielzahl von Faktoren ab, ob und wie die neuen Zeitungen „ankamen“. Gerade in der Anfangszeit waren die persönlich-politischen Beweggründe der als Kommentatoren hervortretenden Mitarbeiter, in der Regel also der Lizenzträger, tendenziell wichtiger als die journalistische Attraktivität eines Produkts, zu dem es ohnehin keine Alternative gab. Kapitel 2 geht dem Selbstverständnis der beiden im Abstand von einigen Wochen berufenen Lizenzträger des *Südost-Kuriers* nach und setzt es in Bezug zu den erkennbaren Erwartungen der Leserschaft. Damit wird in doppelter Hinsicht die Frage nach der politischen Identifikation aufgeworfen: Zum einen geht es um die Selbst-Identifikation der Lizenzträger mit den amerikanischen Demokratisierungsbemühungen, zum anderen um die Aufnahmebereitschaft der Leser für eine entsprechende Berichterstattung. Das dezidierte Bekenntnis zu einer demokratischen Neugestaltung von Staat und Gesellschaft war Grundvoraussetzung für die Bestellung zum Lizenzträger, und es lag in der Absicht der Amerikaner, das gesamte demokratische Spektrum zu berücksichtigen. Auf dem Weg über die Zusammenfassung (parti-)politisch gegensätzlicher Positionen in „Panels“ mit anfangs mehreren, später meist zwei Lizenzträgern sollte die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der neuartigen Regionalpresse garantiert werden. Wie in zahlreichen anderen Fällen gehörte einer der Lizenzträger des *Südost-Kuriers* dem sozialdemokratischen, der andere dem christlich-konservativen Lager an. Zunächst gab es kaum Spannungen zwischen diesen beiden, schon früh aber zwischen der Zeitung und dem – trotz gewisser Erosionserscheinungen im Gefolge von NS-Herrschaft und Kriegseinflüssen – noch immer relativ geschlossenen agrarisch-katholischen Milieu. Von einem Konservatismus, dessen Selbstwertgefühl sich nicht zuletzt aus seiner überdurchschnittlichen politisch-moralischen Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus speiste, war begeisterte Zustimmung zu einer Demokratisierung nach amerikanischem Ideal kaum zu erwarten. Die Euphorie, mit der die beiden Lizenzträger beispielsweise ein (als „Town Hall Meetings“ später zonenweit aufgegriffenes) Experiment der örtlichen Militärregierung publizistisch begleiteten, das die Lokalpolitik transparenter machen sollte, mußte deshalb negative Konsequenzen für die Akzeptanz der Zeitung haben – ohne daß es in längerfristiger Perspektive richtig wäre zu sagen, das Experiment sei einfach gescheitert.

Die anhand dieses Beispiels und einer Skizze der Schwerpunkte des ersten Jahrgangs vorgestellten Inhalte amerikanischer Einwirkung auf die Lizenzpresse werden im nächsten Kapitel durch eine systematische Darstellung der Mittel und Methoden zur Einflußnahme ergänzt. Gegenstand dieses eher als Exkurs denn als chronologische Fortschreibung der Geschichte des *Südost-Kuriers* angelegten Kapitels 3 ist die nähere Bestimmung des Verhältnisses von Freiheit und Kontrolle in der Berichterstattung. Ausgehend von der ursprünglichen Absicht der Planungsexperten der Psychological Warfare Division (PWD), die Lizenzpresse der Vorzensur zu unterwerfen, wird das dann tatsächlich angewandte Verfahren der „post publication scrutiny“ erläutert. In einer Situation, in der die Einhaltung des Verbots, NS-Gedankengut und ähnliches zu propagieren, eine bare Selbstverständlichkeit war und auch die Durchsetzung der einzigen Spezialvorschrift – sie verlangte besondere Umsicht in der Be-

richterstattung über Displaced Persons und Flüchtlinge – nahezu problemlos verlief, erschien der organisatorische und personelle Aufwand für diese nachträgliche Kontrolle selbst Presseoffizieren als übertrieben. Ein signifikantes Mißverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag bestand jedoch nur, so lange der Zweck des Verfahrens allein in der (künftigen) Verhinderung unerwünschter Berichterstattung gesehen wurde und nicht in der damit verbundenen Aufbereitung der von den Lizenzzeitungen vermittelten Informationen für die Spitze der ICD. Tatsächlich war die kontinuierliche Zeitungsauswertung nicht nur im Sinne üblicher amerikanischer Erfolgskontrolle von Bedeutung, sondern auch als Bezugsgröße im Bemühen, die Lizenzpresse von Fall zu Fall im Sinne einer Politik der Reorientierung einzusetzen. Eine systematische Instrumentalisierung der neuen Zeitungen für propagandistische Zwecke bedeutete das nicht. Die Absicht, eine wirklich freie Presse zu inaugurierten, machte es erforderlich, das Selbstbewußtsein der Lizenzträger zu fördern und ihre Position in der Öffentlichkeit nicht durch Gängelung oder gar Maßregelungen zu erschüttern. Je länger die Lizenzperiode währte, desto dringlicher wurde das aus zwei Gründen: Zum einen nahmen die Attacken vor allem der Parteipolitiker auf die Lizenzpresse im selben Maße zu, wie die Aussichten auf eine Lizenzierung regelrechter Parteiorgane nach dem Vorbild der britischen Zone schwanden (Mitteilungsblätter für ihre Mitglieder durften die Parteien jedoch auch in der US-Zone herausgeben); zum anderen geriet die Weisung, die der Lizenzpresse Kritik an den Besatzungsmächten und namentlich die Hervorhebung von Differenzen in der Politik der Alliierten untersagte, zunehmend in Widerspruch zur neuen Konstellation im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges. Erst die propagandistische Offensive Militärgouverneur Clays vom Herbst 1947 entthob die Lizenzzeitungen der Verpflichtung zur Keuschheit in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, wozu ICD bis dahin angehalten hatte. Signifikante Veränderungen in der Berichterstattung konnte Clays „Freibrief“ jedoch nicht (mehr) evozieren: Praktisch seit dem Start ihrer Zeitung hatten die Lizenzträger unterschiedliche politische Meinungen formuliert und ihren kontinuierlich wachsenden Spielraum zu nutzen gelernt.

Für die Herausbildung eines funktional angemessenen Selbstbewußtseins der Lizenzträger mindestens ebenso wichtig wie eine weitgehende journalistische Unabhängigkeit war die Gewißheit, in den US-Presseoffizieren engagierte Mentoren zur Seite zu haben. Zum ersten und entscheidenden Testfall dafür wurden die 1946 begonnenen Bemühungen um die rechtlich-materielle Absicherung der Lizenzpresse, denen in Kapitel 4 nachgegangen wird. Ausgangspunkt jahrelanger Auseinandersetzungen war die Absicht führender Vertreter der ICD, die Existenz der neugegründeten Zeitungen über das ungewisse Datum der Aufhebung der Lizenzpflicht hinaus zu gewährleisten, und zwar durch rechtsverbindliche, mindestens mittelfristige Pachtverträge mit den Inhabern der von den Lizenzblättern genutzten Druckereien. Denn für die Errichtung eigener Druck- und Verlagsgebäude fehlten den Lizenzträgern auf absehbare Zeit die Mittel, und Aussichten auf den Erwerb der nach Militärregierungsrecht beschlagnahmten Betriebe bestanden nur für die wenigen Lizenzzeitungen, die in ehemals NSDAP-eigenen Unternehmen hatten gegründet werden kön-

nen. Die Konkretisierung am Beispiel des *Südost-Kuriers*, dessen „Fall“ zeitweise freilich Präzedenzcharakter annahm, zeigt das Prozeßhafte der Gesamtentwicklung und die wachsenden Einflußmöglichkeiten deutscher Stellen. In dem Bewußtsein, die von den Amerikanern gewünschte neue demokratische Ordnung zu verkörpern, setzte sich die CSU-geführte bayerische Staatsregierung 1949/50 nachhaltig für die – im Blick auf ihr Verhalten in der NS-Zeit politisch-moralisch oft durchaus respektablen – Interessen der Altverleger ein. Sie bezog damit explizit gegen die Lizenzzeitungen Stellung, obgleich sich diese denselben amerikanischen Intentionen verdankten wie die (Lizenz-)Parteien. Die Verzögerungstaktik des Bayerischen Landesamts für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung (BLVW), das sich seit seiner Gründung im Sommer 1946 nach Kräften gegen den Abschluß mehrjähriger Pachtverträge zwischen Lizenzträgern und Treuhändern der Altverleger-Betriebe sträubte und das – von den Amerikanern nie bestrittene – Recht am privaten Eigentum betonte, wies schließlich den Weg in Richtung Kompromiß. Vleierorts kamen freiwillige Verträge zwischen den Eigentümern und den Lizenzträgern zustande, häufig mit der Perspektive einer Beteiligung des Altverlegers an dem Lizenzunternehmen. Nur in wenigen kurz vor Aufhebung der Lizenzpflicht noch immer offenen Fällen ordnete die Militärregierung Zwangspachtverträge an. Dieser Protektionismus der Schlußphase war allerdings eher ein Zeichen der Schwäche als eine Demonstration von Stärke; die deutschen Gegner der Lizenzpresse hatten ihn den Amerikanern quasi aufgezwungen und wußten ihn im Zeichen beginnender deutsch-amerikanischer Freundschaft prompt als Anachronismus zu stigmatisieren.

Jedoch bestätigte der Unmut, dem sich die Lizenzpresse und ihre amerikanischen Väter bei deutschen Politikern jeder Couleur seit 1947/48 in wachsendem Maße gegenüber sahen, nicht zuletzt den inzwischen erreichten Status: Die neuen Zeitungen hatten ihre Aufgabe der Information und öffentlichen Meinungsbildung in respektabler Weise angenommen und standen ihrerseits in gutem Ansehen bei den Lesern. Nach der Währungsreform begann sich abzuzeichnen, daß sie auch einem künftigen Wettbewerb mit wiedererscheinenden Altverleger-Blättern ohne allzu große Furcht entgegensehen konnten. Kapitel 5 schildert am Beispiel des *Südost-Kuriers* zunächst die aufgrund verbesserter materieller Bedingungen ab Sommer 1948 eingeleitete publizistische Leistungssteigerung, zu der die Presseoffiziere zwar ermunterten, konkret aber kaum noch beizutragen vermochten. Allen Beteiligten war klar, daß es darum ging, die Zeit bis zur Aufhebung der Lizenzpflicht zur Stärkung der eigenen Position zu nutzen. Die exemplarische Schilderung veranschaulicht den engen und zeitweise dramatischen Zusammenhang zwischen den Vorbereitungen auf die Konkurrenzsituation, der mühseligen Entstehung von Landespressegesetzen (nachdem ein erster Anlauf im Stuttgarter Länderrat gescheitert war) und schließlich der Auseinandersetzung mit den Altverleger-Zeitungen in der ersten Phase nach der Generallizenz im Herbst 1949. Über die „äußeren“ Handlungsabläufe und Begleiterscheinungen des (bevorstehenden) Konkurrenzkampfes hinaus, interessieren dessen Auswirkungen auf Inhalt und Formen der Berichterstattung sowohl des Lizenzblattes wie der Altverleger-Zeitungen. In zeitlicher Fortführung der Untersuchung kann ge-

zeigt werden, daß die mit der Etablierung des Lizenzsystems gegebenen Modernisierungsimpulse auch bei den wiederkehrenden Altverleger-Produkten ihre Wirkung taten: Sogenannte Heimatblätter, die versuchten, inhaltlich und organisatorisch-technisch auf dem Stand der zwanziger und dreißiger Jahre anzuknüpfen, gerieten verhältnismäßig rasch ins Abseits oder aber unter den Zwang, ihr redaktionelles Niveau und ihr Erscheinungsbild merklich zu verbessern. Jedoch blieben auch der unter Konkurrenzerwartung stehenden Lizenzpresse gewisse, zumeist im voraus erbrachte Anpassungsleistungen nicht erspart; im Falle des *Südost-Kuriers* handelte es sich im wesentlichen um die ab Herbst 1948 eingeleitete Verstärkung der heimatgeschichtlichen und „bunten“ Berichterstattung.

Neben den hauptsächlich von den Altverleger-Zeitungen ausgehenden Konvergenzbewegungen resultierte aus der Aufhebung der Lizenzpflicht im Verbreitungsgebiet des *Südost-Kuriers* mittelfristig eine Ausdifferenzierung des Lesepublikums. Kapitel 6 verfolgt diesen Prozeß, für den es ineinanderfließende inhaltliche und strukturelle Gründe gibt. Strukturell war die Rückkehr eines Großteils der bisherigen Leser des *Südost-Kuriers* zu ihren oft schon seit Generationen bezogenen, traditionsreichen Lokalblättern, die sich mit der Bezeichnung „Heimatzeitung“ gezielt von der ehemaligen Lizenzzeitung abzusetzen suchten. Denn ein solcher Wechsel beruhte nicht auf dem nüchternen Leistungsvergleich und auch nicht unbedingt auf im engeren Sinne politischen Erwägungen. Häufiger folgte er einem unbestimmten Treuegefühl, das die Überlegung einschließen konnte, die „gute alte“ Heimatzeitung sei es wert, unterstützt zu werden. Der zentrale inhaltliche Grund für einen Wechsel – für die Gruppe der weniger Konservativ-Traditionsverhafteten, Nicht-heimischen und Bessergebildeten war es das wichtigste Argument für die gegenteilige Entscheidung – hing damit eng zusammen: Es war die Weigerung des *Südost-Kuriers*, seine Mission aufzugeben oder für teilbar zu erklären, die in der Herstellung politischer Transparenz und dem Engagement für eine demokratische (Kommunikations-)Kultur bestand; damit unvereinbar war die von den Altverleger-Blättern unter dem Etikett „Heimatliebe“ betriebene diskrete Ausblendung oder Vernebelung vor allem lokalpolitischer Konflikte. Am Beispiel einer Streitfrage, die in der Region monatelang für Aufregung sorgte – es ging um die Sprengung der Hitler-Bauten am Obersalzberg – verdeutlicht das letzte Kapitel noch einmal das konsequente Festhalten des *Südost-Kuriers* am Prinzip der Realitätsadäquanz, das ihn von den Heimatblättern am meisten unterschied und das schließlich sein Scheitern mitbegründete.

Dieses Scheitern wirft die Frage auf nach der Repräsentativität des *Südost-Kuriers* und damit der vorliegenden Studie. Bei flüchtiger Betrachtung mag der Eindruck entstehen, das in Bad Reichenhall gegründete Blatt sei die große Ausnahme unter den 27 Lizenzzeitungen Bayerns, vielleicht sogar unter allen 62 der US-Zone gewesen. Doch dieser Eindruck ist falsch. Gewiß gab es milieuspezifische Abweichungen von einem theoretischen Mittel, und gewiß hatte Josef Felder, der das Profil der Zeitung prägte, seine Eigenheiten. Auch wurden nur wenige der von den Amerikanern lizenzierten Zeitungen nach Ende der Lizenzperiode oder nach Ablauf der (Zwangs-)

Pachtverträge so sang- und klanglos eingestellt wie der *Südost-Kurier*<sup>5</sup>. Aber das sind keine hinreichenden Gründe, der Geschichte des *Südost-Kuriers* unter Hinweis auf mangelnde Typik den weitergehenden Erkenntniswert abzusprechen. Im Gegenteil verdeutlichen die Schärfe der Konfrontation zwischen der Lizenzzeitung und dem Milieu sowie die Härte der Auseinandersetzung zwischen Felder und den Altverlegern in besonderer Klarheit eine Grundproblematik, an deren wissenschaftlicher Erörterung im Regelfall einer gelungenen Einigung den vormaligen Kontrahenten naturgemäß wenig gelegen ist<sup>6</sup>. Die Struktur des Konflikts, in dem die – häufig ortsfremden – Lizenzträger als zwangsläufige Gegner einer Gruppe lokaler Altverleger erschienen, war in den ländlichen Regionen der amerikanischen (und mit gewissen Modifikationen angesichts einer etwas abweichenden Lizenzierungspraxis auch der französischen und britischen) Zone weitgehend identisch. Ob im Falle des *Donau Kuriers* in Ingolstadt, der *Kieler Nachrichten*, des *Mannheimer Morgens* oder des *Allgäuers* in Kempten (um nur näher untersuchte Beispiele zu nennen<sup>7</sup>): Außerhalb der Großstädte, wo vor allem aufgrund nationalsozialistischer Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse die Voraussetzungen anders lagen, gab es nahezu überall nur die Wahl zwischen kräfteschonendem Arrangement und hartem Konkurrenzkampf, der einen Interessenausgleich am Ende natürlich nicht ausschloß. Diese Möglichkeit bestand grundsätzlich auch für den *Südost-Kurier*; weshalb sie nicht wahrgenommen wurde, wird im einzelnen untersucht. Daneben aber ist festzuhalten, daß sich die Fallstudie nicht durch die Herausarbeitung statistischer Mittelwerte legitimiert. Die sicher verlockende Möglichkeit des permanenten Vergleichs zwischen dem *Südost-Kurier* und einer wie auch immer zu treffenden Auswahl weiterer Lizenzzeitungen

<sup>5</sup> Einigermäßen systematisch untersucht wurde das meines Wissens bislang nur für Bayern: Rainer Sütfeld, Die Entwicklung der 27 in Bayern lizenzierten Tageszeitungen seit 1949 unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Lizenzträger, M. A. München 1983. Bis zur Fusion der Verlegerverbände Mitte 1954 wurden die Niederbayerischen Nachrichten, Straubing, und die Weißenburger Zeitung, die jedoch erst am 1. 6. 1949 erschienen war, eingestellt. Der Hochland-Bote, Garmisch-Partenkirchen, fusionierte 1950 mit der ehemaligen Lizenzzeitung Münchner Merkur, mit der auch zahlreiche oberbayerische Altverleger kooperierten.

<sup>6</sup> Einsicht in die Akten des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger e. V. war trotz wiederholter Bemühungen nicht zu erhalten. Vgl. in diesem Zusammenhang Rolf Richter, Kommunikationsfreiheit = Verlegerfreiheit? Zur Kommunikationspolitik der Zeitungsverleger in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1969, Pullach 1973.

<sup>7</sup> Fundierte monographische Studien sind noch immer selten. Die folgenden behandeln, in unterschiedlicher Qualität, auch die Altverleger-Problematik: Christoph Markl, Restauration und Konzentration. Zur Entwicklung der Heimatpresse nach 1945. Eine regionale Fallstudie, M. A. München 1984; Katharina Otzen, Lizenzpresse, Altverleger und Politik. Kontroversen um die „Kieler Nachrichten“, Sankt Augustin 1980; Udo Leuschner, Zeitungs-Geschichte. Die Entwicklung einer Tageszeitung über zwei Jahrhunderte: vom „Intelligenzblatt“ zum Kabelfernsehprojekt am Beispiel Mannheims. Ein Buch über das Geschäft mit Zeitungen, Berlin 1981; Hans Schneider, Der „Allgäuer“. Vom Wesen und Wirken einer Heimatzeitung seit 1945, Diss. München 1952; vgl. auch Gerd G. Kopper, Zeitungsideologie und Zeitungsgewerbe in der Region. Eine Fallstudie zu den politischen Voraussetzungen der Konzentration in Schleswig-Holstein 1945–1970 (mit Nachträgen 1971), Düsseldorf 1972.

hätte nicht nur den Rahmen, sondern die Geschichte selbst gesprengt – jedenfalls insoweit, als es darum geht, die Zeitung möglichst konkret in dem Milieu zu zeigen, für das sie gemacht wurde, weil vieles sich erst dadurch erklärt. Das gilt besonders hinsichtlich der Frage, worin die Bedeutung des *Südost-Kuriers* für die publizistische und politische Landschaft entlang der Salzach letztlich zu sehen ist, und allgemein: weshalb die amerikanische Lizenzpolitik erfolgreich war.

Der *Südost-Kurier* war Josef Felder, und Josef Felder war sozialdemokratische Vernünftigkeit. In dieser Formel ist im Grunde alles enthalten, was die 18. bayerische Lizenzzeitung ausmachte, nach Meinung von Freunden und Gegnern, des Milieus, in dem sie erschien. Die Geschichte des *Südost-Kuriers* ist deshalb nicht zuletzt ein Stück der Lebensgeschichte eines schwäbisch-bayerischen Genossen und Journalisten, den amerikanische Presseoffiziere mit guten Gründen, wenn auch ohne besondere Überlegung, dazu bestimmten, für altbairisches Kernland eine der neuen Zeitungen herauszugeben, mit deren Hilfe der Nationalsozialismus überwunden und Deutschland demokratisiert werden sollte. Das mag wie grob vereinfachende Personalisierung eines Strukturproblems erscheinen, ist aber tatsächlich dessen Ausdruck: Denn die Gründung des *Südost-Kuriers*, also Felders Berufung, war Strukturreform von oben. Die Amerikaner brachten damit im Südosten Oberbayerns wie überall in ihrer Zone den Willen zum Ausdruck, eine Rückkehr zur zersplitterten, leistungsschwachen und damit politischer Abhängigmachung offenstehenden Presselandschaft der Weimarer Zeit zu verhindern. Die zunächst vorgesehene Lizenzierung Josef Felders und eines arrivierten einheimischen CSU-Funktionärs, die an dessen Weigerung scheiterte, sein Bürgermeisteramt aufzugeben, erhellt schlaglichtartig die Zufälligkeiten, von denen trotz des systematischen Vorgehens viel abhängen konnte. Denn es ließe sich darüber nachsinnen, ob mit einer stärkeren Persönlichkeit, als Heinrich Haug es dann war, der politische Katholizismus seine Ansprüche besser gewahrt gesehen hätte. Aus der Perspektive der lokalen Altverleger freilich war jeder ein faktischer Erfüllungsgehilfe der Amerikaner, der eine Lizenz annahm. Und das wurde, über den Kreis der materiell davon Betroffenen hinaus, ohne Zweifel als ein Makel verstanden in einem Milieu, das in den amerikanischen Besatzern überwiegend Störenfriede sah und auf deren politische Gestaltungsansprüche, soweit sie vor-nationalsozialistische Strukturen zu tangieren drohten, mehrheitlich in durchaus vergleichbarer Weise reagierte wie 1933 auf die Bestrebungen der Nationalsozialisten, ihre frisch errungene politische Macht auch gesellschaftlich umzusetzen: es mauerte, so gut es eben ging.

Aber von Beginn an waren die beiden Lizenzträger, mit unterschiedlichem Temperament und unterschiedlichen Fähigkeiten, auch Überzeugungstäter. Sie setzten – wie viele ihrer Kollegen – mit amerikanischer Unterstützung Maßstäbe journalistischer Leistung und verlegerischer Modernität, die nach 1949 von den Altverlegern nicht einfach rückgängig zu machen waren. Sie vermittelten die Anfänge einer demokratischen Politik auf Landes- und Bundesebene – obgleich gerade Felder zu sehr ihre Reduktion auf Parteipolitik betrieb –, und beförderten damit zweifellos die Reorientierung bzw. Neuorientierung ihrer Leserschaft. Denn Partizipation konnte sich auch an der Kritik von Meinungen entwickeln, wie sie in den Leitartikeln des *Südost-*

*Kuriers* zum Ausdruck kamen, und demokratische Verhaltensmuster wurden eingeübt, mochten sich die „Town Hall Meetings“ oberflächlich auch als gescheitert darstellen: Die Berichte darüber, wie überhaupt die intensivierte und politisierte Lokalberichterstattung, führten Kommunalpolitik als eine öffentliche, dialogfähige Angelegenheit vor. Durch Publizität erwuchs der informellen Herrschaft der Honoratioren im Grunde erstmals ein Gegenpart. Dem widerspricht nicht, daß Felders missionarischer Eifer, der aus der Sicht der Konservativen eindeutig parteipolitisch motiviert war, bei diesen auf fundamentale Ablehnung traf und nach 1949 die Projektion des als besonders unangenehm erlebten Teils der Besatzererfahrungen – in erster Linie die Entnazifizierung – auf das Lizenzblatt erleichterte. Die Trennung zwischen objektiver Nachrichtengebung und Kommentar, zumal dieser in der Regel sozialdemokratische Positionen bezog, wurde nicht akzeptiert. Felder war nicht nur eine ständige Herausforderung, er war und blieb ein permanenter Vorwurf an ein Milieu, dessen Mehrheit in dem politisch unbeugsam gebliebenen Sozialdemokraten und KZ-Häftling auf die eigene Kompromißbereitschaft gestoßen wurde, in dem kurzzeitigen Emigranten ansatzweise aber auch den Typus des „wurzellosen Linken“ erblickte, der nichts davon wußte, wie sich die NS-Herrschaft vor Ort ausgenommen und in welcher doch auch respektablen Weise man sie „durchgestanden“ hatte.

Für den Erfolg des *Südost-Kuriers* war dies alles andere als nebensächlich, findet an der Prädisposition des Publikums doch noch jeder politisch-publizistische Anspruch seine Grenzen: Via Zeitung waren (und sind) fundamentale politische Einstellungen und Mentalitäten nicht zu verändern, jedenfalls nicht in Zeiträumen von nur wenigen Jahren. Als nach der Generallizenz die Wahlmöglichkeit bestand, wanderte mehr als die Hälfte der Abonnenten des *Südost-Kuriers* zu den Altverleger-Blättern ab, die jedoch nicht mehr ganz die alten waren und es vor allem nicht bleiben konnten, wollten sie ihre neuen-alten Leser auf Dauer halten. Indem sie sich in journalistisch-inhaltlicher Hinsicht dem *Südost-Kurier* annäherten, verringerten sie die Zahl der für das ehemalige Lizenzblatt sprechenden objektiven Argumente. Deren Bedeutung für die Abonnementwahl blieb freilich stets eine relative: Sie war allenfalls komplementär zur gefühlsmäßigen Entscheidung für die Rückkehr zum traditionellen Heimatblatt – weil nicht zuletzt die Form und deren Perzeption über die Annehmbarkeit von Inhalten entscheidet, weil das Medium zugleich auch Botschaft ist.

So wenig das Scheitern des *Südost-Kuriers*, wenn man es denn so nennen will, ein Zufall war, so wenig war es zwangsläufig. Fast bis zuletzt gab es mehrere Optionen. Die mangelnde Bereitschaft und wohl auch Fähigkeit Felders, sich spätestens nach dem Ausscheiden des konservativen, aber nur wenig Gegengewicht darstellenden Mit-Lizenzträgers Heinrich Haug seiner entschieden sozialdemokratischen Aura zu entledigen, verbaute gewiß Möglichkeiten, den *Südost-Kurier* doch noch zur dominierenden modernen Regionalzeitung weiterzuentwickeln, wie es der amerikanischen Lizenzpresse in der Regel gelang. Aber auch der alternative Weg, der darin bestanden hätte, den *Südost-Kurier* als anspruchsvolle Minderheitenzeitung auszubauen, wurde nicht eingeschlagen. Für den Bau einer eigenen Druckerei fehlte das Kapital, und die Amortisationschancen waren ungewiß. Wenn Felder das Risiko nicht

wagte, so war das ein Stück weit auch die – in der Geringschätzung von „Provinz“ wohl zeittypische – Entscheidung der SPD, die den *Südost-Kurier* zumindest mittelfristig hätte am Leben halten können. 12 000 bis 15 000 Abonnenten wären nach Ablauf des Zwangspachtvertrags und dem Wiedererscheinen des *Reichenhaller Tagblatts* als sechster Altverleger-Zeitung der Region erreichbar gewesen, und eine Erweiterung des Verbreitungsgebiets auf ganz Südbayern hätte der „politischen Stimme der Provinz“ vermutlich zusätzliche Leser gebracht. Immerhin erscheinen im ehemaligen Verbreitungsgebiet des *Südost-Kuriers*, mit Auflagen zwischen rund 7000 und 18 000 Exemplaren, noch heute vier der sieben Altverleger-Zeitungen<sup>8</sup>, die 1949 wieder angetreten waren – eine Besonderheit in der Presselandschaft der Bundesrepublik wie seinerzeit ihre Voraussetzung, die Einstellung des *Südost-Kuriers*.

Die strukturellen Auswirkungen des amerikanischen Lizenzprogramms waren bereits zwei Jahre nach dem Ende der Militärregierung klar zu erkennen. Der Vergleich zwischen den ehemaligen Lizenz- und den Altverleger-Zeitungen in Bayern vom Sommer 1951 zeigt ein Auflageverhältnis von 3:1 zugunsten der Lizenzpresse, dem ein Verhältnis von 1:6 in der Zahl der Zeitungen entgegenstand; nur zwei von 119 der zu diesem Zeitpunkt noch existierenden Heimatblätter erreichten die Mindestauflage der Lizenzzeitungen von mehr als 20 000 Exemplaren<sup>9</sup>. Zwar fehlen zur exakten Gesamtbeurteilung des verlegerischen Erfolges der Lizenzpresse qualitativ-statistische Untersuchungen<sup>10</sup>, jedoch fällt auf, wie nahe die Zahl der in den Westzonen insgesamt lizenzierten Zeitungen (156) bei der seit mehr als einer Dekade nahezu konstanten Zahl selbständiger Zeitungen (publizistischer Einheiten) in der Bundesrepublik (1985: 126) liegt.

Während die Bedeutung der Lizenzperiode für die strukturelle Entwicklung der Nachkriegspresse insbesondere in der ehemaligen amerikanischen Zone kaum zu überschätzen ist, bietet sich im personellen Bereich ein weniger klares Bild, denn ein Urteil kann nicht auf die Gruppe der Lizenzträger beschränkt bleiben. Zum Leidwesen der konservativen Parteien bestand unter den Lizenzträgern bis zuletzt ein Übergewicht an Mitgliedern oder Anhängern der SPD, das zumal in Bayern zu heftigen – und wirkungsvollen – Protesten führte. Wegen der von den Amerikanern angelegten hohen politischen und intellektuellen Maßstäbe war das „Reservoir“ auch fachlich

<sup>8</sup> Berchtesgadener Anzeiger (6700 Exemplare) und Reichenhaller Tagblatt (11 000) stehen mittlerweile in redaktioneller Arbeitsgemeinschaft mit dem Traunsteiner Wochenblatt (16 000), das im Sommer 1985 seinen 130sten Geburtstag feierte. Das Trostberger Tagblatt kommt mit zwei Nebenausgaben auf 18 200 Exemplare. Alle Blätter erscheinen fünfmal pro Woche und befinden sich seit Generationen in Familienbesitz. Vgl. Willy Stamm (Hrsg.), *Leitfaden für Presse und Werbung* 1985, Essen 1985, und *Süddeutsche Zeitung* vom 3.7. 1985, S. 21.

<sup>9</sup> Vgl. Wurstbauer, S. 131 f. Zur Strukturentwicklung auch Georg Bitter, *Zur Typologie des deutschen Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland*, München (1951); Franz Mannhart, *Entwicklung und Strukturwandel der Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 und ihre Position im öffentlichen Raum*, Diss. München 1957.

<sup>10</sup> Bisher dazu nur die Titelübersicht von Walter J. Schütz, *Die Zeitungen in Nordrhein-Westfalen 1945–1949. Eine Bibliographie*, in: Kurt Koszyk/Volker Schulze (Hrsg.): *Die Zeitung als Persönlichkeit*. Festschrift für Karl Bringmann, Düsseldorf 1982.

geeigneter Kandidaten bereits nach der Etablierung der ersten Lizenzzeitungen in den Großstädten weitgehend erschöpft. Proporzgesichtspunkte spielten angesichts solcher Rekrutierungsschwierigkeiten, die sich wie ein roter Faden durch die Wochenberichte der nicht nur in dieser Hinsicht besonders aktiven ICD Press Branch Bayern ziehen, eine eher untergeordnete Rolle. Auf der Ebene der journalistischen Mitarbeiter waren die Probleme ähnlich. Je feiner das Netz der Lizenzzeitungen geknüpft wurde, desto geringer wurden die personellen Auswahlmöglichkeiten und in desto stärkerem Maße fanden auch Journalisten wieder Zugang zu den Redaktionen, die ihren Beruf meist schon während der Weimarer Republik erlernt hatten und in der NS-Zeit tätig geblieben waren. Systematische Forschungen auf diesem Feld ergäben vermutlich ein außerordentlich hohes Maß an personeller Kontinuität zumindest in der mittleren und unteren Ebene redaktioneller Hierarchie. Dieser Aspekt von Kontinuität in einem ansonsten von ungewöhnlich starker Diskontinuität geprägten Bereich würde bei Berücksichtigung des großen Heeres freier journalistischer Mitarbeiter, zumal in der Lokalberichterstattung der Regionalzeitungen, schärfer hervortreten; seine Bedeutung für die inhaltliche Gestaltung der Lizenzzeitungen sowie generell der deutschen Nachkriegspublizistik ist allerdings noch unklar. Wenn politisch-publizistische Anknüpfungsversuche an die NS-Zeit auch nach dem Abzug der Militärregierung in der Tagespresse Ausnahmeerscheinungen blieben und der Tonfall des diktatorischen Verlautbarungsjournalismus verschwand, hatte das in der von den Amerikanern geförderten journalistischen Aus- und politischen Weiterbildung einen wichtigen Grund, wohl noch mehr aber in der allgemeinen sozialpsychologischen und politischen Entwicklung der deutschen Nachkriegsgesellschaft.

\*

Bemerkungen über die Quellengrundlage einer Arbeit bedeuten immer auch einen Blick in die Werkstatt, und dort dürfte ein Bekenntnis zu handwerklichem Pragmatismus gestattet sein: Der Entscheidung, den *Südosst-Kurier* zum Gegenstand der Fallstudie zu machen, lag auch eine Portion Quellen-Opportunismus zugrunde. Natürlich ging voraus eine Beschäftigung mit den Dokumenten der amerikanischen Militärregierung, dem sogenannten OMGUS-Bestand, der seit einiger Zeit im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) als Mikrofiche-Kopie vorhanden ist<sup>11</sup>. Dabei zeigte sich jedoch, daß, trotz der darin enthaltenen Fülle außerordentlich interessanten Materials, aus den Akten der ICD auf Zonen- (OMGUS) und Länderebene (OMG Bayern, Hessen, Württemberg-Baden) ein Quellenkonzentrat für einzelne Lizenzzeitungen nicht zu destillieren sein würde. Vor allem spiegelt sich die deutsche Seite, deren volle Einbeziehung zentrale Absicht des Vorhabens war, in den Akten der ICD nur schwach. Also mußte Ausschau nach deutschen Parallelüberlieferungen gehalten werden. In verschiedenen Abgaben der bayerischen Staatsregierung im Haupt-

<sup>11</sup> Näheres bei Hermann Weiß, Abschlußbericht über das OMGUS-Projekt, in: VfZ 32 (1984), S. 318–326.

staatsarchiv in München (BayHStA) fanden sich dafür ebenso Ansatzpunkte wie im Nachlaß Wilhelm Hoegner im IfZ. Letzterer enthält auch Korrespondenz zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und den Lizenzträgern des *Südost-Kuriers*, besonders mit Josef Felder, der dem Archiv des IfZ 1980 eine komplette Sammlung sämtlicher Jahrgänge seiner Zeitung übergeben hatte. Mit der Lektüre in diesen Bänden entstand die Idee, das Reichenhaller Blatt zum Gegenstand einer Einzeldarstellung zu machen. Vergleichende Recherchen bestätigten die Annahme, daß die Aktenslage für den *Südost-Kurier* zumindest nicht schlechter sein würde als für andere Lizenzzeitungen in Bayern. Nun begann die Suche nach ergänzendem Quellenmaterial; Fundorte waren das Staatsarchiv (StA) München, die Altregistratur der Stadt Bad Reichenhall, die Registratur des Amtsgerichts München (für einige Spruchkammerverfahren) – und nicht zuletzt der Aktenschrank Josef Felders, der zwar längst nicht mehr alles, aber doch noch einige wichtige Unterlagen zum *Südost-Kurier* enthielt (dieses Material befindet sich jetzt im Institut für Zeitgeschichte: IfZ, ED 312) Auch einige Befragungen von ehemaligen Mitarbeitern des *Südost-Kuriers* und des seinerzeitigen Chefs der ICD Press Branch, Ernst Langendorf, der ebenfalls Material zur Verfügung stellte (IfZ, Fh 24), halfen weiter; ich bin für diese Auskünfte sehr dankbar. Als „erste Quelle“ freilich stellte sich, je länger die Beschäftigung damit währte, desto deutlicher, der *Südost-Kurier* selbst heraus: Die Neigung Josef Felders und in geringerem Maße seines Mit-Lizenzträgers Heinrich Haug, in der Zeitung über die Zeitung, ihre Entwicklung und ihre Verwicklung in lokalpolitische Auseinandersetzungen zu schreiben, erwies sich als Glücksfall.

\*

Ich freue mich, am Ende Dank sagen zu können: Martina Kessel, Angela Wittmann-Hausner, Barbara Fait – alle M. A. und trotzdem bereit, mir bei der geisttötenden, aber Kenntnis und Konzentration erfordernden Kopierung vieler Mikrofiches zu helfen –, Renate Bihl für tägliche Überlebenshilfe, Hermann Weiß für seine Geduld mit meinen Fragen zum OMGUS-Bestand, Martin Broszat, Hermann Graml und Hans Woller, die das Manuskript oder Teile davon lasen und durch ihre Kritik verbessern halfen. Für kluge Fragen danke ich auch Johannes Schmitz, Franziska Violet, und, wie immer, Margit Ketterle.

Ohne die selbstlose Unterstützung Josef Felders, der in diesem Sommer 1985 seinen 85. Geburtstag feiern kann, wäre die Arbeit nicht geworden, wie sie ist.

# 1. Amerikanische Pläne und deutsche Gegebenheiten

## Das Lizenzprogramm für Bayern

Die ersten Lizenzzeitungen erschienen in Bayern fünf Monate nach dem Ende der letzten nationalsozialistischen Propagandablätter. In der Zwischenzeit – das heißt seit dem allgemeinen Verbot aller bisherigen deutschen Publikationsorgane laut Gesetz Nr. 191 des Obersten Befehlshabers der Alliierten Truppen vom 24. November 1944, das mit der Besetzung in Kraft trat – hatte es jedoch nur in ganz abgelegenen Landgebieten überhaupt keine Presse gegeben. In aller Regel waren sogenannte Armeegruppenzeitungen, gleichsam zur Festschreibung der Besetzung und ersten Information der Bevölkerung, in den jeweils neu okkupierten Gebieten von Anfang an verbreitet worden. Daneben entstanden mit Erlaubnis oder gar auf Weisung lokaler Repräsentanten der Besatzungsmacht an nicht wenigen Orten aber auch „irreguläre“ Bekanntmachungsorgane, sogar improvisierte Lokalblätter. In München gab eine Gruppe amerikanischer Offiziere mit Unterstützung einer vierköpfigen deutschen Redaktion ab 18. Mai in einer Auflage von 328 000 Exemplaren die *Bayerische Landeszeitung* heraus. Anders als kleine Heimatblätter, die zunächst kaum auffielen, wurde die *Landeszeitung* allerdings bereits nach drei Ausgaben wieder gestoppt und durch die *Münchener Zeitung* ersetzt<sup>1</sup>. Denn die Spezialeinheit der Psychological Warfare Division (PWD) bei der 12. Armeegruppe unter der Leitung von Hans Habe beanspruchte das Publikationsmonopol. Deren schmale, von Bad Nauheim aus zentral dirigierte „overt papers“, die schließlich in einer Reihe größerer Städte gedruckt wurden, waren neben den im Mai/Juni 1945 schnell wieder in Betrieb genommenen Rundfunkstationen zweifellos zunächst das wichtigste deutschsprachige Informationsmedium. Aber schon lange vor der Kapitulation war auch klar, daß diese militärischen Mitteilungsblätter nur eine Übergangslösung darstellen würden. Denn Schlußpunkt des bereits seit Sommer 1944 von der Plans and Operations Section im Alliierten Hauptquartier (SHAEP) in Paris entwickelten Drei-Stufen-Plans sollte die baldige Lizenzierung neuer Zeitungen unter deutscher Leitung sein. Eine Art Pilotprojekt dafür war die Gründung der (später nachträglich lizenzierten) *Aachener Nachrichten* am 24. Januar 1945 durch eine britisch-amerikanische Gruppe, die PWD/SHAEP losgeschickt hatte<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> IfZ, Fg 01/1, OMGB Annual Historical Report 1945/1946, S. 194 f.; vgl. auch Hurwitz, Stunde Null, S. 63.

<sup>2</sup> Einzelheiten bei Hurwitz, Stunde Null, S. 54 ff.

Das Konzept einer grundlegenden Neugestaltung des deutschen Pressewesens via Lizenzierung beruhte auf sorgfältigen Analysen<sup>3</sup>, an denen auch deutsche Fachleute mitgearbeitet hatten, die von den Nationalsozialisten in die Emigration gezwungen worden waren und die nun in amerikanischer Uniform oder als zivile Militärberater zurückkehrten. Sehr überzeugend betonten diese Studien die ökonomisch-strukturellen, politischen und organisatorischen Mängel der deutschen Presse am Ende der Weimarer Republik, war dadurch doch die Mehrzahl so anfällig für autoritäre politische Konzeptionen und schließlich so verhältnismäßig leicht im Sinne des NS-Regimes einsetzbar geworden. Mit Bedacht suchten die auch über Einzelheiten gut informierten<sup>4</sup> amerikanischen Planer deshalb vor allem eine Renaissance der auflage- und leistungsschwachen Provinzpresse zu verhindern, die die Nationalsozialisten bis Kriegsende ohnehin schon weitgehend ausgeschaltet hatten<sup>5</sup>. Eine Rekonstruktion der trostlosen publizistischen Landschaft der zwanziger und frühen dreißiger Jahre, der einige wenige liberale Großstadtzeitungen zu Talmiglanz verholpen hatten, würde – so die Annahme der US-Experten – die angestrebte Entwicklung hin zu westlich-parlamentarischer Demokratie in Deutschland nicht gerade befördern. Anstelle der in Familienbetrieben hergestellten Klein- und Kleinblätter, von denen es (ein paar Handvoll respektabler Tageszeitungen eingerechnet) allein in Bayern Ende 1932 fast 500, im gesamten Reich etwa 3400 gegeben hatte und von denen am Ende der NS-Zeit nur noch rund 100 bzw. 1000 existierten, sollten an wenigen, sorgfältig ausgewählten Orten leistungsfähige Lizenzzeitungen entstehen. Als Regionalzeitungen mittlerer Größe sollten sie eine angemessene, kritische Lokal- und Regionalberichterstattung mit einem gründlich informierenden Nachrichten- und (getrennt davon) Kommentarteil verbinden und „großstädtischen“ Ansprüchen auf ein umfassendes Informationsangebot genügen.

Der hohe Stellenwert, den die alliierten Planer ihrer Kommunikationspolitik beimaßen, war schon frühzeitig auch an organisatorischen Details erkennbar<sup>6</sup>. So waren im Februar 1945 für die avisierte amerikanische Besatzungszone zwei District Information Services Control Commands (DISCC) eingerichtet worden, die einstweilen unmittelbar SHAEF bzw. USFET unterstellt blieben. 6870 DISCC mit künftigem Sitz in München war zuständig für den „Eastern Military District“, 6871 DISCC sollte von Stuttgart aus die Medien im „Western Military District“ der US-Zone kontrollie-

<sup>3</sup> Besonders bemerkenswert: „Control of the German Press. A Study of Nazi Methods in Relation to Democratic Objectives“ von USFET/ICD vom 22.9. 1945; NA, RG 260, 5/269-2/11 und 10/116-3/5, sowie die rund 70 Druckseiten umfassende Ausarbeitung „Press and Propaganda“ in dem von der Political Intelligence Division (PID) im Londoner Außenministerium zusammengestellten britischen Handbuch über Deutschland vom April 1944; IfZ, Fh 24. Vgl. auch Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen, Stuttgart 1973, S. 11 und 25.

<sup>4</sup> Das zeigt die von der Intelligence Section bei SHAEF/PWD zusammengestellte, 91 Seiten starke „List of Newspapers, Magazines and Book Publishers and Printing Supply Dealers in Bavaria“ vom 24. 3. 1945; NA, RG 260, 10/118-1/15.

<sup>5</sup> Dazu und zum folgenden ausführlich Frei, Provinzpresse, besonders S. 17–28.

<sup>6</sup> Das folgende nach IfZ, Fg 01/1, OMGB Annual Historical Report 1945/46, S. 188–207.

ren. In der Nähe von Paris bereiteten sich die Angehörigen dieser Einheiten – Ende März 1945 insgesamt 192 Mann, davon 65 Offiziere – auf ihre Tätigkeit vor. Grundlage dieser Planspiele war ein umfangreiches, immer wieder aktualisiertes Handbuch<sup>7</sup>, in dem die vielfältigen Aufgaben im Informationswesen und deren Aufteilung auf die jeweils vier DISCC-Branches (Press; Publication; Radio; Film, Theater and Music) festgelegt waren.

Am 7. Mai 1945 kam 6870 DISCC in München an. Chef war zu diesem Zeitpunkt noch Lieutenant Colonel William H. Kinard, der Ende Mai vom bisherigen 6871 DISCC-Commander Colonel Bernhard B. McMahon abgelöst wurde. Wie Kinard Berufssoldat, war West-Point-Absolvent McMahon seiner neuen Aufgabe doch um einiges näher: Im Dienst der US-Armeezeitung *Stars and Stripes* hatte der aufgeschlossen liberale, aber nicht sonderlich politische junge Mann bereits am Ende des Ersten Weltkrieges das Rheinland kennengelernt, sprach auch etwas Deutsch und „liebte vor allem Bayern“<sup>8</sup>. Die schwierige Lage seiner Mannschaft zwischen PWD-Offizieren, die an ihren Mitteilungsblättern festhalten wollten, und der für Bayern zuständigen Third US-Army des selbstbewußten Generals George Patton verbesserte sich erst Ende Juli 1945, als 6870 DISCC der Third Army zugeordnet wurde<sup>9</sup>. Nun gingen die Vorarbeiten der geplanten Presselizenziierung voran, allerdings noch immer nicht ohne interne Reibungsverluste. Denn das institutionelle Durch- und Nebeneinander von Armee und Militärregierung erforderte unentwegt zeitraubende Absprachen. Vom besonderen Auftrag der Presseoffiziere erfuhren die lokalen und regionalen Detachments der Militärregierung nichts, und beim Training in den USA war die Kontrolle der Medien noch als eine Aufgabe der Militärregierung behandelt worden. An Möglichkeiten zu Mißverständnissen war mithin kein Mangel. Hinzu kamen Verzögerungen, die sich daraus ergaben, daß die DISCC-Offiziere für die Bestellung jedes einzelnen Lizenzträgers die Zustimmung von USFET/ICD in Bad Homburg einholen mußten. Im September 1945 delegierte USFET, um das Lizenzierungsverfahren zu beschleunigen, diese Verantwortung an die beiden DISCCs. Zu diesem Zeitpunkt gab es nur in Hessen und Württemberg-Baden je zwei Lizenzblätter (*Frankfurter Rundschau* und *Marburger Presse* bzw. *Rhein-Neckar-Zeitung* und *Stuttgarter Zeitung*). Bayern war noch ganz unversorgt; erst am 6. Oktober 1945 startete die *Süddeutsche Zeitung*.

Am 10. Dezember 1945 wurde die gesamte, etwa 1000 Mann starke ICD, die bis dahin gleichsam als militärischer Außenseiter auf Verwaltungs-Territorium agierte, in

<sup>7</sup> SHAEF, „Manual for the Control of German Information Services“, später „Military Government Regulations, Title 21, Information Control“.

<sup>8</sup> Mitteilung Ernst Langendorfs vom 11. 10. 1984 und Würdigung im Südost-Kurier vom 19. 2. 1947, S. 1, anlässlich McMahons (Straf-)Versetzung nach Hessen. McMahon gehörte zu den OMGB-Offizieren, die sich zum Ärger Clays in die bayerische Regierungsbildung nach der Landtagswahl vom 1. 12. 1946 eingemischt hatten mit dem Ziel, einen Ministerpräsidenten Josef Müller zu verhindern; vgl. Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt 1972, S. 434.

<sup>9</sup> Das folgende nach IfZ, Fg 01/1, OMGB Annual Historical Report 1945/46, S. 190f.

die inzwischen weitgehend durchorganisierte US-Militärregierung (OMGUS) integriert<sup>10</sup>. Von nun an waren alle Möglichkeiten gegeben, eine lokal mancherorts widersprüchliche Pressepolitik zu beenden. 6870 DISCC firmierte, nach Gebietszuständigkeiten in Detachments gegliedert (München, Augsburg, Nürnberg, Würzburg, Regensburg), jetzt als Information Control Division (ICD) innerhalb des Office of Military Government for Bavaria (OMGB)<sup>11</sup>; im November 1948 wurde die Bezeichnung, entsprechend dem veränderten Anspruch, im wesentlichen beratend tätig zu sein, in Information Services Division (ISD) geändert.

Seit Juni 1945 lag der erste von 6870 DISCC verantwortete Plan für das Lizenzprogramm in Bayern vor. Er unterschied sich von dem Konzept, das PWD-Strategen bereits 1944 entwickelt hatten, zwar kaum in den Prioritäten, wohl aber in der für erwünscht und möglich gehaltenen Dichte des künftigen Zeitungsnetzes. Gegenüber den von PWD avisierten, noch relativ wenigen „Zielstädten“ München, Nürnberg, Würzburg und Augsburg schlugen die in Bayern operierenden Presseoffiziere ein gegliedertes und vor allem erheblich erweitertes Programm vor: Zur Klasse A, den Städten, in denen zuerst eine neue Zeitung etabliert werden sollte, nahmen sie, über die PWD-Liste hinausgehend, den Verwaltungsmittelpunkt Regensburg hinzu. Klasse B umfaßte die Städte Bamberg, Hof, Bayreuth, Aschaffenburg, Landshut, Ingolstadt, Kempten, Passau und Garmisch-Partenkirchen; für eine dritte Lizenzierungsphase (Klasse C) waren Schweinfurt, Erlangen, Coburg, Straubing, Amberg, Ansbach und Rosenheim vorgesehen<sup>12</sup> (vgl. Tabelle nächste Seite).

Ausgehend von formalen Kriterien wie Bevölkerungsdichte und der Größe sinnvoller Verbreitungsgebiete, sollte sich diese Planung in der Praxis als außerordentlich tauglich erweisen. Nach den ersten neun Lizenzerteilungen zwischen Anfang Oktober und Ende November 1945 waren sämtliche bayerischen Zielstädte der Klasse A bedient. Das war angesichts der Probleme und Unwägbarkeiten vor Ort, die bei Aufstellung der Prioritätenliste im Frühjahr 1945 durchaus nicht abzusehen waren, keine Selbstverständlichkeit. Auch in den folgenden Monaten konnte die geplante Reihenfolge ziemlich exakt eingehalten werden. Bereits im Juli 1946 war das Lizenzprogramm im wesentlichen abgeschlossen. Dank starker Zielgerichtetheit und außergewöhnlichen Engagements vieler Presseoffiziere war der bayerischen ICD Press Branch gelungen, was in anderen Regionen und zumal in anderen Aufgabengebieten kaum je erreicht wurde: die eigenen Konzepte nahezu unverändert in praktische Politik umzusetzen. Die wenigen Fälle, in denen später Zweit-Lizenzen vergeben wurden, zeigten, daß auch der Überraschungseffekt und die Geschwindigkeit, mit der die Hauptwelle der Lizenzierung jeden Gedanken einer Rekonstruktion der vor-nationalsozialistischen Presselandschaft hinweggespült hatte, für den Erfolg mitverantwortlich war. Bei den Nachlizenzierungen mußte Rücksicht auf deutsche Wünsche

<sup>10</sup> NA, RG 260, 10/116-3/6, Notes on ICD/DISCC Meeting at Bad Homburg vom 20. 12. 1945; Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt (1950), S.77, nennt als Datum den 11. 12. 1945.

<sup>11</sup> NA, RG 260, 10/116-3/6, Mitteilung USFET vom 28. 2. 1946.

<sup>12</sup> Nelson, Democratic Newspaper, S. 82.

*Lizenzzeitungen in Bayern*

Stadt	Datum	Zeitungstitel	Auflage*	Lizenz Nr.
<i>Klasse A (first priority)</i>				
München	6. 10. 1945	<i>Süddeutsche Zeitung</i>	357 000	1
Nürnberg	11. 10. 1945	<i>Nürnberger Nachrichten</i>	165 000	3
Regensburg	23. 10. 1945	<i>Mittelbayerische Zeitung</i>	200 000	5
Augsburg	30. 10. 1945	<i>Schwäbische Landeszeitung</i>	200 000	7
Würzburg	24. 11. 1945	<i>Main-Post</i>	100 000	8
<i>Klasse B (second priority)</i>				
Garmisch	8. 10. 1945	<i>Hochland-Bote</i>	43 800	2
Hof	12. 10. 1945	<i>Frankenpost</i>	110 000	4
Aschaffenburg	24. 11. 1945	<i>Main-Echo</i>	60 000	9
Ingolstadt	11. 12. 1945	<i>Donau-Kurier</i>	42 600	10
Kempten	13. 12. 1945	<i>Der Allgäuer</i>	66 500	11
Bayreuth	18. 12. 1945	<i>Fränkische Presse</i>	73 000	12
Bamberg	8. 1. 1946	<i>Fränkischer Tag</i>	75 000	13
Landshut	15. 1. 1946	<i>Isar-Post</i>	70 000	14
Passau	15. 2. 1946	<i>Passauer Neue Presse</i>	105 000	16
<i>Klasse C (third priority)</i>				
Rosenheim	26. 10. 1945	<i>Oberbayerisches Volksblatt</i>	35 000	6
Coburg	25. 1. 1946	<i>Neue Presse</i>	58 400	15
Ansbach	24. 4. 1946	<i>Fränkische Landeszeitung</i>	60 000	17
Schweinfurt	15. 7. 1946	<i>Der Volkswille</i>	72 000	20
Straubing	20. 8. 1947	<i>Niederbayerische Nachrichten</i>	38 000	22
Erlangen		keine Lizenz erteilt		
Amberg		keine Lizenz erteilt		
<i>Nicht in der Prioritätenliste</i>				
Bad Reichenhall	10. 5. 1946	<i>Südost-Kurier</i>	54 000	18
Weiden	31. 5. 1946	<i>Der Neue Tag</i>	78 000	19
München	13. 11. 1946	<i>Münchner Mittag</i>	114 000	21
München	16. 6. 1948	<i>Münchner Abendzeitung</i>	60 000	23
Augsburg	28. 8. 1948	<i>Deutsche Tagespost</i>	50 000	24
Starnberg	29. 12. 1948	<i>Neuer Seebote</i>	6 000	25
Bamberg	1. 5. 1949	<i>Neues Volksblatt</i>	25 000	26
Weißenburg	1. 6. 1949	<i>Weißburger Zeitung</i>	6 500	27

\* Soweit möglich, Angabe für 1945/46.

und Interessen genommen werden, vor allem auf die katholische Kirche<sup>13</sup>. Doch davon abgesehen, waren die DISCC/ICD-Offiziere in Bayern nur dreimal von ihrem ursprünglichen Plan abgewichen: Im Falle Erlangens, das wegen der engen Verbindung mit der Lizenzstadt Nürnberg aus der Liste der „target cities“ herausgenommen wurde, im Falle Ambergs, an dessen Stelle, besser geeigneter Druckmöglichkeiten wegen, Weiden trat<sup>14</sup>, – und im Falle Bad Reichenhalls, das als einziger der am Ende in Bayern existierenden Standorte von Lizenzzeitungen zunächst überhaupt nicht in Betracht gezogen worden war. Aber die Kurstadt im äußersten Winkel Oberbayerns, nach drei Himmelsrichtungen unweit der Grenze zu Österreich, kam als Erscheinungsort einer großen Regionalzeitung ja eigentlich auch kaum in Frage.

### Die Pressesituation in Südost-Oberbayern 1945/46

Die Zeitungslandschaft in Bayerns Südostecke vor Beginn der nationalsozialistischen Pressekonzentration unterschied sich wenig von den Verhältnissen in anderen ländlichen Regionen Deutschlands. Wie nahezu überall, setzte sie sich aus einer Vielzahl kleiner, aber traditionsreicher Heimatzeitungen zusammen<sup>15</sup>. In den vier Bezirken Berchtesgaden-Reichenhall, Traunstein, Laufen und Altötting – dem späteren Verbreitungsgebiet des *Südost-Kuriers* – erschienen im Frühjahr 1933 insgesamt elf verschiedene Heimatblätter mit meist drei Ausgaben pro Woche und einer Gesamtauflage von rund 22000 Exemplaren. Daneben brachte ein NSDAP-Drucker in Traunstein seit 1930 drei klägliche Titel heraus. Deren vernachlässigenswert geringe Auflage auch nach der NS-Machtübernahme spiegelte die politisch-publizistischen Strukturen der Region: Entlang der Salzach herrschte der politische Katholizismus. Seiner alles prägenden Kraft schien der reichsweite Aufstieg der Nationalsozialisten bis ins Frühjahr 1933 nichts anhaben zu können<sup>16</sup>. Der hier recht mäßige Erfolg der NSDAP war überwiegend zu Lasten des antiklerikalen Bauernbundes gegangen, als dessen Organ sich das *Traunsteiner Wochenblatt* verstand. Die übrigen acht Privatverleger im Rupertiwinkel und im südlichen Chiemgau bis zum angrenzenden Niederbayern waren der katholisch-konservativen Bayerischen Volkspartei (BVP) mehr oder minder treu ergeben. Ihre Zeitungen, redigiert von einem schlechtbezahlten Alleinredakteur – wenn nicht der Buchdruckereibesitzer selbst eine journalistische Ader

<sup>13</sup> Das gilt sowohl für die Vergabe einer zweiten Lizenz in Augsburg an den bisherigen Mit-Lizenzträger der Schwäbischen Landeszeitung, Johann Wilhelm Naumann, der ab August 1948 alleine die katholisch-konservative Tagespost herausgeben durfte, wie auch für die Zweitlizenzierung im relativ kleinen Bamberg, die auf den massiven Protest des Erzbischofs zurückzuführen ist, der im Fränkischen Tag die Interessen des politischen Katholizismus desavouiert sah; dort durfte ab 1. 5. 1949 zusätzlich das Neue Volksblatt erscheinen. Seitens ICD wurde darin eine Art Wiedergutmachung für die Zerstörung des katholischen Pressewesens während der NS-Zeit gesehen; vgl. Bitter, Typologie, S. 75, und Hurwitz, Stunde Null, S. 158 f.

<sup>14</sup> Vgl. Nelson, Democratic Newspaper, S. 93a f.

<sup>15</sup> Das folgende nach Frei, Provinzpresse, Teil III.

<sup>16</sup> Noch bei der Reichstagswahl vom 5. 3. 1933 war die BVP in Südost-Oberbayern mit 39,6 Prozent vor der NSDAP geblieben, die auf 33,2 Prozent kam (in ganz Bayern dagegen auf 43,1 Prozent).

zu haben meinte –, waren kein kritisches Korrektiv, sondern Abbild der (lokalen) Machtverhältnisse. Angesichts wenig rentabler Stückzahlen und meist altertümlicher technischer Ausstattung abhängig von Materndiensten oder parteigebundenen Korrespondenzen, war diese Heimatpresse objektiv nicht in der Lage, den Lesern einen aktuellen Nachrichtenteil und fundierte Kommentare anzubieten. Ähnliches galt für die lokale und regionale Berichterstattung, die von pensionierten Amtspersonen, Lehrern, Pfarrern und Vereinsschriftführern bestritten wurde. Sorgfältiger Recherche-Journalismus stand da nicht zu erwarten. Er wäre freilich auch nicht erwünscht gewesen, zählten die Heimatverleger in der Regel doch selbst zu jenem politisch-gesellschaftlichen Establishment, dem ihre Zeitungen notorisch affirmativ begegneten. Als Teil der Honoratiorenschaft verwalteten sie in obrigkeitlicher Attitüde die gesellschaftlichen Normen mit – und sahen sich von den Nationalsozialisten denn auch prompt aus diesen Gründen attackiert.

Nach der ideologisch und ökonomisch motivierten Konzentrationspolitik und den Stilllegungsaktionen der letzten Kriegsjahre existierten im späteren Erscheinungsgebiet des *Südost-Kuriers* noch vier private Heimatzeitungen, alle ehemals BVP-orientiert. Das zeugte, verglichen mit den meisten anderen Gegenden Bayerns und im Reichsgebiet, von bodenständiger Beharrungskraft dieser Druckereibesitzer, aber auch von mangelnder Durchsetzungsfähigkeit einzelner NS-Funktionäre. Bezeichnend war, daß drei der vier verbliebenen Privatzeitungen im Partei-Doppelkreis Berchtesgaden-Laufen erschienen, wo sich ein Kreisleiter, ohne Unterstützung durch die Münchener Gauleitung oder den NSDAP-Zentralverlag, einfach nicht durchzusetzen gewußt hatte. Mit dem Ende des „Dritten Reiches“ war allerdings auch das Ende jener Heimatblätter gekommen, die (natürlich bei voller publizistischer Instrumentalisierung) bis zuletzt der wirtschaftlichen Konzentration widerstanden hatten – und deren Eigentümer sich dieser Leistung in den folgenden Jahren ihrer von der Besatzungsmacht verordneten verlegerischen Abstinenz wohl bewußt blieben: *Berchtesgadener Anzeiger*, *Freilassinger Volkszeitung* und *Trostberger Tagblatt/Salzach-Zeitung* mußten im Mai 1945 auf Befehl der Militärregierung ihr Erscheinen einstellen. Eine Ausnahme machte nur das *Reichenhaller Tagblatt*. Es erschien, den alliierten Vorschriften zum Trotz, mit Unterbrechung von nur elf Tagen zunächst weiter.

Am 3. Mai 1945, 24 Stunden vor dem Einmarsch der Amerikaner in Bad Reichenhall, hatte der *Tagblatt*-Verlag die letzte Kriegsausgabe herausgebracht<sup>17</sup>. Sie bestand in der Hauptsache aus amtlichen Bekanntmachungen und schmalen Anzeigen und unterschied sich damit in nichts von den benachbarten Zeitungen. Während die anderen Verleger der Region – keiner konnte von sich behaupten, nicht Kompromisse mit den lokalen NS-Größen geschlossen zu haben – das alliierte Verbot ihrer Blätter als höhere Gewalt betrachteten, waren Max und Fritz Wiedemann, bis zum Entzug der Schriftleiterlizenz 1936 Redakteur der eine, Verleger der andere<sup>18</sup>, fest entschlossen,

<sup>17</sup> Reichenhaller Tagblatt, Sonderbeilage vom 23. 4. 1955; in der Staatsbibliothek München bricht die Überlieferung des alten Reichenhaller Tagblatts mit dem 1. 5. 1945 ab.

<sup>18</sup> Vgl. Frei, Provinzpresse, S. 210–219.

das traditionsreiche Familienunternehmen in die neue politische Landschaft hinüberzuretten. Aber noch am 3. Mai wurde Max Wiedemann aus banalem Anlaß von einem SS-Uniformierten auf offener Straße niedergeschossen: Der eigensinnig-selbstbewußte, gelegentlich schroffe Zeitungsmann hatte sich geweigert, sein Fahrrad herauszugeben<sup>19</sup>. Mit dem 58jährigen Buchdruckermeister, der auf Wanderschaft in Norddeutschland journalistische Kenntnisse erworben hatte, starb der geistige Chef des *Tagblatts*. Seinem vier Jahre jüngeren Bruder Fritz war das jedoch kein Anlaß zur Resignation, sondern im Gegenteil ein Signal dafür, wie notwendig es auch weiterhin sein würde, für die Interessen seines Verlages zu kämpfen. Gegenüber jedem, der die Berechtigung dazu anzweifeln sollte, würde das neue Familienoberhaupt betonen, daß sowohl er als auch der Getötete dem katholisch-konservativen Reichenhaller Besitzbürgertum angehörten. Und dessen tiefe Aversion gegen die lokalen „braun-roten“ Emporkömmlinge stand außer Frage. Subjektiv hatte sich daran auch durch den Beitritt zur NSDAP (Fritz: 1933, Max: 1939) nichts geändert: Die beiden hatten darin den Preis gesehen, der zähneknirschend zu zahlen war, um die Zeitung nicht zu verlieren, den Kern der Wiedemannschen Buchdruckerei.

In den ersten Maitagen 1945 ging es zunächst um den materiellen Schutz des Verlagsgebäudes an der Ludwigstraße 15. Denn den kampflos einmarschierenden Amerikanern war für kurze Zeit eine französische Truppe gefolgt, deren Verheerungen den Einheimischen noch ein Jahrzehnt später einen Vergleich mit dem Luftangriff auf die Umgebung der „Alpenfestung“ vom 24. April 1945 nahelegten, bei dem in Reichenhall 199 Menschen umgekommen waren: „Was die Bomben nicht zuwege gebracht hatten, das besorgten in vielen Häusern die Plünderer. Machtlos mußte die Bevölkerung zusehen, wie ihr wertvollster Besitz auf Nimmerwiedersehen verschwand.“<sup>20</sup> Fritz Wiedemann sicherte sein Anwesen vor den gefürchteten marokkanischen Soldaten, indem er nach Rücksprache mit dem amerikanischen Kommandanten rundherum Off-Limits-Plakate anbrachte<sup>21</sup>. So waren Druckerei und Redaktion völlig unversehrt, als dort Wilhelm Friedrich Maschner auftauchte, ein demnächst 30jähriger Wiener, der sich von seinem letzten Stationierungsort in Tirol zu Verwandten in Reichenhall durchgeschlagen hatte. Der Ex-Soldat, seit seinem 18. Lebensjahr Mitarbeiter des konservativen *Neuen Wiener Journals*, nahm an Max Wiedemanns verwaistem Schreibtisch Platz. Er hatte Fritz Wiedemann für die Idee gewonnen, im Schaufenster des zum Verlag gehörenden Ladens eine provisorische Wandzeitung einzurichten. Während Maschner über das Engagement in der Provinz wieder ins journalistische Geschäft zu kommen suchte, hoffte der Druckereibesitzer auf unkonventionelle Weise darin zu bleiben. Tatsächlich erhielt Wiedemann auf Fürsprache des am Tag vor dem amerikanischen Einmarsch zurückgeholten langjährigen Bürgermeisters Karl Weiß, den die Nationalsozialisten Anfang November 1944 zwangspensioniert hatten, die „Genehmigung, als Vorläufer der so sehr entbehrten Tageszeitung einen geschriebenen Aushang der wichtigsten Termine vor unserem Geschäftslokal ausführen zu

<sup>19</sup> Angaben nach einem Nachruf im Reichenhaller Tagblatt vom 4. 1. 1955, S. 8.

<sup>20</sup> Reichenhaller Tagblatt, Sonderbeilage vom 23. 4. 1955, und Südost-Kurier vom 17. 8. 1945, S. 5.

<sup>21</sup> Mitteilung Wilhelm Friedrich Maschners vom 13. 3. 1985, danach auch die folgenden Angaben.

dürfen“<sup>22</sup>. Mehrmals täglich wechselte Maschner, oft vor einer ganzen Schar von Lesern, die selbstverfaßten Meldungen aus. Als Quelle dienten ihm hauptsächlich die Radionachrichten und zerlesene Ausgaben von *Stars and Stripes* – natürlich beschränkte er sich nicht auf Terminbekanntmachungen.

Am 14. Mai war in der Kurstadt erstmals seit dem Ende der NS-Herrschaft ein *Reichenhaller Tagblatt* zu haben<sup>23</sup>, in der seit langem von Papiermangel geprägten Dürftigkeit und zunächst ohne festen Erscheinungstermin. Aber es gab auch einige Neuerungen: Die amtlichen Bekanntmachungen, zweisprachig nebeneinandergesetzt, beherrschten die gesamte erste Seite, der Zeitungskopf hatte sich verdoppelt. Noch über dem ehrwürdigen Fraktur-Schriftzug *Reichenhaller Tagblatt/Der Grenzbote* prangte in dicken Versallettern *Official Gazette for the Landkreis Berchtesgaden-Reichenhall*. Die örtliche Militärregierung hatte das Blatt zu ihrem Sprachrohr erkoren. Ganz offensichtlich besaß Fritz Wiedemann das Vertrauen ihres Kommandanten, und je länger das deutsch-amerikanische *Tagblatt* existierte, desto deutlicher erwies sich die Anheuerung Wilhelm Friedrich Maschners als Glücksfall. Denn zusätzlich zur Redaktion der *Official Gazette* übernahm der routinierte Journalist als „Official Reporter, Approved by E1F3 USA Bavaria“<sup>24</sup> einen Korrespondentenjob für die offiziöse amerikanische *Neue Zeitung* und für Radio München. („Eine Weltkurstadt baut auf: [...] das traditionelle Bauerntheater spielt schon wieder täglich“, verlautete er am 7. August 1945<sup>25</sup>.) Nicht nur Maschners Sprachkenntnisse, auch seine guten Beziehungen zu Münchener Militärregierungsstellen förderten sein Ansehen bei den Amerikanern in Reichenhall. Eine Zeit lang galt er als lokale Autorität in allen Pressefragen<sup>26</sup>. Die inhaltliche Kontrolle über *Official Gazette/Reichenhaller Tagblatt* gab das Detachment gleichwohl nicht aus der Hand. Das zeigt ein an sämtliche Behörden gerichteter Aufruf Maschners zur „weitere[n] Mitarbeit an der Aufklärung der Bevölkerung in den lebenswichtigen Fragen“: „Unsere Zeitung ist auf Befehl der Militärregierung derzeit ein amtliches Verordnungsblatt mit Anzeigenteil. Als Erscheinungstag wurde mit den vorgesetzten Stellen der Samstag festgelegt. Wir bitten daher alle Amtsstellen, die Bekanntmachungen für unsere Zeitung vorliegen haben, uns die Manuskripte jeweils bis spätestens Mittwoch 12 Uhr zuzuleiten. Das Blatt muß am Donnerstag fertig übersetzt und in Seiten gefaßt der Militärregierung zur Zensur vorgelegt werden. Im Interesse der Bevölkerung, die im Augenblick als einzige Lokalnachrichten die amtlichen Bekanntmachungen in der Zeitung vorfindet, ersuchen wir Sie, diesen Termin einzuhalten.“<sup>27</sup>

<sup>22</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Schreiben Wiedemanns an Weiss vom 17. 5. und dessen Antwort vom 18. 5. 1945.

<sup>23</sup> Reichenhaller Tagblatt, Sonderbeilage vom 23. 4. 1955.

<sup>24</sup> E1F3 bezeichnete das Detachment, das sich am 14. 5. 1945 in München etablierte; NA, RG 331, 635 ECAD Third ECAR, Weekly Military Government Report No. 1 vom 21. 5. 1945.

<sup>25</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Schreiben Maschners an den Bürgermeister in Reichenhall vom 8. 8. 1945 mit Sendemanuskript.

<sup>26</sup> Allein das „War diary“ des Detachment Berchtesgaden vom August 1945 verzeichnet zwei einschlägige „conferences“ mit Maschner, allerdings nichts über deren Ergebnisse; NA, RG 260, CO 442/3.

<sup>27</sup> Regierung Reichenhall, 0/11-00/0, Rundschreiben Maschners vom 25. 6. 1945, auch in: StA München, LRA 30 870.

Die Situation in Bad Reichenhall war nicht singulär<sup>28</sup>. Ein vergleichbar weitgehendes Arrangement zwischen Heimatblatt-Verlag und örtlicher Militärregierung ist aus Starnberg bekannt, wo der *Land- und Seebote* ab Juni 1949 acht Monate lang in einer Auflage von 11 000 Exemplaren einmal pro Woche die Bekanntmachungen der Amerikaner verbreitete<sup>29</sup>. Und obschon nicht unter dem Titel der bisherigen Heimatzeitung, existierten tendenziell vergleichbare, mit Billigung des jeweiligen Detachment-Personals gegründete Mitteilungsblätter in zahlreichen Kreisstädten, darunter auch Altötting<sup>30</sup>. Wie viele seiner Kollegen, spekulierte der dortige Verleger offensichtlich darauf, diese Amtsnachrichten bald wieder zur traditionsreichen Heimatzeitung ausweiten zu können.

Auf unterer Ebene ausgehandelte Presse-Improvisationen, die dem strengen, oft allzu wörtlich genommenen Drei-Stufen-Konzept<sup>31</sup> der amerikanisch-britischen Planungsgruppe vom Herbst 1944 durchaus zuwiderliefen, gab es besonders im Westen: Angesichts der hier schon Monate vor der Kapitulation abgeschlossenen Besetzung war die Vorstellung eines allgemeinen massenkommunikativen „blackouts“, der einem Neuanfang vorausgehen sollte, einfach nicht durchzuhalten; aber auch die daraufhin eingeführten amerikanischen „overt papers“ versorgten die Bevölkerung offensichtlich nicht ausreichend mit regionalen und lokalen Informationen. So brachte zum Beispiel die Stadtverwaltung Andernach/Rhein mit Genehmigung der US-Militärregierung seit 31. März 1945 *Nachrichten* heraus, die sich keineswegs auf amtliche Bekanntmachungen beschränkten, sondern sogar kleine feuilletonistische Beiträge enthielten; das am 22. Juni 1945 gegründete *Kreisblatt* im Landkreis Altenkirchen erschien über vier Monate lang – ohne Lizenz, aber mit aktuellen politischen Nachrichten und Fortsetzungsroman<sup>32</sup>. Auch ist belegt, daß das *Garmisch-Partenkirchener Tagesblatt* im Frühsommer 1945 eine Zeitlang ungehindert weitererschien, „in Unkenntnis der Vorschrift“<sup>33</sup>, wie es in der letzten Ausgabe hieß.

<sup>28</sup> In der Festschrift: 50 Jahre Verband Bayerischer Zeitungsverleger 1913–1963, München 1963, S. 78, wird die Situation in Bad Reichenhall ein „Kuriosum in der bayerischen Pressegeschichte der Nachkriegszeit“ genannt. Dagegen stellte OMGB in einem Rundschreiben vom 3. 10. 1945 fest: „There have been numerous cases of illegal printing in recent weeks, sometimes ‚authorized‘ by well-meaning but poorly informed Military Government Officers.“

<sup>29</sup> Vgl. Anne Markgraf, *Der „Land- und Seebote“*. Eine hundertjährige Heimatzeitung und ihre Zukunftsperspektive, M. A. München 1983, S. 40.

<sup>30</sup> NA, RG 260, 10/77-1/2, MG Altötting Annual Historical Reports 1945/46 und 1946/47.

<sup>31</sup> Vgl. die von einem formalen Stunde-Null-Konzept inspirierte Verabsolutierung des „blackout“ vor allem bei Harold Hurwitz, *Die Pressepolitik der Alliierten*, in: Pross, *Deutsche Presse*, S. 27–55.

<sup>32</sup> Helmut Kampmann, *Es stand in der Zeitung*. Nachkriegs-Presse im Koblenzer Raum von 1945 bis 1949, in: Franz-Josef Heyen (Hrsg.), *Rheinland-Pfalz entsteht*. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz von 1945 bis 1951, S. 297–314. Vgl. auch Hans-Jürgen Wünschel, *Die Entwicklung der Presse in der Pfalz in den ersten Nachkriegsmonaten 1945*, in: *Publizistik* 21 (1976), S. 208–217.

<sup>33</sup> „An unsere Leser! Alle Zeitungen in Deutschland mußten nach der Niederlage ihr Erscheinen einstellen. [...] Da diese Vorschrift auch für uns Gültigkeit hat, muß auch unser Blatt das Erscheinen einstellen.“; abgedruckt in: Festschrift VBZV, S. 79.

Bezeichnenderweise klagte die US-Militärregierung für Bayern in ihrem ersten Jahresbericht ganz grundsätzlich über Aktivitäten auf dem Gebiet des Pressewesens, „which had been done in good faith but without authorization by MG officers in local MG detachments“<sup>34</sup>. Außergewöhnlich an der Situation im Landkreis Berchtesgaden-Reichenhall war allerdings die Dauer dieses informationspolitischen Sonderwegs: Erst im August 1945, als andernorts in Bayern die Vorbereitungen zur Lizenzierung neuer Zeitungen längst auf Hochtouren liefen, schritt 6870 District Information Control Command ein<sup>35</sup>. Doch kam es auch jetzt zu keinem radikalen Abbruch des eigenmächtigen Experiments, sondern zu einer pragmatischen Lösung: Der traditionelle Schriftzug *Reichenhaller Tagblatt* wurde, entsprechend dem bisherigen amerikanischen Titel, durch *Amtsblatt für den Landkreis Berchtesgaden-Reichenhall im Auftrag der Militärregierung* ersetzt. Am kargen amtlichen Inhalt änderte sich nichts, nur Anzeigen durften keine mehr aufgenommen werden. Für die Inhaber des *Tagblatt*-Verlags war das freilich mehr als eine optische Korrektur: Der Abstand zu dem, was eine Zeitung ausmachte, war wieder um ein Stück größer geworden.

Nach immerhin monatelang erfolgreichem Bemühen, dem häufig wechselnden Detachment-Personal den Nutzen eines beständig erscheinenden Mitteilungsorgans klarzumachen<sup>36</sup>, mochte die Verlegerfamilie Wiedemann bis dahin gehofft haben, das *Reichenhaller Tagblatt* bald wieder unbehelligt herausbringen zu können. Doch wenig später kam die große Ernüchterung – nicht nur für Reichenhall und nicht nur für das Zeitungsgewerbe: Das Stichwort für die Panik im Mittelstand hieß „Augsburger Metzgerdirektive“<sup>37</sup>. Wie die meisten seiner (wenigen) Verlegerkollegen, die ihre Heimatzeitungen dem ökonomischen Zugriff der NSDAP hatten vorenthalten können, sah sich Ex-Pg Fritz Wiedemann von den neuen Bestimmungen der Militärregierung betroffen, welche das amerikanische Entnazifizierungsprogramm auf „Nazis oder Militaristen in der Wirtschaft, im Handwerk und in anderen Berufen“ ausdehnten, die zwar kein öffentliches Amt, aber „Reichtum, Macht und Einfluß“ hatten<sup>38</sup>. Binnen kurzem beschlagnahmte das „Economic and Business Custodianship Department“ der Berchtesgadener Militärregierung im gesamten Landkreis rund 150 Läden

<sup>34</sup> IfZ, Fg 01/1, OMGB Annual Historical Report 1945/46, S. 190 f.

<sup>35</sup> NA, RG 260, 10/77-1/5, MG Berchtesgaden Annual Historical Report 1945/46, S. 42.

<sup>36</sup> Noch im MG Berchtesgaden Historical Report April 1946 heißt es: „From the civilian standpoint, the most important organ for dissemination of MG information and general official notices are the official Gazettes [ . . . ] These are used as a medium of informing the population of all directives, laws, ordinances of both MG and civilian government.“; NA, RG 260, 10/77-1/5.

<sup>37</sup> Dazu Niethammer, Entnazifizierung, S. 157 f.

<sup>38</sup> Das galt z. B. auch für Wiedemanns Berchtesgadener Kollegen Ludwig Peter Miller, den die Militärregierung am 11.9. 1945 wegen Mitgliedschaft in der NSDAP seines Postens enthob; NA, RG 260, 10/77-1/5, MG Berchtesgaden Historical Report September 1945. Der Landratsamts-Außenstelle war der Beschluß seitens der Militärregierung am 7.9. 1945 mit der Bitte angekündigt worden, für einen „geeigneten Nachfolger“ besorgt zu sein; StA München, LRA 29929; vgl. auch Frei, Provinzpresse, S. 220 ff. In der PWD-„List of Newspapers [ . . . ] in Bavaria“ vom 24.3. 1945 wird ein „friendly PW“ zitiert, der den Verlageigentümer als „real nazi“ titulierte; NA, RG 260, 10/118-1/15.

und Geschäfte. In etwa 90 Fällen wurden Treuhänder eingesetzt<sup>39</sup>, Mitte September auch in der Wiedemannschen Buchdruckerei. Verlagstreuhänder wurde Curt Frenzel, bis 1933 Redakteur der dann verbotenen sozialdemokratischen *Chemnitzer Volksstimme*, der bei Kriegsende in Bad Reichenhall untergekommen war<sup>40</sup>. Mit einem Schlag gab es auch für das *Reichenhaller Tagblatt* keine absehbare Zukunft mehr.

Jedoch bedeutete die Bestellung Frenzels zum Verlags-Verwalter keineswegs, daß in München inzwischen jemand erwog, in Reichenhall ein Lizenzblatt zu etablieren. Die Arbeit dort war wohl eher als Zwischenbeschäftigung für einen Mann aus dem Zeitungsgewerbe gedacht, der die NS-Zeit nach KZ-Haft und Gefängnis in einem Reisebüro und als Kriegsdienstverpflichteter überstanden hatte und sich nun wieder einüben sollte; offensichtlich war Frenzel als künftiger Lizenzträger – an einem noch unbestimmten Ort – vorgesehen. Schon knapp drei Wochen nach Dienstantritt in Reichenhall wurde ihm die Lizenz für eine Zeitung in Augsburg offeriert, wo seit August die Vorbereitungen liefen<sup>41</sup>. Am 30. Oktober 1945 erschien dort die erste Ausgabe der von ihm und Johann Wilhelm Naumann herausgegebenen *Schwäbischen Landeszeitung*. Die Tätigkeit in Bad Reichenhall setzte Frenzel nebenher fort. Dabei machte es dem örtlichen „Zeitungsmonopolisten“ Mühe, die Amtsstellen zu größerer Mitteilbarkeit zu bewegen: Ende November 1945 klagte Frenzel gegenüber dem Bürgermeister der Kurstadt, „sein“ Blatt habe zweimal hintereinander mit nur zwei Seiten Umfang erscheinen müssen – nicht etwa, weil es an Papier fehlte, sondern weil die Verwaltung die Möglichkeit zu wenig nutze, „durch das Amtsblatt zur Bevölkerung zu sprechen“<sup>42</sup>. Mag sein, daß diese Zurückhaltung der städtischen Behörden vermeiden helfen sollte, eine zu perfekte und „informationsschwere“ *Official Gazette* – in der, zu Recht, kein Ersatz für das alte *Reichenhaller Tagblatt* gesehen wurde – zur Dauereinrichtung werden zu lassen; vielleicht war die Ursache aber auch weniger Taktik als Trägheit.

Gleichwohl existierte noch zu Jahresanfang 1946 kein konkreter Grund zu hoffen, entlang der Salzach würde bald wieder eine Zeitung zu lesen sein, der mehr Lokales zu entnehmen wäre als dem Amtsblatt der Berchtesgadener Militärregierung<sup>43</sup>, der

<sup>39</sup> NA, RG 260, 10/77-1/5, MG Berchtesgaden Annual Historical Report 1945/46, S. 68 ff.

<sup>40</sup> Biographische Angaben nach Hans Kapfinger, *Die neue bayerische Presse*, Passau (1948), S. 33 f.

<sup>41</sup> NA, RG 260, 10/124-1/15, 6870 DISCC Press Section Weekly Summaries, August-Oktober 1945.

<sup>42</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Schreiben Frenzels an den Bürgermeister in Reichenhall vom 26. 11. 1945; als Schreiben an die Landratsamts-Außenstelle Reichenhall in: StA München, LRA 30 870.

<sup>43</sup> Auf ihr Amtsblatt mochten die Offiziere in Berchtesgaden auch nach dem Start der Lizenzzeitung nicht verzichten: Am 11. 5. 1946, einen Tag nach der Erstausgabe des Südost-Kuriers, erschien im Verlag Wiedemann letztmals die übliche Teilaufgabe der *Official Gazette* (11 000–12 000 Exemplare pro Ausgabe) unter Frenzels Treuhänderschaft. Der seit langem mit der Produktion einer parallelen Teilaufgabe (von rund 7000 Exemplaren) beschäftigte Verlag des am 2. 5. 1945 eingestellten Berchtesgadener Anzeigers übernahm von nun an die Herstellung der Gesamtauflage, die im April 1946 noch bei wöchentlich 19000 Exemplaren gelegen hatte, sich jetzt aber bald bei 7800 Stück einpendelte. Im Sprachgebrauch der Einheimischen firmierte die *Official Gazette* übrigens beharrlich als Berchtesgadener Anzeiger; NA, RG 260, 10/77-1/5, MG Berchtesgaden Annual Historical Report 1945/46 und 1946/47 bzw. Historical Report April 1946, und *Official Gazette for the Landkreis Berchtesgaden-Reichenhall* vom 11. 5. 1946.

unter erheblichen Schwierigkeiten und in viel zu geringer Auflage aus München herbeigeschafften offiziellen *Neuen Zeitung* oder der für die Versorgung der Region laut DISCC-Planung zuständigen *Süddeutschen Zeitung*, die im Landkreis Berchtesgaden-Reichenhall an gerade sieben Verkaufsstellen – manchmal – zu haben war<sup>44</sup>. Dies gab Anlaß für nicht wenige Beschwerden bei Bürgermeistern<sup>45</sup> und direkt beim Detachment, wo Normalbürger die Entscheidungskompetenzen vermuteten. Zwar fehlen für die ersten Monate infolge einer noch wenig elaborierten Berichtsstruktur der Militärregierung Informationen zum Punkt „Information Control“ fast vollständig<sup>46</sup>, an Klagen von amtlicher deutscher Seite mangelt es jedoch nicht. So schrieb der Leiter der Landratsamts-Außenstelle Reichenhall, Dr. Sixtus von Martius, in seinen wöchentlich an den Landrat in Berchtesgaden gerichteten Stimmungsberichten wiederholt kritisch über „Das Fehlen der Presse“<sup>47</sup>. Am Vorabend der Gemeindewahlen vom 27. Januar 1946 notierte der konservative Beamte, von einem „eigentlichen Wahlkampf“ könne man nicht sprechen und machte dafür neben der noch sehr schwachen Organisation der Parteien vor allem die unzulänglichen Informationsmöglichkeiten verantwortlich: „Besonders störend bei den Wahlvorbereitungen hat sich das Fehlen einer Zeitung bemerkbar gemacht; da das Amtsblatt nur einmal wöchentlich erscheint, war es nicht möglich, die Bevölkerung schnell genug von irgendwelchen wichtigen Ereignissen zu benachrichtigen.“<sup>48</sup> Als von Martius eine Woche später das kurstädtische Wahlergebnis zu kommentieren hatte („Der hohe Wahlsieg der Christlich-Sozialen Union in unserem Landkreis hat gezeigt, daß die einheimische Bevölkerung auch gegenüber etwa zugezogenen neueren Bevölkerungsteilen sich durchzusetzen verstanden hat.“), nutzte er die Gelegenheit, seine Kritik mit einem konkreten Wink zu verbinden: „Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß das Fehlen einer Tageszeitung in Reichenhall bzw. im Landkreis sich sehr störend bemerkbar macht. Die Wiedemannsche Buchdruckerei wäre maschinell wohl in der Lage, eine Tageszeitung herauszubringen.“<sup>49</sup>

Offenbar hatte der Behördenleiter mitbekommen, daß in Sachen Presse etwas im Gange war; doch nichts spricht für die Vermutung, seine Empfehlung habe diejenigen

<sup>44</sup> Im Monatsbericht der Landratsamts-Außenstelle Reichenhall für Juli 1946 heißt es dazu: „Die ‚Süddeutsche Zeitung‘ – München wird wegen Papiermangel nur mehr in geringer Zahl vertrieben. Die Nachfrage nach der ‚Die Neue Zeitung‘ – München kann leider in keiner Weise befriedigt werden. Gerade diese Zeitung erfreut sich durch ihren vorzüglich ausgebauten Nachrichtendienst und ihre hervorragenden Leitartikel einer ganz besonderen Beliebtheit.“; StA München, LRA 29 657.

<sup>45</sup> So heißt es z. B. im Stimmungsbericht des Bürgermeisters der Gemeinde Karlstein vom 24. 4. 1946: „Sehr vermißt wird bei der Bevölkerung das Fehlen [sic!] der lokalen Tageszeitung. Die jetzige Form des Reichenhaller Blattes dient nur der Bekanntmachung amtlicher Anweisungen und dergleichen. Die Bevölkerung ist dadurch über die Ereignisse im engeren Umkreis nicht mehr im Bilde und verliert somit den Kontakt von Gemeinde zu Gemeinde vollständig.“; StA München, LRA 30749.

<sup>46</sup> „War Diaries“ und frühe Historical Reports für den Landkreis Berchtesgaden in: NA, RG 260, CO 442/3 und 10/77-1/5.

<sup>47</sup> StA München, LRA 39749, Stimmungsbericht vom 18. 1. 1946.

<sup>48</sup> StA München, LRA 30749, Stimmungsbericht vom 26. 1. 1946.

<sup>49</sup> StA München, LRA 30749, Stimmungsbericht vom 1. 2. 1946.

erreicht, die tatsächlich im Begriff standen, den Mangel zu beheben. Denn die informellen wie die administrativen Verbindungen zwischen der Militärregierung und den Lizenzierungsteams des 6870 DISCC waren Anfang 1946 noch viel zu peripher<sup>50</sup>, als daß ein (von wem auch immer) auf lokaler oder regionaler Ebene angemeldeter Wunsch nach einer Presselizenz in die Planungen der dafür verantwortlichen Offiziere hätte Eingang finden können. Mit welcher bemerkenswert starken Autonomie und Unbeirrbarkeit 6870 DISCC bzw. ICD die Lizenzierungspolitik vorantrieb und sich dabei zunächst ausschließlich auf die Bestückung der im Juni 1945 festgelegten „target cities“ konzentrierte, ist nicht zuletzt an der Behandlung von Lizenzgesuchen abzulesen, deren Bewilligung ein Abweichen von dieser Zielplanung bedeutet hätte: Solche Anträge wurden, wie sich am Beispiel derjenigen aus Südost-Oberbayern rekonstruieren läßt, gar nicht erst geprüft.

Vier der sechs überlieferten Lizenzanträge für die Südostecke kamen von ehemaligen Heimatblatt-Verlegern<sup>51</sup>, alle stammen aus der Zeit August bis November 1945. Am frühesten bemühte sich Emil Baur um eine Lizenz, der bis Kriegsende im Landkreis Laufen die *Freiassinger Volkszeitung* herausgegeben hatte. Unter diesem Titel, schlug Baur am 1. August einem Vertreter des 6870 DISCC in München vor, sollte das von ihm und zwei technischen Mitarbeitern zu produzierende Blatt auch künftig erscheinen. In Baur's Bewerbung – einige Anlagen sollten seine jahrelangen Auseinandersetzungen mit der NSDAP-Kreisleitung dokumentieren<sup>52</sup> – deutete nichts auf eine Verbesserung der *Volkszeitung* hin, weder in Auflage und Aufmachung, noch gar in ihrer publizistischen Leistungsfähigkeit. Bezeichnend dafür war das „Konzept“ zur Informationsbeschaffung: „Die Nachrichten wünsche ich von der amerikanischen Militärregierung zu beziehen (Informations-Dienst), vom Landrat Laufen und den Bürgermeister des Verbreitungsgebietes.“<sup>53</sup> Baur fand mit seinem Lizenzantrag ebensowenig Resonanz wie die Verlegerswitwe Elise Geiger in Mühlendorf, die im November 1945 um die Erlaubnis nachsuchte, den 1935 von der Altbayerischen Verlags-

<sup>50</sup> Dies ist sogar an der stilistischen Form ablesbar, in der MG Berchtesgaden Historical Report März 1946 über den Besuch eines DISCC-Abgesandten berichtet: „There have been repeated requests for local newspaper coverage of this area by local officials; there arrived this month a representative of DISCC with authority to open newspaper in Bad Reichenhall.“; NA, RG 260, 10/77-1/5.

<sup>51</sup> Es fällt auf, daß im OMGB-Bestand für Bad Reichenhall und Traunstein, den zu einem späteren Zeitpunkt als Erscheinungsort der Regionalzeitung in Betracht gezogenen Städten, keine einschlägigen Akten enthalten sind. Das dürfte damit zu erklären sein, daß etwaige Anträge aus diesen Städten den im Zusammenhang mit der konkreten Vorarbeit zur Lizenzierung des *Südost-Kuriers* entstandenen Akten zugeschlagen wurden. Nach Mitteilung Langendorfs vom 24. 11. 1983 gab es für jede bayerische Lizenzzeitung sogenannte „town files“. Aktengruppen, auf die dieser Begriff zutreffen könnte, sind nur für wenige Lizenzblätter, z. B. in Kempten und Hof, überliefert (NA, RG 260, 10/124-3/11-14 bzw. 10/125-1/3-5). Eine Recherche im HICOG-Bestand der US National Archives, Washington, blieb ergebnislos; in diesem Zusammenhang danke ich Herrn W.A. Korte für freundliche Unterstützung.

<sup>52</sup> Dazu Frei, *Provinzpresse*, S. 190–196 und 209.

<sup>53</sup> NA, RG 260, 10/126-1/11, Schreiben Baur's an MG Laufen und an die „Pressestelle der Militärregierung Bayern“ vom 9. 9. 1945 mit Anlagen.

anstalt geschluckten *Mühltdorfer Anzeiger* wieder herauszugeben; auch ihr Antrag intendierte im wesentlichen die Wiederherstellung der früheren Presse-Verhältnisse<sup>54</sup>. Hans Dietl, in München ausgebombter früherer Verleger des *Schwabinger Volksblattes*, legte bei der Press Section des 6870 DISCC Ende September 1945 Programm und Layout für *Die Chiemgau-Zeitung* vor, die er in Altenmarkt/Landkreis Mühltdorf herausbringen wollte. Zwar konnte Dietl mit eigenen Papierreserven für drei bis fünf Ausgaben (bei 15 000–20 000 Exemplaren und einem Umfang von vier Seiten) aufwarten, nicht jedoch mit Ideen, die den Presseoffizieren auch nur eine Eingangsbestätigung wert gewesen wären. Dietls inhaltliche Vorstellungen bestanden aus einer decouvrierenden Sechs-Punkte-Deklaration: „1. Politische Kurznachrichten aus aller Welt; 2. Allgemeine Nachrichten aus dem Reich, insbesondere aus Bayern und der engeren Heimat; 3. Für Bauern und Bäuerin Rat und Winke; 4. Kulturelle Nachrichten, mit besonderer Betonung der Familie; 5. Lokaler Teil: a) amtliche und religiöse Nachrichten, b) gemeindliche Verordnungen, c) Sport – Rätsel – Humor – Roman, 6. Anzeigen: Für Familie, Geschäfte, Tausch, Stellen Vermietung.“<sup>55</sup>

Die Beispiele zeigen, wie eng die um eine Lizenz bemühten Druckereibesitzer an dem traditionellen Heimatblatt-Konzept festzuhalten gedachten – ungeachtet des während der NS-Zeit doch schon weit gediehenen Konzentrationsprozesses, der, wie sie als Fachleute sehr gut wußten, eben nicht nur politisch-publizistisch erwünscht, sondern auch ökonomisch-technisch angezeigt war<sup>56</sup>. Daß das Heimatblatt-Konzept von den Alliierten Publizistik-Planern *per se* verworfen worden war, und ihre Lizenzanträge schon von daher keine Chance besaßen, konnten die Bewerber im Spätsommer/Herbst 1945 hingegen kaum wissen. Klarheit darüber herrschte zu diesem Zeitpunkt nicht einmal bei dem Detachment-Personal der Region<sup>57</sup>. Das belegt indirekt eine Aktennotiz, die der für Oberbayern zuständige DISCC-Officer David Davidson am 12. September 1945 über sein Gespräch mit dem Verbindungsoffizier der Militärregierung Altötting machte<sup>58</sup>. Der Captain hatte Davidson Anträge zur Lizenzierung einer Zeitung und eines Buchverlages unterbreitet, die von Dr. Hans Geiselberger stammten, dem Verleger des 1935 der NSDAP-eigenen Phönix-Holding eingegliederten *Öttinger Anzeigers*. Davidson hatte sichtlich Mühe, dem aus der Provinz angereisten und des Lobes auf Geiselberger übervollen Verbindungsoffizier („If there is one anti-Nazi in Altötting, it is he.“) zu erklären, „that we had to operate according to importance of targets but would try to get to his town soon“.

Möglicherweise war letzteres nicht einmal ein leeres Versprechen, denn Davidson stellte in seinem Memo immerhin Erwägungen für ein eigenes Lizenzblatt in Südost-

<sup>54</sup> NA, RG 260, 10/126-2/13, Lizenzantrag Elise Geiger (Application for Information Control License, Personnel Questionnaire, Business Questionnaire), Fragebogen der Militärregierung u. a.

<sup>55</sup> NA, RG 260, 10/126-1/6, Lizenzantrag Hans Dietl mit Anlagen.

<sup>56</sup> Vgl. Frei, Provinzpresse, S. 17–24.

<sup>57</sup> Ausdruck dieser Informationslücken war u. a. folgende Eintragung im „War Diary“ des Detachments Laufen vom 1. 9. 45: „Publication of one Newspaper has been approved and is expected to start publication sometime next month, pending on DISCC approval.“; NA, RG 260, CO 440/7.

<sup>58</sup> NA, RG 260, 10/126-1/18, danach die folgenden Zitate.

Oberbayern an: „Altötting lies about sixty kilometers east and slightly north of Munich. Eventually it could fill in the territory between Bad Reichenhall and Lands-hut very nicely.“ Gleichwohl gibt es keine Anzeichen dafür, daß diese interne Überle-gung der DISCC Press Branch vor Jahresfrist nach außen gedrungen sein könnte. Ende Januar 1946 allerdings wußten gut informierte Funktionsträger in der Region – möglicherweise aufgrund der Inspektionsreise eines DISCC-Teams –, daß man in München eine Zeitung für die Landkreise Berchtesgaden-Reichenhall, Laufen, Traunstein, Altötting und vielleicht auch Mühldorf ins Auge gefaßt hatte. Darauf deutet nicht zuletzt die Reaktion des Reichenhaller Bürgermeisters auf eine Anfrage des *Oberbayerischen Volksblattes* (Rosenheim) hin. Um dessen geschäftstüchtigen Li-zenzträger Leonhard Lang einstweilen ruhig zu halten, der die „Herausgabe und Auslieferung eines Kopfblattes für die Landkreise Traunstein, Berchtesgaden und Laufen“ mit der pessimistischen Begründung anbot, wegen der „großen Papierknapp-heit (könne) in den genannten drei Landkreisen in absehbarer Zeit keine eigene Zei-tung erscheinen“<sup>59</sup>, schrieb der Bürgermeister an den von Lang ebenfalls angegan- genen Landrat: „Wir wollen vorderhand in der Angelegenheit nichts unternehmen, da wir trotz der gegenteiligen Mitteilung in jenem Rundschreiben hoffen, daß in abseh-barer Zeit für den Landkreis Berchtesgaden und vielleicht auch die Nachbarkreise ei-ne eigene Zeitung herausgebracht werden kann, die in der neuzeitlich und sehr gut ausgestatteten hiesigen Druckerei herausgegeben werden kann.“<sup>60</sup>

Der Lizenzantrag, den der stellvertretende Landrat von Traunstein, Josef Kiene, am 15. Februar 1946 nach München schickte, zeigt, daß mittlerweile nicht allein in Reichenhall Hoffnungen auf ein regionales Lizenzblatt keimten<sup>61</sup>. Der rührige So-zialdemokrat, ausgestattet mit guten Verbindungen zu und bester Empfehlung von Wilhelm Hoegner („ein besonders bewährter Sozialist und Antifaschist [...], der mir schon seit dem Jahr 1927 politisch nahesteht“), konnte sowohl mit einer selbstbewuß-ten politischen Lageskizze wie mit einem reflektierten Prospekt für die beantragte kreisübergreifende Zeitung aufwarten: Das Plädoyer für Professionalität „in organi-satorischer und fachlicher Hinsicht, um die großen Aufgaben der Demokratisierung durchzusetzen“, hatte Kiene schon bei seiner Bewerbung um den Landratsposten gu-te Dienste geleistet, und das Konzept für eine „lizenzierte Heimatzeitung“ nannte ne-ben der „lokalen Nachrichtenübermittlung“ immerhin die Aufgabe, „für die Entwick-lung und Stärkung der Demokratie zu arbeiten“. Gemeinsam mit seinem avisierten Redakteur Wilhelm Hofmockel („bekannt als Demokrat und Antifaschist, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei“) wollte sich Kiene dafür in ganz Südost-Oberbay-

<sup>59</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Schreiben Langs an den Bürgermeister von Reichenhall vom 25. 1. 1946.

<sup>60</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Schreiben des Bürgermeisters von Reichenhall an den Landrat in Berchtesgaden vom 28. 1. 1946; unter dem gleichen Datum fragte der Bürgermeister bei der „Wiedemannschen Druckerei“ an, „wie weit dieser Plan gediehen ist“.

<sup>61</sup> NA, RG 260, 10/126-1/6, Lizenzantrag Josef Kiene mit Fragebogen der Militärregierung u. a., da-nach die folgenden Zitate. Biographische Angaben auch nach: Amtliches Handbuch des Bayeri-schen Landtags, München 1948, S. 98.

ern einsetzen, das „unter dem Mangel einer lizenzierten Tageszeitung“ sehr leide. Druckort sollte Trostberg sein, wo bis Kriegsende im Verlag Erdl die vergleichsweise stattliche *Salzach-Zeitung* erschienen war. (Verlags-Treuhänder war dort inzwischen Josef Brandl, in den zwanziger Jahren Herausgeber des sozialdemokratischen *Volksfreunds*, an dem zeitweilig auch Kiene mitgearbeitet hatte. Brandl, Kienes Genosse und lokaler Konkurrent, hatte sich im August 1945 ebenfalls um eine Lizenz bemüht, allerdings weniger wortgewandt und im herkömmlichen Stil nur für „Trostberg and the neighbourhood“<sup>62</sup>.) Die Gründung einer „allgemeinen Volkszeitung“ auf der Basis einer von regionalen Parteifunktionären getragenen offenen Handelsgesellschaft, wie sie im November 1945 von der SPD-Bezirkskonferenz diskutiert wurde<sup>63</sup>, hatte Kiene inzwischen als unrealistisch verworfen. Was er bei seiner Bewerbung im Februar 1946 jedoch nicht bedachte, obwohl ihn ein Hinweis Hoegners darauf hätte bringen können<sup>64</sup>, war die Unvereinbarkeit von politischem Mandat und Zeitungslizenz. Von diesem Prinzip abzugehen, kam für ICD nicht in Frage<sup>65</sup>. Trotz einer Reihe beachtlicher Pluspunkte, die Kiene anzumelden hatte – Druckkapazitäten für maximal 25 000 Exemplare, Papiervorräte bis zu einem Jahr, dazu eine gewisse journalistische Praxis –, war der mehrfache Dachau-Häftling deshalb kein ernstzunehmender Kandidat.

### Bad Reichenhall wird „target city“

Zu dem Zeitpunkt, als Kiene sich bewarb, steuerte ICD München bereits festen Kurs auf eine „Zielstadt“ in Südost-Oberbayern. Die Press Section Weekly Summaries belegen das mit einer gewissen Verzögerung, denn allzu vage Pläne fanden in diese knappen Berichte keinen Eingang. So ist anzunehmen, daß schon einige Erkundigungen positiv verlaufen waren, ehe es im Weekly Summary vom 26. Februar 1946 hieß: „A survey is being conducted as to the feasibility of recommending the designation of one additional target in the Traunstein-Berchtesgaden area to cover the south-eastern corner of Bavaria. This area can only be covered with extreme difficulty from southern Bavarian targets now in operation.“<sup>66</sup> Zwei Wochen später meldete die Press

<sup>62</sup> NA, RG 260, 10/126-1/6, Schreiben Brandls an MG Trostberg vom 21. 8. bzw. 4. 9. 1945.

<sup>63</sup> BayHStA München, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 6, Schreiben Kienes und Brandls an Hoegner vom 8. 12. 1945.

<sup>64</sup> Der Bayerische Ministerpräsident teilte seinem Parteigenossen am 3. 1. 1946 die Anschrift der Press Section mit und fügte hinzu: „Bis jetzt sind Parteizeitungen noch nicht zugelassen worden. Wann es damit ernst wird, kann ich nicht sagen.“; NA, RG 260, 10/126-1/6, auch in: BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 6.

<sup>65</sup> Dies stieß auf die Kritik der Parteivertreter, wie u. a. eine Bemerkung im OMGB/ICD Press Section Weekly Summary vom 19. 2. 1946 zeigt: „A meeting was hold at the office of Dr. Hoegner, Prime Minister of Bavaria, at which Colonel McMahon was present. Main topic of discussion was the limits to which licensees would be permitted to participate in political activity. The decision reached was that the present was not the proper time for licensees to further their personal political aspirations and still act as publishers.“; NA, RG 260, 10/124-1/15.

<sup>66</sup> NA, RG 260, 10/124-1/15, OMGB/ICD Press Section Weekly Summary vom 28. 2. 1946.

Branch in ihrem Wochenbericht, die Genehmigung für ein „target“ im Gebiet Traunstein – offensichtlich bedurfte es der Zustimmung von OMGUS/ICD – sei inzwischen gesichert<sup>67</sup>. Die Grundsatzentscheidung von Ende Februar/Anfang März 1946 hatte freilich zwei wichtige Fragen noch offen gelassen: Welche Stadt bietet den besten Standort und, das größere Problem, wer sollte Lizenzträger werden? Mitte März 1946 erweckte die Press Branch keineswegs den Eindruck, als ob sich dies in Kürze klären könnte: „Further work on this target, as on the others, is dependent on a larger supply of journalistically competent and politically acceptable persons.“<sup>68</sup>

Mit dem Ausfindigmachen zusätzlicher neuer Lizenzträger taten sich die Presseoffiziere, wie ihre Weekly Summaries bezeugen, inzwischen alles andere als leicht. Der Lizenzierungsschub vom Herbst 1945 hatte den „Vorrat“ geprüfter und als geeignet befundener Kandidaten rasch auf Null zusammenschmelzen lassen. Dennoch dachte man nicht daran, die Auswahl dem Zufall unaufgefordert eingehender Bewerbungen zu überlassen. Vielmehr erweiterte ICD Press Branch Bayern, vor allem auf Initiative ihres designierten neuen Chefs Ernst Langendorf<sup>69</sup>, das Suchgebiet – aus grundsätzlichen Erwägungen: „Work is also in progress for the requesting of certain known journalists in France, Switzerland and possibly England to be returned to Germany for the purpose of becoming licensees or leading editors. It is felt that the bottom of the barrel has been reached in our search for competent, clean journalists and that the only recourse is to obtain these men. Study of prisoners of war on the same subject is also being made.“<sup>70</sup>

Parallel zu diesen aufwendigen Erkundungen im Ausland<sup>71</sup> ging die Suche unter

<sup>67</sup> NA, RG 260, 10/124-1/15, OMGB/ICD Press Section Weekly Summary vom 11. 3. 1946.

<sup>68</sup> Wie Anm. 67.

<sup>69</sup> Ernst Langendorf, geb. 1907 in Rod an der Weil/Taunus, hatte seine journalistische Laufbahn schon 1923 bei der Volksstimme in Frankfurt begonnen. Zugleich war er Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend und der SPD. Seit März 1932 Redakteur des Hamburger Echos, emigrierte er nach dem Verbot der SPD-Zeitung im April 1933 nach Paris (in Frankreich Vornamensänderung: Ernest). 1945 kehrte Langendorf im Range eines Sergeants der 7. US-Armee (Combat Propaganda Team) nach Deutschland zurück. Seit Ende 1945 war Langendorf für das 6870 DISCC Press Branch tätig. Zunächst Presseoffizier in Regensburg, löste er, mittlerweile auf eigenen Wunsch US-Civilian, am 1. 6. 1946 Lieutenant Colonel Gordon A. Ring als Chief of Press Branch ab; NA, RG 260, 10/124-1/15, OMGB/ICD Press Section Weekly Summary vom 4. 6. 1946 und Mitteilung Langendorfs vom 11. 10. 1984. Vgl. auch Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Band I, München 1980, S. 418, und Ernst Langendorf, Mit dem Jeep auf Verlegersuche, in: Michael Schröder (Hrsg.), Auf geht's: Rama dama. Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über Wiederaufbau und Neubeginn 1945 bis 1949, Köln 1984, S. 11–32.

<sup>70</sup> NA, RG 260, 10/124-1/15, OMGB/ICD Press Section Weekly Summary vom 22. 1. 1946; Namenslisten in: 10/124-1/25, OMGB/ICD an ODIC vom 14. 2. 1946.

<sup>71</sup> Dazu heißt es in der von Harold Hurwitz verfaßten offiziellen Darstellung (Press Reorientation, EUCOM/OCH 1950, S. 123): „The praiseworthy disinclination of Bavarian licensing authorities not to compromise their high political standards led to their recruiting a number of anti-Nazi emigre journalists, mostly Social Democrats, from Paris and London. The first of these was Richard Schlochauer, who was made a licensee of the Landshut Isar-Post. Another refugee, Peter Maslowski, a left-wing Social Democrat who in 1919 had been a co-founder of the KPD, became the editor of the Coburg Neue Presse. Encouraging the return of German refugees in 1945–46 appears to have

jenen weiter, die sich selbst für eine Lizenz beworben hatten oder aber von interessierter, zumeist parteipolitischer Seite vorgeschlagen worden waren. Zu der letztgenannten Gruppe gehörte der frühere SPD-Reichstagsabgeordnete Josef Felder. Ihn hatten Augsburger Sozialdemokraten schon im Spätsommer 1945 als Lizenzträger für die dort in Vorbereitung befindliche Zeitung ins Gespräch gebracht, die jedoch, wie erwähnt, Curt Frenzel und Johann Wilhelm Naumann erhielten<sup>72</sup>. Auch der Lizenzträger des *Oberbayerischen Volksblattes*, Lang, bekundete sein Interesse an Felder als Lokalredakteur<sup>73</sup>, offenbar im Zusammenhang mit dem Plan, das Rosenheimer Blatt auf den Rupertiwinkel auszudehnen. Felder war damit bei den amerikanischen Presseoffizieren „aktenkundig“ geworden, die ihn und vier weitere Bewerber gegen Jahresende 1945 überraschend zu einer fünftägigen Überprüfung nach Neuhaus am oberbayerischen Schliersee beorderten.

Über diese Durchleuchtungsaktion stehen zwar keine Unterlagen von amerikanischer Seite zur Verfügung<sup>74</sup>, aber Felder und zwei seiner damaligen Mit-Prüflinge erinnerten sich fast 36 Jahre später noch an zahlreiche Einzelheiten<sup>75</sup>. Die detaillierteste Beschreibung der Tage in der requirierten „Villa Duden“ stammt von Dr. Edmund Banaschewski, der schon in den dreißiger Jahren zwei Verlage gegründet hatte und nun eine Lizenz zur Weiterarbeit benötigte<sup>76</sup>: „Man sagte uns beim Empfang alsbald, daß die Bewerbergruppen bewußt klein gehalten würden, um sich mit jedem einzelnen besonders intensiv beschäftigen zu können. So war es ja dann auch; wir konnten uns zwar frei im Ort bewegen, mußten uns aber abmelden, wenn wir in den Ort gehen wollten, und dann fanden sich ‚rein zufällig‘ regelmäßig ebensoviele, immer

been a popular practice only in Bavaria. [...] Later the practice spread.“; ausführlicher dazu IFZ, Fg 01/1, OMGB Historical Report 1945/46, S.201, sowie NA, RG 260, 10/124-1/25 und 10/124-2/1.

<sup>72</sup> Vgl. Josef Felder, *Mein Weg: Buchdrucker – Journalist – SPD-Politiker*, in: *Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Aufzeichnungen und Erinnerungen*, Band 1. Boppard 1982, S.9–79, hier S.61. Klarer als dort formulierte Felder 1972 in einer maschinenschriftlichen Fassung seiner Erinnerungen (im Besitz des Verfassers) die Vermutung, er habe die Lizenz für die Schwäbische Volkszeitung „bedauerlicherweise“ deswegen nicht erhalten, „weil meine politische Richtung einigen Augsburger US-Presseoffizieren augenscheinlich nicht paßte“ (S.38f.). Grund dafür sei seine „deutliche Abgrenzung zu den Kommunisten“ gewesen, die er im Oktober 1945 auf einer Versammlung der Augsburger SPD ausgesprochen habe.

<sup>73</sup> Mitteilung Josef Felders vom 24.3.1981.

<sup>74</sup> Das bei der Lizenzierung produzierte Aktenmaterial der ICD Intelligence (ab 1948 Research) Branch ist für die Verfilmung im Rahmen des OMGUS-Projekts nicht zugänglich gemacht worden. Auf eine schriftliche Anfrage bezüglich der beiden Lizenzträger des Südost-Kuriers teilten die NA am 3.2.1984 mit, die infrage kommenden Bestände seien nicht lokalisierbar.

<sup>75</sup> Mitteilung Felders vom 30.3., von Dr. Edmund Banaschewski vom 11.6. und von Dr. Hans Lehmann vom 5.8.1981.

<sup>76</sup> Banaschewski, Jahrgang 1907, hatte 1935 in Berlin den Drei-Säulen-Verlag gegründet, in dem neben schöngestiger Literatur mit „Welt und Wert“ laut Selbsteinschätzung „eine der seinerzeit führenden literarischen Zeitschriften“ erschien. 1938 startete Banaschewski zusätzlich den Werk-Verlag, der sich bis Kriegsende rohstoffwirtschaftlichen, nach der Lizenzierung vor allem medizinisch-wissenschaftlichen Publikationen widmete; vgl. Curt Vinz/Günter Olzog (Hrsg.), *Dokumentation deutschsprachiger Verlage*, München <sup>8</sup>1983, S.444f.

freundliche amerikanische Begleiter ein, die ‚zufällig‘ den gleichen Spaziergang machen wollten. [...] Die Prüfungen wurden durch zivile Universitätsprofessoren aus den USA durchgeführt; jedem von ihnen waren drei bis vier Assistenten, offensichtlich Militärpersonen, zugeteilt. Vor allem letztere beteiligten sich mit besonderem Eifer an [einer] Schneeballschlacht, bei der sie mit Vergnügen ihren General [gemeint: ICD-Chef Colonel McMahon] kräftig mit Schnee einseiften, obgleich sie ja eigentlich nicht zu uns, sondern zur Gegenpartei gehörten. Die Universitätsprofessoren vertraten folgende Disziplinen: 1. Psychologie, 2. Soziologie, 3. Volkswirtschaft, 4. Jurisprudenz, 5. Geschichte. Zeitweilig war auch ein Mediziner anwesend, der, wenn ich mich richtig erinnere, theoretischer Physiologe war; jedenfalls war sein spezielles Interessengebiet Physiologie. [...] Die Prüfungen bestanden in erster Linie aus intensiven, mit jedem von uns allein durchgeführten Explorationsgesprächen aus allen obengenannten Gebieten, über die jeweils einer der Assistenten ein präzises Protokoll führte. Das Protokoll wurde am Ende jeder Exploration vorgelesen und, wenn nötig, berichtet, ergänzt bzw. geklärt. Es wurde hierbei mitgeteilt, daß während unseres Aufenthaltes in Neuhaus die mitgeteilten Sacherklärungen durch externe Rechercheure überprüft werden. In zweiter Linie folgten dann eine Reihe der bekannten psychologischen Tests (Klebstest, Zahlenreihentest, soziologische, politische und historische Fragentests unter Zeitdruck und vieles mehr), mittels deren Intelligenzquotient, Kreativität, Weltanschauung, politische Orientierung, wirtschaftliche und fachliche Eignung usw. überprüft werden sollten. [...] Mit Schmunzeln erinnere ich mich noch an einige der unter Zeitdruck zu beantwortenden Fragen: a) ‚Was denkt (wohl-gemerkt nicht empfindet) eine Mutter, wenn sie ihr Kind küßt?‘ b) ‚Was halten Sie von der Prügelstrafe?‘ c) (ganz harmlos eingestreut) ‚Wer war der größte Deutsche in den letzten 100 Jahren?‘ [Wir aßen] zwar gemeinsam mit unseren Prüfern im gleichen Raum, aber am eigenen Tisch; wir wurden hierbei permanent aufmerksam beobachtet. Einer der Assistenten machte Notizen. Am Anfang waren wir [...] sehr höflich zwar, aber doch eindeutig auf das Fraternisierungsverbot der USA-Regierung hingewiesen worden. Umso mehr waren wir überrascht, als uns am letzten Abend unseres Aufenthaltes der Chef der Prüfer [...] aufforderte, an einer gemeinsamen Abschiedsfeier in bunter Reihe (Amerikaner und Deutsche) teilzunehmen; es gab (lockernde) alkoholische Getränke, ein paar Leckereien zum Essen und – nicht zu vergessen – Tabakwaren in unbegrenzter Menge. Es herrschte ein unbeschwertes ‚Dulce jubilo‘; wir waren hoffnungsvoll und glücklich, alles überstanden zu haben. Bei fortgeschrittener Stimmung forderte nach scheinbar harmlosem Vorgespräch, vermeintlich arglos, einer der Prüfer auf, jeder von uns solle ein ihn besonders bewegendes Erlebnis aus jüngerer Zeit erzählen, von dem er glaube, daß es für seine Welt charakteristisch sei.“

Banaschewskis Welt fand die Billigung der Prüfer: Ungeachtet seiner auch wirtschaftlich erfolgreichen Tätigkeit während der NS-Zeit erhielt der Verlagsprofi, inzwischen 38 Jahre alt, bald darauf die begehrte Lizenz. Unter den Probanden war weiterhin ein Filmregisseur und mit Dr. Hans Lehmann ein journalistischer Mitarbeiter der *Neuen Zeitung*. Lediglich Josef Felder und Martin Loibl, der frühere Verleger des konservativ-katholischen *Neuburger Anzeigenblatts*, das 1934 mit dem lokalen

NSDAP-Organ hatte fusionieren müssen<sup>77</sup>, wurden als Kandidaten für Zeitungslizenzen geprüft, letzterer mit negativem Resultat.

Die Tests am Schliersee fanden offensichtlich nur über einen kurzen Zeitraum hinweg statt und betrafen nur einen geringen Teil der Personen, die in der Nachkriegs-Medienlandschaft Bayerns tätig werden wollten<sup>78</sup>. Möglicherweise hatte das seine Ursache in der Gründung des „Screening Centers“ im hessischen Bad Orb, wo ICD Intelligence Branch von November 1945 bis Juni 1946 aus der ohnehin schon komplizierten Ausleseprozedur für Lizenzträger und leitende Redakteure – zum Mißbehagen der Presseoffiziere – eine Wissenschaft zu machen suchte<sup>79</sup>. Doch die Bedeutung des „Screening“-Verfahrens verhielt sich umgekehrt zu seiner Spektakularität<sup>80</sup>: Zum Zeitpunkt des Beginns in Bad Orb waren viele der „target cities“ bereits versorgt, in anderen standen die Lizenzzeitungen unmittelbar vor dem Start. Und die Kapazität des für die gesamte US-Zone zuständigen „Screening Centers“ war nicht sonderlich hoch. Bis April 1946 wurden dort lediglich 125 Kandidaten unter die Lupe genommen. Hingegen brüstete sich ICD Press Branch Bayern zu Jahresende 1946 mit bis dahin über 2000 geprüften Bewerbungen<sup>81</sup>.

Formgerecht war ein Lizenzantrag, wenn er in Gestalt eines als zweisprachiges Formular gedruckten „Gesuchs um eine Zulassung der Nachrichtenkontrolle“ abgegeben wurde. Der Vordruck wies die Antragsteller insbesondere darauf hin, „daß eine Zulassung, falls erteilt, kein Eigentumsrecht darstellt, und daß diese Zulassung jederzeit nach alleinigem Gutdünken der Militär-Regierung ohne Mahnung oder Verhör widerrufen werden kann“. Bestandteile des Gesuchs waren der übliche Fragebogen der Militärregierung (131 Punkte) sowie ein spezieller Personal- und ein Geschäftsfragebogen von ICD mit weiteren 19 bzw. 55 Fragen, die sich mit denen des allgemeinen Fragebogens freilich in erheblichem Umfang überschneiden und nur etwa zur Hälfte Zeitungslizenz-Bewerber betrafen. Josef Felder konnte diese Formulare mit selbstbewußter Gelassenheit ausfüllen<sup>82</sup>. Er hatte nichts zu verbergen.

Josef Felders Lebensweg<sup>83</sup> ist, trotz früher Verbundenheit mit der Sozialdemokratie und manchen typischen Wendungen, kein proletarisch-sozialistischer. Danach wa-

<sup>77</sup> Felder ist nicht bekannt, daß weitere spätere Lizenzträger auf ähnliche Weise überprüft worden sind; Mitteilung vom 12. 2. 1985. Nach der Erinnerung Langendorfs wurden nur wenige Lizenzbewerber in der Villa Duden getestet; Mitteilung vom 6. 5. 1985.

<sup>78</sup> Vgl. Frei, Provinzpresse, S. 326–330.

<sup>79</sup> Vgl. Hurwitz, Stunde Null, S. 148.

<sup>80</sup> Das wird in apologetischer Absicht gern übersehen, vgl. Caspar Schrenck-Notzing, Charakterwätsche, Die amerikanische Besetzung in Deutschland und ihre Folgen. Stuttgart 1965, S. 133–143; das Kapitel trägt den beredten Titel „Die Couch-Elite formiert sich“.

<sup>81</sup> NA, RG 260, 10/117-2/4, OMGB/ICD Press Branch, Memo „Status and Problems of Bavarian Newspapers“ vom 20./21. 12. 1946; diese Angabe wurde in den Berichtsserien der Militärregierung später häufig zitiert.

<sup>82</sup> Eine vollständige Kollektion der Formulare in: NA, RG 260, 10/125-1/1; die entsprechenden Unterlagen Felders sind nicht überliefert. Felder selbst erinnert sich nur daran, den allgemeinen Fragebogen ausgefüllt zu haben; Mitteilung vom 24. 1. 1985.

<sup>83</sup> Die folgende Skizze basiert auf Felder, Mein Weg, S. 15–61; vgl. auch Eugen Nerdinger, Brüder zum Licht empor, Augsburg 1984.

ren schon die äußeren Umstände nicht: Felder, am 24. August 1900 in Augsburg geboren, wuchs als erstes von elf Kindern im bescheiden bürgerlichen Milieu einer schwäbisch-bayerischen Kaufmannsfamilie auf. Seit seiner Buchdruckerlehre beim *Mindelheimer Anzeigenblatt* politisch interessiert und seit 1917 Gewerkschaftsmitglied, ging der gerade 19jährige – sensibilisiert von den als Geselle in Baden-Baden und München erlebten, weniger wohl wirklich erfahrenen Klassenunterschieden, von Kriegsende und Räterepublik – zu den Unabhängigen Sozialisten. In Mindelheim gründete der passionierte Diskutant und Redner eine Ortsgruppe der USPD, die er aber bereits nach wenigen Monaten verließ: Die Annäherung der Unabhängigen an Moskau war Anlaß für den Wechsel zu den Mehrheits-Sozialdemokraten, deren *Schwäbische Volkszeitung* in Augsburg Felder ab 1921 nebenbei als Korrespondent belieferte. Drei Jahre später erhielt der junge Familienvater Gelegenheit, Neigung zur Profession zu machen: Mit Frau und zwei Söhnen zog er zurück in seine Geburtsstadt, um bei dem Parteiblatt Journalismus von der Pike auf zu lernen. Konflikte nicht scheuend und dennoch weit mehr pragmatisch als ideologisch orientiert, verstand sich Felder selbst wohl schon früh als Realist. Mit 30 Jahren gehörte der *Volkszeitungs*-Redakteur und Stadtratsabgeordnete zu den hoffnungsvollen jungen Leuten der vergleichsweise progressiven schwäbischen SPD, für die er im November 1932 in den Reichstag einzog. 24 Stunden vor Hitlers Regierungsantritt machten die Augsburger Sozialdemokraten Felder zu ihrem neuen Ortsvorsitzenden, der am Morgen des 9. März 1933, dem Tag des Machtwechsels in Bayern, die Führung von Reichsbanner und freien Gewerkschaften der Stadt alarmierte. Aber aus Berlin und München kam kein Signal zum Widerstand. Eine Woche hielt sich Felder nun versteckt, seine Familie flüchtete nach München. In der heimischen Öffentlichkeit konnte sich der Reichstagsabgeordnete nicht mehr zeigen, und zu den Fraktionssitzungen der SPD – von der letzten am 10. Juni fertigte er das einzige stenographische Protokoll – reiste er auf Umwegen. Felders Aufzeichnungen über das Frühjahr 1933<sup>84</sup> spiegeln die tiefe Verstörung der sozialdemokratischen Basis über die abwartende, phantasiearme Hilflosigkeit der Parteiführung und der Gewerkschaften. In dieser deprimierenden Endzeitstimmung kam das formelle Verbot der SPD am 22. Juni fast einer Erlösung gleich. Wie vielen anderen Genossen wurde es Felder zum definitiven Signal zur Flucht aus dem konspirativen Milieu der letzten Wochen. In Wien betätigte sich Felder dann unter zwei Tarnnamen als Referent der SPÖ und der sozialistischen Bildungszentrale, was ihm bis zum Verbot der Partei durch Dollfuß im Februar 1934 den Lebensunterhalt sicherte. Nächste kurze Station wurde Brünn, dann Prag, Sitz des Exilvorstandes der SPD. Als er im Frühjahr heimlich zu seiner Familie in München zurückkehrte, wurde er bald festgenommen. Vier Wochen seiner 19monatigen Haft im Konzentrationslager Dachau verbrachte Felder im Dunkelarrest, der eine Lungenerkrankung nach sich zog. Im Februar 1936 erreichte Anton Felder die probeweise Entlassung und Anstellung seines Bruders als Buchhalter in der Firma eines befreundeten Münchener Sportartikelfabrikanten. Mit dem Betrieb 1944 ins oberbaye-

<sup>84</sup> Felder, *Mein Weg*, S. 47–52.

rische Oberaudorf evakuiert, setzten die Amerikaner Josef Felder dort schließlich als Treuhänder ein.

Zwischen Felders Überprüfung in der „Villa Duden“ und der Beschlußfassung über eine „target city“ im Südosten Bayerns lagen einige Wochen. Wahrscheinlich war Felders damalige Vermutung, für eine Verwendung als Redakteur beim *Volksblatt* in Rosenheim getestet worden zu sein<sup>85</sup>, gar nicht so falsch: Die Idee, ihn am Aufbau einer neuen Zeitung zu beteiligen, entstand offenbar erst, als die „Field Officers“ David Davidson und Leonard Felsenthal ihre Recherchen im Rupertigau begannen. Zum Ausgangspunkt wählten sie die verkehrsgünstig gelegene Kreisstadt Traunstein. Die beiden jungen Männer waren mit den regionalen Gegebenheiten zwar zunächst nicht vertraut, sprachen aber immerhin gut Deutsch. Davidson, ein literarisch ambitionierter Intellektueller, der 1947 in New York einen Roman über das Nachkriegs-München („The steeper Cliff“) veröffentlichte, hatte offenbar weniger Sinn und Talent für Organisationsaufgaben als Felsenthal, der einer jüdischen Fabrikantenfamilie in der Pfalz entstammte<sup>86</sup>. Jedenfalls spielte Felsenthal den wichtigeren Part. Im Verlag Anton Miller, wo seit 1855 das bauernbündlerische *Traunsteiner Wochenblatt* erschienen war, glaubten die Abgesandten der Press Branch einen geeigneten Standort für die projektierte Lizenzzeitung gefunden zu haben. Die Druckerei war vergleichsweise leistungsfähig und modern, was schon den örtlichen Nationalsozialisten aufgefallen war, die Miller im März 1936 gezwungen hatten, sein *Wochenblatt* mit dem Parteiorgan zwecks Etablierung eines lokalen Zeitungsmonopols zu fusionieren<sup>87</sup>. Die Linotype-Setzmaschinen und die achtseitige Rotation, die Miller Mitte der dreißiger Jahre angeschafft hatte, boten zwar keine Idealbedingungen, waren aber mehr, als 1945 in den meisten Heimatblatt-Verlagen der Region vorhanden war. Wirklich befriedigend schien das Problem einstweilen ohnehin nicht lösbar zu sein, das sich aus den völlig neuen Dimensionen ergab, in denen die amerikanischen Presseplaner kalkulierten: Statt von einem ganzen Dutzend, wie noch Anfang 1933, sollte der inzwischen mehr als doppelt so hohe Bedarf an Zeitungen in einer einzigen Druckerei produziert werden. Konkret war daran gedacht, den Ausstoß bei Miller fast zu verzehnfachen, von rund 6000 auf etwa 55 000 Exemplare.

Kein Wunder, daß man im zuständigen Munich Detachment der ICD Press Branch hellhörig wurde, als der Verlagstreuhänder in Reichenhall Anfang März seinen Hinweis auf die dort vorhandene zwölfseitige Rotation wiederholte. Da sein Renommee als Lizenzträger in Augsburg nicht zu genügen schien, ermunterte Curt Frenzel zusätzlich den Reichenhaller Bürgermeister und den Landrat in Berchtesgaden, in München als Lokalpatrioten vorstellig zu werden<sup>88</sup>. Anfang April kam es tatsächlich zu einer Änderung der Zielplanung: War in den Weekly Reports der Press

<sup>85</sup> Mitteilung Felders vom 3. 10. 1984.

<sup>86</sup> Mitteilung Langendorfs vom 11. 10. 1984.

<sup>87</sup> Näheres bei Frei, *Provinzpresse*, S. 223–230.

<sup>88</sup> Um die „Gefahr“ einer Lizenzvergabe nach Traunstein zu vermeiden, bat Frenzel mit Schreiben vom 4. 3. 1946, ein entsprechendes Gesuch an die ICD zu richten und dabei auf das „Expose“ hinzuweisen, das er bereits im September 1945 dorthin geschickt hatte; Reg. Reichenhall, 0/11-00/0.

Branch bis dahin vom „target“ Traunstein die Rede<sup>89</sup>, feierte der Berichterstatter nun Reichenhall. Dort gebe es „eine viel bessere Maschinenanlage“, bei ansonsten gleich guten Bedingungen: „Both cities are of about equal importance and lie in the heart of the Southeastern Bavaria region which the newspaper is to serve. The area has no cities of major size, but is nevertheless a thickly populated rural region with a considerable overall population.“<sup>90</sup>

Ganz folgenlos blieb freilich nicht, daß Traunstein Startplatz der „Field Officers“ gewesen war. Nahezu unvermeidlich waren Davidson und Felsenthal hier auf Rupert Berger gestoßen, eine zentrale Figur im katholisch-konservativen Milieu der gesamten Region und seit Januar 1946 Erster Bürgermeister seiner Geburtsstadt. Der 50jährige ehemalige Angestellte der Ortskrankenkasse und frühere BVP-Stadtrat, den seine mit journalistischen Arbeiten bekräftigte NS-Gegnerschaft 1933 einige Male nach Dachau gebracht hatte, genoß den Respekt auch der heimischen Sozialdemokraten<sup>91</sup>. Wohl nicht zuletzt deshalb stieß die Entscheidung der Press Branch, Berger eine Lizenz anzutragen, offenbar nirgendwo auf Ablehnung.

Seit Anfang April 1946 war in interessierten Kreisen bekannt, daß Felder und Berger, unterstützt von „den Amerikanern“, konkrete Vorbereitungen für eine neue Zeitung trafen. Im Traunsteiner Rathaus fanden Mitte des Monats Vorstellungsgespräche statt. Die Suche nach geeigneten journalistischen Mitarbeitern gestaltete sich weit weniger einfach, als die allgemeine Beschäftigungssituation hätte vermuten lassen; Bewerber mit politisch weißer Weste genügten nicht schon den fachlichen Ansprüchen Josef Felders. Das galt selbst für Kandidaten, die den künftigen Lizenzträgern von der Press Branch genannt wurden. So lehnte Felder ohne Begründung den auf Empfehlung Felsenthals aus München angereisten August Franz ab, nach eigener Einschätzung ein „Zeitungsfachmann von der alten bewährten Schule und Richtung“. Gegenüber den Presseoffizieren brauchte Felder sich dafür nicht zu rechtfertigen – zum Kummer des Abgewiesenen, wie dieser postwendend aber folgenlos an Felsenthal berichtete: . . . „obwohl ich doch in dieser Gegend 30 Jahre lang lebte und wirkte und Land und Leute wie meine Hosentasche genau kenne“<sup>92</sup>.

Von den schließlich angestellten redaktionellen Mitarbeitern kamen nur der Sportredakteur Hans Miller<sup>93</sup> und Heinrich Haug auf Vermittlung der Militärregierung<sup>94</sup>

<sup>89</sup> NA, RG 260, 10/124-1/15, OMGB/ICD Press Section Weekly Reports vom 19. 3., 25. 3. und 2. 4. 1946.

<sup>90</sup> NA, RG 260, OMGB/ICD Press Section Weekly Report vom 9. 4. 1946.

<sup>91</sup> Angaben nach einer politischen Situationsbeschreibung von Josef Kiene für Mühldorf, Freilassing, Alt- und Neuötting sowie Traunstein, die der Sozialdemokrat am 16. 9. 1945 an Hoegner sandte; IfZ, ED 120/202. Vgl. auch Handbuch Bayerischer Landtag 1948, S. 41.

<sup>92</sup> Korrespondenz in: NA, RG 260, 10/126-1/22; dazu auch 10/126-1/23.

<sup>93</sup> Miller wurde im Herbst 1947 entlassen, nachdem sich die Beschwerden der regionalen Sportvereine über sein „diktatorisches“ Auftreten und seine Berichterstattung gehäuft hatten; Mitteilung Felders vom 12. 2. 1985. Am 24. 10. 1947 machte die Redaktion im Sportteil auf Millers bevorstehendes Ausscheiden aufmerksam und erklärte, der Nachfolger werde sich, „wie die Herausgeber des ‚Südost-Kuriers‘ wünschen [ . . . ] um einen engen Kontakt mit allen Sportorganisationen bemühen“.

<sup>94</sup> NA, RG 260, 10/26-1/1, Einladung Felsenthals an Haug zu einem Vorstellungsgespräch in Traunstein vom 10. 4. 1946; zu Miller eine entsprechende Mitteilung Felders vom 12. 2. 1985.

zum *Südost-Kurier*. Haug, der frühere Hauptschriftleiter des katholischen *Öttinger Anzeigers*, der bald zu Felders Mit-Lizenzträger avancieren sollte, besorgte zunächst die Berichterstattung für den Landkreis Altötting. Die Lokalredaktion in Traunstein, deren Einrichtung wohl auch als Ausgleich für die Verlegung des Druckortes nach Bad Reichenhall gedacht war, übernahm der gebürtige Münchner Paul Mayer; Freunde bei der *Süddeutschen Zeitung* hatten den damals 32jährigen Verlagsbuchhändler auf das neue Lizenzprojekt aufmerksam gemacht<sup>95</sup>. Sekretärin und bald auch Mit-Redakteurin der Traunsteiner Redaktion, die zunächst in einem Kiosk, dann in Mayers Privatwohnung untergebracht war, wurde Erika Paetzmann aus Wolfratshausen in Oberbayern; Bürgermeister Berger hatte die 25jährige, bis zu ihrer Evakuierung wissenschaftliche Assistentin am Institut für Ernährungslehre der Universität Berlin, auf einem Faschingsball kennengelernt<sup>96</sup>. Ähnlich zufällig fand Felder seine spätere Chefin vom Dienst: Marianne Krell, Tochter eines Berliner Ullstein-Lektors und bei Kriegsende in einem Oberaudorfer Kartenverlag beschäftigt, harterte wie das Ehepaar Felder und andere Zivilisten während der letzten Kämpfe nachts in einem Waldstück oberhalb der Gemeinde aus; dort kam man ins Gespräch<sup>97</sup>. Von Erna Hoesch aus Nürnberg schließlich, die im *Südost-Kurier* Feuilleton und Frauenseite übernehmen sollte, war Josef Felder eine anti-nationalsozialistische Gesinnung bekannt, seit er 1936 gemeinsam mit ihr an der Münchener Universität einen Englischkurs besucht hatte.

Mochte die auffallende Häufung jüngerer Frauen noch Zufall sein, der „geistige Zuschnitt“ der von Felder favorisierten Leute war es keineswegs. Intellektuelle Aufgeschlossenheit und gute Allgemeinbildung waren neben einer sauberen Vergangenheit Einstellungs voraussetzungen. Dem schien auch „Doktor“ Heinz Beck zu entsprechen, den Felder auf Empfehlung Waldemar von Knoeringens als „Redakteur für Kulturpolitik“ anheuerte. Nicht nur, weil Becks Interesse weniger der Alltagsarbeit als der Abfassung kulturpolitischer Grundsatzartikel galt, war Felder gut beraten, den gebürtigen Leipziger, der 1936 als 21jähriger zunächst nach Brüssel geflüchtet und bei Kriegsende aus Genf nach München gekommen war, rasch ziehen zu lassen: Die Emanationen des immer noch jungen Mannes, der außerdem seit März 1946 im bayerischen Kultusministerium Referentendienste tat, waren einem Tageszeitungs-Publikum eigentlich nicht zuzumuten<sup>98</sup>. Becks Verbleiben hätte den *Südost-Kurier*

<sup>95</sup> Mitteilungen Paul Mayers vom 8. 1. und 8. 3. 1985.

<sup>96</sup> *Südost-Kurier* vom 31. 12. 1954, S. 20, und IfZ, ED 312, Lebenslauf Erika Paetzmann.

<sup>97</sup> Diese und die folgenden Angaben nach Mitteilungen Felders vom 3. 10. 1984 und 24. 1. 1985.

<sup>98</sup> Beck war bereits am 26. 6. 1946 wieder aus dem Impressum verschwunden, schrieb aber noch eine Zeitlang gelegentlich Artikel für den *Südost-Kurier*. Am 1. 12. 1946 zog er für die Münchener SPD in den Bayerischen Landtag ein. Anfang 1951 wurde bekannt, daß der Leiter der Begabtenförderung im Kultusministerium und stellvertretende Vorsitzende des kulturpolitischen Landtagsausschusses zu Unrecht den Dokortitel trug. Die SPD schloß ihn daraufhin im Herbst 1951 aus. Beck setzte sich an seinen letzten Studienort Genf ab und legte am 15. 10. 1951 sein Mandat nieder; vgl. *Der Spiegel* vom 17. 1. und 17. 10. 1951, S. 26 bzw. 75; *Handbuch Emigration*, Band I, S. 42; Mitteilung Felders vom 27. 2. 1985.

zweifellos noch stärker als „unbayerisches“ Blatt erscheinen lassen, als es Felders Personenwahl aus der Perspektive von Betrachtern ohnehin nahelegte, denen Vorurteile wichtiger waren als Fakten. Wessen Horizont über den Rupertigau nicht hinausreichte, der konnte in der Zusammensetzung der Redaktion, in der erst 1949 mit Max Körner ein gebürtiger Reichenhaller die Lokalredaktion übernahm, eine Ansammlung von „Fremden“ sehen. Felder erblickte darin offensichtlich kein Risiko, sondern ein Korrektiv: Mit Rupert Berger schien ihm eine hinreichende Repräsentanz des katholisch-konservativen Establishments gegeben, und in der lokalen Klein-Berichterstattung würde die freie Mitarbeit einheimischer Nicht-Journalisten ohnehin notwendig werden.

An den Personalentscheidungen, die Berger und Felder – in bemerkenswerter Unabhängigkeit von den Presse-Offizieren – im Laufe des April 1946 trafen, zeigte sich bereits die fachliche Überlegenheit und Dominanz des ehemaligen SPD-Redakteurs. Mochte Berger die politische Kräftekonstellation in der Region genauer abschätzen können und vielleicht auch die besseren Beziehungen haben, – Felder hatte die klaren Vorstellungen und lag mit seinen Ideen einfach näher an den Intentionen der Amerikaner, auch mehr im Trend der Zeit. Das dürfte dazu beigetragen haben, daß der journalistische Neuling Berger sein Engagement für die Zeitung einstweilen vor allem auf praktische und organisatorische Probleme konzentrierte, mithin die Rolle des künftigen Verlegers übernahm und Felder die des Chefredakteurs überließ. Ob diese auch situationsbedingte Aufgabenteilung – Berger war „nebenbei“ immerhin noch Bürgermeister, Felder Treuhänder eines mittelständischen Unternehmens – in der Praxis funktioniert hätte, darf bezweifelt werden. Doch das auszuprobieren, sollte das ungleiche Gespann gar keine Gelegenheit bekommen.

Mag sein, es lag ein Versäumnis vor und die Presseoffiziere hatten Berger erst spät darüber aufgeklärt, daß er sein Bürgermeisteramt vor der Lizenzübergabe niederlegen müsse. Aber als der Countdown für den *Südost-Kurier* lief, kannte der designierte Lizenzträger aus Traunstein mit Sicherheit diese Bedingung. Doch nun begann Berger ein trotziges Spiel, und es scheint fast, als suchte er die Machtprobe auch aus Verärgerung über die allgemeine Entwicklung, die das Zeitungsprojekt in den letzten Wochen genommen hatte: weg von Traunstein (worin der Bürgermeister eine kommunalpolitische Schlappe erblicken mußte), weg vom alten Heimatblatt-Konzept, weg vom katholisch-konservativen Milieu. Hinzu kamen die Einflüsterungen seiner Parteifreunde<sup>99</sup>, die den CSU-Kreisvorsitzenden für die bevorstehende Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung nominieren wollten. Angesichts der letzten Wahlergebnisse bedeutete das einen sicheren Abgeordnetensitz<sup>100</sup>. Wohl schon mit

<sup>99</sup> „The CSU in that area decided the Bürgermeister would relinquish his post on the paper in favor of the Bürgermeister post.“; NA, RG 260, 10/77-1/5, MG Berchtesgaden Historical Report April 1946.

<sup>100</sup> Bei den Gemeindewahlen vom 27. 1. 1946 hatte die CSU in Traunstein ein hervorragendes Ergebnis erzielt; zum Vergleich die Ergebnisse in Reichenhall, in Prozent:

	CSU	SPD	KPD
Traunstein	67,8	25,9	6,3
Reichenhall	58,4	35,7	5,9

dem Gedanken, in letzter Minute den Rücktritt als Bürgermeister zu verweigern, bereitete Berger die Lizenzfeierlichkeiten tatkräftig mit vor. Für Freitag, 26. April, orderte er bei der Reichenhaller Stadtverwaltung die „Bereitstellung und Ausschmückung des großen Rathaussaales“, die „musikalische Umrahmung des Festaktes durch ein Streichquartett“ und die Ausrichtung eines Festessens<sup>101</sup>. Das Amtsblatt der Militärregierung kündigte für den 30. April die Erstausgabe des *Südost-Kuriers* an („die neue lizenzierte Zeitung für den Ruperti-, Chiem- und Salzachgau“), und zwei Tage vor dem Termin lud der Reichenhaller Bürgermeister „die 18 Herren Stadträte“ ein<sup>102</sup>. In der Kurstadt ahnte keiner, daß ein Eklat längst programmiert war. Denn Berger hatte zu hoch gepokert. Seine und seiner Freunde Spekulation, „die Amis“ in Zeitnot zu einer Ausnahmegenehmigung bewegen zu können, erwies sich als Trugschluß: „Auf Befehl der Militärregierung wurde die Herausgabe der neuen Zeitung ‚Südost-Kurier‘ für kurze Zeit verschoben“, lautete die lapidare Mitteilung im Amtsblatt 24 Stunden nach der geplatzten Eröffnungsfeier. Auch die ICD-interne Notiz klang alles andere als aufgeregt: „The licensing of the Bad Reichenhall newspaper was delayed due to the fact that one of the intended licensees, Rupert Berger, refused to resign his position as burgermeister at Traunstein. Berger took the viewpoint that his political interests came first, and since Information Control has an established policy against newspaper licensees holding major political posts, it was necessary to replace Berger.“<sup>103</sup>

In CSU-Kreisen sorgte die Entscheidung der ICD Press Branch für helle Empörung. Schien sie den Verdacht des Milieus, die Militärregierung bevorzuge den ortsfremden „Sozi“ Felder, doch nur zu bestätigen. Schon seit Monaten, genauer: seit mit Melvin Mawrence im März 1946 ein engagierter und kritisch-aufklärerischer, wohl

Ergebnisse der Kreistagswahlen vom 28. 4. 1946 nach Landkreisen, in Prozent:

	CSU	SPD	KPD
Altötting	67,5	28,4	4,1
Berchtesgaden	64,9	30,5	4,6
Laufen	76,8	21,0	2,2
Traunstein	72,3	23,6	4,1
Bayern	67,9	22,9	3,9

Ergebnisse der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 30. 6. 1946, bei der Berger gewählt wurde, in Prozent:

	CSU	SPD	KPD	WAV	FDP
Altötting	62,8	27,7	4,6	4,0	0,9
Berchtesgaden	57,8	30,5	4,8	5,0	1,9
Laufen	72,6	21,8	2,5	2,5	0,6
Traunstein	66,8	22,2	4,7	5,2	1,1
Bayern	58,3	28,8	5,3	5,1	2,5

<sup>101</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Vermerk von Bürgermeister Dr. Walter über ein am Vortag geführtes Telefongespräch mit Berger vom 17. 4. 1946. Den Lizenztermin 26. 4. 1946 hatte OMGB mit einer Pressemitteilung schon am 12. 4. 1946 publik gemacht; NA, RG 260, 5/241-1/2.

<sup>102</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Schreiben des Bürgermeisters an die Stadträte vom 24. 4. 1946.

<sup>103</sup> NA, RG 260, 10/124-1/15, OMGB/ICD Press Section Weekly Summary vom 30. 4. 1946.

auch eher nach links tendierender Major an die Spitze der Berchtesgadener Militärregierung berufen worden war, fühlten sich die Katholisch-Konservativen im Rupertiwinkel in ihrer Ruhe gestört. Hatte man es nicht dem neuen Direktor des Detachments zu verdanken, daß plötzlich ein „Special Branch Inspection Team“ in der Vergangenheit zahlreicher Honoratioren schnüffelte? Nach Lage der Dinge konnte für den Schlag gegen Berger und die CSU niemand anders verantwortlich sein als eben Mawrence – meinte man in der CSU, wie Mawrence natürlich erfuhr: „Dr. Walter, second Bürgermeister of Reichenhall, criticized MG in CSU meetings this week by remarking that ‚MG favored the SPD and KPD in every way . . . while CSU was repressed . . . only members of CSU, especially those in leading positions were investigated and interrogated by MG‘ . . . complained bitterly that MG restricted actions of CSU by approving a SPD paper . . . the new ‚Southeastern Courier‘, Bad Reichenhall . . . that MG intrigued that CSU editor (Berger) was disapproved as editor and now editor Felder (SPD) was approved . . . that the new MG Director was anti nazi, was ten years KZ himself and suffered under the Nazis . . . that the Director was SPD himself for years . . . etc . . .“<sup>104</sup> Zwar hatte Mawrence, dessen Erregung über diese Verdächtigungen noch in seinem Monatsbericht zu spüren ist, in der Tat einen etwas schärferen Kurs gegenüber „the CSU clique“ eingeschlagen, die sich ihm insgesamt als „pronazi, anti-democratic and contrary to the MG Denazification policy“ darstellte. Und mitunter schoß der neue Mann (New York Post: „a bundle of energy [. . .] who believes in de-Nazification“<sup>105</sup>), wohl auch ein wenig über das Ziel hinaus. Aber mit der Lizenz-Angelegenheit hatte er absolut nichts zu tun. „Complete newspaper policy is under ICD“, notierte er zutreffend und versicherte: „This detachment has taken no sides, no party defense or intervened in politics whatsoever except where actions of a party are inimical to allied interest.“

Für Berger im Blitzverfahren einen Ersatzmann zu bestellen, sahen sich Davidson und Felsenthal – ersterer war bereits auf dem Sprung zurück nach USA – außerstande. Andererseits waren die technischen und personellen Vorbereitungen für den *Südost-Kurier* praktisch abgeschlossen; Journalisten, Metteure, Drucker und Zeitungsboten warteten darauf, ihre Arbeit aufnehmen zu können. Die Situation war einfach nicht danach, das Erscheinen der neuen Zeitung nun Wochen, vielleicht Monate hinauszuzögern. ICD entschied, den *Südost-Kurier* mit zunächst nur einem Lizenzträger zu starten<sup>106</sup>. Das war weniger außergewöhnlich, als das vielbeschworene Panel-Konzept vermuten ließe: Im Juni 1946 besaßen acht der inzwischen 19 bayerischen Zeitungen nur jeweils einen Lizenzträger<sup>107</sup>. Allerdings wurde Josef Felder noch vor

<sup>104</sup> NA, RG 260, 10/77-1/5, MG Berchtesgaden Monthly Report Mai 1946; danach auch die folgenden Zitate, Auslassungszeichen im Original.

<sup>105</sup> Den Bericht des Korrespondenten Kendall Foss, der Berchtesgaden ein Jahr nach Einnahme der „Alpenfestung“ erneut besucht hatte, zitierte Mawrence stolz im MG Berchtesgaden Annual Historical Report 1945/46, S. 26; NA, RG 260, 10/77-1/5.

<sup>106</sup> NA, RG 260, 5/241-1/2, cable message OMGB/ICD an Direktor OMGUS vom 8. 5. 1946, mit handschriftlichem Vermerk: „will be another licensee“.

<sup>107</sup> Sechs davon gehörten der SPD an bzw. rangierten in den ICD-Statistiken als „progressive“, zwei waren Gefolgsleute der CSU. Das Bemerkenswerteste an diesem Zahlenverhältnis ist seine Umkeh-

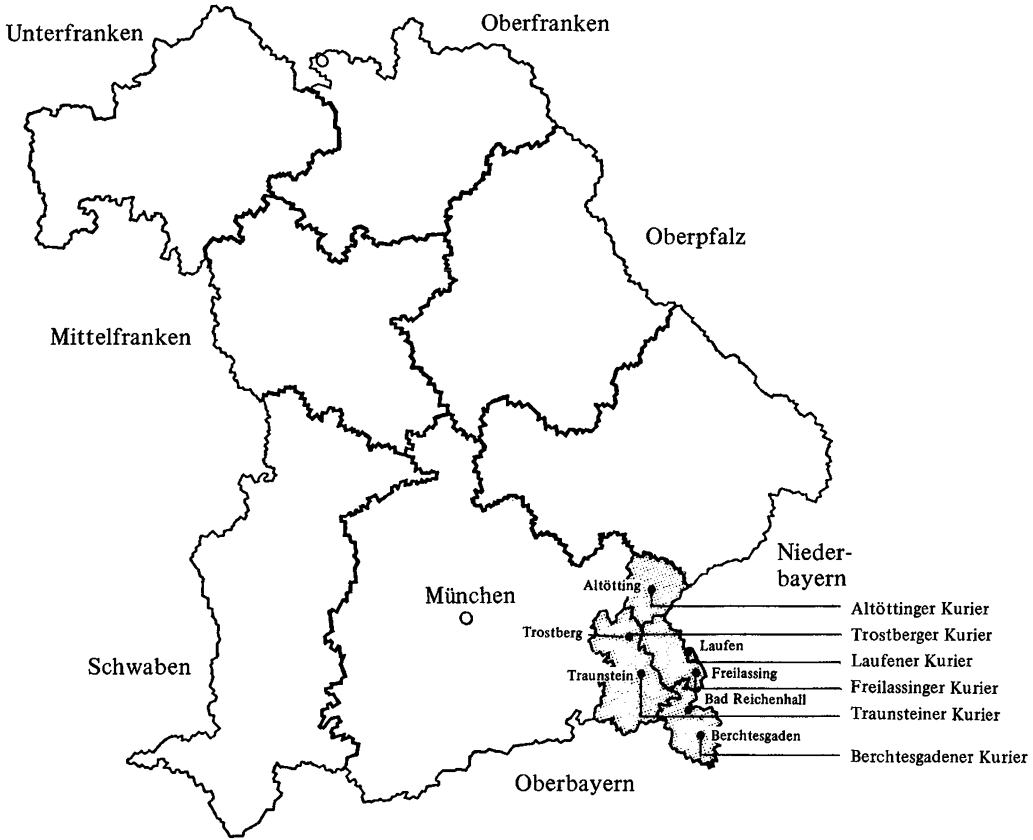
der Lizenzübergabe nach München zu einer Konferenz mit ICD-Chef McMahon zitiert, der dem Kandidaten reinen Wein einschenkte: „Mr. Felder was clearly informed that the single-status of the newspaper was temporary pending the finding of a suitable co-licensee“<sup>108</sup>. An der Ernsthaftigkeit der Absicht, die Lizenzzeitung für Südost-Oberbayern auf Dauer nicht allein in die Hände eines parteipolitisch sehr aktiven Sozialdemokraten zu legen, sollte es keinen Zweifel geben. Dem offiziellen Lizenzierungsakt stand nun nichts mehr im Wege.

zung im Laufe der nächsten drei Jahre: Gegen Ende der Lizenzperiode waren nur noch die beiden CSU-Lizenzträger allein; fünf der sechs SPD-Lizenzträger hatten einen CSU-Kompagnon. Bei der Fränkischen Presse, die an die sozialdemokratische Zeitungstradition in Bayreuth anknüpfte, gab es inzwischen einen zweiten SPD-Lizenzträger.

<sup>108</sup> NA, RG 260, 10/124-1/15, ICD Press Section Weekly Summary vom 7. 5. 1946. Nach Felders Erinnerung (Mitteilung vom 24. 1. 1985) war McMahon besonders daran interessiert festzustellen, ob der vorläufige Allein-Lizenzträger die Überparteilichkeit der Zeitung bzw. die gleichmäßige Berücksichtigung aller zugelassenen Parteien garantiere. Felder erklärte, eine Rubrik „Tribüne der Parteien“ einrichten zu wollen, in der alle laufenden Veranstaltungstermine usw. gedruckt würden. So geschah es dann auch; zur Parteiberichterstattung im Südost-Kurier vgl. S. 61 ff.



*Erscheinungsgebiet und Nebenausgaben des Südost-Kuriers*



- Erscheinungsgebiet des Südost-Kuriers
- Nebenausgaben des Südost-Kuriers

## 2. Bayerns „18. Bagger“

So idealistisch-feierlich wie am Vormittag des 10. Mai 1946, einem Freitag, war es im „schön geschmückten“ Reichenhaller Rathaussaal seit Jahren nicht mehr zugegangen. Zur Einstimmung hatte Kurkapellmeister Hans Resch das Allegro moderato aus Mozarts „Kleiner Nachtmusik“ gewählt<sup>1</sup>. David Davidsons Eröffnungsworte hielten in etwa diesen Takt. Seiner launigen Erinnerung an einen „gewissen Emigranten aus Braunau am Inn“, an dessen mörderischer Politik eine „Sorte Zeitungsverleger“ mit-schuldig geworden sei, die bereitwillig geholfen habe, „das Begriffsvermögen des deutschen Volkes durcheinanderzubringen“, folgte ein lautes Loblied: „Die Männer, die heute die neuen deutschen Zeitungen ins Leben rufen, wie Herr Felder zum Beispiel, sind nachgewiesene Demokraten [...] Dies sind die Menschen, die ihr Land wieder aufbauen werden und es fertigbringen werden, daß die Welt sich wieder daran erinnern wird, daß Deutschland nicht nur das Land des Berghofs und Dachaus ist, sondern auch das von Goethe und Schiller.“

Ganz im Stil der Zeit<sup>2</sup> bemühte sich auch Reichenhalls erster Bürgermeister Dr. Roland Schmid, die über hundert geladenen Gäste – darunter US-Offiziere, Landräte, Geistlichkeit, Schulleiter, Gewerkschaftsvertreter, Bürgermeister der Nachbarstädte und die Reichenhaller Stadträte<sup>3</sup> – in Anlehnung an deutsche Dichturfürsten zu begrüßen. Als „Sorgenbrecher in Stunden der Not und Wegbereiter zu einem friedlichen Aufbau“ solle der *Südost-Kurier* „uns sein ein nie erlahmender Lebens- quell, aus dem unsere Herzen emporgetragen werden sollen in das Reich eines warmen, gesunden Idealismus, dann wird der deutsche Geist wieder gesunden“. Wohl ergriffen von den eigenen Worten und offenbar nichts ahnend von seiner bevorstehenden Ablösung wegen „Nazi sympathies“<sup>4</sup>, schlug der Rathauschef mehrmals doch recht suspekt gewordene Akkorde an: Da war dann von „Wurzel fassen auf heimatlichem Boden“ die Rede, von „Kräfte schöpfen aus unserer Heimat“ und von der „gemeinsamen Lebensaufgabe, alle wertvollen körperlichen, geistigen, sittlichen, seelischen Kräfte zu sammeln und zusammenzuführen zu einer warmen, echten Volks-, Arbeits-, Lebens-, Opfer- und Notgemeinschaft“. Kräftiges Pathos kennzeichnete

<sup>1</sup> Südost-Kurier vom 14. 5. 1946, S. 5, danach die folgenden Zitate.

<sup>2</sup> Dem Pathos dieser Jahre entsprach es, einen SPD-Parteitag mit dem Schlußchor aus Beethovens 9. Symphonie zu eröffnen; Südost-Kurier vom 13. 9. 1948, S. 1.

<sup>3</sup> Reg. Reichenhall, 01/11-00/0, Liste vom 8. 5. 1945.

<sup>4</sup> NA, RG 260, 10/77-1/5, MG Berchtesgaden Monthly Report Mai 1946; Schmidt war demzufolge Untergruppenführer im Reichsluftschutzbund und wurde außerdem der Veruntreuung von US-Vermögen bezichtigt.

auch die Glückwünsche, die Melvin Mawrence namens der Militärregierung Berchtesgaden überbrachte. Wie vor ihm schon der Bürgermeister, erbat der Major die „Hilfe des Allmächtigen“ für sein Anliegen, der *Südost-Kurier* möge stets die „volle Wahrheit“ sagen. Werde dieser „edelste Leitspruch“ jeder Zeitung überall beherzigt, sei zu hoffen, „daß die einzigen Schlachten der Zukunft solche sein werden, die im Kriege der gedruckten Worte ausgefochten werden“.

Lieutenant Colonel Gustave A. Ring verließ diese träumerische Tonlage allerdings. Der eben noch amtierende Chef der ICD Press Branch Bayern sprach die „psychologische und politische Lage“ der Lizenzpresse an. Da die „Masse des deutschen Volkes nach zwölf Jahren barbarischer Naziherrschaft und der Umkehrung aller politischen, sozialen und psychologischen Werte noch unvorbereitet ist für eine Demokratie in dem Sinne, wie wir sie verstehen“, sehe sich die neue Presse einer schwierigen Aufgabe gegenüber. Sie solle gleichzeitig „Helfer“ und „Kämpfer für die Demokratie“ sein. Ring hatte offensichtlich Erfahrungen aus anderen Lizenzpresse-Städten vor Augen, als er das versammelte politische und bürokratische Führungspersonal der Region beschwor, Josef Felder „die tatkräftige Mitarbeit und Unterstützung“ nicht zu versagen. „Um das Vertrauen der Bevölkerung kann ich nicht bitten, das muß sich die Zeitung selbst erwerben.“ Felder, als er in der zweiten Ausgabe des *Südost-Kuriers* sämtliche Ansprachen abdruckte, hob Rings Rede mit dem Prädikat „vorzüglich“ besonders hervor. Ob er schon ahnte, wie bedeutungsvoll die Worte für sein Blatt noch werden würden?

Bayerns ICD-Direktor Bernhard B. McMahon, der nicht nur die mit Abstand längste, sondern auch konkreteste Rede dieses Feier-Morgens hielt, charakterisierte das „in der von den Nazis inspirierten Presse so seltene Element [. . .], nämlich die Wahrheit“, als zentrale Verpflichtung der Lizenzzeitungen. „Alles, von der internationalen Politik bis zur reinen Lokalnachricht, muß die Wahrheit sein“, erklärte der Colonel und nahm dabei Leonhard Lang in den Blick, den Lizenzträger des *Oberbayerischen Volksblattes*: „Hoffentlich verzeiht er, daß er diese Mahnungen schon wieder anhören muß.“ Die logische Lücke zwischen dem Plädoyer für die Wahrheit, der Ermahnung coram publico und der freimütigen Aufzählung bestimmter Einschränkungen in der Berichterstattung, schien McMahon nicht erklärungsbedürftig zu sein. Jedenfalls beschied er ebenso freimütig wie knapp, „gewisse Punkte“ werde man im *Südost-Kurier* vergeblich suchen: „1. Kritik an den Beamten oder an der Politik der Militärregierung. 2. Artikel, die dazu beitragen könnten, Unzufriedenheit zu stiften oder den Widerstand der Bevölkerung gegen die Besatzungsbehörden zu schüren. 3. Artikel, deren Veröffentlichung einen Mißklang in die gegenseitigen Beziehungen der Vereinten Besatzungsmächte oder der Vereinigten Nationen bringen könnte.“

Im wesentlichen waren das die Auflagen, die sich aus der OMGUS-„Policy Instruction No. 2 to all Licensees in German Information Services“ vom 4. September 1945<sup>5</sup> ergaben und die im Herbst 1946 in die Direktive Nr. 40 des Alliierten Kontrollrats übernommen wurden. Auf das grundsätzliche Verbot nationalsozialistischer Pro-

<sup>5</sup> NA, RG 260, 10/116-2/17 und 5/236-2/20.

paganda hinzuweisen, hielt der Oberst in diesem Kreis für überflüssig, wenn nicht ehrenrührig. Auch im zweiten Teil seiner Rede blieb McMahon betont praktisch. Seine Hinweise auf Papierknappheit, fehlende technische Ressourcen und Mangel „an gut fachgebildeten und gleichzeitig politisch einwandfreien Mitarbeitern“ waren – im Gegensatz zu seinen Ausführungen zur ungeklärten Frage der Besteuerung der Lizenzverlage<sup>6</sup> – offensichtlich nicht nur an die Presseleute gerichtet, sondern sollten wohl gerade unter den anwesenden Behördenvertretern um Verständnis für die neuen Zeitungen werben. Ähnliches galt für des ICD-Chefs Credo der objektiven Nachricht, das nicht nur eine Mahnung an die Journalisten darstellte. Von der Forderung nach „reiner Wahrheit“ und Unabhängigkeit der Informationen von „politischen, religiösen und wirtschaftlichen Einstellung[en]“ durften sich die zahlreich vertretenen potentiellen Interviewpartner des *Südost-Kuriers* ebenso angesprochen fühlen.

Der frischgebackene Lizenzträger nahm diesen Faden auf, als er sich bei McMahon für die Lizenzurkunde bedankte: „Wir werden also unser Ohr an das Gebiet legen, das wir nun betreten, um Kontakt mit dem Leben und Denken der Bevölkerung zu bekommen. Wir sind bereit, Tag und Nacht zu arbeiten im Dienste der Wahrheit und der Demokratie. Meine Damen und Herren! Sie sollen uns kritisieren, aber auch mithelfen, soweit Sie guten Willens sind und sich ehrlich zur Demokratie bekennen. [Ich bitte] um Ihre regste Mitwirkung, und ich möchte dabei die Dichterworte gebrauchen, die ich seit dem Wiederbeginn meiner politischen Tätigkeit in vielen Versammlungen an den Schluß meiner Rede gesetzt habe: ‚Des Volkes Würde ist in Eure Hand gegeben. Bewahret sie, sie sinkt mit Euch – mit Euch wird sie sich heben‘“.

Romanze und Menuett aus der „Kleinen Nachtmusik“ beschlossen Felders Rezitation, dann wurde es ein wenig lockerer. Zwei Kinder in Reichenhaller Tracht überreichten McMahon einen Almb Blumenstrauß und ein „Erzeugnis der Berchtesgadener Holzschnitzerei (eine Gemse)“. Beim anschließenden Ortstermin in der Druckerei an der Ludwigstraße war nur für einen Teil der Gäste Platz. Die Rotation im Rücken, nahm Felder noch einmal das Wort. Was er dort sagte und in der zweiten Ausgabe seiner Zeitung veröffentlichte, konnte die ohnehin ob der Beschlagnahme ihres Betriebes erbitterte Verlegerfamilie Wiedemann nur als herbe Kritik am alten *Reichenhaller Tagblatt* verstehen: Statt „nationalsozialistische Lügen“ zu drucken, werde die Maschine „von jetzt ab wieder der Wahrheit, der Aufklärung der Bevölkerung, dem Gedanken der Demokratie und des Völkerfriedens dienen“. Danach schritt man zu einem hochgradig symbolischen Zeremoniell: „Der Lizenzträger bat [...] Oberst McMahon, auf den elektrischen Knopf zu drücken, der die Maschine in Gang setzt. Die Uhr zeigte wenige Minuten vor 13 Uhr, als dies geschah, und damit war der ‚Südost-Kurier‘ aus der Taufe gehoben.“

Ein Foto, das die Szene festhielt, erschien auf der Titelseite der zweiten Ausgabe. Kurz darauf servierte Fannerl Aicher, ein blondzopfiges Dirndl, McMahon das erste

<sup>6</sup> Im August 1946 erklärte der Chef der ICD Press Branch, Langendorf, die Höhe der von den Lizenzverlagen zu entrichtenden Steuern verzögere den Ankauf von Betriebsgebäuden um Jahre; vgl. Nelson, *Democratic Newspaper*, S. 177.

druckfrische Exemplar. Die geistige Nahrung für „Ruperti-, Chiem- und Salzachgau“, wie es im Untertitel hieß, war mit einer Startauflage von rund 55 000 Stück in Produktion gegangen. Zufrieden schritten „die Herren der Militärregierung“ mit der Lokalprominenz zum Festschmaus und „geselligen Beisammensein“ ins Hotel Deutsches Haus. Die „recht günstige“ Zuteilung des Ernährungsamts verhiess 100 Gramm Fleisch pro Person<sup>7</sup> – zu etwas unterschiedlichen Konditionen allerdings: „Die deutschen Teilnehmer werden gebeten, zu diesem Essen [Marken für] 50 g Fleisch, 5 g Fett und 50 g Roggenbrot mitzubringen“, hatte Bürgermeister Schmid die einheimischen Ehrengäste wissen lassen<sup>8</sup>.

### Der erste Mann auf der Maschine

Derweil die Geladenen noch feierten, hatten zeitungshungrige Reichenhaller schon Gelegenheit, das lang erwartete Blatt zu studieren<sup>9</sup>. Der *Südost-Kurier* wolle als „18. Bagger“ in Bayern zunächst einmal Aufräumarbeiten übernehmen, verriet Josef Felder in seinem Eröffnungs-Leitartikel<sup>10</sup>, der die gesamte Spalte vier der Titelseite und noch zwei Drittel von Spalte eins der zweiten Seite ausfüllte. „Schutt in Millionen und abermals Millionen Kubikmetern lagert in den Straßen unserer Städte und Dörfer. Das ist schlimm. Weit schlimmer jedoch ist die Dichte der *geistigen* Schuttmasse, die die ‚Politiker‘, ‚Philosophen‘ und ‚Pädagogen‘ des Wahnsinnigen von Braunau vor den Nachkommen Lessings, Herders, Goethes und Kants, Fichtes und Pestalozzis aufgehäuft haben. *Dieser* Schutt muß abgetragen sein, *ehe* sich in unseren Städten die letzte bauliche Lücke schließt.“ Der Lizenzträger ließ keinen Zweifel daran, daß er den nagelneuen Bagger „amerikanischer Konstruktion mit deutscher Bemannung“ dafür einsetzen werde. Zumal im Rückblick auf die Republik, die „morsch“ schon bei ihrer Einrichtung gewesen sei, formulierte Felder: „Die Sieger haben gelernt. Diesmal nehmen sie das deutsche Volk bei der Hand. Das ist notwendig, auch dann, wenn der Druck gelegentlich mit schmerzhaften Empfindungen verbunden ist. Wir haben es mit den Amerikanern zu tun. Sie bemühen sich intensiv, uns das Wesen der Demokratie näherzubringen.“ An dieser Erziehung Deutschlands zur Demokratie wolle der *Südost-Kurier* mitarbeiten. Das sollte heißen, man werde keine Halbheiten dulden: „Der ‚Südost-Kurier‘ ist parteipolitisch *unabhängig*. Aber er ist

<sup>7</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Schreiben des Bürgermeisters an den 2. Bürgermeister vom 8. 5. 1946.

<sup>8</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Schreiben des Ernährungsamts Reichenhall an Deutsches Haus vom 2. 5. 1946.

<sup>9</sup> Der Reichenhaller Bürgermeister hob die „feierliche Lizenzübergabe des Südost-Kuriers an den Herrn Hauptschriftleiter Josef Felder“ in seinem Wochenbericht vom 16. 5. 1946 als „bedeutendste[s] Ereignis der Berichtswoche“ hervor. Bürgermeister Binder aus Aufham schrieb in einem Stimmungsbericht für die Militärregierung am 25. 5. 1946: „Das Erscheinen des ‚Südost-Kurriers‘ [sic] wurde überall als Heimatzeitung begrüßt.“; StA München, LRA 30 749.

<sup>10</sup> Südost-Kurier vom 10. 5. 1946; danach die folgenden Zitate, Hervorhebungen im Original.

nicht unpolitisch. Er wird alles und alle rücksichtslos bekämpfen, die auch nur um Haaresbreite den breiten Pfad der Demokratie verlassen.“

Das Postulat parteipolitischer Unabhängigkeit in den Kontext einer solchen Drohgebärde zu stellen, war ebensowenig eine vertrauensbildende Maßnahme wie die drastische Formulierung politischer Positionen, die eher den Eindruck eines Parteiprogrammes als eines Leitartikels erweckten. Wenn Felder voller Pathos daran erinnerte, daß „in diesem von der Natur so besonders begnadeten Kreise zügelloser Macht-wahn, engstirnigste Verblendung, hemmungsloseste Unmoral und teuflische Barbarei ihre höchsten Triumphe“ feierten, so war dies aus seiner Lebensgeschichte wohl zu verstehen. Doch schwerlich durfte er darauf rechnen, daß die Einheimischen einem schwäbischen Sozialdemokraten und Emigranten frohen Herzens auch noch in der Schlußfolgerung zustimmen würden: „Welch' *geistige General-Desinfektion* dieser südöstlichen Grenzbezirke ist notwendig!“ Ganz abgesehen von der Terminologie, über deren Herkunft sprachlich sensiblere Geister nachgesonnen haben mögen, äußerte sich darin eine Haltung, die auch in Felders weiteren Ausführungen zu erkennen war und diese in ein spezifisches Licht setzen. Subjektiv war es zweifellos ehrlich, wenn er erklärte, den „wichtigen politischen Parteien unseres Verbreitungsgebietes“ für ihre „Aufklärungsarbeit [...] in streng paritätischer Weise“ Platz zur Verfügung stellen zu wollen, „soweit unsere Hauptaufgabe, möglichst rasch und zuverlässig ein objektives Bild über alle Vorgänge im Reiche und in der Welt zu vermitteln, dadurch nicht zu sehr beengt wird“. Aber dieser Hinweis war mit der vieldeutigen Bemerkung verbunden, der *Südost-Kurier* verfolge aufmerksam „die großen Prozesse innerer Klärung und geistiger Standortfindung bei den entscheidenden Parteien“. Das erlaubte Felder, bei der CSU ein „Ringens um völlige Demokratisierung“ und ein Bemühen „um Anschluß an die sozialistische Welle“ zu konstatieren, der SPD hingegen „die Sicherung absoluter demokratischer Grundhaltung trotz der berechtigten Sehnsucht nach der politischen Einheit aller schaffenden Stände“ zu attestieren.

Felders Ausführungen zum Katholizismus, offensichtlich in versöhnlicher Absicht ziemlich ans Ende des Leitartikels gesetzt, bestätigten indirekt doch gerade seine Distanz: „Überwiegend katholisch ist die Bevölkerung der Kreise unseres Verbreitungsgebietes. Wir werden sie in ihrer religiösen Betätigung nie stören, ihr kulturelles Wirken fördern, aber auch wahre Toleranz gegen alle Andersdenkenden fordern. Mit aufrechten Katholiken verbindet nach dem furchtbaren Geschehen der letzten zwölf Jahre auch Andersgläubige wohl der Gedanke, daß die Hinschlachtung von Millionen Menschen niemals vereinbar sein kann mit dem Geist Christi.“

Im Grunde enthielt des Lizenzträgers langer Text, der explizit verstanden werden wollte als eine „Haltung“ und „Absichten“ der neuen Zeitung offenlegende Präambel, nur eine einzige Passage, die in Südost-Oberbayern auf ungeteilte Zustimmung stieß: Das Verdikt gegen die „chauvinistische Welle, die vor Monaten plötzlich gegen den Rupert-Winkel anbrandete“<sup>11</sup>. Sollte diese Welle österreichischer Annexionsansprüche

<sup>11</sup> Über die in seiner ersten Amtszeit als Bayerischer Ministerpräsident virulente Angelegenheit berichtet Wilhelm Hoegner, *Der schwierige Außenseiter*, München 1959, S. 275: „Auf einer Versammlung

„erneut anrollen, findet sie uns in Abwehr“<sup>12</sup>. Unter Hinweis auf das benachbarte Salzburg und die „Musik eines Mozart, die auch uns gehört“, plädierte Felder allerdings dafür, „mit unseren österreichischen Nachbarn ein neues, solides Band zu knüpfen“.

Inhalt und Rhetorik des ersten Leitartikels zeigen, wie wenig Felder seine neue Rolle bereits angenommen hatte: Es war der Politiker, nicht der Journalist, dessen 32-Zeilen-Vita auf dem Titelblatt der Erstausgabe sich las wie ein Stichwortregister zur Geschichte der SPD seit den Weimarer Präsidialkabinetten, der sich selbst einen überzeugten Demokraten nannte und der ankündigte, ein zweiter Lizenzträger werde nachfolgen. Josef Felder hatte die Chance noch nicht begriffen, die ihm das pressepolitische Konzept der Amerikaner eröffnete. Er sollte sie nie wirklich ganz begreifen, so ließe sich mit einem Körnchen Salz behaupten: Alles Engagement der nächsten Jahre würde in einer subtilen Form von Nichtverstehen des spezifischen Unterschiedes von Journalismus und Politik – aber auch in einer spezifischen Fehleinschätzung der politischen Milieu- und Mentalitätsstrukturen bzw. deren Veränderbarkeit über das Medium Zeitung – die Grenzen seiner Wirkung finden.

Über die Erwartungen, die der neuen Zeitung zwischen Inn und Salzach entgegengebracht wurden, gaben bereits die auf einer ganzen Seite abgedruckten „Geleitworte“ regionaler politischer Repräsentanten einigen Aufschluß. Zwar vernebelte die allgemeine Glückwunsch-Phraseologie die Konturen, aber wer genau hinsah, dem konnte nicht entgehen, daß es durchaus Gegensätzliches war, was Josef Felder unter die vier Spalten breite Titelzeile „Über die Bedeutung einer freien Presse“<sup>13</sup> gezwungen hatte. Im Kern handelte es sich um die Kontroverse: hergebrachtes Heimatblatt versus respektable Regionalzeitung. Das war zwar auch eine Frage von Verbreitungsgebiet und Auflagenhöhe, mehr aber noch eine der publizistischen Leistungsfähigkeit, der Bereitschaft zur umfassenden politischen und lokalen Berichterstattung sowie der kompetenten unabhängigen Kommentierung. Was Landräte, Bürgermeister und CSU vom *Südost-Kurier* erwarteten, war dem Regionalzeitungs-Konzept, an dem sich Felder entsprechend den Vorgaben der Amerikaner orientierte, zweifellos ferner als den früheren Heimatblättern.

in Traunstein am 21. Januar 1946 [sagte ich]: ‚Jeder, der im Rupertiwinkel für eine Abtretung an Österreich arbeitet, wird verhaftet und wegen Hochverrats vor ein Gericht gestellt. Wenn es sein muß, werden unsere bayerischen Bauern ihr Land mit Mistgabeln und Sensen verteidigen.‘ Die Folge meiner starken Ausdrücke war, daß ich bei der Besatzungsmacht als ‚Militarist‘ angeschwärzt wurde. [...] Anfangs Mai 1946 rief eine amerikanische Zeitung, die für eine Grenzberichtigung [...] eintrat, in der bayerischen Bevölkerung eine wahre Panikstimmung hervor. Ich ließ der amerikanischen Besatzungsmacht keine Zweifel darüber, daß die bayerische Staatsregierung und das bayerische Volk jeder Abtretung bayerischen Gebietes stärksten Widerstand entgegensetzen würden. In der Tat bekamen die Amerikaner Bedenken gegen eine gewaltsame Gebietsänderung.“

<sup>12</sup> Bereits am 5. 6. 1946 hatte Felder Gelegenheit, dies unter Beweis zu stellen: Zwei Drittel der Titelseite galten der vom ADGB organisierten „Protest-Kundgebung“ in Berchtesgaden aus Anlaß eines Berichts in der Neuen Zeitung vom 27. 5., in der eine Landkarte mit „Europas neue[n] Grenzen“ den Rupertiwinkel als strittig auswies; eine demonstrative Ankündigung der Veranstaltung im Südost-Kurier vom 1. 6. 1946, S. 5.

<sup>13</sup> Südost-Kurier vom 10. 5. 1946, S. 5, danach die folgenden Zitate.

Wahrscheinlich wollte der rechtskundige Reichenhaller Bürgermeister seinen Wunsch nicht ganz wörtlich genommen wissen, aber er war sehr beredt: „Möge unsere neue Zeitung [...] werden zu einem Denkmal heimatlicher, altbayerischer Kulturpflege!“ So weit, wie es auf den ersten Blick schien, hatte sich Dr. Roland Schmid damit gar nicht verstiegen; die Grußadresse seines Traunsteiner Kollegen Berger ging in dieselbe Richtung. Der verhinderte Mit-Lizenzträger wußte sich eins mit dem Wunsch „der Bevölkerung der südostbayerischen Gauen [...] nach einer Zeitung, die dem Charakter und den Verhältnissen unserer vielgestaltigen bayerischen Heimat entspricht“. Der „alte, demokratische und bayerische Grundsatz“, den Rupert Berger seinem schwäbisch-sozialdemokratischen Beinahe-Partner mit auf den Weg gab, war nicht ohne Hintersinn: „Frisch außa, wias drinn is,/ Nöt kriacha am Bauch./ Ins Gsicht schau'n und d'Händ geb'n/ Is boarischer Brauch.“ Bürgermeister Funk aus Laufen sekundierte: „Es ist unser innigster Wunsch, der ‚Südost-Kurier‘ möge werden ein Kündler der Wahrheit und ein Sprecher unserer altbayerischen Eigenart, die fußt auf christlicher Grundlage und bester Tradition.“

Der CSU-Bürgermeister von Altötting und ehemalige BVP-Landtagsabgeordnete Gabriel Mayer, den es gewiß hart ankam, seinen Parteifreund Verleger Geiselberger nun auf Dauer ohne die Chance zur Herausgabe einer Lokalzeitung zu sehen, forderte den *Südost-Kurier* unter anderem auf, „den Wiederaufbau unserer darniederliegenden Heimatwirtschaft auf das Tatkräftigste zu unterstützen“. Exakt aus diesem Grund erklärte der Landrat von Traunstein, Graf Mels-Colloredo, eine „verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung und Presse“ für notwendig. Das war, wenn auch in Feiertags-Watte verpackt, eine prophylaktische Mahnung: Kritik an den Behörden, um deren „Gunst“ nicht zu buhlen Josef Felder behutsam in Aussicht gestellt hatte, würde nicht gefragt sein. Entsprechend konstatierte ein Reichenhaller CSU-Gratulant, „Zuneigung und [...] Vertrauen der Bevölkerung in unserem Gebiet“ müsse der *Südost-Kurier* „erringen“. „Wieder eine Zeitung aus der engeren Heimat für die engere Heimat; so ungefähr wird die Bevölkerung im südöstlichen Bayern, im sogenannten Rupertigau, denken“ – freilich nur, wenn die kaum je ausgesprochenen, aber deutlich vernehmbaren Erwartungen nach Milieuanpassung und politischer Botmäßigkeit erfüllt würden.

Wieviel war im Vergleich dazu die Hoffnung der Reichenhaller Sozialdemokraten auf „reine Wahrheit und ein offenes Wort für die Freiheit“ wert und die der freien Gewerkschaften, daß der *Südost-Kurier* „bald zu einer Tageszeitung ausgebaut werden kann“? (Andere Töne brachte ansonsten nur die kurstädtische KPD ins Glückwunschkonzert ein, die von der neuen Zeitung tatkräftige Mithilfe forderte, „einen neuen Menschentyp zu formen“, was sich trotz des Verdikts gegen Militarismus und Faschismus doch ziemlich abgeschmackt ausnahm.) Immerhin hatte selbst der bayerische Ministerpräsident seinem Parteifreund zu „bestem Bayerntum und treuer Heimatliebe“ geraten und einen Satz in die Widmung geschrieben, der als Wink und Warnung verstanden werden durfte: „Unberührt von den Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges hat sich hier eine kernige altbayerische Bevölkerung erhalten, die zäh an ihren alten Bräuchen und Überlieferungen hängt.“ Hoegner wußte, wovon er

sprach, denn mit der Region war er seit seiner Schulzeit in Burghausen vertraut, und Josef Kiene hielt ihn seit Sommer 1945 über die politische Entwicklung dort auf dem laufenden<sup>14</sup>.

Grüßwort und Porträtfotos des Ministerpräsidenten bildeten den graphischen Schwerpunkt der ersten Titelseite des *Südost-Kuriers*, auf der neben dem Bagger-Leitartikel des Lizenzträgers und dessen Vita gerade noch Platz war für drei Nachrichten und eine Meldung. Formeller Aufmacher war ein AP-Bericht über die Entscheidung der britischen Regierung zum Truppenrückzug aus Ägypten<sup>15</sup>. Alle weiteren Informationen auf dieser Seite kamen von DANA, der lizenzierten Nachrichtenagentur in der US-Zone<sup>16</sup>: die Erklärung des amerikanischen Militärgouverneurs Joseph McNarney zum ersten Jahrestag der deutschen Kapitulation ebenso wie die Notiz zu Londons Dominienkonferenz und ein im Nachrichtenwert fragwürdiger, eher in den Bereich der „Grundlageninformation“ zu zählender Artikel zum „62. Geburtstag des amerikanischen Präsidenten“.

Ebensowenig wie die Titelseite entsprachen Seite zwei und drei der Erstausgabe, auf der neben Inlands- und Auslandsmeldungen zwei große Berichte (über die kritische Lebensmittelsituation in Deutschland und über den Nürnberger Prozeß) zu finden waren, bereits der Platzaufteilung, die für den *Südost-Kurier* nach einigen Wochen des Ausprobierens üblich werden sollte: Seite 2 blieb bald der Innenpolitik und dem täglichen Feuilleton vorbehalten, das nach klassischem Vorbild „unter dem Strich“ rangierte; Seite 3 bot zumeist größere Berichte, aber auch eine – in besonders kleiner Schrift gesetzte – Spalte „Unsere Kurzinformation“, in der Nachrichten jeder Art, hintereinander weg auf Satzlänge zurechtgestutzt, den Eindruck enzyklopädischer Neuigkeitsvermittlung erweckten. Die weitere Platzverteilung hing davon ab, ob es sich um eine meist nur sechsstufige Mittwochs- oder eine acht- bis zehnstufige Samstagausgabe handelte; öfter als zweimal pro Woche erschien bis September 1948 keine der bayerischen „Tageszeitungen“<sup>17</sup>. Seite vier diente häufig der ausführlichen Partei- und Landtagsberichterstattung bzw. speziellen Dokumentationen. Für gewöhnlich begann auf Seite fünf einer achtseitigen Ausgabe die Lokalberichterstattung, die bereits Ende Juli 1946 durch sogenannte Wechsellisten aufgefächert wurde

<sup>14</sup> Für den politischen Neuanfang in der Provinz interessante Tätigkeits- und Stimmungsberichte Kienes an Hoegner in: IfZ, ED 120/202.

<sup>15</sup> Das war insofern ungewöhnlich, als ausländische Agenturen und Pressestimmen erst im Herbst 1946 zur Verwendung in der US-lizenzierten Presse freigegeben wurden; AP tauchte nach der Erstausgabe im *Südost-Kurier* 1946 nicht mehr auf.

<sup>16</sup> Vgl. dazu als erste aus den Quellen gearbeitete Darstellung: Johannes Schmitz, DANA/DENA. Nachrichtenagentur in der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands (1945–1949), M. A. München 1984.

<sup>17</sup> NA, RG 260, 5/236-3/1, OMGB/ISD Press Branch Semi-Annual Historical Report Juni–Dezember 1948, S. 10. Einen Versuch mit drei Ausgaben pro Woche – bei gleichbleibendem Wochenumfang – startete am 1. 10. 1946 die Mittelbayerische Zeitung in Regensburg, am 1. 11. 1946 die Süddeutsche Zeitung in München. Zu Jahresende kehrten beide Blätter wegen Versorgungsmängel zum zweimaligen Erscheinen zurück; 10/124-1/16 bzw. 10/124-1/17, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary 1. 10. bzw. 30. 12. 1946.

(unter der Überschrift „Laufener –“ bzw. „Traunsteiner –“, „Berchtesgadener –“, „Altöttinger –“ und „Reichenhaller Kurier“ wurden die jeweils nur für den einzelnen Ort relevanten Berichte ausgetauscht). Seite sechs brachte weitere Regional- und Lokalnachrichten und/oder politische Informationen, Seite sieben den Sport- und den zwei Drittelseiten umfassenden Kleinanzeigen- und Bekanntmachungsteil; Seite acht nochmals Nachrichten, zumeist aus Bayern.

Diese grobe Gliederungsskizze, sollte sie so oder ähnlich in der Redaktion des *Südost-Kuriers* je vorgelegen haben, wurde permanent dem praktischen Arbeitsablauf und dem Nachrichtenangebot preisgegeben. Technische Mängel und Versorgungsprobleme – „Spart Strom“ hieß ein anfangs häufig eingesetzter Lückenfüller – taten ein übriges<sup>18</sup>. Verglichen mit der klaren Struktur des Blattes Anfang der fünfziger Jahre, bieten die Jahrgänge 1946, 1947 (das Jahr der größten Papierknappheit), aber auch noch 1948 ein unruhiges Bild. Kleinsatz und Fotomangel prägten den Gesamteindruck. Dagegen schien das Lizenzblatt Nr. 1 in Bayern, die unter Großstadt- und gewissen Vorzugsbedingungen produzierte *Süddeutsche Zeitung*, wiewohl in ihrer Aufmachung eher konservativ, graphisch geradezu aus einer neuen Welt zu kommen. In der Qualität seiner Berichterstattung brauchte der *Südost-Kurier* den Vergleich allerdings kaum zu scheuen; benachbarten Lizenzzeitungen wie etwa dem *Oberbayerischen Volksblatt* in Rosenheim, dem *Hochland-Boten* in Garmisch oder der *Passauer Neuen Presse* war er jedenfalls weit voraus. Das galt vor allem für die Parteien-, Landtags-, und für die kommunalpolitische Berichterstattung. In diesen Bereichen setzte der passionierte Politiker Felder mit seinen Korrespondenten und Lokalredakteuren Maßstäbe.

Über die programmatische und personelle Entwicklung der großen Parteien, insbesondere von SPD und CSU, ausführlich zu informieren, war dem Lizenzträger des *Südost-Kuriers* ein besonderes Anliegen. „SPD. fordert politischen Generalpardon für die deutsche Jugend! Neue große Rede von Dr. Schumacher“, lautete in Ausgabe Nr. 5 die Schlagzeile (wenn dieser Terminus für die zweizeilige Überschrift einer ganz und gar nicht im Boulevardstil aufgemachten Zeitung trifft). Immerhin handelte es sich um die bis dahin auffälligste Titelzeile des *Südost-Kuriers*, auch die Brotschrift<sup>19</sup> lief über volle drei Spalten. Felder forcierte die Parteiberichterstattung in einem Maße, wie sie vor 1933 für Heimatblätter absolut undenkbar gewesen wäre, in Südost-Oberbayern wie überall. Der Parteitag der bayerischen SPD im Oktober 1946 in Ingolstadt beispielsweise war dem *Südost-Kurier* nicht nur eine ganze, überwiegend in Petit gesetzte Zeitungssseite für Auszüge aus Referaten und Beschlüssen wert, sondern – aus Felders Perspektive: selbstverständlich – auch einen etwa eine drittel Seite beanspruchenden Leitartikel. Was der Chefredakteur dort im letzten Absatz formu-

<sup>18</sup> In der Erstausgabe warb ein Hinweis „An unsere Leser“ um Verständnis dafür, daß der *Südost-Kurier* „noch eine Reihe von technischen Schwierigkeiten zu überwinden hat“. Dazu zählte auch die Stromversorgung; im Winter 1946/47 war eine durchgängige Versorgung des Betriebs nicht möglich; Schreiben der Stadtwerke Reichenhall an die Chefredaktion vom 23. 1. 1947, Reg. Reichenhall, 0/11-00/0.

<sup>19</sup> Schrift, in der die Texte gesetzt sind.

lierte, klang allerdings wie eine Rechtfertigung: „Wir sind kein Parteiblatt, werden aber allen wichtigen Tagungen der politischen Parteien im Sinne der politischen und vor allem demokratischen Orientierung der Leser möglichst breiten Raum gewähren. Deshalb erfolgt auch eine umfangreichere Berichterstattung über den Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie, einer Partei, der in der nächsten Zukunft – sei es in einer Koalition mit der CSU, sei es in fairer Opposition – große Aufgaben für Volk und Land gestellt sind.“<sup>20</sup>

Sechs Monate nach dem Start des *Südost-Kuriers* schien sich Felder seiner Sache weitaus weniger sicher, als sein Selbstbewußtsein und Energie vermittelnder Eröffnungs-Leitartikel hätte erwarten lassen. Aber es war tatsächlich auch schon einiges passiert, was den Lizenzträger nachdenklich stimmen mußte, und die Zukunft leuchtete ebenfalls nicht rosarot. Josef Felders politische Gegner, vom jähen Aus für ihren Lizenzkandidaten Rupert Berger zunächst etwas verwirrt, hatten sich schnell formiert. Sie empfanden den Kurs des Sozialdemokraten als Herausforderung.

Bereits vier Wochen nach dem Start des *Südost-Kuriers* hatte der CSU-Bezirk Traunstein „teilweise sehr scharf“ über das Pressewesen diskutiert. Wie dem Eingekamert auf der Lokalseite zu entnehmen war, hatten die Unionschristen, wohl auf Anregung Bergers, beschlossen, möglichst im Verein mit der CSU der Landkreise Lauenfing, Berchtesgaden und Altötting einen „Presseausschuß“ zu bilden, „der die Pressewünsche der Union auf einen gemeinsamen Nenner bringt und der dann der Schriftleitung des ‚Südost-Kurier‘ unsere Wünsche unterbreiten soll“<sup>21</sup>. Noch für dieselbe Ausgabe, in der diese kryptische Meldung erschien, hatte Felder einen wütenden Leitartikel geschrieben. Unter der Überschrift „Was geht hier vor?“ zitierte er erst einmal die entscheidenden Sätze über die Motive der CSU-Funktionäre, die in der Fassung auf der Lokalseite fehlten: „Die allgemeine Meinung ging dahin: Zwölf Jahre lang haben wir eine Zeitung lesen müssen, die uns nicht entsprochen hat. Jetzt wollen wir eine Zeitung, in der auch unsere Gedanken, Wünsche und Ziele zu lesen sind, die Gedanken von 70 Prozent der Wähler im Verbreitungsgebiet der neuen Zeitung. [...] Bedauert wurde vor allem, daß noch kein Lizenzträger der Union am ‚Südost-Kurier‘ mit tätig ist.“

Felder wehrte sich gegen den „geschmacklosen Vergleich mit der Goebbels-Publizistik“ und ging in die Offensive: Da es der CSU nicht leicht fallen werde, die „Sünden“ des *Südost-Kuriers* anzugeben, nannte er selbst seinen befürwortenden Leitartikel zum Verbot der Königsparthei und den wiederholten Abdruck von Schumacher-Reden an herausgehobener Stelle. Mit ihrer Kritik daran verneine die „CSU Traunstein“ – gemeint war Berger – die von den Amerikanern geforderte „völlige Unabhängigkeit einer Zeitung“, zu der sich alle US-Lizenzträger „aus beiden politischen Hauptlagern“ auf ihrer letzten Tagung erst wieder bekannt hätten. Der Leitartikel wurde von Zeile zu Zeile schärfer und aufschlußreicher; er spiegelt nicht nur Felders aktuelle Wut und politische Überzeugung, sondern sehr klar auch sein Jour-

<sup>20</sup> Südost-Kurier vom 23. 10. 1946, S. 1 f.

<sup>21</sup> Südost-Kurier vom 5. 6. 1946, S. 1; danach die folgenden Zitate, Hervorhebungen im Original.

nalismusverständnis: „Die Verleger und Redakteure der neuen deutschen Presse waren Demokraten schon zwei oder drei Jahrzehnte *vor* dem Einmarsch der Besatzungsmacht. Selbstverständlich, daß sie und nicht die Gegner der Demokratie zur Leitung von Zeitungen berufen wurden, deren Wirksamkeit entscheidend dazu beitragen soll, den Frieden zu sichern, den inneren Ausgleich aller Spannungen zu ermöglichen und so den Wiederaufstieg des schwergeprüften Vaterlandes zu ermöglichen. Des Vaterlandes, jawohl meine Herren! Wer ist denn nicht wachen Sinnes genug, um zu leugnen, daß die Reden des SPD-Führers Schumacher nicht längst die Grenzen der Parteipolitik sprengten und ein Fanal für das wiedererwachende Vaterland bedeuten? [...] Meine Herren, *solche* Reden werden im ‚Südost-Kurier‘ auch ferner an günstigster Stelle plaziert werden und daran ändert ein Presseausschuß so wenig wie ein zweiter Lizenzträger aus den Reihen der CSU, der gesucht, erwartet und begrüßt wird. Der ‚Südost-Kurier‘ wird *kein* SPD-Blatt. Er wird aber auch *kein* Organ der CSU. Er wird geleitet von einem Demokraten und Sozialisten, der als Angehöriger der katholischen Kirche von den hohen Idealen und der Ethik der christlichen Religion überzeugt ist und die überwiegend katholische Gliederung des Verbreitungsgebietes seiner Zeitung kennt. Sämtliche Lokalberichterstatter sind Mitglieder der CSU oder stehen ihr weltanschaulich nahe. Und auch in der Redaktion sitzen nicht lauter Angehörige der SPD. Das muß genügen. Nach Gramm und Kilogramm wird und kann nicht abgewogen werden, wieviel Nachrichten aus dem Lager der Union, der SPD, der Liberalen, der Aufbau Partei usw. im ‚Südost-Kurier‘ Platz finden. Es liegt bei den Parteien und ihren Führern selbst: Wer immer wirksam ist für die engere und weitere Heimat, sei uns willkommen. Er findet Platz an der günstigsten Stelle der Zeitung. Und für das örtliche Leben der Parteien steht unsere Spalte ‚Tribüne der Demokratie‘ unparteiisch zur Verfügung. Die *Parteien* sollen leben, sollen Weltanschauung formen, aufklären, belehren. *Wir* vermitteln die Nachrichten und sagen klar unsere eigene Meinung. Sie ist für niemand ein Evangelium. Aber sie ist das Evangelium der Demokratie. Und es muß sich einmal zeigen, ob es auch *nach* dem Abzug der Amerikaner verkündet werden *kann*. Wenn ja, ist alles gewonnen, wenn nein, ist alles verloren.“

Im Willen zur objektiven Berichterstattung – und im Vertrauen in die Richtigkeit dieser Maxime – mochte sich Josef Felder durch die Attacke seiner konservativen Gegner nicht beirren lassen. Wer Objektivität verlangte, konnte seiner Zustimmung sicher sein. Das galt für den Verfasser eines im *Südost-Kurier* nachgedruckten Aufsatzes aus der CSU-Halbmonatsschrift *Bayerische Rundschau*, der eine „schonungslose offene Darstellung“ der Auseinandersetzung um die Einführung eines Bayerischen Staatspräsidenten verlangte<sup>22</sup>, genauso wie für Landtagspräsident Michael Horlacher, der an die Lizenzpresse den Wunsch hatte, „über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses und des Plenums ausführlich und völlig objektiv zu berichten“. Nichts kam Felder mehr entgegen als diese Bitte, die er in einem seiner drei Leitartikel zu den Verfassungsberatungen zitierte<sup>23</sup>.

<sup>22</sup> Südost-Kurier vom 28. 9. 1946, S. 2.

<sup>23</sup> Südost-Kurier vom 25. 9. 1946, S. 1.

Die Berichterstattung und Kommentierung des *Südost-Kuriers* zur bayerischen Verfassungsdiskussion<sup>24</sup> ließ insgesamt wenig zu wünschen übrig. Zumal im Streit um den Staatspräsidenten legte Felder Wert auf genaue Information über das Abstimmungsverhalten der beiden Abgeordneten aus dem Verbreitungsgebiet, Rupert Berger (CSU, pro) und Josef Kiene (SPD, contra)<sup>25</sup>. Daß Felder selbst als schwäbisch-zentralistisch denkender Sozialdemokrat und Anhänger Schumachers die „Notgemeinschaft“ der extremen Föderalisten Hoegner (SPD)/Hundhammer (CSU) scharf kritisierte, wunderte wohl niemanden<sup>26</sup>. In diesem Kontext den Pauschalvorwurf der CSU-*Rundschau* abzudrucken, der Lizenzpresse mangle es an Deutlichkeit, war für Felder eines der seltenen aus der konservativen Ecke kommenden Vergnügen. Seine Antwort fiel umso selbstbewußter aus, als inzwischen die Phase der Allein-Lizenzträgerschaft überwunden war, die Felder längst selbst als problematisch empfunden hatte: „Wir begrüßen die zeitgemäße Mahnung auf der ersten Seite des amtlichen Organs der CSU sehr und empfehlen allen Lesern des ‚Südost-Kurier‘ (besonders den Angehörigen beider großen Parteilager!) eine genaue Kenntnisnahme derselben. Der Verfasser Martell hat allerdings bei seinem Studium der lizenzierten Presse den ‚Südost-Kurier‘ nicht beachtet. Er hätte sonst einwandfrei feststellen können, daß die beiden Lizenzträger dieser Zeitung bei ihren eigenen Publikationen in stärkstem Maße den Forderungen Rechnung tragen, die er für eine moderne Demokratie erhebt. Die eigenen Parteien werden von beiden Lizenzträgern ohne jede persönliche Anmaßung sachlich kritisiert, wenn dies erforderlich erscheint. Das Echo ist oft sehr merkwürdig. Auch bei der SPD gibt es einige eigensinnige und einsichtslose Polterer. Und aus bestimmten Kreisen der CSU kommen oft sehr *raube* und *undemokratische* Töne. Sie erreichen uns auch dann, wenn sie in den aus der Zeit vor 1933 unrühmlichst bekannten Zirkeln ausgestoßen und zu Wortbildern geprägt werden, die nicht die Bezeichnung ‚klassisch‘, sondern ‚typisch‘ verdienen.“<sup>27</sup>

<sup>24</sup> Näheres bei Peter Jakob Kock, *Bayerns Weg in die Bundesrepublik*, Stuttgart 1983, S. 224–238.

<sup>25</sup> *Südost-Kurier* vom 14. 9. 1946, S. 1.

<sup>26</sup> *Südost-Kurier* vom 18. und 25. 9. 1946, S. 1 bzw. S. 1 f.

<sup>27</sup> *Südost-Kurier* vom 28. 9. 1946, S. 2, Hervorhebungen im Original. Unter der Rubrik „Criticism of the Licensed Press“ fand die Tatsache dieses Nachdrucks Erwähnung in einer Aufstellung von OMGUS/ICD Press Branch vom 3. 10. 1946, die offenbar ein „Scrutiny Officer“ verfaßt hatte; NA, RG 260, 5/237-3/3. Am 16. 11. 1946, S. 2, zitierte der *Südost-Kurier* zum wiederholten Male einen Bericht der CSU-Rundschau, in dem derselbe Verfasser sich ungewöhnlich positiv zu dem – von der CSU-Mehrheit in Frage gestellten – Prinzip der Überparteilichkeit der Lizenzpresse äußerte und namentlich den *Südost-Kurier* als fern von „Hofberichten“ lobte. Die Redaktion bemerkte im Vorspann zu dem Nachdruck: „Wir leiden nie an Einbildung. Unsere Leser sollen aber informiert werden über die grundsätzlichen Auffassungen prominenter Kreise der Union – und sicher nicht zuletzt auch ihrer Jugend – zum Kapitel Presse.“

## Ein Kompagnon für die Balance

Der zweite Lizenzträger, für den Felder in dieser Vorbemerkung so selbstverständlich mit zu sprechen schien, war zu diesem Zeitpunkt gerade zehn Tage im Dienst. Aber Heinrich Haug war dem *Südost-Kurier* seit Beginn verbunden. Zunächst freier Mitarbeiter für seinen Wohnort Altötting<sup>28</sup>, wies ihn das Impressum ab 17. Juli als Stellvertreter des Hauptschriftleiters und Verantwortlichen für Lokales aus. Felder sah in dem ehemaligen Redakteur des BVP-nahen *Öttinger Anzeigers*, der von den Nationalsozialisten bei der Eingliederung des Blattes in die parteieigene Phönix-Holding 1935 abgesetzt worden war<sup>29</sup>, rasch den geeigneten „co-licensee“, den ihm beizugeben die Presseoffiziere unmittelbar nach Bergers Demission angekündigt hatten<sup>30</sup>. Wie Felder Jahrgang 1900 und wie dieser gelernter Journalist, gab es an Haugs Integrität und NS-Gegnerschaft nicht den geringsten Zweifel: Ende April 1945 war der tief religiöse Mann, der die letzten zehn Jahre als kaufmännischer Angestellter gearbeitet hatte, nach dem Scheitern des durch die Freiheitsaktion Bayern ausgelösten Aufstands in Altötting<sup>31</sup> nur knapp seiner Hinrichtung durch die SS entgangen. Seit April 1946 in dem Wallfahrtsort Bezirksverbandsgeschäftsführer der CSU, hatte er nicht nur das gewünschte Parteibuch, sondern war auch mit der Region bestens vertraut. Felder behandelte Haug von der ersten Stunde an als potentiellen Lizenzkollegen, und als solchen beobachtete den an einer besseren Position stark Interessierten<sup>32</sup> auch der neue Chef der ICD Press Branch Bayern Ernst Langendorf. In dessen Wochenbericht vom 9. Juli war bereits die Rede von einem „excellent prospect for the co-licensee at the Südost-Kurier“; am 20. August, nach einem vierwöchigen inoffiziellen Probelauf, fand man den Kandidaten immerhin noch „satisfactory“ und empfahl seine Lizenzierung bei entsprechendem Abschluß der „Intelligence clearance“. Am 16. September erhielt der gebürtige Badener, den Langendorf in gewisser Weise trotzdem richtig als „a product of the southeast Bavarian area“<sup>33</sup> charakterisierte, die zweite Lizenz für den *Südost-Kurier*. Haug firmierte im Impressum nun als Herausgeber und Verlagsleiter, Felder weiterhin als Herausgeber und Chefredakteur; der jeweils andere wurde als Stellvertreter, Haug außerdem als Lokalchef genannt.

<sup>28</sup> Der erste von Haug gezeichnete Lokalbericht – über die Attraktion einer Seefisch-Zuteilung für Altötting – findet sich im *Südost-Kurier* vom 22. 5. 1946, S. 5.

<sup>29</sup> Vgl. Frei, *Provinzpresse*, S. 233–237.

<sup>30</sup> NA, RG 260, 10/124-1/15, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 14. 5. 1946.

<sup>31</sup> Näheres bei Hildebrand Troll, *Aktionen zur Kriegsbeendigung im Frühjahr 1945*, in: Martin Broszat u. a. (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Band IV, München 1981, hier S. 672–677.

<sup>32</sup> Haug hatte sich im Juni 1946 um eine Redakteursstelle bei der Schwäbischen Landeszeitung (Augsburg) beworben. Daraufhin war ihm von ICD Press Branch eine Lizenz für die in Straubing geplante Zeitung in Aussicht gestellt worden. Noch am 28. 6. hatte Haug aber die erklärte Absicht, nach Augsburg zu gehen; NA, RG 260, 10/126-1/1, Schreiben Haugs an Felsenthal.

<sup>33</sup> NA, RG 260, 10/124-1/16, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary v. 17. 9. 1946; unter dem entsprechenden Datum dort auch die vorangegangenen Zitate. Am 14. 9. unterrichtete OMGB/ICD per Telegramm OMGUS/ODIC von der bevorstehenden Lizenzerteilung; 5/241-1/2.

Daß die Verleihung der Lizenzurkunde nicht minder feierlich ausfiel wie zur „Erstausgabe“ vier Monate zuvor, dafür sorgte die erneute Anwesenheit des stets gerne repräsentierenden ICD-Chefs McMahon. Mit Konzert und Ansprachen diesmal im Reichenhaller Kurhaus glich die Prozedur in vielem der vom Mai, und obwohl wieder eine ganze Zeitungsseite für den Abdruck der Reden zur Verfügung stand, war es doch nicht dasselbe: „Vertreter der Behörden und des öffentlichen Lebens“ waren bei der Feier zwar „zahlreich“ vertreten, hielten sich aber erkennbar zurück. Außer Haug sprachen nur US-Offiziere<sup>34</sup>. Schien dem einheimischen Establishment im Mai noch abwartende Zurückhaltung geraten, so waren die Fronten inzwischen klar. Die Stimmung hatte sich gegen das Lizenzblatt verfestigt.

Wer immer vom rechten Flügel der CSU, den Felder gelegentlich schon einmal als „reaktionär“ bezeichnete, an diesem Montagmorgen im Terrassensaal den frischgebackenen zweiten Lizenzträger reden hörte, der konnte kaum einen Anlaß sehen, dem *Südost-Kurier* künftig weniger mißtrauisch und ablehnend zu begegnen. Dazu waren Heinrich Haugs Worte einfach zu versöhnlich und von ehrlichem Willen zur Gerechtigkeit geprägt. Schon die Art, in der Haug die „strikte Weisung der amerikanischen Besatzungsmacht“ verteidigte, „eine überparteiliche und überkonfessionelle Presse zu gründen“, mußte eingeschworene Anhänger der schwarzen Heimatpresse von einst mißmutig machen: „Wir konnten uns mit diesem Gedanken anfänglich nur schwer befreunden. Wir waren gewohnt, unsere Zeitungen auf eine bestimmte politische und weltanschauliche Richtung festzulegen und es war uns neu, daß unser Nachrichtenteil keinerlei Tendenz enthalten dürfe. Der Leser sei durch die Art der Nachrichtengebung in keiner Weise zu beeinflussen. Heute ist es klar: dadurch, daß wir einst auch den Nachrichtenteil in den Dienst der parteipolitischen Werbung gestellt hatten, verloren wir an Glaubwürdigkeit bei unseren Lesern. Sie fanden die gleiche Nachricht in verschiedenen Zeitungen und in oft ebenso verschiedenen Färbungen. Was war nun die Wahrheit? Heute weiß jeder: Wir Redakteure sind gewissermaßen die vereidigten Zeugen des öffentlichen Lebens und wir schaffen einen Nachrichtenteil, in welchem wir nichts verschweigen und nichts hinzusetzen, vielmehr nach bestem Wissen und Gewissen die lautere Wahrheit sagen. In unseren *persönlichen* Kommentaren und Aufsätzen, die wir mit unserem Namen zeichnen, *äußern wir Journalisten frei und unabhängig unsere eigene Meinung*. Heute heißt es von uns nicht mehr wie früher: *Er muß ja so schreiben!* Heute besitzen wir die kostbare Freiheit. Das beweist Ihnen unsere heutige Feier. Wir Redakteure sind durch die Lizenzierung unsere eigenen Verleger geworden. Zwischen uns und unseren Lesern steht heute kein Auftraggeber mehr und auch keine zwingende Parteirichtung.“

Haug wußte sehr genau, wovon er sprach und was er auch im privaten, von den Amerikanern (wohl durch Zufall) abgehörten Gespräch mit dem sozialdemokrati-

<sup>34</sup> Diesen durch die Berichterstattung im *Südost-Kurier* vom 21.9. 1946, S. 6, (danach die folgenden Zitate, Hervorhebungen im Original) vermittelten Eindruck bestätigt MG Berchtesgaden Monthly Historical Report August/September 1946; NA, RG 260, CO/442/3.

schen stellvertretenden Landrat pries<sup>35</sup>; aus seiner Zeit beim *Öttinger Anzeiger* war ihm nur zu gut in Erinnerung, wie beschränkt die journalistische Freiheit im Hause eines politisch exponierten Heimatverlegers sein konnte, und zwar nicht erst nach 1933<sup>36</sup>.

Bewußt oder unbewußt sprach Haug von eigenen lebensgeschichtlichen Erfahrungen, wenn er „Charakterbildung“ als „höchstes und letztes Presseziel“ bezeichnete. Mit seiner von jeder taktischen Erwägung freien Rede schien der neue Lizenzträger dafür sogleich ein Beispiel geben zu wollen, – seine Frage, ob er vor der Versammlung ein „Redaktionsgeheimnis“ lüften solle, war reinste Rhetorik: „Mein verehrter Kollege Felder und ich sind jetzt zwei Monate beisammen. Es hat bei uns bis zum heutigen Tage keinerlei Schwierigkeiten gegeben, schon gleich gar nicht, weil er zur SPD gehört und ich zur CSU. Ja, gerade in dem Wissen, daß jeder von uns seine Sache entschieden und überzeugungstreu vertritt, liegt unsere gegenseitige Hochachtung begründet. Und am schönsten ist das Gefühl, voneinander zu wissen, daß wir beide aus Idealismus und mit höchster Berufsbegeisterung am Werk sind. Daß mir heute die Ehre der Lizenzierung zuteil geworden ist, verdanke ich nicht zuletzt dem nachdrücklichen Wunsch meines Kollegen Felder [...]. Ich habe seine Versicherung, daß er sich nie zum Prellbock irgendwelcher gegen mich gerichteter Bestrebungen machen lassen werde und er weiß, daß ich das gleiche tun werde. [...] Wir stehen einander als Verleger gleichberechtigt gegenüber und wir glauben, im gegenseitigen Vertrauen zueinander keinen Wall ausheben zu müssen, sondern eine Brücke zueinander bauen zu können. Ist dieses Zusammengespanntwerden politisch verschieden denkender Menschen nicht eine herrliche Erziehungsschule zur Toleranz, dieser getreuen Schwester der Demokratie?“

Daß Haug trotz selbstergriffen-weihevoller Worte nichts beschönigte, bestätigte sein Kompagnon zwei Monate später in nüchternen, privaten Zeilen. Sie waren für den ehemaligen Presseoffizier David Davidson bestimmt, der im Gegensatz zu Felsenthal bereits in die USA zurückgekehrt war (wie viele seiner Lizenzkollegen hielt Felder mit den „Taufpaten“ seiner Zeitung jahrzehntelang freundschaftlichen Kontakt): „Seit dem 16. 9. 1946 ist nun Herr Heinrich Haug aus Altötting, der Ihnen auch nicht unbekannt sein dürfte, zweiter Lizenzträger und diese Verbindung erscheint zweifellos weit vorteilhafter, als es die Ehe mit Herrn Berger in Traunstein gewesen wäre. Herr Berger zählt in der wieder aktiv gewordenen CSU zum rechten, also konservativen Flügel, während Herr Haug zu den Fortschrittlichen dieser Partei zu rech-

<sup>35</sup> Am 2. 8. 1946 schnitt US Civil Censorship einen Anruf Haugs bei Groll mit, in dem der Redakteur den SPD-Funktionär ob seiner öffentlichen Stellungnahme zum „school problem“ lobte. Die beiden erklärten sich wechselseitig Respekt für ihr parteipolitisches Engagement und stimmten in der Ablehnung der Parteipresse überein; Haug erklärte, er folge „the nonpartisan line of our paper“. Über die Häufigkeit solcher Abhöraktionen gibt das Einzeldokument keinen Aufschluß; IfZ, MA 14/13, Nr. 259.

<sup>36</sup> In diesem Sinne äußerte sich Haug gegenüber dem Verfasser mehrfach über den von ihm sehr respektierten Verleger Dr. Hans Geiselberger, der zu den bei Klerus und BVP einflußreichen Honoratioren zählte; vgl. auch Frei, Provinzpresse, S. 254 und Anm. 16.

nen ist. Damit ergibt sich natürlich eine weitaus günstigere gemeinsame Arbeitsbasis. [...] Bis jetzt funktioniert [unsere] Arbeitsteilung sehr gut.“<sup>37</sup>

Auch Press Branch-Chef Ernst Langendorf, der an der Lizenzfeier teilgenommen hatte und der, ohne das zu erkennen zu geben, als 1933 emigrierter Sozialdemokrat<sup>38</sup> Felder politisch sehr viel näher stand als Haug, zeigte sich in seinem nächsten Wochenbericht optimistisch über die Zukunft des neuen Gespanns: „Haug [...] helps form a politically balanced team which shows all signs of being very successful.“<sup>39</sup> In der Tat blieb die Zusammenarbeit der beiden Lizenzträger über Jahre hinaus frei von persönlichen Konflikten – ganz im Gegensatz zu dem, was unter Kollegen aus anderen Lizenzverlagen bekannt wurde<sup>40</sup>. Freilich war es eher ein Nicht-Verhältnis als Harmonie, und die Abwesenheit von ernststen Auseinandersetzungen innerhalb der Redaktion konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die grundsätzlichen Konflikte zwischen *Südost-Kurier* und katholisch-konservativem Establishment latent weiter-schwellten. Heinrich Haug, das hatte sich rasch herausgestellt und die Ahnungen seiner rechten Parteifreunde bestätigt, war nicht vom politischen Kaliber eines Josef Felder. Ein Blick auf das Titelblatt des *Südost-Kuriers* zeigte das zweimal pro Woche aufs Neue.

Von den (großzügig gerechnet) rund fünfzig Leitartikeln, die das Blatt im ersten Jahrgang veröffentlichte, stammten nur sieben von Haug. Der große Rest trug zwar nicht ausschließlich Felders Initialen oder Namenszug, aber mit insgesamt 18 ließ sich der Erst-Lizenzträger durchschnittlich alle zwei Wochen ausführlich vernehmen. Daneben pflegte Felder häufig Nachdrucken aus anderen Zeitungen kommentierende Bemerkungen voranzustellen. Das betraf auch Aufsätze mehr oder weniger bekannter Politiker und Publizisten, die der *Südost-Kurier* anstelle eigener Leitartikel brachte, die aber nur zum Teil den Charakter von Gastkommentaren hatten und auch nicht immer auf der Titelseite standen. Trotz eines leichten Prä nach „links“ repräsentierten diese Beiträge doch ein breites Spektrum politischer Meinungen: Artikeln von Kurt Schumacher, Helmut Cron, Alexander Abusch, Albert Norden, Fritz Heine oder dem Traunsteiner SPD-Vorsitzenden Wilhelm Hofmockel standen Ausführungen eines Michael Horlacher, Erich Welter, sowie regionaler CSU-Funktionäre und konservativer Beamter gegenüber. Deziert „rechte“ Meinungsäußerungen fanden im *Südost-Kurier* ebensowenig Platz wie eigenständige Artikel aus den Reihen der KPD. Deutliche Kritik an politischen Mißständen, auch an den Besatzungsmächten, war keineswegs ausgeschlossen, allerdings jede Bekundung prinzipieller Ablehnung der parlamentarischen Demokratie.

Weit mehr als Josef Felder suchte Heinrich Haug in seiner journalistischen Arbeit Konsens statt Konflikt, Elemente der Gemeinsamkeit zwischen den parteipolitischen Lagern statt Konfrontation. Und gewiß zum Verdruß seiner Parteifreunde verfaßte er

<sup>37</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Davidson vom 22. 11. 1946.

<sup>38</sup> Zu Langendorfs Biographie vgl. S. 39, Anm. 69.

<sup>39</sup> NA, RG 260, 10/124-1/16, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 24. 9. 1946.

<sup>40</sup> Die beiden Lizenzträger in Kempten beispielsweise prozessierten bald gegeneinander, die Lizenzträger der Schwäbischen Landeszeitung, Curt Frenzel und Johann Wilhelm Naumann, trennten sich; vgl. Sütffeld, Entwicklung, S. 89–96 und 27–40.

im ersten Jahrgang des *Südost-Kuriers* nur einen einzigen Leitartikel zur CSU-Politik. Zwei Wochen nach der bayerischen Landtagswahl<sup>41</sup>, in derselben Ausgabe, in der sein Kollege zur SPD-Landeskonferenz über „Demokratie. Koalition nur mit wirklichen Demokraten“ schrieb – und dabei seiner Abneigung gegen die in der Luft liegende Hundhammer-Hoegner-Koalition deutlichen Ausdruck verlieh – scheute Haug, dessen Partei an diesem Wochenende ebenfalls eine Landeskonferenz veranstaltete, vor einer klaren Stellungnahme zurück<sup>42</sup>. Statt sich dezidiert zum liberal-konservativen Müller-Flügel zu bekennen, der auch die „junge Union“ repräsentierte<sup>43</sup> und Haugs eigener Überzeugung sehr viel eher entsprach als die bayerisch-etatistische Hundhammer-Schäffer-Riege, wick er in fromme Wünsche nach mehr Sachlichkeit und Eintracht aus. Die beiden unmittelbar hintereinander folgenden Leitartikel (Felder hatte Haug die Kommentarspalte auf der ersten Seite überlassen) zeigten deutlich, wie wenig Haug der politischen Zielklarheit Felders entgegenzusetzen hatte. Noch offensichtlicher wurde das in späteren Fällen der Doppelkommentierung, als beide Artikel auf der Titelseite begannen und selbst die nicht mit allen Einzelheiten vertrauten Pressebeobachter der ICD-Zentrale konstatierten: „Their points of view, however, differ only slightly.“<sup>44</sup>

Wenn die ungleiche Begabung zu keinen Eifersüchteleien, sondern allenfalls dazu führte, daß Felder Haug wohlmeinend aufforderte, er möge deutlicher CSU-Flagge zeigen<sup>45</sup>, dann wohl nicht zuletzt aufgrund der Dominanz übereinstimmender Interessen. Neben dem Wohl ihrer Zeitung war das die Überzeugung vom grundsätzlich positiven Wirken der Militärregierung, die wie zum Zeichen in beiden Leitartikeln zur Koalitionsfrage Ausdruck fand: Tröstete sich Haug angesichts der unionsinternen Machtkämpfe mit der Feststellung, die „Haltung der amerikanischen Militärregierung“ stelle „einen der wenigen Sicherheitsfaktoren im Spiel der Kräfte“ dar, so hielt Felder allen, die um die Einflußmöglichkeiten einer in die Opposition gehenden Sozialdemokratie bangten, vor zu vergessen, „daß die amerikanische Militärregierung

<sup>41</sup> Ergebnisse der Landtagswahl vom 1. 12. 1946 nach Stimmkreisen, in Prozent:

	CSU	SPD	FDP	KPD	WAV
Altötting	55,9	26,9	2,9	5,3	9,0
Berchtesgaden	51,6	31,9	5,5	6,0	5,0
Laufen	64,7	25,1	2,5	3,2	4,5
Traunstein	57,6	24,3	3,4	4,9	9,5
Bayern	52,3	28,6	5,6	6,1	7,4

Zur politischen Situation danach vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 430–435; Ergebnisse der Landtagswahl 1950 vgl. S. 162, Anm. 11.

<sup>42</sup> Den Leitartikel im *Südost-Kurier* vom 14. 12. 1946, S. 1, zierte als Titel die – von Haug unbeantwortete – Frage: „Junge oder alte Demokratie?“

<sup>43</sup> Vgl. Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller (Hrsg.): *Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung*, München 1984.

<sup>44</sup> NA, RG 260, 5/241-1/2, OMGUS/ICD Scrutiny Memo vom 27. 2. 1948, ähnlich Scrutiny Memo vom 23. 9. 1947.

<sup>45</sup> Mitteilung Felders vom 29. 8. 1984.

in Durchführung ihrer Grundsätze zur wirklichen demokratischen Erziehung des Volkes jeder loyalen politischen Opposition eine überaus mächtige geistige Waffe garantiert hat: Freie Presse, freien Rundfunk, also freie Kritik! Damit hat sich auch in Bayern sehr viel geändert und keine Regierungspartei und kein Beamten-Apparat hat Möglichkeiten zu so restloser Willkür, wie sie vor 1933 die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen besaßen. Gerade die überparteiliche Presse ist hier das entscheidende Korrektivelement gegen ausschließlich parteipolitische Herrschaftsgelüste.“

Als mit der Wahl Hans Ehards zum neuen Ministerpräsidenten wenige Tage vor Weihnachten 1946 die Entscheidung im Machtkampf zwischen den rivalisierenden CSU-Flügeln fürs erste gefallen war – die Ministerfraktion der SPD hatte den bisherigen Staatssekretär im Justizministerium und Gefolgsmann der Hundhammer-Schäffer-Riege unterstützt –, schrieb wiederum Felder, nicht Haug, den aktuellen Leitartikel. Wie zu erwarten, reagierte Felder auf das „politische Weihnachtsgeschenk des Landtags“, das seiner Partei einen stellvertretenden Ministerpräsidenten Hoegner bescherte, mit skeptischer Zurückhaltung: Das neue Kabinett, vor dessen CSU-Zweidrittelmehrheit auf Staatssekretärebene es Felder erkennbar schauderte, werde „ganz besonders aufmerksam auf seine Leistung geprüft“, kündigte er fast drohend an<sup>46</sup>. Während Felder Festtagsstimmung erst gar nicht aufkommen lassen mochte, wies Haug „Millionen deutscher Mitbrüder“ auf der Titelseite „den Weg zurück zur Ordnung des Einfachen, *den Weg des weihnachtlichen Menschen*: zur Krippe hin“. Kaum weniger ernst und grundsätzlich, aber eben auch abgehoben von konkretem Alltag und praktischer Politik, verlangte Haug in seinem Jahresschluß-Artikel eine Woche später „*Beispiele friedfertiger Gesinnung*“. 1947 könne nur dann ein Jahr des Friedens werden, wenn „wir selbst uns als *friedensfähig* erweisen“. Es war keine dahingesagte Floskel, sondern eine Äußerung seiner tiefen Religiosität, wenn Haug schließlich ohne Zögern erklärte: „*Bauen wir als Menschen guten Willens einträchtig am inneren Frieden! Wenn wir ihn besitzen, haben wir alles, um den äußeren zu erringen*“<sup>47</sup>.

Zweifellos wußte Felder solche Formulierungen zu respektieren; ihm selbst jedoch lag naives Gottvertrauen fern. Sein eigener Silvester-Aufsatz im Innern des Blattes (er hatte dem so selten leitartikelnden Kollegen erneut die erste Seite überlassen) war wieder einmal kämpferisch und programmatisch und zeugte von einem Selbstbewußtsein, das sich mit seiner noch oft zu beobachtenden Neigung zum Bilanzieren unvorteilhaft verband – zumal in einer Landschaft, in der wortreiches Selbstlob irgendwie „preußisch“ wirkte: „Nun hat die Mehrzahl der Zeitungen in der US-Zone das erste Jahr der Wirksamkeit hinter sich und bei allen ‚Geburtstagsfeiern‘ konnte mit lebhaftester Zustimmung eines breiten Publikums festgestellt werden: Das Experiment – eingeleitet und bis zur Stunde in starkem Maße unterstützt von den Amerikanern – durchgeführt von deutschen Redakteuren, *ist in vollem Ausmaße gelungen*.

<sup>46</sup> Südost-Kurier vom 23. 12. 1946, S. 3.

<sup>47</sup> Südost-Kurier vom 30. 12. 1946 S. 1 f., Hervorhebungen im Original.

Die Presse der US- Zone ist einer der wertvollsten Aktivposten der ersehnten neuen deutschen Demokratie geworden.“ Felder ließ keinen Zweifel daran, daß er damit auch dem eigenen Blatt schmeicheln wollte. Trotz widriger technischer Umstände „unablässig bestrebt, ihre Zeitung zu verbessern und auszugestalten“, dürften die Mitarbeiter des *Südost-Kuriers* die Zustimmung des „Großteils unserer Leser“ zur „redaktionellen Führung“ der Zeitung durchaus mit Genugtuung akzeptieren. „Besonders erfreulich war für uns, mehrfach *unsere politische Objektivität* attestiert zu erhalten. Auch aus der Landeshauptstadt und von vielen äußerst sachkundigen Lesern kamen solche Dokumente. Sie rühmten vor allem die *Ausführlichkeit* unserer Darstellung bei wichtigen politischen Vorgängen.“

Soviel demonstrative Selbstbeweihräucherung verriet Unsicherheit. Sie mußte dem Autor nicht einmal bewußt sein, aber sie hatte ihren Grund: Aus der Region, für die der *Südost-Kurier* nun einmal gemacht wurde, kam nur wenig Zustimmung. Wertschätzung in München sicherte noch nicht den Erfolg im Rupertigau; eher traf das Gegenteil zu. Aber einstweilen war das nur schwer zu erkennen. Noch schien Beliebtheit anzuzeigen, was in Wirklichkeit die Konsequenz der Monopolstellung war. Und wer hätte sich nicht blenden lassen, wenn gleichzeitig die Notwendigkeit bestand, für das kommende Jahr eine Umfangkürzung anzukündigen, um trotz geringerer Papierzuteilung die ohnehin knappe Auflage halten zu können<sup>48</sup>? Im Rückblick wirkt es wie böser Sarkasmus, wenn Felder versprach, es werde auch 1947 keine Einbuße an jenem geben, was nach seiner Überzeugung die Qualität des Blattes ausmachte: „Der ‚Südost-Kurier‘ ist – bei aller weiteren Pflege der Heimatverbundenheit – *eine politische Zeitung*. Er unterscheidet sich *grundsätzlich* von den Lokalzeitungen einer vergangenen Zeit. *Er will systematisch politische Erziehungsarbeit leisten*.“ Genau davon wollten zwischen Berchtesgaden und Altötting – und nicht nur dort – die wenigsten etwas wissen.

### Im Einsatz für demokratische Transparenz

Dabei konnte sich die jenseits pädagogischer Postulate geleistete Redaktionsarbeit durchaus sehen lassen. Mit zunächst nur vier hauptamtlichen Redakteuren<sup>49</sup>, davon einer nicht in der Reichenhaller Hauptredaktion, sondern im Traunsteiner Lokalbüro tätig, produzierten die beiden Herausgeber wöchentlich bis zu 18 Zeitungseiten. Weniger als zehn Prozent davon gehörten der Anzeigenabteilung, die ebenso wie der technische Betrieb einstweilen von einem langjährigen Mitarbeiter der Wiedemannschen Buchdruckerei geführt wurde. (Wie bei allen Lizenzzeitungen, mußten vor der Währungsreform bis zu zwei Drittel der Anzeigenaufträge aus Platzmangel zurück-

<sup>48</sup> Das entsprach der vom VBZV empfohlenen Reaktion auf die Verpflichtung zur Papiereinsparung. Press Branch hatte zunächst eine allgemeine zehnprozentige Auflagekürzung vorgeschlagen; NA, RG 260, 10/124-1/17, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary 3. 12. 1946.

<sup>49</sup> Zu diesen 1946/47 im Impressum Genannten kamen allerdings durchschnittlich drei bis vier regelmäßige Honorarmitarbeiter und Volontäre hinzu; Mitteilung Felders vom 11. 11. 1981.

gestellt werden<sup>50</sup>.) Trotz der nur zwei Erscheinungstermine pro Woche litten die Redakteure nicht an Unterbeschäftigung: Zwar basierte schätzungsweise die Hälfte aller publizierten Berichte, Nachrichten und Meldungen auf dem von DANA und ab Februar 1947 auch von UPI gelieferten Material, doch mußte dieses entsprechend den Bedürfnissen und Möglichkeiten des Blattes redigiert werden. Das galt auch für die Beiträge gelegentlicher Mitarbeiter der Ressorts Politik und Feuilleton und für die Korrespondentenberichte. Die Nachrichten aus der Landeshauptstadt lieferte von Beginn an Wilhelm Friedrich Maschner, vormals graue Eminenz für Reichenhaller Pressefragen und mit Felder spätestens seit der Lizenzfeier bekannt; das von Maschner eröffnete Gemeinschaftsbüro mit Otto Daffinger, dem späteren Alleinvertreter des *Südost-Kuriers* in München, hatte zwar noch weitere Kunden, Abnehmer der extensiven Landtagsberichte aber war vor allem Felder<sup>51</sup>. Den Weg der Westzonen zur Bundesrepublik schilderte in Eigenberichten für den *Südost-Kurier* ab Herbst 1947 der gerade 22jährige DENA-Reporter und Student der Geschichte Wolfgang Wagner, zunächst nebenbei, dann als freier Korrespondent aus Frankfurt, später Bonn.

Aufwendig war auch die Lokal- und Regionalberichterstattung. Hier hatte sich ja an den überkommenen Strukturen wenig geändert: Informationen aus Dörfern und Weilern gelangten, wie vor 1933 (und teilweise auch noch bis 1945) üblich, nicht durch Journalisten, sondern durch Rathausbedienstete, Lehrer, Pfarrer und sonstige im Schriftdeutsch geübte Amtspersonen in die nächstgelegene Kreisstadt oder Marktgemeinde, in der das Heimatblatt erschien. Wie früher die Kleinverlegerpresse, war auch der *Südost-Kurier* auf diese nichtprofessionellen freien Mitarbeiter angewiesen. Die organisatorisch-logistische Aufgabe war allerdings eine weitaus größere, denn immerhin mußte ein vier Landkreise umfassendes Netz lokaler Informations-Zwischenträger aufgebaut und in Betrieb gehalten werden. War schon dies angesichts der materiellen und technischen Widrigkeiten der ersten Nachkriegsjahre kompliziert, erschwerte der grundlegend veränderte Anspruch der Lokalberichterstattung die Aufgabe weiter. Mühsam und mit unterschiedlichem Erfolg versuchte die Redaktionsleitung den über hundert Außenmitarbeitern klarzumachen, daß es nicht mehr genügte, die Verlautbarungen der jeweiligen Rathausspitze wiederzugeben. Breite, kommunale Transparenz befördernde und zur Partizipation ermunternde Lokalberichterstattung, insbesondere über Gemeinde- bzw. Stadtratssitzungen, hieß die neue, vom amerikanischen Konzept der „Demokratisierung von unten“ („grass-roots democracy“) abgeleitete journalistische Devise. Von Zeit zu Zeit lud der *Südost-Kurier* seine freien Lokalberichtersteller zu Konferenzen, auf denen entsprechende Manöverkritik geübt wurde<sup>52</sup>.

<sup>50</sup> NA, RG 260, 10/117-2/9, Umfrage der OMGB/ICD Press Branch zum Mangel an Anzeigenraum vom 29. 3. 1947; es ist denkbar, daß übertriebene Angaben gemacht wurden, um auf diese Weise den Papiermangel vor Augen zu führen; auch ist möglicherweise eine Mehrfach-Nachfrage abgewiesener Anzeigenkunden einzukalkulieren.

<sup>51</sup> Mitteilung Maschners vom 13. 3. 1985.

<sup>52</sup> *Südost-Kurier* vom 31. 12. 1954, S. 20, und Mitteilung Felders vom 24. 1. 1985.

War es auch unmöglich, für sämtliche 160 Gemeinden aufwendigen Recherche-Journalismus zu betreiben, so akzentuierte der *Südost-Kurier* die Lokalinformation doch zumindest für die zehn Städte und Märkte seines Verbreitungsgebietes und besonders in seinem Erscheinungsort Bad Reichenhall. Am 1. August 1946 beschloß dort der Stadtrat förmlich, der „Südost-Kurier bzw. der Lokalschriftleiter“ solle künftig zu den Sitzungen eingeladen werden. Seitdem gab es eine entsprechende Rubrik auf dem Ladungsnachweis des Gemeindeboten, den Ratsherren und Redakteur bei Entgegennahme der Einladung abzuzeichnen hatten<sup>53</sup>. Zunächst waren die Sitzungsberichte, die der *Südost-Kurier* auf der Reichenhaller Lokalseite veröffentlichte, kaum mehr als Ergebnisprotokolle. Aber als nach der Währungsreform mehr Papier und Platz zur Verfügung stand, wurden sie ausführlicher und mit der Wiedergabe des Diskussionsverlaufs und Namensnennung auch „politischer“. Damit jedoch war eine bestimmte Konfliktlinie schon vorgezeichnet: Die früher nicht gekannte relative Transparenz, die das Lizenzblatt in kommunalpolitischen Angelegenheiten herstellte, wurde von der Verwaltung und den örtlichen Parteifunktionären, in deren Vorstellung die Presse nach wie vor eine Art Hoheitsfunktion wahrzunehmen hatte, teilweise per se als Kritik betrachtet. Um entsprechendes Mißfallen zu erregen, bedurfte es keineswegs des scharfen Lokalkommentars. Dazu genügte oft bereits eine ausführliche, Kontroversen widerspiegelnde Stadtrats-Berichterstattung<sup>54</sup>. Die anfangs regelmäßigen Berichte über örtliche Spruchkammerverfahren, in denen die Beschuldigten natürlich mit vollem Namen genannt wurden, produzierten nicht nur bei den Betroffenen Mißbehagen, obschon sich die Redaktion auf die nüchterne und eher knappe Wiedergabe des Verhandlungsverlauf beschränkte<sup>55</sup>.

Aus der Stammtischperspektive vieler Einheimischer erwies sich die Zeitung zunehmend als Störenfried. Nichts als „Unruhe“ brachte sie in den Gang der Gemeindendinge, die sich gerade erst wieder in die seit alters her gewohnten Bahnen einzupendeln begonnen hatten. Als die beiden Herausgeber im Sommer 1946 demonstrativ gemeinsame Sache mit dem neuen Direktor der Militärregierung machten, glaubten sich Reichenhalls Honoratioren der Katastrophe ziemlich nahe: Das Ende jeder informellen, traditionell auf „Ansehen“, Einfluß und Besitz gegründeten Kommunalpolitik schien unmittelbar bevorzustehen – und „Schuld“ daran würde, nächst „den Amis“, das unheilvolle Lizenzblatt tragen! Was war geschehen?

Major Melvin Mawrence hatte eine Idee gehabt, und General Walter J. Muller, der Chef der Militärregierung für Bayern, hatte sie genehmigt. Auf diese Weise erlebte Bad Reichenhall am 31. Juli 1946 die „erste öffentliche Aussprache in der US-Zone“, lange bevor solche Veranstaltungen zum Standardprogramm der amerikanischen De-

<sup>53</sup> Reg. Reichenhall, Stadtratsprotokolle 1946–1954.

<sup>54</sup> Vgl. S. 132 ff.

<sup>55</sup> Im *Südost-Kurier* vom 7. 9. 1946, S. 5, berichtete Heinrich Haug über die erste Sitzung der Spruchkammer Reichenhall. Die verhandelten vier Fälle – es waren ausnahmslos stadtbekannte Personen betroffen – stellte Haug in insgesamt 72 Zeilen dar; das war auch in etwa der Umfang des auf derselben Seite veröffentlichten Artikels über das Spruchkammerurteil gegen den ehemaligen Bürgermeister von Traunstein.

mokratisierungsbemühungen gehörten. Das „einzigartige Ereignis“, vom *Südost-Kurier* auf der Titelseite stolz verkündet und von DANA zonenweit bekanntgemacht<sup>56</sup>, war Chefredakteur Felder und Lokalchef Haug, der darüber berichtete, mehr als eine Zeitungseite wert<sup>57</sup>. Zwei Themen, „Schule, Jugend, Sport“ und das „Flüchtlingsproblem“, hatte Major Mawrence der Versammlung zur Aufgabe gemacht und einen genauen Zeit- und Redeplan vorgeschrieben. „So war wirksam der Gefahr begegnet, daß sich Rede und Gegenrede ins Endlose verfließen würden. Der Zwang zu äußerer Diszipliniertheit forderte gebieterisch eine klare und kurze Fassung der Gedanken zum Vorteil einer wirkungsvollen Redeführung“, notierte enthusiastisch-holprig Heinrich Haug. Dabei ging, was in der Sache gesagt wurde – und zwar ausnahmslos von Kreis- und Stadträten, Amts- und Kirchenvorständen sowie den Vertretern von CSU, SPD und KPD –, zwischen unverbindlichen Bekundungen guten Willens und vermeintlich praktischen Vorschlägen hin und her. Aber ein Anfang zur Einübung von Transparenz und demokratischem Diskurs wurde gemacht: Der stellvertretende Landrat (SPD) tritt mit einem KPD-Funktionär über Nutz und Frommen der Pfadfinderbewegung für die Erziehung der Jugend; ein Gewerkschaftsführer ergänzte den Vorschlag eines CSU-Stadtrats zur Bekämpfung der Flüchtlingsarbeitslosigkeit mit dem Hinweis, nützlicher als Kunstschnitzereien aus Ahornholz seien Kochlöffel, und außerdem könne man mit bereitliegendem Material „Nasenringe für Stiere“ herstellen lassen, von denen in der Region jährlich 20 000 Stück benötigt würden. Immerhin erhielt der örtliche Flüchtlingskommissar Gelegenheit, kritisch auf die von allen Parteienvertretern ausgesparte „Wohnungsfrage“ hinzuweisen. Der „Flüchtlingsarzt“ sekundierte mit Bedenken gegen die Kasernierung der Menschen im Lager Winkl bei Berchtesgaden, das „hygienisch ungeeignet“ sei.

Beim *Südost-Kurier* sah man Grund genug für eine Erfolgsbilanz. Haug: „Die Veranstaltung erwies sich als ein dankbar begrüßtes Forum zu freier Meinungsäußerung und als eine willkommene Gelegenheit, Auffassungen und Urteile gegeneinander abzuwägen, um das Beste und Brauchbarste zu praktischen Vorschlägen zu verarbeiten. Von allen Beteiligten wurde dieser Aussprache-Abend als eine Gelegenheit zu ernster und aufrichtiger Arbeitsgemeinschaft erkannt und der lebhafteste Wunsch ausgesprochen, sich öfter in solcher Weise begegnen zu dürfen.“ Der Berchtesgadener Landrat hätte das Resümee gewiß weniger freundlich formuliert. Schon in seinen Eröffnungsworten war Dr. Leopold Schmitt deutlich auf Distanz gegangen. Vom Aktivismus Melvin Mawrences, der das gerne gesehene lokalpolitische Desinteresse seines Vorgängers absolut nicht teilte<sup>58</sup>, zeigte er sich alles andere als ange-tan. Hintersinnig erinnerte Schmitt daran, „wie Major Mawrence im März dieses

<sup>56</sup> Das benachbarte Oberbayerische Volksblatt druckte die Meldung am 6. 8. 1946 unter der Überschrift „Freie Aussprache zwischen Behörden, Parteien und Schulen“.

<sup>57</sup> *Südost-Kurier* vom 3. 8. 1946, S. 5 f., danach die folgenden Zitate.

<sup>58</sup> Dies zeigte sich nicht zuletzt Militärregierungs-intern: Während die *Monthly Historical Reports* seines Vorgängers kaum fünf locker beschriebene Seiten umfaßten, waren Mawrences Berichte durchschnittlich etwa 50 Seiten stark – und im Gegensatz zu den vorangegangenen für diese Studie sehr wertvoll; NA, RG 260, 17/77-1/5.

Jahres die verantwortliche Leitung der Militärregierung in Berchtesgaden übernommen und dabei sein volles Vertrauen zur einheimischen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht habe, in der Hoffnung, daß ihm das gleiche Vertrauen entgegengebracht werde“. Was der katholisch-konservative Landrat zu dem Konzept der Veranstaltung bemerkte, kam einer Beschwerde über demokratische Umtriebe schon auffallend nahe: „Es sei wohl ein seltenes Ereignis, daß die gewählten Repräsentanten des öffentlichen und politischen Lebens zu einem Abend zusammengerufen würden, um sie über wichtige Tagesfragen zu hören. Wir werden uns heute zu fragen haben: *Custos quide nocte?*“

Aus Anlaß des zweiten „Town Hall Meetings“, das Mawrence bereits vierzehn Tage später nach Berchtesgaden einberief, ging Felder in einem Leitartikel<sup>59</sup> die Kritiker des ersten „Ausspracheabends“ hart an. Er hatte in ihnen zugleich die Kritiker des *Südost-Kuriers* erkannt: „Sie kamen – unbeschwert mit [sic] Sachkenntnis – bestimmt aus *den* Kreisen, die uns als eine von den Amerikanern ausgehaltene, dienstbeflissene Zeitung bezeichnen und sie sagten: Das haben wir alles schon gehabt. Was hier die Amerikaner als Neuheit propagieren, ist nicht neu. Gab es nicht in besseren Zeiten unsere Bürgervereine, die zu wichtigen Fragen öffentlich Stellung nahmen? Muß denn alles gelobt werden, was die Amis machen? Freilich: eine KPD und auch die Sozis hatten wir früher nicht nötig. Die guten, eingesessenen Bürger und Steuerzahler haben einst beraten und beschlossen. So ähnlich lautete ein Gespräch, das wir zufällig einige Tage nach der Reichenhaller Versammlung hörten.“ Felder verteidigte die Veranstaltung als eine „mächtige Stärkung des so notwendigen *demokratischen Bewußtseins*“, wobei es Symbolwert habe, „wenn einmal ein Landrat (die Farbe ist gleichgültig) eine Tagung freier Bürger nur *leitet*“.

Auch das nächste und die dann monatlich folgenden Treffen würdigte der *Südost-Kurier* ausführlich. Zwar sparte Lokalchef Haug nicht mit Kritik an dem nach seiner Auffassung zu rasch angesetzten zweiten Abend, der der „Währungsfrage“ galt<sup>60</sup>, aber für die dritte Tagung fand er viel Lob: „Die Jugend meldete sich zu Wort! Damit sind alle die Unmutigen widerlegt, die der Jugend den Glauben an ihr demokratisches Wollen absprachen.“<sup>61</sup> Schon einige Wochen zuvor hatte der *Südost-Kurier* eine Sonderseite „Die junge Generation“ eingerichtet; parallel zu dem „Meeting“ kündigte die Redaktion nun an, jedem, der „wirklich etwas zu sagen hat“, Raum zur Meinungsäußerung über „Jugend und Parteien, Jugend und Parlament“ zu geben<sup>62</sup>. Die Reichenhaller Zeitungsleute zeigten sich von der Nützlichkeit ihres Engagements in dieser Sache überzeugt, und das eben erst angelaufene „Youth Program“<sup>63</sup> der Berchtesga-

<sup>59</sup> *Südost-Kurier* vom 17. 8. 1946, S. 1 f., Hervorhebungen im Original.

<sup>60</sup> *Südost-Kurier* vom 21. 8. 1946, S. 4.

<sup>61</sup> *Südost-Kurier* vom 4. 9. 1946, S. 1.

<sup>62</sup> *Südost-Kurier* vom 31. 8. 1946, S. 7.

<sup>63</sup> Die von USFET am 25. 10. 1945 angeregte Gründung von „Youth Committees“ auf Kreisebene zog sich bis Frühsommer 1946 hin; IfZ, Fg 38/21, EUCOM/OCH, German Youth Activities of the United States Army, 1947. MG Berchtesgaden meldete noch im Annual Historical Report 1945/46 unter der Rubrik „Youth Activities“: „Nothing to report“; NA, RG 260, 10/77-1/5.

dener Militärregierung profitierte davon<sup>64</sup>. Josef Felder hatte das Thema erstmals in einem Leitartikel angeschnitten, in dem er den Parteien das Durchschnittsalter ihrer Landtagsmitglieder (das der CSU-Fraktion war mit 54,3 Jahren am höchsten; SPD: 52,9 Jahre) vorrechnete und dringend mahnte: „*Verjüngt deshalb das Parlament unter allen Umständen [...], ehe die Wähler rebellieren*“<sup>65</sup>!

Im Gegensatz zu der für Felders institutionelles Denken typischen Argumentation hatte Haugs Leitartikel zu diesem Problem persönliche Betroffenheit erkennen lassen<sup>66</sup>. Ungewöhnlich scharf kritisierte er den „Klub der Alten Herren“: „Wie sehnlich haben wir Jungen – vor zwölf Jahren war ich es noch – doch gewartet auf den Augenblick, da die uns einschnürende und beengende Konvention verschwindet, wo wir die Fenster aufreißen dürfen, daß endlich ein frischer Wind weht.“ In teilweise expressionistisch anmutenden Wortkaskaden rechnete der jugendbewegte Mann mit der „Welt vor 1933“ ab, die von den „im Formalismus Erstarrten“ gegen den „brausenden Sturmwind jungen Geistes zu hüten versucht“ werde. „Seien sich die Herren mit dem unersättlichen Sonnenbedürfnis dessen bewußt, die stürmisch vorwärtsdrängende Jugend, die sie so gerne als ‚revolutionär‘ abtun, sitzt überall, auch dort, wo eine in überlebten Privilegien schwelgende Bürgerlichkeit von neuem versucht, ihr bequemes Domizil aufzuschlagen. Die Jugend hat dafür kein Verständnis mehr. Umsoweniger, wenn diese Bürgersitze von einem Wall der Beziehungen von Verwandtschaft und Verschwägerung umgeben, zu Stützpunkten selbststüchtiger Interessenpolitik ausgebaut werden. Der neue Direktor der amerikanischen Militärregierung einer Kreisstadt unseres Verbreitungsgebietes hatte diese Situation mit erstaunlicher Schnelligkeit erfaßt. Schon nach acht Tagen Aufenthalt war er zu der Feststellung gekommen: Hier herrscht Vettern- und Basenwirtschaft.“ Natürlich war damit Melvin Mawrence gemeint, dessen erstes „Town Hall Meeting“ vier Tage nach Haugs Leitartikel über die Bühne ging.

Die Jugendseite war weder der erste noch der einzige auf eine spezielle Lesergruppe zugeschnittene Service des *Südost-Kuriers*. Sonderseiten unter dem Titel „Welt der Jüngsten“ und „Die Welt der Frau“ hatte es schon früher gegeben, ebenso wie die sachthematischen redaktionellen Sonderbeigaben „Literatur/Kunst/Wissenschaft/Erziehung“, „Wirtschaft/Handel/Sozialpolitik/Gewerkschaften“ und gelegentlich eine Seite „Unterhaltung für alle“. Viele der in diesen Rubriken veröffentlichten, meist nicht tagesaktuellen Beiträge waren bemüht, der jeweiligen Zielgruppe (Re-) Orientierungshilfen zu geben. Das bedeutete allerdings keineswegs eine gesellschaftspolitisch instrumentierte Informationsgebung, und zwar nicht nur weil das Konzept einer „Erziehung zur Demokratie“ erst ab 1947/48 ausgebaut wurde: Im Vordergrund stand eine Lebenspraktische, die (materielle) Notsituation aufnehmende Rat-

<sup>64</sup> OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 22. 10. 1946 registrierte anerkennend eine neue Sonderseite (im *Südost-Kurier* vom 16. 10. 1946); NA, RG 260, 10/124-1/16.

<sup>65</sup> *Südost-Kurier* vom 20. 7. 1946, S. 1 f., Hervorhebungen im Original.

<sup>66</sup> *Südost-Kurier* vom 27. 7. 1946, S. 1 f.

geber-Berichterstattung<sup>67</sup>. Diese freilich lief nicht selten auf die Präsentation traditioneller Inhalte in aktualisierten Formen hinaus. So war es Erna Hoesch, der Redakteurin der Frauenseite<sup>68</sup>, augenscheinlich wichtiger, ihren Geschlechtsgenossinnen „noch einmal“ eine Anleitung für die in saftiger Alm-Landschaft nicht sonderlich geläufige Verwendung von Trockenmilch und das Rezept für Johannisbeermarmelade mit nur wenig Zucker zu geben, sowie in punkto Mode zu berichten, „was man aus zwei Tüchern machen kann“ (nämlich Rock, „Sonnen-Anzug“, Radbeutel oder Zipfelmütze), – als über die gesellschaftliche Situation der Frau aufzuklären. Zwar blieb Politik nicht grundsätzlich ausgeschlossen (in diesem Fall präsent in Form eines von Annedore Leber<sup>69</sup> verfaßten Porträts „Clarita von Trotz zu Solz – eine tapfere Frau“<sup>70</sup>, aber eine nette Erzählung und eine Meldung wie „Leichtere Entbindung durch Knochenmassage“ (neueste wissenschaftliche Erkenntnis aus Amerika) durften ebenfalls nicht fehlen. Die genannten Textentstammten augenscheinlich alle dem DANA-Sonderdienst oder einer anderen Spezialagentur. Der nicht gerade emanzipatorische Spruch, mit dem die Redakteurin beim Umbruch ein Loch stopfte, war jedoch höchstwahrscheinlich hausgemacht: „Kinder und Frauen gedeihen nur unter dem Schutz gewissenhafter Männer“.

Feministischen Forderungen standen nicht allein den beiden im Impressum des *Südost-Kuriers* vertretenen Frauen fern, wie der Bericht zeigt, den die Chefin vom Dienst über die fünfte „öffentliche Aussprache“ schrieb<sup>71</sup>. Marianne Krells Thema: „Die Stellung der Frau im öffentlichen Leben.“ Kritik an der Männerwelt ging kaum über ein Bedauern darüber hinaus, daß „so gut wie keine Männer erschienen [waren]. Es sollte hier ja nicht nur über Kochrezepte und Kleiderfragen diskutiert werden.“ Eher trotzig als souverän wirkte ihre Bemerkung, die mit Ausnahme von Landrat Schmitt und Major Mawrence nicht anwesenden Männer „wären vielleicht überrascht gewesen, wie sachlich gesprochen wurde und wie sehr sich die Frauen [...] an das Thema hielten. Mehr vielleicht, als das bei anderen Aussprachen dieser Art bisher der Fall war.“ Doch damit übernahm sie nur die Tonlage der drei Verbandsfunktionärinnen, die kaum mehr anzubieten hatten als Überlebtheiten aus der Weimarer Zeit.

<sup>67</sup> Eine systematische inhaltsanalytische Untersuchung insbesondere der Kinder-, Jugend- und Frauen-Beilagen der Lizenzpresse würde zu den notwendigen Vorarbeiten auf dem Weg zu einer inhaltlich-qualitativen Bewertung des bisher hauptsächlich organisations- und politikgeschichtlich untersuchten Reeducation-„Programms“ gehören. Solches fehlt auch bei Heinz-Dietrich Fischer, Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatus. Die Zonenzeitung „Die Welt“ 1946–1950. Konzeption, Artikulation und Rezeption, Düsseldorf 1978.

<sup>68</sup> Alle im folgenden genannten Artikel auf der Frauenseite des *Südost-Kuriers* vom 31. 7. 1946; Die inhaltliche Skizze weist im Kern über das konkrete Beispiel hinaus. Eine erste Frauenbeilage erschien bereits am 25. 5. 1946.

<sup>69</sup> Die Frau des Widerstandskämpfers Julius Leber war in Berlin Mit-Lizenzträgerin des *Telegraf* und ab 1947 Herausgeberin einer Frauenzeitschrift; vgl. das Kurzporträt von Judy Barden: *Candy-Bar Romance – Women of Germany*, in: Arthur Settel (Hrsg.), *This is Germany*, New York 1950, S. 168.

<sup>70</sup> Auf der Frauenseite im *Südost-Kurier* vom 23. 11. 1946 gab es einen vergleichsweise kämpferisch-aktuellen Beitrag über „Frau und Verfassung“, der auf die Gleichberechtigungs-Bestimmungen in der am 1. 12. 1946 zum Volksentscheid stehenden Bayerischen Verfassung hinwies.

<sup>71</sup> *Südost-Kurier* vom 30. 10. 1946, S. 6.

Eine gewisse Sterilität kennzeichnete auch die folgenden „Town Hall Meetings“, und offensichtlich wurden die Berichte darüber nicht bloß der Papierknappheit wegen von Mal zu Mal kürzer: Das Interesse der Bevölkerung an den Veranstaltungen nahm, schwerlich zum Leidwesen der einheimischen Verwaltungs- und Parteileute, rapide ab. Bevor die Amerikaner 1947/48 begannen, „Stadtforen“ und Bürgerversammlungen als Bestandteil einer nun „direkt im Volk“ ansetzenden Reeducation zonenweit zu forcieren<sup>72</sup>, war dieses Konzept im Landkreis Berchtesgaden-Reichenhall bereits gescheitert – jedenfalls, wenn man das Ergebnis an den hohen Zielen mißt, die der dortige Militärgouverneur gesteckt hatte. Eine Erziehung zur Demokratie, der Melvin Mawrence anhing und die Josef Felder im *Südost-Kurier* leidenschaftlich feierte, war durch „Ausspracheabende“ kaum zu befördern. Das Odium einer von der Besatzungsmacht verordneten Arznei, das dieser Sache anhaftete, war wohl mehr noch als die mäßige inhaltliche Qualität für viele Grund, ihr reserviert zu begegnen und bald ganz fernzubleiben.

„Government by discussion“, wie eine Formel der OMGUS-Experten dafür lautete<sup>73</sup> – weder Mawrence noch Felder gebrauchten sie –, war gegen die enormen Rekonsolidierungs- und Beharrungskräfte der traditionellen politischen Führungsschicht und das sie tragende katholisch-konservative Milieu nicht durchzusetzen. Nach insgesamt zehn „Town Hall Meetings“, kaum ein dreiviertel Jahr war seit Major Mawrences spektakulärer Initiative vergangen, konnte Landrat Schmitt die Veranstaltungsreihe sanft einschlafen lassen, ohne daß irgend jemand protestierte. (Mawrence hatte Berchtesgaden schon Ende November 1946 verlassen<sup>74</sup> und der letzte Bericht im *Südost-Kurier* war kaum länger als eine Meldung<sup>75</sup>.) Ganz folgenlos war das Experiment dennoch nicht geblieben. Im Jahresbericht 1947/48 zog die Militärregierung unter der Rubrik „Adult Education“ ihr Fazit: „Great interest was shown by the populace at the beginning, but after the conduct of the meetings had been turned over to the Landrat, who, it is believed, was against this democratic innovation, interest dwindled and no more meetings were arranged. One practical result of these meetings was the development of Courses in Democracy, with lectures and discussions, hold at Berchtesgaden and Reichenhall by members of Military Government staff, mainly for teachers and youth. [...] The second result of the Town Hall Meetings was the foundation of the House of Youth, Berchtesgaden, opened on 13. November 1946. [There] has been no regular and uninterrupted development of the forum plan here; it has been started and dropped and taken up again in a different form and under a new heading. It is believed that it appealed greatly to many Germans, at least to those who were not interested in quashing democratic independence of spirit for reasons of their own. As long as discussion evenings are sponsored and

<sup>72</sup> Vgl. John Gimbel, Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Marburg 1945–1952, Köln/Berlin 1964, S. 226.

<sup>73</sup> Vgl. Dorn, Inspektionsreisen, S. 48 f.

<sup>74</sup> NA, RG 260, 10/77-2/1, MG Berchtesgaden Quarterly Historical Report Oktober–Dezember 1946, S. 3.

<sup>75</sup> *Südost-Kurier* vom 7. 5. 1947, S. 4.

hold by Military Government and/or other American agencies such as GYA or Information Center the populace is interested. As soon as the Germans take over interest dies down very quickly.“<sup>76</sup>

Das Ende der „Town Hall Meetings“, das die Amerikaner wohl zu schlicht als einen klaren Rückschlag ihrer Demokratisierungsbemühungen deuteten<sup>77</sup>, war ein Signal auch an die Adresse des *Südost-Kuriers*. Zu stark hatte sich die Lizenzzeitung für das Experiment eingesetzt, als daß sie sich nun ganz unbetroffen geben konnte. Vor allem war es an Felder als der dominierenden und politisch am meisten exponierten Figur der Redaktion, zu erkennen, daß die vermeintlich so breite und schutzgebietende Brust der Besatzungsmacht in Wirklichkeit eine rissige Wand war, vor der er mit dem Rücken stand: gegen die Macht der Verhältnisse. Josef Felder reagierte darauf in der ihm eigenen Art mit der Entscheidung, nun auch im Verbreitungsgebiet seines Blattes offensiv als SPD-Versammlungsredner aufzutreten. Sehr viel selbstbewußter als Heinrich Haug, der innerhalb der Reichenhaller CSU zwar ebenfalls Aufgaben übernahm<sup>78</sup>, sich öffentlicher Auftritte aber weitgehend enthielt, ließ Felder im *Südost-Kurier* über seine Rednertätigkeit ausführlich berichten, bisweilen sogar durch seinen Mit-Lizensträger<sup>79</sup>. Felder erkannte darin offenbar nicht nur kein Problem, sondern war im Gegenteil zutiefst davon überzeugt, ein Vorbild demokratischen Engagements zu geben. Davon zeugt die Vielzahl seiner Versuche zu „beweisen“, daß es möglich sei, gleichzeitig als Leitartikler und Versammlungsredner parteipolitisch Stellung zu beziehen und dennoch eine unabhängig-objektive Nachrichtengebung zu gewährleisten.

Zu solcher nicht immer eleganter und von Selbstlob freier „Beweisführung“ eigneten sich natürlich besonders exzeptionelle politische Vorgänge wie die Wahl von Bayerns Verfassunggebender Landesversammlung am 30. Juni 1946 oder der Volksentscheid über die neue Verfassung mit gleichzeitiger Landtagswahl am 1. Dezember 1946. Selbstredend kamen in den Ausgaben vor solchen Entscheidungen die Vertreter aller Parteien ausführlich und in gleicher Weise zu Wort, gab es gründliche sachliche Informationen über die „Kandidaten unserer heimischen Wahlkreise“ (für deren Porträtfotos der *Südost-Kurier* gerne zwei Drittel der Titelseite opferte<sup>80</sup>), über Wahlkampfveranstaltungen und politische Programmatik. Die Grundlage des Volksentscheids den Lesern in vollem Umfange zur Kenntnis zu bringen, gebot der Reichenhaller Redaktion nicht nur die von der ICD Press Branch speziell zu diesem

<sup>76</sup> NA, RG 260, 10/77-2/1, MG Berchtesgaden Annual Historical Report 1947/1948, S. 41 f.

<sup>77</sup> Bei einer Umfrage im Oktober 1948 behaupteten 6 Prozent der in Bayern Befragten, an einem „Town Hall Meeting“ teilgenommen zu haben; 27 Prozent hatten davon gehört, 78 Prozent aus dieser Gruppe stimmten dem Anliegen zu; vgl. Merrit/Merrit, Public Opinion, S. 278 f.; ausführlicher in: IfZ, Dk 110.001.

<sup>78</sup> Im Mai 1947 wurde Haug dort zum stellvertretenden CSU-Vorsitzenden gewählt; NA, RG 260, 10/77-2/1, MG Berchtesgaden Annual Historical Report 1946/47.

<sup>79</sup> So anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl im *Südost-Kurier* vom 30. 11. 1946 S. 4.

<sup>80</sup> *Südost-Kurier* vom 29. 6. 1946.

Zweck an alle Zeitungen verteilte zusätzliche Papierration<sup>81</sup>, sondern geradezu zwingend ihr Selbstverständnis: Auf fast vier Zeitungsseiten wurde die bayerische Verfassung abgedruckt – „trotz Raummangels“ angesichts der Bedeutung des Dokuments nicht in Kleinschrift, wie (vermutlich) Felder hinzuzufügen nicht vergaß („Die Seiten 5 mit 8 können nun herausgenommen und als Sonderdruck aufbewahrt werden“<sup>82</sup>). Mitunter nahm diese engagierte und gewiß angezeigte<sup>83</sup> Aufklärungsarbeit freilich Formen eines etwas penetranten Sendungsbewußtseins an. Vor allem graphisch erinnerte mancher eifernde Appell zudem an Propagandaparolen zurückliegender Jahre: „Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht! Alle Lauen aufrütteln! Es gibt keine Neutralität! Ja oder Nein am 1. Dezember 1946! Wer Wahlenthaltung übt, hat kein Recht zu kritisieren!“ – Solches schmückte im Fettdruck in voller Breite das Titelblatt<sup>84</sup>, und sinnigerweise auf der Frauenseite lautete der Befehl<sup>85</sup>: „Alle wahlberechtigten Frauen geben am Sonntag ihre Stimme ab!“ Ähnlich unjournalistisch nahm es sich aus, wenn die Regierungsamtliche Bekanntmachung zum „Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus“, allerdings nicht nur beim *Südost-Kurier*, als Aufmacher die Titelseite zierte<sup>86</sup>.

Wenngleich Wahlaufrufe ähnlichen Duktus auch in den folgenden Jahren im *Südost-Kurier* gelegentlich noch zu finden waren, ging die Gesamttendenz doch in Richtung auf eine zurückhaltend-ruhigere Berichterstattung. So unverdrossen sich die Zeitung gerade im Kontext von Wahlkämpfen als Stimulans der demokratischen Auseinandersetzung verstand, so deutlich zeigte sich darin doch auch, daß die Anfangsstunde vorüber und ihr besonderes Fluidum nicht beliebig zu verlängern war: Der so vehement begonnene Dialog mit der Jugend, die Diskussion um das Schicksal des Rupertiwinkels, die elementare historisch-politische Konfrontation mit dem Geschehen im Dritten Reich in Gestalt der Berichterstattung über den Nürnberger Prozeß, die von Mai bis Oktober 1946 im *Südost-Kurier* rund 36 der insgesamt 342 Seiten beanspruchte<sup>87</sup>, aber auch eine redaktionelle Initiative wie das Preisausschreiben zur „Lösung des großen und für die innenpolitische Beruhigung überaus wichtigen Pro-

<sup>81</sup> NA, RG 260, 10/124-1/17, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 5. 11. 1946.

<sup>82</sup> Südost-Kurier vom 9. 11. 1946.

<sup>83</sup> So heißt es im Monatsbericht der Landratsamts-Außenstelle Reichenhall vom 28. 7. 1946: „Weite Volkskreise sind sich über die Bedeutung der Wahlen der Verfassungsgebenden Landesversammlung nicht im klaren. Eine Erörterung über Verfassungsfragen erscheint bei der weitgehenden Unkenntnis der Bevölkerung bezüglich z. B. des Unterschiedes (zwischen) Mehrheitswahlrecht und Proportionalwahlrecht, dem ein- oder zwei Kammersystem, der Bedeutung des Staatspräsidenten usw. notwendig. Vor allem sollte die Presse bei der Aufklärung über solche Fragen mehr eingeschaltet werden.“; StA München, LRA 30 749.

<sup>84</sup> Südost-Kurier vom 23. bzw. 27. 11. 1946.

<sup>85</sup> Südost-Kurier vom 26. 6. 1946, S. 8.

<sup>86</sup> Südost-Kurier vom 26. 6. 1946, ähnlich z. B. Oberbayerisches Volksblatt vom 25. 6. 1946; in den OMGB/ICD Press Branch Weekly Summaries gibt es keinen Hinweis, daß eine entsprechende Empfehlung vorangegangen wäre.

<sup>87</sup> In der Auszählung mit berücksichtigt ist eine zweiseitige Sonderausgabe des Südost-Kuriers vom 1. 10. 1946.

blems der praktischen Hilfe für unsere Flüchtlinge und Evakuierten<sup>88</sup>, – alles dies wurde auf die eine oder andere Weise bald sachlich obsolet oder vom politischen Tagesgeschehen in den Hintergrund gedrängt.

<sup>88</sup> Das am 13.7. 1946 mit einer Notiz auf der Titelseite des Südost-Kuriers gestartete Preisausschreiben animierte zu 135 Einsendungen. In großer Aufmachung präsentierte die Redaktion am 11.12. 1946 mit erkennbarem Stolz aus insgesamt 488 Textseiten die „brauchbarsten“ Vorschläge „zur Lösung eines der wichtigsten Probleme unserer Zeit“. Im Mittelpunkt standen praktische Empfehlungen zur Linderung der materiellen Notsituation. An der öffentlichen Preisverleihung – den ersten von 18 Geldpreisen (500 RM) erhielt der Flüchtlingsobmann von Bad Reichenhall – nahmen Landrat, Rathauspitze und Parteienvertreter teil. Ohne Einzelheiten fand die „Flüchtlingsaktion“ auch Erwähnung in: NA, RG 260, 10/77-2/1, MG Berchtesgaden Quarterly Historical Report Oktober–Dezember 1946; unter der Rubrik „Public Security“ rangieren in diesem Bericht die Flüchtlinge als „still the greatest problem“.

### 3. Kontrollierte Freiheit

Zu Jahresanfang 1947 fertigte die unmittelbar dem Office of Director of Information Control/OMGUS nachgeordnete Intelligence Branch eine umfangreiche „Study of Newspapers in the American Zone“<sup>1</sup>. Der Bericht basierte auf der Auswertung von rund 8000 Interviews, die OMGUS-Mitarbeiter im Sommer 1946 anhand eines standardisierten Fragebogens in 32 Erscheinungsorten von Lizenzblättern durchgeführt hatten<sup>2</sup>. In vorbildlicher methodischer Klarheit begründete die Leserschaftsstudie einleitend den bemerkenswerten Aufwand, mit dem – ganz in der Tradition amerikanischer Erfolgs- und Leistungsorientierung – die Popularität der neuen Zeitungen erforscht wurde: „Without a certain general popularity with readers, the possibilities of democratic leadership by the press will not be fully realized. In brief, it is assumed that what the paper has to say is more likely to be accepted by its readers if they are favorably predisposed toward the paper in general.“

Die Frage der Akzeptanz der lizenzierten Presse sahen die Amerikaner in einem engen Zusammenhang mit dem allgemeinen Erfolg ihrer Demokratisierungsbemühungen. Sie zieht sich denn auch wie ein roter Faden durch die zahlreichen Studies, Memos, Status Reports usw., die die Inauguration der neuen Pressekultur in Deutschland begleiten und diese geradezu als Teil eines sozialwissenschaftlich kontrollierten und reflektierten Experiments erscheinen lassen. Jenseits des Bemühens um eine optimale Unterstützung und wirksamen Schutz der Lizenzzeitungen und ihrer Repräsentanten vor Ansprüchen, Ein- und Übergriffen besonders aus der Ecke der Altverleger, Parteipolitiker und Vertreter der Exekutive, waren sich die verantwortlichen amerikanischen Stellen darüber im klaren, daß das Geschick jedes einzelnen Blattes auf längere Sicht von der Leserschaft entschieden werden würde. Nahezu unabhängig von den Ambitionen und Zielvorstellungen der Besatzungsmacht, das wußte man in der ICD-Zentrale sehr genau, würden am Ende doch die Leser das Urteil darüber fällen, wie „gut“ die neuen Zeitungen seien. Insofern war das Ergebnis der Studie ermutigend: Nur fünf Prozent der Befragten bezeichneten die Lizenzpresse als „bad“, durchschnittlich 48 Prozent hingegen als „very good“ oder „good“. In Bayern war die Zufriedenheit der Leser mit 33 bis 83 Prozent deutlich höher als in Württemberg-Baden und in Hessen.

<sup>1</sup> NA, RG 260, 5/235–3/2, danach die folgenden Zitate.

<sup>2</sup> Eine weniger ausführliche Auswertung bereits am 25.9.1946 in: IfZ, Dk 110.001, OMGUS Opinion Survey Report No. 21; vgl. auch Merritt/Merritt, Public Opinion, S. 102 f., und Frei, Startkontrolle, S. 218 f.

Als einer der wichtigsten Indikatoren für die Popularität der Lizenzzeitungen galt die Einschätzung ihrer Unabhängigkeit. Das hatte seinen guten Grund: Mußte doch erheblichen Einfluß auf die Akzeptanz des Informationsangebots haben, wie „frei“ in ihrer Berichterstattung den Deutschen die Lizenzpresse zu sein schien. Zwar war Zensur nicht das erste, was den Testpersonen einfiel<sup>3</sup>, die nach den hauptsächlich gegenwärtigen Schwierigkeiten der Zeitungen befragt wurden (53 Prozent sahen das größte Problem in der Materialversorgung), doch immerhin rund ein Viertel aller Interviewten nannte „censorship and control by occupying power“. Das war von vitaler Bedeutung für das gesamte Lizenzprogramm. Gerade an der Frage der Unabhängigkeit konnte prinzipielle Kritik unter Rekurs auf demokratietheoretische Begründungsmuster wirkungsvoll ansetzen. So fehlte in den mannigfachen Attacken auf die Lizenzpresse selten der Hinweis, diese sei nicht frei von amerikanischer Bevormundung. Von „verordneter Meinungsfreiheit“, ja Zensur sprachen nicht nur viele derjenigen, die seit 1945 an der Ausübung ihrer Verlegertätigkeit gehindert wurden. Auch Politiker aus allen Lagern bedienten sich solcher Polemik.

### Nachzensur an langer Leine

Tatsächlich fand eine Vorzensur nicht statt<sup>4</sup>. Bereits im August 1945 – die erste und bisher einzige Lizenz war am 31. Juli an die *Frankfurter Rundschau* vergeben worden – legte USFET/ICD mit „Directive No. 4 for Control of German Information Services“<sup>5</sup> fest: „pre-publication scrutiny of newspapers and publications produced by German licencees will not be exercised except as is required for military security. Military security censorship will be confined to safeguarding military intelligence and the lives and property of occupying troops.“ Damit blieb die Möglichkeit zur Vorzensur zwar einstweilen erhalten, in der Praxis jedoch beschränkte sich die Kontrolle von Beginn an auf „post-publication scrutiny“<sup>6</sup>.

„Policy Instruction No. 2 to all Licensees in German Information services“<sup>7</sup> vom 4. September 1945 hob die Bestimmungen zur Vorzensur definitiv auf und begrenzte den Bereich dessen, worauf im Rahmen der Nachzensur besonders geachtet werden sollte.

<sup>3</sup> Die Antworten „were not suggested in the question itself, [but] purposely worded in general terms“.

<sup>4</sup> Die gegenteilige Behauptung von Barbara Baerns, Lenkung und Kontrolle beim Neuaufbau des Pressewesens (1945–1949), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), *Deutsche Kommunikationskontrolle des 15. bis 20. Jahrhunderts*, München 1982, S. 291, stützt sich auf ungenaue Angaben bei Hurwitz, *Stunde Null*, S. 123, und auf irreführende Schlußfolgerungen bei Greuner, *Lizenzpresse*, S. 84–96.

<sup>5</sup> NA, RG 260, 5/236–2/20; die Direktive ist nicht datiert; Hurwitz, *Stunde Null*, S. 418, Anm. 19, führt einen Entwurf vom 16. 8. 1945 an.

<sup>6</sup> IfZ, Fh 24, *The German Press in the US Occupied Area 1945–1948*, Special Report of the military Governor, November 1948, S. 3. Das galt allerdings nicht für die „information sheets“ der Parteien, von denen zumindest die ersten Ausgaben vor Andruck vorgelegt werden mußten; NA, RG 260, 10/124–1/16, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 15. 10. 1946.

<sup>7</sup> NA, RG 260, 10/116–2/17 und 5/236–2/20

Dazu zählte, über die gesamte Lizenzperiode hinweg, die Verpflichtung zur Angabe aller Quellen und zur Nennung der Autorennamen. Aus amerikanischer Sicht waren das mehr als bloße Formalien – schließlich war zunächst nur DANA als Nachrichtenquelle zugelassen, und viele Journalisten standen auf der „schwarzen“ oder „grauen Liste“. Verboten war die Propagierung von NS- und verwandtem Gedankengut, wie überhaupt antidemokratischer und militaristischer Ideen. Verboten waren auch Veröffentlichungen, die Uneinigkeit zwischen die Besatzungsmächte oder die Vereinten Nationen bringen oder die militärische Sicherheit gefährden könnten. Unzulässig war außerdem jede Kritik an Maßnahmen und Beamten der Militärregierung.

Vor allem in diesem Punkt brachte „Policy Instruction No. 3“ vom 30. September 1946<sup>8</sup> eine Korrektur. Von nun an war Kritik an Politik und Personal der Militärregierung nicht mehr generell untersagt, sondern nur noch insoweit, als sie einen „böswilligen Angriff“ („malicious attack“) darstellte. Ansonsten brachte die neue Version der Richtlinien eher atmosphärische Verbesserungen: Die inhaltlichen Beschränkungen waren jetzt eingerahmt von einem grundsätzlichen Bekenntnis der Militärregierung zur Presse- und Redefreiheit. Von einer Schlußformel zu einer Art Präambel avanciert war die Absichtserklärung, „to allow increasing freedoms and responsibilities in the information services at such time and in such measure as those responsible for the operation of information services give evidence of their readiness and their fitness to assume them“. In der Aussage unverändert blieb der in sparsamen Worten angedeutete politische Grundkodex, auf den die Amerikaner alle Lizenzträger verpflichteten – als „trustee[s] for a vital part of German's future“: „In applying for and accepting a license, he has affirmed his intention to work in the public interest, to the end that freedom under democracy may be attained.“ Der Satz war gleichsam die juristische Verankerung der Absicht, die neue Presse auch für Zwecke der Reeducation heranzuziehen.

Mit der – einzigen – Ausnahme einer „Special Guidance to Publishers on Treatment of News Regarding Displaced Persons and Expellees“ vom 31. Januar 1946<sup>9</sup> existierten neben den in der „Policy Instruction“ zusammengefaßten keine weiteren inhaltlichen Beschränkungen oder Verpflichtungen, die Kriterien für die „Scrutiny“ hätten liefern können. So ergab sich ein breiter Ermessensspielraum zwischen abstrakten Richtlinien und den zu prüfenden konkreten Produkten der Arbeit der Lizenzträger<sup>10</sup>.

In der Anfangsphase waren besonders die „Field Officers“ der Press Branches als Aufpasser gefordert. Doch nicht nur, weil diese Offiziere mit den meist von ihnen selbst ausgewählten Zeitungsleuten in aller Regel vertrauensvoll zusammenarbeiteten, war von ihnen keine sonderliche Bereitschaft zu dezidiert kritischer Würdigung der Berichterstattung zu erwarten; sie waren dafür auch nicht eigens geschult. Als die

<sup>8</sup> Abgedruckt bei Greuner, Lizenzpresse, S. 277 f.; auch in: IFZ, Fh 24.

<sup>9</sup> Vgl. S. 89, Anm. 32.

<sup>10</sup> Stark institutionengeschichtlich orientierte Darstellungen neigen dazu, die Bedeutung der Veränderung der Richtlinien zu überschätzen; so Nelson, Democratic Newspaper, S. 130 f., der „Policy Instruction No. 3“ interpretiert als einen „big step forward with regard to reestablishing freedom of expression“.

Zahl der neuen Zeitungen seit Herbst 1945 rasch anwuchs, wurde in der ICD-Zentrale ein „Scrutiny Board“ gebildet. Die etwa zehnköpfige Unterabteilung mit zwei bis drei Offizieren und sechs bis acht deutschen Angestellten versorgte den Chef der OMGUS/ICD Press Branch, Arthur Eggleston, mit einem nicht abreißenden Strom von Informationen über die Berichterstattung der Lizenzzeitungen<sup>11</sup>. Zumindest mengenmäßig war der Ausstoß des „Scrutiny Boards“ bis etwa Mitte 1948 recht imposant. In der Regel handelte es sich um wörtliche oder zusammenfassende Übersetzungen einzelner Artikel oder Kommentare, für jede Zeitung auf einem eigenen und deshalb oft nur mit wenigen Zeilen beschriebenen Blatt Papier. Kriterien für die Auswahl der Zitate sind kaum auszumachen. Manches spricht dafür, daß diese Übersetzungen, vergleichbar den in Ministerien für die Spitze angefertigten täglichen Presse spiegeln, vor allem der bequemen Unterrichtung von Vorgesetzten dienten, die des Deutschen nicht recht mächtig waren.

Den *Südost-Kurier* fanden die Mitarbeiter des zentralen „Scrutiny Boards“ zwischen 1946 und 1949 in dieser Weise 52mal zitierenswert<sup>12</sup>. Vor allem in der ersten Zeit nach dessen Start verging kaum eine Woche, in der nicht ein- oder zweimal auch eine Seite mit Auszügen aus dem in Reichenhall erscheinenden Blatt auf Egglestons Schreibtisch gelangte. Die beiden ersten Ausgaben des *Südost-Kuriers* kommentierte der Bericht des „Scrutiny Boards“ ziemlich sarkastisch, wenngleich sich die Beanstandungen auf Formalia beschränkten: „Paper has a column ‚Our Briefs‘ which contains about 25 items seperated only by a stroke in the middle of the line. No headlines, no source, no space in between, no datelines, no nothing. Briefly: just as in the 17th century gazettes.“<sup>13</sup> Solche Kritik, die Felders Bemühen um eine möglichst informations-trächtige Zeitung und den notorischen Platzmangel außer Betracht ließ, war freilich die Ausnahme. Sie blieb auch ohne konkrete, zumindest ohne direkte Folgen. Die enggedruckte Nachrichtenspalte „Unsere Kurzinformation“ wurde im *Südost-Kurier* zur dauerhaften Einrichtung – einfach schon deshalb, weil die Redaktion von der Kritik des „Scrutiny Boards“ nichts erfuhr. Das galt zum Beispiel ebenso für die Beanstandung eines einzelnen Wortes in einem Leitartikel, in dem sich Felder gegen das von Wilhelm Hoegner befürwortete Zusammengehen von SPD und CSU in der Verfassungsfrage „Bayerischer Staatspräsident“ erklärt und en passant zur CSU bemerkt hatte, es gehe um die „Ausrichtung der Partei in wirklich demokratischem Geist“<sup>14</sup>. Ein Mitglied des „Scrutiny Boards“ geißelte „Ausrichtung“ als typische Nazi-Vokabel

<sup>11</sup> Auf der Basis dieser Auswertungen erhielten die DISCC- bzw. ICD-Offiziere in Bayern anfangs Aufforderungen, „that these points are discussed with the editors concerned“; NA, RG 260, 10/116–3/6, Schreiben OMGUS/ICD vom 28. 12. 1945 und 8., 15., 24. 1. 1946. Zur Tätigkeit des „Scrutiny Boards“ auch 5/235–3/5 und 5/241–1/1–6; IfZ, Fh 24, OMGUS/ISD Press Branch Report for Department of State vom 20. 6. 1949; Hurwitz, Stunde Null, S. 144.

<sup>12</sup> Sorgfältig geführte Ablagemappen vorausgesetzt, ergibt sich für den *Südost-Kurier* folgendes Bild: 1946 (acht Monate seit Erscheinungsbeginn) 22, 1947: 18, 1948: 9, 1949: 3 Erwähnungen; NA, RG 260, 5/241–1/2. Bei der Vorbereitung der Verfilmung wurde in diesen Akten nichts kassiert; freundliche Mitteilung Dr. Brewster Chamberlins vom 5. 2. 1985.

<sup>13</sup> NA, RG 260, 5/241–1/2, Memo vom 25. 5. 1946.

<sup>14</sup> *Südost-Kurier* vom 18. 9. 1946, S. 1.

und empfahl: „Licensees should be reminded that it is necessary to watch style and expressions for remnants of Nazi ideology. The Nazis had created a new political slang which must be eradicated from all democratic German newspapers and other publications.“<sup>15</sup> Doch belehrende Bemerkungen dieser Sorte waren untypisch. Überwiegend notierten die hauptamtlichen Zeitungsleser einfach inhaltliche Dinge, von denen sie offenbar annehmen konnten, daß sie in den Chefetagen der ICD auf Interesse stoßen würden: Berichte und Kommentare zur Parteipolitik, zur Verfassungsdiskussion, zum Nürnberger Prozeß und zu lokalen Spruchkammerverfahren, zu Deutschlands staatlicher Einheit, zur Politik der Besatzungsmächte und zu strittigen Themen wie Schulreform und Entnazifizierung, aber auch zum Selbstverständnis der Lizenzpresse, wie es sich etwa in den Reaktionen auf Angriffe ihrer Gegner zeigte.

Von Zeit zu Zeit wurden diese laufenden Feststellungen zu größeren „Scrutiny Reports“ über sämtliche US-Lizenzzeitungen zusammengefaßt. Im Mittelpunkt eines solchen Berichts, den Arthur Eggleston im Oktober 1946 unterzeichnete<sup>16</sup>, stand „journalistic honesty“. Als Beispiel dafür, daß es damit bei der Lizenzpresse noch erheblich hapere, nannte Eggleston die Usancen des *Wiesbadener Kuriers*, der in einer einzigen Ausgabe 21 Artikel ohne Quellenangabe und einen Cartoon aus der US-Zeitung *St. Louis Post-Dispatch* als „Raubdruck“ veröffentlicht habe – wo selbst Blätter von Welt-rang sich nicht scheuten, den Namen des bekannten Karikaturisten Fitzpatrick und den Erstveröffentlichungsort anzugeben. Zwar sei der *Kurier* „perhaps the worst offender against source-attribution ethics, but [it] is by no means the only offender“. Als weitere Untugend kritisierte der Chef der OMGUS/ICD Press Branch den laxen Umgang der meisten deutschen Redakteure mit der sogenannten Datumszeile, die nach Belieben abgeändert werde: „Editors must carry important stories when they are filed, even at the expense of a few columns normally devoted to feuilleton. Editorial honesty and the protection of news agency reputations require use of the original dateline.“

Egglestons Aufmerksamkeit galt neben solch elementaren Dingen im Grunde nur wenigen inhaltlichen Punkten. An der Berichterstattung über die Arbeit der Verfassunggebenden Landesversammlungen habe sich erneut die „healthy tendency“ der Überparteilichkeit einer überwältigenden Mehrheit der „AMZON papers“ gezeigt; zwölf Zeitungen (nach eigenem Bekunden eine keineswegs vollständige Liste) zollte Eggleston ausdrücklich Lob „for their crusading aggressiveness in support of Denazification“; neun Blätter hatten das Thema Flüchtlinge – „Scrutiny Board“ empfahl die Verwendung des Begriffs Neubürger – aufgegriffen, „a basic sociological problem of great importance to German stability“.

Der *Südost-Kurier*, in der Flüchtlingsfrage durchaus engagiert<sup>17</sup>, hatte im Berichtszeitraum September/Oktober 1946 dazu nichts gebracht, was in der ICD-Zentrale besonders registriert worden wäre. Jedoch fand sich das Reichenhaller Blatt unter den 16 Zeitungen, in denen die „Scrutiny“-Offiziere lobenswerte Karikaturen entdeckt

<sup>15</sup> NA, RG 260, 5/241–1/2, Memo vom 23. 9. 1946.

<sup>16</sup> NA, RG 260, 10/116–3/16, Scrutiny Report vom 24. 10. 1946, danach die folgenden Zitate.

<sup>17</sup> Vgl. S. 81, Anm. 88.

hatten. Exklusiv für den *Südost-Kurier* zeichnete „Agi“, ein ungarischer Flüchtling, auf dessen professionelles Können die Redaktion sichtlich stolz war<sup>18</sup>. Noch an zwei anderen Stellen tauchte der *Südost-Kurier* in Egglestons Bericht auf: Einmal mit einer Einzelkritik, weil Josef Felder am 5. Oktober eine neue Ansprache von US-Außenminister Byrnes auf der Titelseite in großen roten Lettern „extreme sensationalizing“ aufgemacht hatte (offenbar um die technische Panne anlässlich der „berühmten“ Rede vom 6. September 1946 wettzumachen, die erst fünf Tage später im Blattinnern gedruckt worden war<sup>19</sup>), und zum zweiten im Zusammenhang mit „the stomach question and American food“. Zu diesem Thema führte der „Scrutiny Report“ mit genauer Zeilenzahl alle Zeitungen auf, die „the newsworthiness of the DANA food story“ (über amerikanische Lebensmittellieferungen) erkannt hatten; *Schwäbische Donau-Zeitung* (Ulm) und die *Süddeutsche Zeitung* fanden gesonderte Erwähnung „for helping to popularize the grapefruit juice issue“. Namentlich den *Südost-Kurier* würdigte Eggleston wegen der Meldung „Keine bayerischen Lebensmittel nach Amerika“: München-Korrespondent Maschner hatte zu der – wie er vermutete – „böswillige[n] Propaganda früherer Nationalsozialisten“, bayerische Butter werde in die USA verschoben, das Dementi des Ernährungsministers eingeholt<sup>20</sup>. Die Redaktion in Reichenhall erfuhr jedoch auch von diesem Lob nichts.

Sogar die Tätigkeit von „Scrutiny Officers“ auf Landesebene blieb den Lizenzträgern offenbar weitgehend verborgen. Bei der Press Branch Bayern saß auf diesem Posten ein besonders emsiger Mensch: Unterstützt von einem „investigator“, einem „reader“ und einer Sekretärin, widmete sich Walter H. Brockmann offensichtlich nicht ungern der eigentlich undankbaren Aufgabe des peniblen Studiums sämtlicher in Bayern erscheinender Lizenzzeitungen<sup>21</sup>. Seit 8. Dezember 1945 verfaßte der frühere Berliner Korrespondent verschiedener US-Zeitungen Woche für Woche eine auch für das ICD-Hauptquartier bestimmte<sup>22</sup> Notiz über seine – vom Rest der Münchener Mannschaft mit mäßiger Begeisterung betrachteten<sup>23</sup> – Aktivitäten, die unter der Rubrik „Negative Operations“ bald auch Eingang in die Press Branch Weekly

<sup>18</sup> Zu seinem einjährigen Bestehen stellte der *Südost-Kurier* am 17. 5. 1947 „Agi“ als einen „vor dem Krieg geschätzte[n] Mitarbeiter an großen ungarischen und französischen Zeitungen“ vor.

<sup>19</sup> *Südost-Kurier* vom 11. 9. 1946; dort auch ein Leitartikel Felders. Am 7. 9. 1946 hatte das Blatt auf der dritten Seite lediglich einen zweiseitigen DANA-Sonderbericht gebracht (allerdings mit Hinweis auf der Titelseite: „Ein politisches Ereignis in Stuttgart“), der zu Byrnes' Rede nur Vermutungen eines US-Journalisten enthielt. Grund der schwachen Information war eine Reifenpanne, deretwegen Felder Stuttgart nicht erreichte, wohin er – wie viele seiner Kollegen – kurzfristig eingeladen worden war; Mitteilung Felders vom 29. 8. 1984.

<sup>20</sup> *Südost-Kurier* vom 18. 9. 1946, S. 2.

<sup>21</sup> NA, RG 260, 10/124–1/16, OMGB/ICD Press Branch Weekly Report vom 8. 10. 1946.

<sup>22</sup> NA, RG 260, 10/116–3/6, Schreiben Brockmanns an den Chef der 6870 DISCC Press Control Section vom 7. 1. 1946.

<sup>23</sup> Anlässlich einer nicht zu vermeidenden Abwesenheit Brockmanns notierte Langendorf mit spürbar verhaltenem Bedauern, „the scrutiny function is certain to suffer to some extent“; NA, RG 260, 10/124–1/15, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 4. 6. 1946. Zur Tätigkeit Brockmanns vgl. auch die polemischen Bemerkungen von Joseph Dunner, Zu Protokoll gegeben. Mein Leben als Jude und Deutscher, München 1970, S. 106–121.

Summaries fanden. Im Oktober 1946 lieferte der Offizier eine in dieser Form wohl einmalige „list of instances of criticism, censure, reprimand, suspension and other action against the Bavarian licensed press for infringement of press control directives or unsatisfactory news and editorial treatment“<sup>24</sup> – den „großen Brockmann“ sozusagen, der Rückschlüsse auf Intensität, Relevanz und Präzision des „Scrutiny“-Systems erlaubt. Brockmanns Bilanz nach einjähriger Tätigkeit, die der ICD-Zentrale möglicherweise vor allem in der Absicht zuzuging, die eigene Effektivität und Daseinsberechtigung (neben dem zentralen „Scrutiny Board“) nachzuweisen<sup>25</sup>, umfaßt insgesamt 147 Positionen. Vier davon betrafen den *Südost-Kurier*:

– Just an der Erstausgabe wurde kritisiert, daß darin Wolf von Dewall, ein ob seiner politischen Vergangenheit in der „Schwarzen Liste“ geführter freischaffender Journalist<sup>26</sup>, mit einem belanglosen historisierenden Artikel über die Bedeutung der „Gentlemen“ für die britische Politik vertreten war.

– In der Ausgabe vom 6. Juli brachte der *Südost-Kurier* im Lokalteil die Mitteilung der „Press-Section München“ über die Unrichtigkeit der von „verschiedenen Zeitungen“ verbreiteten Meldung, wonach „der deutschen Bevölkerung in der Nähe der österreichischen Grenze der Übertritt zum Beerensuchen im österreichischen Gebiet erlaubt worden sei“.

– Am 28. August hatte der *Südost-Kurier* in einer Zwischenüberschrift zu einem Bericht vom Nürnberger Prozeß verbotenerweise statt gewöhnlicher Buchstaben die vormaligen üblichen SS-Runen benutzt<sup>27</sup>.

– Am 24. September erntete die Zeitung Kritik wegen der ungenehmigten Verwendung von kostbarem Rotationspapier für eine ganzseitige Anzeigenbeilage. Seitdem versuchte die Redaktion, den Überhang an Kleinanzeigen, der zu einem zeitweiligen totalen Annahmestopp zwang, mit dem Druck von Beilageblättern im Din-A-5-Format abzubauen.

Mit diesen vier Eintragungen in Brockmanns siebenseitigem Sündenregister stand der *Südost-Kurier*, der auch später eher selten beanstandet wurde<sup>28</sup>, im Vergleich zu

<sup>24</sup> NA, RG 260, 10/116–3/16, Schreiben Brockmanns an ODIC/OMGUS Press Section vom 28. 10. 1946; Hurwitz, Stunde Null, S. 144 f. bzw. 421, datiert das Schreiben irrtümlich. Die Angaben in der Liste sind sehr knapp; für den *Südost-Kurier* werden sie im folgenden anhand der Zeitung selbst ergänzt, denn Schreiben Brockmanns an die Redaktion sind nicht überliefert.

<sup>25</sup> Brockmanns ehemaliger Chef Langendorf meint, der „Scrutiny Officer“ könnte zu diesem Zweck OMGUS/ICD mit übertriebenen Angaben beliefert haben; Mitteilung vom 6. 5. 1985.

<sup>26</sup> IFZ, Dk 110.004, White, Grey, and Black List for Information Control Purposes vom 1. 8. 1946, S. 124.

<sup>27</sup> Die Datierung des „Vorfalls“ bei Brockmann auf den 3. 9. 1946 ist wohl damit zu erklären, daß die Gesamtbilanz nach früheren Wochenberichten erstellt wurde; NA, RG 260, 10/124–1/16, OMGB/ICD Press Section Weekly Summary vom 3. 9. 1946.

<sup>28</sup> „Letters of criticism on minor matters“ ergingen an den *Südost-Kurier* laut den entsprechenden OMGB/ICD Press Branch Weekly Summaries noch in der Woche zum 7. 12. 1946, 25. 1. und 31. 5. 1947. Eine – unklare – Statistik von Anfang 1948 nennt für den *Südost-Kurier* bis dahin insgesamt 14 „reprimands“; NA, RG 260, 10/124–1/18, OMGB/ICD Semi-Monthly Summary, Statistical Annex. Josef Felder erinnerte sich in den Gesprächen mit dem Verfasser an keine Beanstandungen und bezweifelte, je davon Mitteilung erhalten zu haben.

einer Reihe anderer Lizenzzeitungen recht gut da. Ein von Auflage und Verbreitungsgebiet ähnlich geartetes, schon im Oktober 1945 mit Lizenz Nr.2 gestartetes Blatt wie der *Hochland-Bote* in Garmisch-Partenkirchen brachte es auf 22 Monita, wovon allerdings nur vier aus der Zeit seit dem Erscheinungstag des *Südost-Kuriers* stammten. 22 Eintragungen erntete auch die *Süddeutsche Zeitung*, die für die Zeit zwischen Mai und Oktober 1946 die meisten (neun) Beschwerden zu verkraften hatte und sich im Juni 1946 der ersten – wie sich zeigen sollte: einzigen – „punitive action“ in der US-Zone ausgesetzt sah<sup>29</sup> (daneben kam es allerdings zur Absetzung einiger Lizenzträger<sup>30</sup>).

Über die Maßnahme gegen die *Süddeutsche* entschied ICD-Direktor McClure nach Beratung mit dem Chef der Press Branch, Eggleston; die Anweisung an Bayerns ICD-Chef McMahon, die Strafe auszusprechen, erging als Telex „OMGUS signed Clay“<sup>31</sup>. Offenbar hatte ein Protest der Sowjets die Aktion ausgelöst. Sie beruhte jedenfalls nicht auf einer Beanstandung Brockmanns. Nach einer Reihe vorangegangener Rügen, stets wegen Verletzung des Verbots der Kritik an der Sowjetunion als einer Besatzungsmacht, durfte die *Süddeutsche* jetzt wegen eines Berichts über die Schrecken der Vertreibung von Deutschen aus der Tschechoslowakei einen Monat lang nur in einem auf vier Seiten reduzierten Umfang erscheinen. Der Abdruck dieser Anordnung, die sich auf die „Special Guidance“ zur Berichterstattung über DPs und Flüchtlinge<sup>32</sup>

<sup>29</sup> NA, RG 260, 10/124–1/16, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 25.6.1946; vgl. auch Hurwitz, Stunde Null, S.324, und Dagmar Wiedenhorn, Gründung und Aufbau der „Süddeutschen Zeitung“ von 1945 bis 1949, M.A. München 1982, S.88–92.

<sup>30</sup> In der US-Zone kam es im Gegensatz zur britischen Zone weder zu Zeitungsverboten noch zu Beschlagnahmungen, wohl aber zur Entziehung von Lizenzen: Bei der Frankfurter Rundschau und der Heidelberger Rhein-Neckar-Zeitung waren davon kommunistische Lizenzträger betroffen; vgl. Hurwitz, Stunde Null, S.313–325, und Frei, Startkontrolle, S.217f. Im Herbst 1948 verlor Hans Weber, Mit-Lizenzträger der Würzburger Main-Post, seine Lizenz wegen pro-nazistischer und antisemitischer Artikel in der unter deutscher Besatzung in Belgrad erschienenen Donau-Zeitung; NA, RG 260, 10/125–1/20, OMGB/ISD Press Branch Semi-Annual Historical Report, Juni–Dezember 1948.

<sup>31</sup> NA, RG 260, 5/269–2/11, Memorandum Egglestons vom 13.6. und Telex vom 18.6.1946.

<sup>32</sup> NA, RG 260, 10/124–1/16, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 25.6.1946. Der vollständige Text der Special Guidance vom 31.1.1946 lautet: „1. No licensed newspaper may criticize the policy of the Occupying Authorities with regard to Displaced Persons. This prohibition includes the publication of criticisms by an Allied personality unless it is an official story carried by DANA. 2. With regard to Expellees (German nationals returning to the American zone of Germany from such countries as Poland, Hungary, Czechoslovakia, etc.) licensed newspapers must take special care to report the news objectively. In particular, editors of newspapers in towns which are reception centers should give such factual news coverage as will allay false or exaggerated rumors. Editors should bear in mind that reports from refugees do not represent eyewitness accounts by staff correspondents and that such reports must be very carefully weighed and treated. Editors must also remember that the admitted hardships of the Expellees may lead them to exaggerate their difficulties and that in many cases Expellees may be unreconstructed Nazis. Above all, they must remember and always point out that the present hardships suffered by these people were brought upon them by the Nazis, and not by the United Nations. Any editorializing on the subject of Expellees must be constructive, i. e., the help (food, clothes, shelter, etc.) that can be given them, and may not be nationalistic in tone.“; NA, RG 260, 5/236–2/20 und 10/116–3/6.

stützte, trug dem Blatt deutliche Sympathien in der Bevölkerung, freilich auch unerwünschten Beifall von brauner Seite ein, was ICD sehr ernst nahm<sup>33</sup>. Um den Nebeneffekt der „Reklame“ und Papierersparnis wurden die Münchener Lizenzträger von ihren Kollegen, die (wie der *Südost-Kurier* vom 26. Juni auf der Titelseite) über die Bestrafung berichteten, beinahe beneidet.

Brockmanns Jahres-Liste zeigt klar die zwei Kategorien der „Scrutiny“-Aktivitäten: Eine Minderheit der Beanstandungen war im engeren Sinne politischen Inhalts und bezog sich fast ausschließlich auf – 1946 in den Lizenzzeitungen (noch) nicht geduldete – Kritik an der Sowjetunion und ihrer Politik in Osteuropa. Unter diesem Aspekt ist auch der spektakuläre „Fall“ der *Süddeutschen Zeitung* zu sehen. Die deutliche Mehrheit der Monita war demgegenüber unpolitisch, bisweilen banal. Jedenfalls lagen dem von Brockmann mit verständlicher Penibilität registrierten und mißbilligten Militär- und NS-Vokabular in aller Regel ebensowenig sanktionswürdige Absichten zugrunde wie dem auch von ihm häufig beanstandeten Fehlen von Quellenangaben und anderen Verstößen gegen die professionelle journalistische Form. Die stark schwankenden Zahlen der pro Zeitung ausgesprochenen Beanstandungen deuten auf gravierende Unterschiede in der Intensität der „Scrutiny“ hin. Wenn Provinzblätter wie der in Bamberg erscheinende *Fränkische Tag* oder der Kemptener *Allgäuer* innerhalb eines Jahres nur jeweils dreimal beanstandet wurden, während vergleichbare andere wie die *Frankenpost* in Hof oder das *Oberbayerische Volksblatt* in Rosenheim 14- bzw. zwölfmal negativ auffielen, so dürfte das nicht zuletzt Diskrepanzen in der Genauigkeit der Beobachtung anzeigen. Für die Großstadtzeitungen signalisiert ähnliches der Unterschied zwischen der *Süddeutschen Zeitung* mit 22 und den *Nürnberger Nachrichten* mit lediglich zwei Beanstandungen.

Zu Jahresanfang 1947 bilanzierte der Münchener „Scrutiny Officer“ seine Tätigkeit für die zurückliegenden zwölf Monate mit 312 verschickten „letters of reprimand or criticism“<sup>34</sup>. Daneben hatte Brockmann nach eigenen Angaben aber auch etwa 30 „commendations“ verteilt, zum Beispiel für Kommentierfreudigkeit (unabhängig von parteipolitischer Richtung), Abdruck von „re-educational issues“, Kritik an „autoritären Beamten“ oder an der Politik der Landesregierung<sup>35</sup>. Doch diese Statistik

<sup>33</sup> „The suspension of the Süddeutsche Zeitung caused continuing reaction during the week. The action created tremendous attention, and the Süddeutsche Zeitung has received a flood of congratulatory and commendatory letters. The suspension has given the newspaper great popularity with the reactionary, near-Nazi elements which it has always fought. [...] This Branch has arranged that ICD Intelligence Branch will prepare a formal report on these letters, evaluating the net result of the suspension action. It has also been arranged that Civil Censorship Division will turn in a survey on comments made in intra-individual mail re the suspension.“; NA, RG 260, 10/124-1/16, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 1.7.1946.

<sup>34</sup> NA, RG 260, 10/117-1/3, Memo OMGB/ICD Press Branch für Chief OMGB/ICD vom 2.1.1947.

<sup>35</sup> Darüber berichtete Brockmann regelmäßig in den OMGB/ICD Press Branch Weekly Reports; z. B. erntete die Süddeutsche Zeitung am 2.11.1946 Komplimente für einen Bericht über die „Weiße Rose“, der von „excellent reeducation value“ sei; NA, RG 260, 10/124-1/17. Am 13.5.1947 lieferte Langendorf an OMGB/ICD einen Bericht mit einer sechsseitigen Aufstellung „Contribution of the Bavarian Licensed Press to Democratization, August 1946 to April 1947“, 10/117-1/3.

mag trügen<sup>36</sup>, und gewiß ist ihr Aussagegewicht begrenzt: Nichts deutet darauf hin, daß von Brockmann formulierte Kritik- oder Gratulationsschreiben<sup>37</sup> bei ihren Empfängern Eindruck hinterlassen oder besondere Reaktionen hervorgerufen hätten. Josef Felder erinnert sich überhaupt nur an eine Beanstandung – bezeichnenderweise ist sie nicht unter den in Brockmanns Liste angeführten: Nachdem der *Südost-Kurier* am 22. Mai 1946 einen Wirtschafts-Leitartikel von Dr. Erich Welter veröffentlicht hatte, sei er zum Chef der Press Branch nach München zitiert und darüber unterrichtet worden, daß der ehemalige Mitarbeiter der *Frankfurter Zeitung* auf der „Schwarzen Liste“ stand<sup>38</sup>.

Ungeachtet des von ICD betriebenen Aufwands hatten die „Scrutiny“-Aktivitäten offenkundig kaum direkte Auswirkungen auf die Lizenzträger. Sie sind schon deshalb nicht mit Zensur gleichzusetzen. Das Verhältnis zwischen Presseoffizieren und Lizenzträgern definierte sich in erster Linie nach dem Selbstverständnis der Amerikaner, die als Promotoren einer neuen, demokratischen Presse auftraten<sup>39</sup>. In diesem Kontext war das Instrumentarium der „Scrutiny“ Anknüpfungspunkt einer die Arbeit der Lizenzzeitungen dauerhaft begleitenden, konstruktiven Kritik, die auch in ihrer Form mehr mit wohlwollenden Ratschlägen zu tun hatte als mit Befehlen. In den Worten Ernst Langendorfs: „Scrutinizing the press has [...] the positive function of encouraging initiative, enterprise and responsibility. Advice and suggestions for improving form, content, objectivity and reader interest are given. Independent thinking and acting is strengthened and supported consistently.“<sup>40</sup> Anlässlich der regelmäßigen Pressetagungen auf bayerischer und zentraler Ebene, aber auch bei bilateralen Treffen wegen technischer und wirtschaftlicher Alltagsprobleme, gab es immer wieder Möglichkeiten zu Gesprächen. Hinzu kamen gelegentliche „editorial conferences“, zu denen sich eine Abordnung der Press Branch am Redaktionstisch einfand. Beim *Südost-Kurier* fand ein solches Treffen im März 1947 statt. Der knappen Eintragung im

<sup>36</sup> Nach anderen Angaben verschickte OMGB/ICD Press Branch Bayern vom 1. 12. 1945–9. 11. 1947 „273 formal letters of reprimand“; Nelson, *Democratic Newspaper*, S. 120. Gründe für die divergierenden Zahlen dürften neben Ungenauigkeiten wechselnde Definitionen (z. B. „reprimands“ oder „monita“) sein. Zum Ende der Lizenzperiode bilanzierte Press Branch die „Scrutiny“-Aktivitäten mit „over 500 letters of reprimand“; NA, RG 260, 5/235–3/1, „Our Action and Resulting Developments since 1945“, undatiert.

<sup>37</sup> Entsprechende Folder der OMGB/ICD Press Branch mit der Bezeichnung „Scrutiny outgoing“ wurden bei der Aktenverfilmung nicht berücksichtigt. Andere Schreiben Brockmanns an einzelne Lizenzträger zeigen einen im allgemeinen freundlich-vorsichtigen Ton; Beispiele solcher „formal letters“ (an die Passauer Neue Presse) in: NA, RG 260, 10/126–2/5.

<sup>38</sup> Mehrfache Mitteilung Felders; vgl. S. 88, Anm. 28.

<sup>39</sup> So war es nur scheinbar paradox, wenngleich nicht typisch und von der räumlichen Nähe begünstigt, daß der Chef der in München residierenden Press Branch wiederholt als willkommener Gast an Redaktionssitzungen gerade der Süddeutschen Zeitung teilnahm, die in Brockmanns Mängelkatalog den ersten Platz einnahm, vgl. Hurwitz, *Stunde Null*, S. 146.

<sup>40</sup> NA, RG 260, 10/117–2/4, Abschnitt 6 aus dem Memo „Status and Problems of Bavarian Newspapers“ des Chefs der OMGB/ICD Press Branch für die Political Affairs Section, ICD Intelligence Branch vom 21. 12. 1946; in der Erstfassung vom Vortag war dieser Abschnitt noch nicht enthalten.

Weekly Summary zufolge ging es dabei vor allem um die Wahl angemessener Überschriften und „the newspaper’s general make-up“, aber auch um die Beschäftigung von „unreliable correspondents in Munich“<sup>41</sup>. Letzteres konnte sich durchaus auf Wilhelm F. Maschner beziehen, den die neueste Fassung der „Weißen Liste“ unverändert als „Grey acceptable“, mithin nicht geeignet für einflußreiche journalistische Positionen auswies<sup>42</sup>, aber auch auf dessen Mitarbeiter Otto Daffinger, der es als ehemaliger Mitarbeiter des Deutschen Nachrichtenbüros ohnehin vorzog, einstweilen nur unter Maschners Namen zu veröffentlichen<sup>43</sup>. Beide blieben dem *Südost-Kurier* freilich erhalten.

Es ist offensichtlich, daß die Presseoffiziere im direkten Kontakt mit den Lizenzträgern von Kenntnissen profitierten, die erst durch eine einigermaßen gründliche Zeitungslektüre, mithin durch die Tätigkeit der „Scrutiny“-Abteilung, gewonnen wurden. Darüber hinaus war „Scrutiny“ die Voraussetzung jeder systematischen, übersichtlichen Beurteilung der Lizenzblätter, wofür im ausufernden Berichtswesen der amerikanischen Militärregierungs-Bürokratie stets Bedarf bestand. So war die qualifizierende Rangliste, welche OMGUS/ICD Intelligence Branch der schon zitierten Studie vom Januar 1947 beigab, zum großen Teil Frucht vorangegangener „Scrutiny“. Während die Tagesarbeit allenfalls beiläufige und nicht unbedingt schlüssige Qualifizierungen hervorbrachte (hieße es über den *Südost-Kurier* einmal positiv, er sei „one of the most community-rooted papers in AMZON“, wurde er ein andermal als Blatt von „provincial orientation“ kritisiert<sup>44</sup>), war die den Ergebnissen der Meinungsumfrage gegenübergestellte Gesamtbeurteilung recht differenziert. Zum *Südost-Kurier* lautet sie: „The Paper is one of the more active pro-democratic papers in Bavaria. It is definitely a reeducational force. The last page is devoted to excellent feature material on current problems. Editorials, too, are well done. There is good all-around coverage of culture, sports, and political subjects; make-up of the paper, too, is fair. Special attention is given to reporting local news. American efforts to reorient Germans are appreciated and well publicized. Despite this, however, the paper is erratic. It occasionally shows remarkable lack of news discrimination (the Byrnes speech got very bad play on the second page) and occasionally over-sensationalizes news treatment“<sup>45</sup>.

Nach Einschätzung der ICD zählte der *Südost-Kurier* damit zu den sieben besten von insgesamt 19 bewerteten bayerischen Blättern. Das Urteil der Leser, von denen freilich die wenigsten vergleichen konnten, lag davon nicht weit entfernt: „In reader popularity the paper tied for 6th in the list of papers studied. Definitely popular, it was rated ‚good‘ or ‚very good‘ by 62 percent of its readers. Only 23 percent thought it

<sup>41</sup> NA, RG 260, 10/124–1/17, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 17. 3. 1947.

<sup>42</sup> IFZ, Dk 110.004, White, Grey and Black List for Information Control Purposes vom 1. 8. 1946, S. 78, und vom 1. 3. 1947, S. 89.

<sup>43</sup> Mitteilung Maschners vom 13. 5. 1985.

<sup>44</sup> NA, RG 260, 5/241–1/2, Memos vom 4. 9. 1946 und 17. 2. 1947.

<sup>45</sup> NA, RG 260, 5/235–3/2, Supplementary Report to the „Study of Newspapers“ vom 17. 1. 1947.

‚fair‘ and 3 percent ‚bad‘. (On the multiple factor rating scale, too, it ranked 5th.) Only 12 percent thought the paper insufficiently outspoken on all topics, and only 11 percent thought a single political party, the SPD mainly, was favored. Less so than any other paper studied, few readers (19 percent) thought that the paper contained some propaganda. More than the average number of readers (20 percent) thought that the paper did not contain everything of interest; foreign news, political reporting, cultural news were most frequently mentioned. On a specific question, too, there was considerable sentiment for more coverage of other zones.“

Josef Felder, würde er von dieser Bewertung erfahren haben, hätte schwerlich Grund zur Unzufriedenheit gesehen. Offenbar waren es doch fast nur Hardliner aus der CSU, die dem *Südost-Kurier* parteipolitische Einseitigkeit zugunsten der SPD nachsagten – zu einem Zeitpunkt, als der zweite Lizenzträger noch nicht gekürt war (die Umfragedaten stammen vom Juli 1946). Und in der im Hinblick auf die Vertrauenswürdigkeit des Blattes wohl wichtigsten Frage, der Einschätzung seines Gehalts an „Propaganda“, war das Befragungsergebnis ja geradezu vorzüglich: Selbst in den wenigen insgesamt noch populäreren Zeitungen meinten zwischen einem Viertel und einem Drittel der Leser Propagandistisches zu finden, im *Südost-Kurier* immerhin nur ein knappes Fünftel. Schwer zu sagen, was die Leser mit dem Terminus Propaganda verbanden; weder sind die Erhebungsbögen überliefert, noch ist klar, wie die entsprechende Frage lautete. Nach zwölf Jahren der NS-Indoktrination mochte vielen eine propagandafreie Presse undenkbar erscheinen. Entsprechend ihrer politischen Einstellung dürften diejenigen, die von Propaganda sprachen, die Berichterstattung über (bestimmte) Parteien, über die Amerikaner und/oder allgemein über die Besatzungsmächte im Auge gehabt haben. Kritischen Lesern mußte nicht entgehen, daß natürlich auch die Amerikaner so etwas wie inhaltliche Pressepolitik betrieben, und je nach Geschmack konnte man das auch Propaganda nennen. In welchen Bahnen und in welcher Intensität diese Einflußnahme erfolgte, war für Normalverbraucher allerdings nicht zu erkennen; auch nicht, daß dabei ein enger Zusammenhang mit dem „Scrutiny“-System bestand.

### Einflußnahme per Rundbrief

Aufmerksamkeit und Aktivitäten der „Scrutiny Officers“ richteten sich zwar in erster Linie auf Grundprinzipien journalistischen Handwerks und die Einhaltung der Beschränkungen, die der Berichterstattung der Lizenzpresse im Hinblick auf die Politik der Besatzungsmächte gesetzt waren. Aber sie griffen auch andere inhaltliche Fragen auf, insbesondere aktuelle Besatzungsprobleme. Das geschah durch „Circular Letters to all licensed newspapers“, von denen Press Branch Bayern seit Frühjahr 1946 etwa hundert verschickte<sup>46</sup>. Viele dieser Briefe galten Organisatorisch-Techni-

<sup>46</sup> Die Zahl ist in einem undatierten Bericht der OMGB/ISD Press Branch vom Sommer 1949 enthalten; NA, RG 260, 5/236–3/1, „Our Action and Resulting Developments since 1945“. Eine zwei

schem oder dienten einfach der Informationsgebung. In erster Linie waren sie jedoch dazu gedacht, den „American point of view“ zu erklären<sup>47</sup>. Vielfach handelte es sich um Folgerungen aus vorangegangener „Scrutiny“. Denn was ihm bei der Durchsicht einer oder mehrerer Zeitungen aufgefallen war, nahm Brockmann offensichtlich gerne zum Anlaß, statt vieler einzelner Briefe etwas Grundsätzliches zu formulieren, das mit Langendorfs Unterschrift zu einer allgemeingültigen Empfehlung oder Ermahnung avancierte. Solche Schreiben<sup>48</sup> plädierten dann etwa für „a vigorous editorial policy, both as a standard feature of journalism and as an instrument for re-education“, ermunterten zur Einrichtung spezieller Jugendseiten, rieten zu einer eher vornehmen, jedenfalls nicht demagogischen Haltung gegenüber Alfred Loritz' Wirtschaftlicher Aufbau-Vereinigung, und leiteten einige Monate später, als Loritz bayerischer Entnazifizierungsminister geworden war, den Wunsch des Chefs der Internal Affairs Division an die Zeitungen weiter, „not to prejudge the new Minister and to give him opportunity to demonstrate his will and ability to discharge a difficult task“<sup>49</sup>.

Ein Dauerbrenner war die „food situation“. Ihr widmete sich ICD mit besonderer Hingabe, wie Bemerkungen Walter Brockmanns unter der gelegentlichen Rubrik „Trend of Press“ der Press Branch Weekly Summaries zeigen. So notierte der „Scrutiny Officer“ im März 1947 anerkennend, der *Südost-Kurier* habe, um den Städtern zu helfen, an die Einheimischen appelliert, die Ablieferung von Milch und Fett zu steigern<sup>50</sup>. Ein halbes Jahr später wurde die nach dem strengen Hungerwinter 1946/47 und massiven Hungerdemonstrationen im folgenden Frühjahr (vor allem in der britischen Zone) virulent gewordene „Magenfrage“ und das Bemühen der Amerikaner, sie durch umfangreiche Lebensmittellieferungen zu lösen, Gegenstand eines ausführlichen Rundschreibens des Chefs der ICD Press Branch Bayern an alle Lizenzzeitungen<sup>51</sup>.

Es handelte sich offenbar um eine von Experten der OMGUS Economic Division angeregte Aktion, und Ernst Langendorf legte sichtlich großen Wert darauf, jeden Befehlston zu vermeiden. Schon im ersten Absatz hieß es: „This communication, which is not for publication, represents the unofficial and informal suggestions of MG as to how the German information media can be of help in the present crisis.“ Auf fast zwei Schreibmaschinenseiten informierte der Chef der Press Branch Journalisten wie

Folder (10/117-3/8-9) umfassende Sammlung für die Zeit vom 8. 4. 1946–20. 11. 1947 enthält etwa 70 „Circular Letters“; in den OMGB/ICD Press Branch Weekly Summaries sporadisch auch Hinweise auf „Circular Letters“, die dort nicht vorhanden sind.

<sup>47</sup> NA, RG 260, OMGB/ISD Press Branch Semi-Annual Report, Juni–Dezember 1948.

<sup>48</sup> Die folgenden erwähnt in: NA, RG 260, 10/124-1/16 und 10/124-1/17, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summaries vom 10. 9., 1. 10., 29. 10. 1946 bzw. 11. 1. 1947.

<sup>49</sup> Im Frühjahr 1947 mußte sich Loritz mit einer offiziellen Beschwerde des bayerischen Journalistenverbands auseinandersetzen; der Minister hatte erklärt, die Macht der Presse müsse „gebrochen“ werden; Vorgang in: BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 2.

<sup>50</sup> NA, RG 260, 10/124-1/17, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 17. 3. 1947.

<sup>51</sup> NA, RG 260, 10/117-3/9 und 5/237-3/7, Rundschreiben des Chefs der OMGB/ICD Press Branch vom 24. 9. 1947.

eigene Offiziere über die Gründe der seit einigen Monaten erkennbaren Verschlechterung der Ernährungssituation (weltweite Nahrungsmittelknappheit, Notwendigkeit der Versorgung der britischen Zone durch die USA, Schwarzmarkt, ungenügende Ablieferungen der deutschen Bauern). Die Tatsache, daß die Amerikaner mit Importen ein Fünftel des deutschen Lebensmittelbedarfs deckten, werde, wohl wegen der anhaltenden Knappheit, laut einer Umfrage vom Juni 1947 in Bayern nur noch von knapp der Hälfte der Befragten geglaubt (ein Jahr zuvor trauten noch drei Viertel dieser Information). Deswegen sei es erforderlich, in Panik vermeidender Weise eine „objective presentation of facts“ zu liefern und mit vereinten Kräften gegen den Schwarzmarkt vorzugehen. Unter dem Stichwort „Consistent, Aggressive Program“ machte Langendorf abschließend nochmals klar: „This letter suggests a policy. It does not blueprint a detailed program. To awaken the German public to effective action for the improvement of food supply will require a vigorous resourceful campaign over many weeks. It is our belief that the editors and executives of the new German information media will show the necessary drive [...] to lead the German public into decisive action in this critical public matter.“

Wenngleich sorgsam in Formen gekleidet, waren Rundschreiben dieser Art doch Ausdruck eines eindeutigen Willens auch zu konkreter Einflußnahme auf die Berichterstattung der Lizenzpresse durch ihre Begründer und Protektoren. Allerdings bewegten sich solche Bemühungen in der Regel auf der Ebene von PR-Kampagnen und „Goodwill“, weit entfernt von durchgängiger Steuerung. Das verdeutlichen gerade zwei Fälle<sup>52</sup>, in denen die Amerikaner die Informationsgebung mit ungewöhnlichem Nachdruck betrieben: Anlaß dafür waren die Byrnes-Rede vom 6. September und die Urteilsverkündung in Nürnberg am 1. Oktober 1946. Zu diesen spektakulären politischen Ereignissen lud ICD eine große Zahl von Vertretern der Lizenzpresse gezielt zur Teilnahme und Berichterstattung ein und regte im zweiten Fall sogar die Herausgabe von Extrablättern an<sup>53</sup>. Wie fast alle Lizenzzeitungen machte auch der *Südost-Kurier* von dem dafür angebotenen zusätzlichen Rotationspapier Gebrauch<sup>54</sup>. Das im Hinblick auf den Spruch des alliierten Militärgerichts sorgfältig vorbereitete (und den Lizenzträgern früh angekündigte<sup>55</sup>) breite Nachrichtenangebot der DANA ergänzte diese indirekte inhaltliche Einflußnahme. Die von den Amerikanern im September 1945 gegründete, zonenweit operierende Presseagentur verfügte zunächst über ein Monopol bei der Versorgung der US-Lizenzzeitungen, und bis zu ihrer Lizenzierung im Herbst 1946 hatte US-Personal dort die redaktionelle Leitung, danach bis Sommer 1948<sup>56</sup> eine

<sup>52</sup> Daß es sich um Ausnahmefälle handelte, zeigen nicht zuletzt spezielle Berichte, die Brockmann zu beiden Anlässen produzierte.

<sup>53</sup> NA, RG 260, 10/124–1/16, Press Branch Weekly Summaries vom 10. und 17.9. bzw. 1. und 8.10.1946. OMGUS/ICD hatte zum Prozeßbeginn in Nürnberg an alle DISCCs eine spezielle „Guidance“ herausgegeben; 10/116–3/5 und 5/235–1/28. Vgl. auch die Erinnerungen von Paul Kaps, Die Presse ist an allem schuld, Landau <sup>2</sup>1979 bzw. Die Rheinpfalz vom 4.5.1984.

<sup>54</sup> Die „Sonder-Ausgabe des „Südost-Kurier““ erschien am 1.10.1946, vgl. S. 80.

<sup>55</sup> NA, RG 260, 10/117–3/8, OMGB/ICD Press Branch Circular Letter vom 19.8.1946.

<sup>56</sup> Nach diesem Zeitpunkt verblieb lediglich ein US-Vertreter als „Verbindungsoffizier“ zwischen Militärregierung und der deutschen Leitung bei DENA, wie die Agentur seit 1.1.1947 hieß. Die Grün-

Beratungsfunktion inne. Konzentrierte inhaltliche Schwerpunktsetzungen bei DANA mußten sich also fast zwangsläufig in den Lizenzzeitungen niederschlagen, jedenfalls bis zum Ende des DANA-Monopols im Sommer 1946 und danach weiterhin bei jenen zehn bayerischen Blättern, die – im Gegensatz zum *Südost-Kurier* – keine zweite Agentur abonniert hatten<sup>57</sup> und deren Auswahlmöglichkeiten von daher begrenzt waren.

Aus der Perspektive der amerikanischen Presseoffiziere – und mehr noch nach Auffassung der mit den jeweiligen Sachproblemen befaßten Abteilungen der Militärregierung – legitimierten sich alle Formen inhaltlicher Einflußnahme auf die Lizenzpresse zweifellos aus der Überzeugung, daß diese um der Gestaltung einer demokratischen (Medien-)Landschaft willen vorübergehend notwendig sei. Von diesem Geist war auch der „long letter“ getragen, den Ernst Langendorf am 25. Juli 1947 auf Anregung vom OMGUS/ICD verfaßte<sup>58</sup>. „Reorientation Mission of the New Press“ lautete die Überschrift des sicherlich bedeutendsten aller Rundschreiben, das die bayerischen Lizenzblätter je erreichte<sup>59</sup>. Ein wichtiger Teil dessen, was Langendorf darin beklagte, war im Grunde die Kehrseite der angestrebten Entwicklung der Lizenzblätter in Richtung auf ernstzunehmende, dauerhaft existenzfähige Zeitungen modernen kapitalistisch-demokratischen Typs: Die wachsende Orientierung der Zeitungen am aktuellen Weltgeschehen und Nachrichtenangebot war für sich genommen schwerlich zu kritisieren, bewirkte zum Leidwesen von ICD aber fast zwangsläufig, daß Elemente kritischer Erörterung der jüngsten deutschen Vergangenheit zurückgedrängt wurden. Obwohl Langendorf erklärte, seine Bemerkungen nur auf Beobachtungen bei „einigen“ bayerischen Zeitungen zu stützen, schrieb er doch recht pauschal von einem „loss in editorial perspective“: „It represents a growing tendency of the editor – as he becomes more and more enmeshed in the problems of present-day Germany and absorbed by the vexations of publishing a newspaper under the abnormal conditions which exist – to diverge from the viewpoint which he originally had when selected for licensing. The editor remembers the disagreements between the Allies, the eviction of Sudeten and Eastern Germans, the failure as yet to unite Germany, the food and economic problems and other recent complexities. He forgets the coldly planned Nazi aggression which was the prime cause of today’s despair.“

Press Branch Bayern hatte zur Untermauerung dieser Kritik eine Reihe von Detailbeobachtungen parat, so unter anderem eine in mehreren Zeitungen erschienene Artikelserie aus der Feder des konservativ-antnazistischen ehemaligen Diplomaten Dr. Eugen Budde<sup>60</sup>, der von alliierten Verletzungen des Völkerrechts gegenüber Deutsch-

dung des „Amerika-Dienstes“ (U.S. Feature Service), der sich insbesondere um die Vermittlung von Material zur Reorientierung kümmerte, ist in diesem Zusammenhang zu sehen; vgl. Schmitz, DANA/DENA, S. 18 und 111–115, sowie NA, RG 260, 5/264–1/13.

<sup>57</sup> Vgl. Schmitz, DANA/DENA, S. 11 f.

<sup>58</sup> NA, RG 260, 10/117–3/8 und 5/237–3/7, danach die folgenden Zitate.

<sup>59</sup> Seine vergleichsweise ausführliche Erwähnung im regelmäßigen Tätigkeitsbericht darf als zusätzliches Relevanzkriterium gewertet werden; NA, RG 260, 10/124–1/18, OMGB/ICD Press Branch Semi-Monthly Report vom 29. 7. 1947.

<sup>60</sup> Die Zeitungsartikel basierten auf Buddes Schrift „Gibt es noch eine deutsche Außenpolitik? Betrachtungen zur Politik und Diplomatie eines geschlagenen Staates“, die in der amerikanischen wie

land sprach, aber kein Wort verlor über, wie Langendorf formulierte, „the barbarous and outrageous violations of international law which the German army carried out in the countries which it occupied during the war“. Aus falschverstandenen Willen zur Popularität gäben manche Zeitungen leichtfertig einer allgemeinen Tendenz zu deutschem Selbstmitleid und dem Bedürfnis nach, die Ereignisse der NS-Vergangenheit zu verdrängen.

Langendorfs Schreiben ist vor dem Hintergrund seit Monaten anhaltender anti-amerikanischer Propagandasalven in der Presse der Sowjetzone zu sehen, die nach Verabschiedung der Kontrollratsdirektive Nr. 40 (die den deutschen Zeitungen jede Kritik an den Besatzungsmächten verbot) im Herbst 1946 keineswegs ein Ende gefunden hatten. Innerhalb der ICD waren die Meinungen darüber, ob und wie auf diese Angriffe zu reagieren sei, eine Zeitlang heftig umstritten<sup>61</sup>. Der Chef der Münchener Press Branch verhehlte nicht, daß er wünschte, die bayerischen Blätter blieben „thoroughly objective [...] despite criticism and mud-slinging tactics which may be used in papers appearing in other zones“. Damit bekannte sich Langendorf zumindest noch im Sommer 1947 zur Fraktion der Sanftmütigen innerhalb der ICD, die auf Möglichkeiten hoffte, die Eintracht unter den Besatzungsmächten trotz massiver Komplikationen wieder zu festigen. Als Militärgouverneur Clay am 28. Oktober 1947 in einer Pressekonferenz publizistische Attacken ankündigte gegen „communism in any manner, shape, form or fashion“<sup>62</sup> – der Aufmacher des *Südost-Kurier* vom nächsten Tag lautete: „US-Nachrichtenpolitik wird offensiv“<sup>63</sup> –, war die Zeit vorbei, in der Lizenzzeitungen wegen Kritik an der Sowjetunion mit Rügen rechnen mußten. Der schwierige Balanceakt zwischen Reorientierung, „Vergangenheitsbewältigung“, Demokratisierung im westlichen Sinne und „objektiver Nachrichtengebung“, den die Journalisten tagtäglich und möglichst ohne zu stolpern vorführen sollten, war damit ein wenig einfacher geworden.

Doch, anders als die Berliner Blätter, reagierte die westdeutsche Lizenzpresse auf Clays Ankündigung recht reserviert. Der *Südost-Kurier* beispielsweise enthielt sich jeden Kommentars, und allgemein konstatierte die Press Branch eine „moderate [...] reaction of the Bavarian newspapers to the new MG anti-communist drive“. Vermuteter Grund: „The Germans feel that the campaign is mainly an American-Russian matter in which Germany, as an occupied country, should hesitate to mix.“<sup>64</sup> Zumal die USA zum Zeitpunkt der propagandistischen Verhärtung des Kalten Krieges in

in der britischen Zone erscheinen konnte (Hamburg und Stuttgart 1947). In den fünfziger Jahren war Budde, Jahrgang 1901, Leiter der Rechtsschutzstelle für Verfolgte des NS-Regimes.

<sup>61</sup> Hurwitz, Stunde Null, S. 325–333.

<sup>62</sup> The Papers of Lucius D. Clay. Germany 1945–1949, Band 1, Bloomington 1974, Dokument 280, S. 451; vgl. auch Dokumente 281, 285.

<sup>63</sup> Südost-Kurier vom 29. 10. 1947; zur „Operation Talk Back“ im einzelnen vgl. Hurwitz, Stunde Null, S. 333–340, der darüber ausführlich „aufgrund eigener Erfahrung“ als Mitarbeiter der Political Information Branch berichtet.

<sup>64</sup> NA, RG 260, 10/124–1/18, OMGB/ICD Press Branch Semi-Monthly Summary vom 14. 11. 1947; vgl. auch Hurwitz, Stunde Null, S. 363–367.

Deutschland über ein hinreichend breites Spektrum eigener Medien (wie RIAS, *Neue Zeitung*, *Amerikanische Rundschau*, *Neue Auslese*, *Heute*, *Monat*) verfügten, die zur publikumswirksamen politisch-ideologischen Auseinandersetzung eingesetzt werden konnten, gab es keinen Versuch, die Lizenzpresse zu instrumentalisieren. Dazu war die bei OMGUS mit der antikommunistischen Propaganda vor allem befaßte Political Information Branch nicht nur nicht befugt; ein solches Vorgehen hätte wohl auch der längst eingeleiteten, unverzichtbaren Autonomisierung der Lizenzzeitungen im Hinblick auf deren Existenzfähigkeit nach Ende der Besatzung schwer geschadet.

Insofern änderte sich – aus der Perspektive der deutschen Presseleute – an den Hürden ihres Balanceakts kaum etwas. Der Katalog für Pflicht und Kür, wie ihn der oberste Presseoffizier in Bayern im Sommer 1947 formuliert hatte, blieb im wesentlichen gültig: „Fortunately, the pointing out of German war responsibility is only the negative factor in re-orientation. Other more creative tasks remain. The press should point out Germany's place in a world which is hungering nearly everywhere for food, for peace and for security. It must stress time and again that Germans must work out their own salvation and earn again the trust and confidence of the society of nations. The press must become a true spokesmen for the people, presenting their legitimate grievances against governmental maladministration and submitting constructive suggestions to Military Government for correction of existing wrongs. Nor is the press only a critic: where the German government has a program which will materially aid the people the press should and must lend its enthusiastic support.“ Mit diesem Schreiben hatte Langendorf, angereichert und modifiziert durch etwa eineinhalbjährige Besatzungs- und Lizenzpresse-Erfahrung, seine konzentrierte Definition der (gesellschafts-)politischen Implikationen gegeben, welche die Besatzungsmacht bei dem ehrgeizigen und aufwendigen Projekt der Etablierung einer neuen Medienkultur leiteten. Erst die Berücksichtigung des sich darin äußernden Erkenntnisstandes und Reflexionniveaus der Amerikaner ermöglicht eine der Komplexität des Problems entsprechende Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Pressefreiheit und „Zensur“ in der US-Zone.

Der Verzicht auf Vorzensur noch vor Beginn des Lizenzprogramms sowie die Ausgestaltung des „Scrutiny“-Verfahrens zu einer Art Pressespiegel, der sich auf wenige inhaltliche und eine Reihe formaler Aspekte konzentrierte – und damit nahezu sanktionslose Kontrolle bedeutete – war souveräne Geste und politische Notwendigkeit zugleich: Jede andere Form der Einflußnahme als die auf dem Weg über Bitten und Empfehlungen hätte, zumindest unter den Deutschen, nur Fragen nach Parallelen zur Pressepolitik des NS-Regimes Nahrung gegeben. Offensichtlich im Gegensatz zu den PWD-Planern der ersten Stunde, die mit dem Terminus „Zensur“ noch ziemlich unbekümmert operierten, fürchteten die mit dem Lizenzprogramm beauftragten Presseoffiziere jede Anwendung des Terminus auf ihre Praxis. Zumal schon die Rekrutierung der Lizenzträger genügend Ansatzpunkte zur Kritik an obrigkeitlichen Verfahren bot und dies insbesondere von den davon negativ betroffenen Altverlegern weidlich ausgekostet wurde, mußte alles vermieden werden, was den Verdacht begründen konnte, die neuen Presseleute seien auch über den Zeitpunkt der Lizenzübergabe hinaus von der Besatzungsmacht abhängig.

Diese Vorsicht äußerte sich etwa in der Absage der Press Branch auf einen Vorstoß der Civil Administration Division, die ihren örtlichen Verbindungsoffizieren die Möglichkeit direkter Gespräche mit Lizenzträgern eröffnen wollte“: „The press must be protected against appearing to be the mouthpiece of Military Government. This is essential if the democratic press established by Military Government is to be accepted by the population as a real German press, representing first and foremost the needs and interest of its readers. In the light of past experiences ICD expresses fear that not all Liaison & Security officers may have the fine touch and feeling for the freedom of the press that would be necessary. Such conferences, if not properly handled, might greatly harm the efforts to establish an independent press, as well as the reputations of editors and publishers who could easily be considered as stooges of Military Government. This would discredit them enormously in their efforts to contribute to the re-education of the German mind. It is forced that, due to the enormous prestige of Military Government, some of the newspapers may feel compelled to print the material, investigate the situation, or otherwise follow the line pointed out by the MG officer. What the MG officer intends as a suggestion may be regarded as an order.“<sup>65</sup>

Die Lizenzträger und deren journalistische Mitarbeiter sollten sich möglichst souverän und ungebunden fühlen – nur dann war die Entwicklung einer selbstbewußten Berichterstattung zu erwarten. Sämtliche Formen amerikanischer Einflußnahme mußten deshalb als uneigennützigte Hilfe und Unterstützung verstanden werden können, sollten sie bei den Lizenzträgern nicht Verunsicherung oder Ablehnung hervorrufen und damit letztlich dysfunktional wirken. So war es kein Zufall, daß die für Bayerns Lizenzzeitungen zuständigen Offiziere im Frühjahr 1947 einen „Fair Practice Guide“ zusammenstellten. Bei der 18seitigen Broschüre mit den Geboten eines demokratischen und verantwortungsbewußten Journalismus handelte es sich um die Kernpunkte der „Scrutiny“-Aktivitäten<sup>66</sup>, die nun mehr und mehr zurückgenommen wurden<sup>67</sup>. Die 500 Exemplare fanden reißenden Absatz, was die Mannschaft um Ernst Langendorf in ihrem Tun zweifellos bestätigte. Das große Interesse von Lizenzträgern und Redakteuren an der (dem „Code of Ethics“ der amerikanischen Presse nachempfundenen) Kladde durfte als Indiz weitgehender Bereitschaft zumindest der neuen journalistischen Elite betrachtet werden, Orientierungshilfen anzunehmen. Und es zeigte sich darin auch, daß die Tätigkeit der Presseoffiziere von ihren deutschen Partnern als willkommene Unterstützung wahrgenommen wurde, nicht als Bevormundung oder gar als Zensur.

<sup>65</sup> NA, RG 260, 10/117–1/3, OMGB/ICD an OMGB/CAD vom 28. 10. 1947; die vorangegangene Anfrage von CAD vom 16. 10. 1947 war höchst vorsichtig formuliert.

<sup>66</sup> NA, RG 260, 10/124–1/17, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summaries vom 17. bzw. 25. 3. 1947; zur Vorstellung des Guide am 13. 5. 1947: „In addition to setting forth the general ideals of truthful journalism, the guide selects concrete examples, taken from the Bavarian newspapers, in order to illustrate its point. The guide is intended to serve as handbook for German journalists and should be especially valuable to young reporters.“

<sup>67</sup> Am 26. 8. 1947 heißt es unter der Rubrik „Negativ Operations“ des Weekly Reports erstmals: „No violations, reprimands, or commendations.“; NA, RG 260, 10/124–1/18.

Wenn Josef Felder das in seiner Zeitung zum Ausdruck brachte, dann meist in einer Wendung gegen lokale Kritiker. Es war Antiamerikanismus von rechts, wogegen der Chefredakteur anscrieb, als er im Februar 1947 den nach Hessen versetzten bisherigen Chef von ICD Bayern, Colonel McMahon, auf der Titelseite unter einem Foto würdigte: „Es mag sein, daß einige Unbelehrbare nun wieder davon sprechen, die ‚amerikanischen Söldlinge‘ würden erneut Ergebenheit üben. Wir lassen uns dadurch nicht beirren in der Feststellung: [...] Er war der Presse stets ein väterlicher Freund und die Ewig-Gestrigen könnten von ihm, dem durchaus selbstbewußten Amerikaner, lernen, wie Großmut des Siegers und kosmopolitisches Denken die Voraussetzungen zu wirklicher internationaler Verständigung schaffen“.<sup>68</sup>

Gegen Behauptungen aus der konservativen Ecke, der *Südosst-Kurier* werde von den Amerikanern zensiert, hatte Felder wiederholt zu kämpfen, zum Beispiel nach dem ersten politischen „Auspracheabend“ in Reichenhall im Rahmen des 1948 gestarteten Bildungsprogramms der Militärregierung<sup>69</sup>. Im ausführlichen Bericht darüber war dem Kürzungszwang die rhetorische Frage eines Teilnehmers zum Opfer gefallen, „weshalb Amerika die Sowjets überhaupt erst habe groß werden lassen“ und weshalb „Hitlers Kampf“ von den Westmächten nicht unterstützt worden sei. Der Referent vom US-Information Center München war die sachliche Antwort nicht schuldig geblieben, hatte aber auch bemerkt, „derartige Angriffe gegen die Besatzungsmacht (gehörten) nicht in den Rahmen dieses Abends“. Eine Ausgabe später lieferte der *Südosst-Kurier* die gesamte Passage nach, denn natürlich mochte Felder die Vorwürfe von Anrufern und einem Briefschreiber nicht auf sich sitzen lassen, „wir hätten einen besonders interessanten Angriff eines Fragestellers (...) nur deshalb weggelassen, weil wir eine *Nachzensur* der Militärregierung befürchteten“. In barschem Ton belehrte Felder „unsere Pappenheimer“, fundierte Kritik an den Amerikanern, etwa solche von Parteiführern wie „Dr. Schumacher und Dr. Müller“, werde jederzeit veröffentlicht. Aber auch für die Ansichten seiner Gegner stehe der *Südosst-Kurier* offen, vorausgesetzt, ein entsprechender Beitrag sei namentlich gezeichnet – habe doch die Zeitung „*seit ihrem Erscheinen nicht eine einzige Sekunde unter einer Vor- oder Nachzensur der Amerikaner gestanden*“. Das sollten sich alle diejenigen merken, denen es nur darum gehe, „die demokratische Haltung der USA ad absurdum zu führen“. Felders Argumentation war schlagend: „Auf Fehler Amerikas hinzuweisen, ist nur berechtigt, wer *wirklich zur deutschen Demokratie steht* und bereit ist, auch das anzuerkennen, was die Amerikaner positiv für uns geleistet haben. *Schließlich befreiten sie uns doch vom Nationalsozialismus*. Ist das nichts? *Wiegt das nicht eine Tonne von Fehlern auf?*“

<sup>68</sup> Südosst-Kurier vom 19. 2. 1947, S. 1.

<sup>69</sup> Zu dem Demokratisierungsprogramm vgl. S. 78 f.; das folgende nach Südosst-Kurier vom 8. 9., S. 5 f., und vom 11. 9. 1948, S. 6, Hervorhebungen im Original.

#### 4. „Es seids Sau-Preußen!“

Das neue Jahr 1948 begann nicht gut für Josef Felder. In der Silvesterausgabe des *Südost-Kuriers* hatte der Chefredakteur eine lange Abhandlung über die politische Unabhängigkeit, die publizistischen Grundsätze und die Resonanz des Blattes in der Leserschaft veröffentlicht<sup>1</sup>. Wie schon so oft, war es eine merkwürdige Mischung aus stolzer Leistungsbilanz und Selbstrechtfertigung, die ungewollt Unsicherheit verriet. In der (nicht konsequent durchgehaltenen) Form des Gesprächs mit einem „Redaktionsbesucher“ griff Felder Positionen seiner Gegner auf, variierte in vielem aber nur seine bekannten Argumente: die „unabhängige Presse“ sehne den Tag herbei, an dem die Papierknappheit ein Ende habe und der „freieste Wettbewerb mit parteipolitisch, konfessionell oder lokal streng gebundenen Organen“ möglich werde; in den Kreisen von „engstirnigen Bürgern und geschworenen Gegnern der Demokratie“, nicht in den „breiten Volksmassen“, säßen die Feinde der Lizenzpresse; trotz der Kritik an Mißständen in der Bürokratie verstehe sich der *Südost-Kurier* als „Helfer“ der kommunalen Behörden; auch habe man schon häufig über „deplazierte Reden und Ausprüche“, „z. B. ein[es] Landrat[s]“, den Mantel der christlichen Nächstenliebe gebreitet und geschwiegen.

Zweifellos traf das alles zu. Doch war es auch klug, in dieser Form darüber zu schreiben? Und deutete es wirklich nur auf begeisterte Leser hin, wenn sich die Leute um den *Südost-Kurier* rissen und Kämpfe um die kontingentierten Abonnements entbrannten? Oder war das nicht auch eine Folge des allgemeinen Papiermangels? – Wer genau las, spürte in dem Artikel das Gegenteil dessen, was er demonstrieren sollte: an Felder nagten inzwischen Zweifel über die Zukunft des *Südost-Kuriers*. Nur so ist der schwere Fehler zu verstehen, der dem Lizenzträger unterlief, als er schließlich sogar auf Stammtisch-Gemunkel einging: Bei der „Fahrbereitschaft Bad Reichenhall“<sup>2</sup>, so Felders angeblicher Redaktionsbesucher, habe man die „Ungerechtigkeit“ erörtert, die den Druckereibesitzern widerfahren sei; sie seien von Lizenzträgern verdrängt worden und ihres „in Jahrzehnten mühsam erworbenen Eigentums verlustig gegangen“. Das war zwar nicht abstrakt gemeint, aber auch nicht als konkrete Anklage formuliert. Doch Felder verstand es als solche – und wurde seinerseits in irreparabler Weise konkret: „Diese These gehört zu den übelsten Waffen, die im dunklen Kampf

<sup>1</sup> Südost-Kurier vom 31. 12. 1947, S. 2; danach die folgenden Zitate, Hervorhebung im Original. Der Artikel fand die Aufmerksamkeit des OMGUS/ICD Scrutiny Boards; NA, RG 260, 10/84–2/29.

<sup>2</sup> Die dort von der Berchtesgadener Militärregierung festgestellte „pinprick‘ policy towards the paper“ ging auf Landrat Dr. Schmitt „and certain CSU burgomasters“ zurück: „Their attitude was hostile without open criticism.“; NA, RG 260, MG Berchtesgaden Annual Report 1947/48, S. 97.

gewisser Bürger gegen die unabhängige Presse angewandt werden. Wie lautet denn die Wahrheit: Den Druckereibesitzern – die meisten wurden inzwischen entnazifiziert – wurde außer dem verwirkten Recht, selbst wieder Zeitungen herauszugeben, nicht ein Gramm ihres Eigentums genommen. Sie erhalten eine monatliche Mietsumme, die von neutralen Sachverständigen genau errechnet wurde, die (die) Abnützung ihrer Maschinen und Einrichtungen, die Bereitstellung der Räume usw. in großzügigster Weise berücksichtigt und die vor allem nach einer Währungsanierung ein *arbeitsfreies* Einkommen von erheblichem Ausmaße garantiert. Wir müssen es einmal ganz offen erklären: Der ‚Südost-Kurier‘ zahlt monatlich pünktlich an den Druckereibesitzer die Pachtsumme von 2539,77 RM.“

Altverleger Fritz Wiedemann sah sich dadurch öffentlich ausgezogen. Da half es wenig, daß Felders Angriff nicht als Leitartikel, sondern fast versteckt im Kleindruck „unterm Strich“ auf den Seiten zwei und drei erschienen war. Seit Silvester 1947 waren die besseren Kreise der Kurstadt bei einem der ihren über die Finanzen – eine Angelegenheit, über die man normalerweise niemals sprach – im Bilde. Und Zwangspensionär Wiedemann, von der Reichenhaller Spruchkammer im April dieses Jahres in die ehrenwerte Gesellschaft der Mitläufer zurückgestuft<sup>3</sup>, mußte am Ende eines Wirtshaus-Abends nur die Geldbörse zücken, um sich und seine Honoratioren-Kollegen an Felders unglaublichen Verstoß gegen die „guten Sitten“ zu erinnern.

Gewiß hatte Josef Felder, rechtlich gesehen, kein Wort zurückzunehmen. Aber ebenso gewiß hatte er seiner und der Sache des *Südost-Kuriers* geschadet. Der ausgebooteten Altverleger-Familie öffentlich vorzurechnen, wie gut sie sich stehe, seit wildfremde Menschen in ihrem Betrieb das Kommando führten, war zumindest eine taktische Fehlleistung, zumal mit denselben Leuten demnächst Vertragsverhandlungen geführt werden sollten. Auch das machte Felder allgemein bekannt: „Der noch bestehende vertraglose Übergangszustand gibt den Besitzern im neuen Jahre die große Chance einer freiwilligen Vereinbarung, sofern sie mit ihren Forderungen die Vorgänge der letzten zwölf Jahre – wie das leider sehr oft den Anschein hat – nicht restlos zu negieren versuchen.“ Konnte der Lizenzträger im Ernst erwarten, daß sich Wiedemann nicht am Pranger fühlte, wenn Felder in diesem Zusammenhang von zu großem „private[n] Profitstreben“ und einem „nicht sehr fortschrittlichen“ sozialen

<sup>3</sup> Mit Spruch vom 27. 11. 1946 war Fritz Wiedemann zunächst in die Gruppe der Minderbelasteten eingestuft und zu zwei Jahren Bewährungsfrist sowie zu 2000 RM Sühneleistung verpflichtet worden. Seine NSDAP-Mitgliedschaft seit 1933, vor allem aber seine Zugehörigkeit zur Reichskulturkammer seit 1937 und sein Einfluß als „Betriebsführer einer Zeitung“ waren ausschlaggebend für den Spruch. Wiedemann, der „infolge seiner frühe[r]n Parteizugehörigkeit zur BVP als Nichtnazi“ allgemein bekannt gewesen sei, wurde die Fähigkeit angerechnet, „seinen Betrieb nazirein zu halten und daß zur befohlenen Aufstellung eines Betriebsobmannes ein Nazi eingestellt werden mußte“. Im Wiederaufnahmeverfahren aufgrund neuer Beweismittel stellte die Kammer fest, „daß für den redaktionellen und politischen Inhalt Teil der Zeitung nicht der Betroffene, sondern sein Bruder Max Wiedemann verantwortlich war“ und stuft Fritz Wiedemann am 15. 4. 1947 als Mitläufer ein. Die Sühneleistung „mußte auf Grund seines hohen Einkommens [...] auf 1000 RM festgesetzt werden.“; Amtsgericht München, Registratur S, Spruchkammer Berchtesgaden und Berchtesgaden-Reichenhall, Az. Rh. 1041/46.

Verhalten „vieler Druckereibesitzer“ zu ihrer „Gefolgschaft“ sprach? Dabei blieb der Vorwurf im konkreten Fall ohne Kraft: Felder erlebte doch selbst tagtäglich, mit wieviel Loyalität zu ihrem alten Chef die langjährigen Druckereimitarbeiter den neuen Herren dienten und die Maschinen schonten, auch ohne daß Fritz Wiedemann dazu heimlich Anweisungen geben mußte<sup>4</sup>. Nein, die Attacke verfolgte kein klares Ziel. Sie war das Ergebnis eines Gefühlsausbruchs an der Schreibmaschine.

Felders ohnmächtige Wut war verständlich angesichts des seit dem Start der Lizenzzeitung vor eineinhalb Jahren eher noch gewachsenen Mißtrauens und der Ablehnung, die ihm entgegenschlugen. Was auch immer er tat – das Milieu mauerte, mit trostloser Stetigkeit, Stein um Stein. „Es seids Sau-Preußen!“, lautete eine der Leserzuschriften zum Jahreswechsel, die der *Südost-Kurier* in der ersten Ausgabe 1948 veröffentlichte. Einem solchen „Befund“ war mit Argumenten nicht beizukommen. Das war Ausdruck einer Haltung, die im Zweifelsfalle keinen Geburtsort, sondern einen geistigen Zuschnitt meinte. Deshalb erübrigte sich jeder genealogische Hinweis, wie ihn Felder gleichwohl, und nicht zum letzten Mal, anbrachte. Vier von sechs Redaktionsmitgliedern, rechnete der gebürtige Augsburger vor, stammten aus Bayern: „Nichts wissen, aber hetzen. Bekannte Melodie. Wird von allen Vernünftigen abgelehnt.“<sup>5</sup>

Neben Zorn enthielt Felders Silvesterpolemik aber auch Spuren trotziger Genugtuung. Seit ein paar Wochen durften die Lizenzträger hoffen, daß sich die hartnäckige Verschleppungstaktik nicht auszahlen würde, deren sich die Altverleger – auch Wiedemann – in der Frage der Pachtverträge seit langem bedienten. Denn am 20. September 1947 hatte OMGUS die Verfügung AG 601 erlassen, durch die es endlich möglich werden sollte, überall dort Zwangspachtverträge abzuschließen, wo freiwillige Vereinbarungen zwischen Lizenzträgern und Altverlegern binnen 30 Tagen nach einem entsprechenden Angebot des Lizenzträgers nicht zustande kamen<sup>6</sup>. Die Verfügung war Resultat ziemlich deprimierender Erfahrungen, die die ICD-Verantwortlichen in den zurückliegenden Monaten hatten machen müssen – und eine durchaus maßvolle Reaktion darauf. Weitsichtigeren unter den Presseoffizieren war schon frühzeitig klar geworden, daß die Notwendigkeit, die Lizenzblätter noch für eine Reihe von Jahren in beschlagnahmten Altverleger-Betrieben herzustellen, rechtlich abgesichert werden müsse.

<sup>4</sup> Mitteilung Felders vom 3. 10. 1984. Noch am 12. 10. 1953 reagierte Felder auf eine – offenbar gegenüber Druckereiarbeitern – geäußerte Bemerkung Wiedemanns, die Rotation sei kürzlich zu lange in Betrieb gewesen. Felder dazu: „Die Pachtsätze würden einer 48stündigen Benutzung entsprechen“; IfZ, ED 312.

<sup>5</sup> *Südost-Kurier* vom 5. 1. 1948, S. 2, Hervorhebungen im Original. In der Ausgabe vom 11. 9. 1948, S. 3, erklärte Felder in einer Auseinandersetzung mit dem fremdenfeindlichen Chef der Bayernpartei, Baumgartner, er sei „als Vollbayer anzusprechen“.

<sup>6</sup> NA, RG 260, 10/124–1/3; abgedruckt in: Greuner, Lizenzpresse, S. 286–290. Eine vollständige Sammlung der für die Pachtvertrags-Problematik einschlägigen Bestimmungen in: BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 12.

## Ringen um das Pachtproblem

Als das Lizenzierungsprogramm zur Jahresmitte 1946 seinem Abschluß entgegen ging, glaubten nicht nur unverbrüchliche Optimisten, die „Stunde Null der deutschen Presse“ mitgestaltet und -erlebt zu haben, von der an alles gut geworden sei. Nur wenige mißtrauten dem schönen Schein des bisherigen Erfolgs. Zu den Ausnahmen gehörte Ernst Langendorf. Der Chef der ICD Press Branch Bayern warnte bereits damals in einem internen Memorandum eindringlich vor der Illusion, im wesentlichen sei die Arbeit getan<sup>7</sup>. Nicht professionelle Schwarzmalerei oder charakterlich verankerter Skeptizismus leiteten Langendorf, sondern eine seltene Kombination aus Sachkenntnis, Engagement und Vorstellungskraft. Unabhängig von seiner (mittleren) Stellung in der Hierarchie wurde er damit – über Bayern hinaus – auf amerikanischer Seite rasch zum Motor aller Überlegungen, wie der Fortbestand der neuen Zeitungen auch für die Zeit nach dem Ende der Militärregierung garantiert werden könne.

Noch ehe das Bayerische Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung (BLVW) Anfang Juli 1946 die bisher von der Property Control Division via Treuhänder selbst ausgeübte Verwaltung und Verwertung allen beschlagnahmten Eigentums übernahm, hatte Langendorf mit dem Leiter der neugegründeten Behörde Fühlung aufgenommen<sup>8</sup> und erfahren, daß dort nicht auf Verständnis für die Belange der Lizenzpresse zu rechnen sei: „First this agency has declared itself against granting our newspaper long term leases in those cases in which our licensees are using plants already under property control. Thus our licensees are exposed to a situation in which they may lose the physical means of production [...] In general, our newspapers have every reason to fear the future if plans of this agency are put into effect. They are now subject to danger from political intrigues, pressure from groups with vested interests, all of which will at best impede the development of a free press, entirely unshackled and with the assurance of operating freely without the fear of legal or economical reprisals against which there is no defense.“<sup>9</sup> Zu diesem Zeitpunkt verfügte lediglich eine der insgesamt 19 bayerischen Lizenzzeitungen über einen rechtskräftigen Ver-

<sup>7</sup> NA, RG 260, 10/124–1/15, OMGB/ICD Press Branch Memorandum vom 25. 6. 1946; das Memorandum ist nicht unterzeichnet, geht aber zweifellos auf Langendorf zurück.

<sup>8</sup> NA, RG 260, 10/124–1/16, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summaries vom 17. 6. und 25. 6. 1946. Von den beiden ersten Treffen mit Ministerialdirektor Dr. Höltermann vom BLVW am 13. und 19. 6. 1946 existieren Verhandlungsniederschriften. Die Weigerung Höltermanns, der ICD bzw. der Lizenzpresse einen Sonderstatus einzuräumen, zeichnete sich schon in dem ersten Gespräch ab. Das zweite verlief in ausgesprochen frostiger Atmosphäre: Nachdem sich Höltermann von der Erläuterung der militärrechtlichen Möglichkeiten der ICD durch deren Legal Advisor Dr. Werner unbeeindruckt gezeigt hatte, stellte dieser in Gegenwart des VBZV-Vorsitzenden Naumann fest, „die Amerikaner wollten nicht diktieren, wenn sie nicht dazu gezwungen würden“; 10/126–1/5.

<sup>9</sup> NA, RG 260, 10/124–1/15, OMGB/ICD Press Branch Memorandum vom 25. 6. 1946; dazu auch 10/124–12/1, Schreiben OMGB/CAD an Finance Division/Property Control Branch vom 29. 5. 1947.

trag, und das war ein Ausnahmefall<sup>10</sup>. Die juristische Basis für die Herstellung aller anderen Blätter in den Betrieben der ehemaligen Parteiverlage bzw. der privaten Heimatpresse bildeten die „Military Government Title 21“, wonach ICD für die Erfüllung ihrer Aufgaben „notwendige“ Beschlagnahmungen durchführen lassen bzw. bereits beschlagnahmtes Vermögen heranziehen konnte<sup>11</sup>. Eine dauerhafte Absicherung der Lizenzträger bedeutete das nicht, denn die Eigentumsrechte waren davon unberührt geblieben; nach privatkapitalistischer Logik mußten sie es auch bleiben. So war abzusehen, daß die Heimatblatt-Verleger nach Abschluß ihrer Entnazifizierungsverfahren auf Freigabe ihres von Treuhändern<sup>12</sup> verwalteten Eigentums drängen würden. Aus der Sicht der Presseoffiziere war also keine Zeit zu verlieren.

Genauso sahen es die Lizenzträger: Schon auf der zweiten Tagung des neugegründeten Vereins Bayerischer Zeitungsverleger e. V. (VBZV) am 22. und 23. März 1946 in Rothenburg ob der Tauber lautete Punkt 7 der Tagesordnung „Pacht- und Mietverträge“<sup>13</sup>. Mit ihrer Forderung, die künftigen Pachtverträge nicht auf die Zeitungsdruckereien zu beschränken, sondern unbedingt auf den angeschlossenen – und gerade bei den kleineren Verlagen in der Tat praktisch davon nicht zu trennenden – jeweiligen Akzidenzbetrieb<sup>14</sup> zu erstrecken, stießen die Lizenzträger bei den Presseoffizieren auf Verständnis; nicht jedoch mit ihrem Wunsch nach Festschreibung eines „Vor- und Ankaufsrechts“ für vormals parteieigene (bzw. im Rahmen von Sühneleistungen ehemaliger Parteigenossen eventuell an den Staat fallender) Druck- und Verlagsunternehmen.

Der „Rahmenpachtvertrag“ (eigentlich ein Pacht-Rahmenvertrag), den der Münchener Rechtsanwalt Theo Lueb beim nächsten VBZV-Treffen zwei Monate später ausführlich erläuterte, war dezidiert auch als Vorlage für künftige Zwangskontrakte in Fällen bestimmt, in denen sich Eigentümer oder Treuhänder einem freiwilligen Vertragsabschluß verweigerten. Mit Blick auf das offenbar vielen Lizenzträgern besonders begehrenswert erscheinende Vorkaufsrecht riet der Verleger-Syndikus jedoch, alles daranzusetzen, um zu einvernehmlichen Regelungen zu gelangen. Es liege nicht im „wohlverstandenen Interesse der Lizenzinhaber [...], einen möglichst niedrigen Pachtzins und möglichst günstige Pachtbedingungen durchsetzen zu wol-

<sup>10</sup> Der Lizenzträger der Passauer Neuen Presse, Dr. Hans Evangelist Kapfinger, hatte noch vor dem Start seiner Zeitung einen Lohndruckvertrag mit der katholischen Druckerei- und Verlagsanstalt Passavia AG abgeschlossen. Das geht aus einer Zusammenstellung hervor, die der Vorsitzende des VBZV, Naumann, am 10. 5. 1947 Langendorf sandte; NA, RG 260, 10/124–2/2; ähnlich 10/124–1/1, Aufstellung der OMGB/ICD Business, Auditing and Legal Section vom 23. 5. 1947.

<sup>11</sup> Die Möglichkeiten der ICD gingen mit diesen Bestimmungen (MGR 21–263 bis 21–263.5) über das bereits von SHAEF verkündete Gesetz Nr. 52 („Blocking and Control of Property“) hinaus.

<sup>12</sup> Der Versuch der ICD vom Dezember 1945, ihre Lizenzträger als Treuhänder einzusetzen, scheiterte an Bedenken der OMGUS Legal Division; vgl. Hurwitz, Stunde Null, S. 229.

<sup>13</sup> Das folgte nach dem Referat „Pachtverträge“ von Theo Lueb anläßlich der Tagung des VBZV vom 23.–26. 5. 1946 in Rothenburg ob der Tauber, in: BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 9; vgl. auch Festschrift VBZV, S. 93 f.

<sup>14</sup> Als Akzidenzgeschäft bezeichnet man Druckaufträge, die nicht mit der Zeitungsherstellung in Zusammenhang stehen.

len. Bei einer Pachtdauer von 15 Jahren ist es richtiger, auf einen Pachtvertrag hinzu-  
arbeiten, der den beiderseitigen berechtigten Interessen Rechnung trägt und damit  
nicht schon von vornherein den Keim für künftige Streitigkeiten in sich trägt.“

Der Keim war freilich längst gelegt. Insbesondere die mit Billigung durch OMGUS  
fest in Aussicht genommene 15jährige Absicherung sollte den Widerstand der Altver-  
leger mobilisieren, die ihr – in Erwartung einer scharfen Entnazifizierung – zunächst  
doch gestörtes (kollektives) Selbstbewußtsein ungefähr ebensoschnell zurückgewan-  
nen, wie die Lizenzverleger ein solches entwickelten. Gerade in Bayern, wo der ICD  
Press Branch mit dem aus Wien gebürtigen Juristen Dr. Bert L. Werner<sup>15</sup> ein beson-  
ders aktiver „Legal Adviser“ zur Verfügung stand, der in diesen Wochen systematisch  
sämtliche Verlagsorte bereiste, um Lizenzträgern wie örtlichen Offizieren der Prop-  
erty Control die Rechtslage nahezubringen, waren auch die Altverleger bald beson-  
ders kregel. Das hatte wesentlich damit zu tun, daß gerade hier viele Lizenzzeitungen  
in Betrieben ehemaliger Heimatblatt-Verlage hergestellt wurden, deren Besitzer sich,  
wie Fritz Wiedemann, eher als Opfer denn als Profiteure des Nationalsozialismus  
empfanden. Diese Selbsteinschätzung der meist dem politischen Katholizismus nahe-  
stehenden Altverleger war häufig nicht ganz unberechtigt, aber begleitet von allzu  
einseitiger Sensibilität, die überwiegend Fragen des Eigentums galt, kaum der Politik.  
Manche unter ihnen ausgestattet mit einem notorisch guten Gewissen<sup>16</sup>, sahen sich  
diese Druckereibesitzer durch das Landesamt für Vermögenskontrolle tatkräftig un-  
terstützt, dessen jahrelang durchgehaltene Taktik – wie das vorgesetzte Finanzmini-  
sterium später stolz resümierte – darin bestand, Zwangspachtverträge nur abzuschlie-  
ßen, „wenn im Einzelfall ein schriftlicher Befehl der Militärregierung erteilt wurde“<sup>17</sup>.

Daß solche Befehle 1946 noch nicht ergingen, hing mit Bedenken im Hinblick auf  
die rechtliche Haltbarkeit von langfristigen Zwangspachtverträgen zusammen. Sie er-  
wachsen innerhalb der Militärregierung, zumal bei der OMGUS Finance Division/  
Property Control, verstärkt nach Drohungen der Altverleger, zu gegebener Zeit  
deutsche Gerichte zu bemühen<sup>18</sup>. Aber Verträge per Befehl waren auch der General-  
Linie in Sachen Medienpolitik zuwidergelaufen, die Clay im Oktober 1945 ausgege-  
ben hatte und an der das ganze Jahr 1946 über offiziell festgehalten wurde: Nach er-  
folgreichem Abschluß der Beratungen des Stuttgarter Länderrats über ein Presse-  
gesetz<sup>19</sup> sollten die Abteilungen der ICD ihre Aktivitäten auf ein Minimum zurück-

<sup>15</sup> Werner, laut Langendorf (Mitteilung vom 23. 4. 1985) ein „exzellenter Fachmann“, bewies sein au-  
ßergewöhnliches Engagement nicht zuletzt mit der Denkschrift „Zur Frage der ‚Heimatpresse‘“,  
vgl. S. 122, Anm. 2.

<sup>16</sup> Insbesondere ist hier der Alt- und spätere Alleinverleger des Donau-Kuriers, Dr. Wilhelm Reißmül-  
ler, zu nennen; dazu ausführlich Markl, Restauration; auch BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37,  
Nr. 165, Band 9, Schreiben Reißmüllers an die Staatskanzlei vom 12. 9. 1947.

<sup>17</sup> BayHStA, MW 13 546, Schreiben des Finanzministeriums an die Staatskanzlei vom 16. 2. 1950.

<sup>18</sup> Im Gegensatz zu OMGUS Property Control bescheinigte der OMGB/ICD Press Branch Legal  
Adviser der OMGB Property Control Branch große Kooperationsbereitschaft; NA, RG 260,  
10/124–1/1, Memo Werner vom 27. 6. 1947.

<sup>19</sup> Dazu Ina Kuegler, Die Entstehung der Pressegesetze von 1949 in den Ländern Bayern, Württem-  
berg und Hessen, M. A. München 1978, und Frei, Die Presse, S. 289.

schrauben. Die Lizenzierungs-Kompetenzen sollten dann in deutsche Hände übergehen. So nahm, während Press Branch Bayern es in den Wochenberichten an Warnungen vor dieser Perspektive nicht mangeln ließ, OMGUS eine Wartestellung ein. Leute wie Langendorf setzten sich derweilen gar dem Verdacht aus, ihre Befürchtungen seien weniger sachlich begründet als Ausdruck existentieller Sorgen ob eines künftig möglicherweise abnehmenden Personalbedarfs in den unteren Etagen der ICD.

Erst Anfang 1947 kam wieder Bewegung in die Sache: Clay verweigerte die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf des Länderrats, gegen dessen – die lizenzpressefeindliche Stimmung der Parteienvertreter dokumentierende – autoritäre Einsprengsel Lizenzverleger wie ICD-Offiziere mit Erfolg Sturm gelaufen waren. Am 1. April erging die vorläufige OMGUS-Anweisung AG 386, die wenigstens insoweit Klarheit schuf, als sie die Militärregierungen der Länder ermächtigte, alle von Lizenzzeitungen genutzten Verlagsbetriebe auch dann unter der Treuhänderschaft der Property Control zu halten, wenn die Eigentümer dieser Verlage aus Spruchkammerverfahren als Entlastete hervorgegangen bzw. nicht auf Vermögenseinziehung verurteilt worden waren<sup>20</sup>. Wohl als Geste an die Altverleger war die Zusatzbestimmung gedacht, wonach die von den Lizenzzeitungen seit ihrem Start entsprechend den Feststellungen unabhängiger Fachgutachter abgeführten Pachtverträge ab sofort nicht mehr von Treuhändern verwaltet oder auf Sperrkonten transferiert werden mußten, sondern den entlasteten Druckereibesitzern direkt zur Verfügung standen.

Die eifrig auf die Absicherung „ihrer“ Lizenzzeitungen bedachte Press Branch Bayern nahm diese provisorische Klärung sofort zum Anlaß einer Vertragskampagne, gab es doch bis dahin erst vier rechtskräftige Abschlüsse<sup>21</sup>. Kaum zwei Wochen nach Bekanntwerden der OMGUS-Anweisung wurden die ersten Pachtverträge fixiert, entsprechend dem Vorbild eines von der Press Branch kurz zuvor ausgearbeiteten Mustervertrages<sup>22</sup> mit der von Lizenzträgern wie Presseoffizieren seit langem geforderten Laufzeit von 15 Jahren. Mitte Mai 1947 waren 13 solcher Verträge ausgefertigt, ein weiterer stand vor dem Abschluß. Auf den ersten Blick konnte es scheinen, als seien die bayerischen Presseoffiziere, unterstützt von ihrem „Legal Adviser“ Dr. Werner, dem Ziel schon ein erhebliches Stück näher gekommen. Doch die Zwischenbilanz hatte einen Schönheitsfehler: Nur in Ausnahmefällen waren die Altverleger dem Kontrakt beigetreten; die Mehrzahl der neuen Verträge trug lediglich die Unterschriften der Lizenzträger und des von der Militärregierung eingesetzten jeweiligen Treuhänders. Das galt auch für den *Südost-Kurier*, für den am 15. April 1947 ein 15-Jahres-Vertrag, getrennt für Gebäudemiete und Betriebspacht, unterzeichnet worden war<sup>23</sup>. Das BLVW hatte noch in keinem Fall seine Zustimmung erteilt.

<sup>20</sup> Abgedruckt in: Greuner, Lizenzpresse, S. 285 f.; vgl. auch S. 103, Anm. 6.

<sup>21</sup> NA, RG 260, 10/124-2/2, Zusammenstellung des VBZV vom 10. 5. 1947.

<sup>22</sup> NA, RG 260, 10/124-1/17, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 17. 3. 1947.

<sup>23</sup> NA, RG 260, 10/124-1/1, Vermerk OMGB/ICD Business, Auditing and Legal Section vom 22. 5. 1947 und 10/124-1/17, OMGB/ICD Press Branch Weekly Summary vom 22. 4. 1947. Es war wohl ein Zufall, daß dies am selben Tag geschah, an dem die Reichenhaller Spruchkammer Fritz Wiedemann in die Gruppe der Minderbelasteten zurückstufte; vgl. S. 102, Anm. 3.

Rechtlich war die Situation also weiterhin offen, und so sollte es noch eine lange Weile bleiben.

Der Lauf der Dinge bestätigte Langendorfs Prophezeiungen vom Vorjahr: Mit Erfolg drängten die Altverleger bei den Außenstellen des BLVW auf Zeitgewinn, zunächst mit dem Argument, vor Abschluß ihrer Entnazifizierungsverfahren dürften keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden<sup>24</sup>. Die OMGUS-Verfügung vom April 1947 diente den Altverlegern als Berufungsgrund für die Verzögerungstaktik und war zugleich Anlaß ihrer Erwartung, die Bedingungen würden um so besser, je länger sie sich einer Einigung widersetzen. Zumindest in einem Punkt ging diese Rechnung mit der schon genannten OMGUS-Verfügung AG 601 vom September 1947 auf: Statt von 15, war nun nur noch von fünf Jahren Pachtdauer die Rede, bei einer Verlängerungsmöglichkeit um drei Jahre. Eine Verschlechterung ihrer Position schien sich für die Altverleger allerdings durch die genaue Regelung des Zwangspachtverfahrens anzuzeigen. Doch was war eine 30-Tage-Klausel wert, wenn es dazu erläuternd hieß, freiwillige Abschlüsse verdienten den Vorzug gegenüber einem Zwangsvertrag und sollten „in jeder Weise gefördert werden“? Lag darin nicht fast eine Aufforderung an die Altverleger und deren Berater, als Kollektiv freundlich Gesprächsbereitschaft zu bekunden, um gleichzeitig konkrete Einzelfall-Verhandlungen so lange als möglich hinauszuschieben? Auf eine solche Strategie deutete jedenfalls die Zielsicherheit hin, mit der Dr. Martin Löffler<sup>25</sup>, eigenen Zeichens „Anwalt der Zeitungsdruckereibesitzer der US-Zone“, Josef Felders Silvesterartikel in einen Rohrkrepiierer verwandelte.

<sup>24</sup> „The leases were signed but were delayed in channels at the lower echelons in German Property Control“; NA, RG 260, 10/124-1/1, OMGB/ICD Press Branch, Memo Werner vom 27. 6. 1947. In einem umfassenden Memo an Director OMGUS/ICD sprach die OMGUS/ICD Plans and Directives Branch am 2. 8. 1947 von einer „critical situation“ für die Lizenzträger in der US-Zone, deren Motivation ebenso wie die der Presseoffiziere in den Ländern durch die Unsicherheit im Hinblick auf die rechtliche und ökonomische Absicherung der Lizenzunternehmen bereits schwer beeinträchtigt sei; 5/246-3/11.

<sup>25</sup> Der Stuttgarter Rechtsanwalt hatte bereits seit April 1946 in Bayern und Württemberg-Baden eine Reihe von Buchdruckereibesitzern als Mandanten gewonnen. Unter Umgehung der Vereinsbildungsbestimmungen der Militärregierung entstand daraus die „Süddeutsche Mandantenvereinigung“ als Vorläufer des LBZV. Der „getarnte Verein“ (Wurstbauer, Lizenzzeitungen, S. 144) der Altverleger weckte bei den Lizenzträgern erhebliches Mißtrauen, zumal es vor allem Löffler zuzuschreiben war, daß die Landesämter für Vermögenskontrolle im Sommer 1947 keine langfristigen Pachtverträge genehmigten; NA, RG 260, 5/246-3/11, Memo OMGUS/ICD Plans and Directives Branch an Director OMGUS/ICD vom 2. 8. 1947. Bestrebungen der Lizenzträger, die Mandantenvereinigung als „Naziorganisation“ verbieten zu lassen, stießen bei OMGUS auf Zurückhaltung. Gegenüber dem Vorsitzenden des VBZV, Naumann, meinte General Clay am 22. 4. 1947: „This question will be investigated and decided on the basis of data when it has been determined that it is a Nazi organization. But should that be not the case then I shall protect the rights of the members of that organization just as I protect your own. You have on your side the power of the press to attack these people“; 10/117-2/13, Memo OMGB/ICD Chief Press Branch vom 1. 5. 1947 an OMGB/ICD Chief. – Seit den fünfziger Jahren wurde Löffler zu einem der führenden Presserechts-Experten in der Bundesrepublik; vgl. die Würdigungen zu seinem 65. und 70. Geburtstag, in: Publizistik 15 (1970), S. 68, bzw. 19/20 (1974/75), S. 831 f.

In grundsätzlichen Verhandlungen im November und Dezember 1947 seien die Vertreter der bayerischen Alt- und Lizenzverleger unter Beteiligung des BLVW überein gekommen, „den ersten Versuch einer gütlichen Einigung in Bad Reichenhall beim dortigen Südost-Kurier zu unternehmen“<sup>26</sup>. Durch den „bisher schärfsten und unsachlichsten Presseangriff auf die Eigentümer“ werde dieses Vorhaben jedoch auf keinen Fall gefördert. Vielmehr, so Löfflers Gegenattacke, die unter anderem Bayerns Ministerpräsident Ehard zuzuging, entstehe der Eindruck, „als ob gerade die Furcht vor den berechtigten Ansprüchen der entnazifizierten Drucker die Lizenzträger des Südost-Kuriers zu solchen heftigen, zum großen Teil der Wahrheit widersprechenden Ausfällen [...] veranlaßt habe“.

Der Jurist war festen Willens, den Reichenhaller Streit für die prinzipielle Auseinandersetzung zu nutzen. Doch er konnte nicht umhin, die Argumente des Hauptbetroffenen, Fritz Wiedemann, wenigstens in ein paar Zeilen zu würdigen. Wie zu erwarten, sah sich dieser am meisten durch Felders monetäre Angaben gekränkt: Statt der genannten 2539,77 Reichsmark seien dem Altverleger nach Abzug von Steuern und umfangreichen Reparaturen an Gebäude und Maschinen im Jahresdurchschnitt 1947 pro Monat lediglich 117 Reichsmark verblieben. Das entspreche dem Lohn einer Druckereiputzfrau. Der *Südost-Kurier* verschweige, daß der Pachtbetrag bei einem Gesamtumsatz von monatlich 110 000 Reichsmark ganze 2,5 Prozent ausmache<sup>27</sup>. Löffler weiter: „Mein Mandant weist darauf hin, daß für den Betrieb eines Kinos in Reichenhall zur Zeit das Doppelte an Pacht bezahlt wird wie für den Zeitungsbetrieb. Im Kino werde lediglich der Vorführungsapparat und ein stark beschädigter Vorführraum zur Verfügung gestellt. Dagegen habe er (unfreiwillig) sein gesamtes großes Grundstück und einen umfassenden, wertvollen Maschinenpark zur Verfügung stellen müssen.“

Löffler wußte diese Detailinformation zwar ins Grundsätzliche zu wenden, beschränkte sich dabei aber, wie Wiedemann, fast ausschließlich auf die ökonomischen Aspekte: Für ihre Warenvorräte, so der Anwalt, erhielten die Altverleger „völlig entwertetes Papiergeld“; die Pachtzins-Berechnung sei nicht großzügig, sondern ungerecht; Felders Hinweis auf „arbeitsfreies Einkommen“ vergleiche die „Drucker[eibesitzer], die lieber heute als morgen nach erledigter Entnazifizierung ihre Arbeit wieder aufzunehmen wünschen“, mit „nichtarbeitenden Drohnen – eine in Deutschland besonders mißachtete Stellung“. Auf Felders Vorwurf des mangelnden sozialen Verständnisses der Altverleger ging der Rechtsanwalt nur ein, um daraus eine Unterstellung vorwiegend wirtschaftlicher Interessen auf seiten der Lizenzträger zu konstruieren: Die „auf dem Boden der Privatwirtschaft“ stehenden Eigentümer erblickten in dem Streben der Lizenzträger „nach Besitz und Gewinn [...] durchaus kein Vergehen, soweit sich nicht die Lizenzträger eben auf Kosten der Eigentümer zu bereichern suchen“. Nicht zuletzt die Entschließung, die Löffler am Ende seines Schrei-

<sup>26</sup> BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 3, Schreiben Löfflers vom 30. 1. 1948, danach die folgenden Zitate.

<sup>27</sup> Vgl. auch Wurstbauer, Lizenzzeitungen, S. 35, und Greuner, Lizenzpresse, S. 129.

bens zitierte, machte deutlich, daß es sich um mehr handelte als um eine Verteidigungsschrift für Fritz Wiedemann: Am 22. Januar 1948 hatten die in Nürnberg versammelten „unbelasteten Eigentümer von Zeitungsdruckereien“ der US-Zone, einigermaßen scheinheilig, Felders Ausführungen zum Anlaß genommen, „mit Entrüstung“ zu konstatieren, ihre „Verständigungsbereitschaft“ werde zerstört. Löfflers Replik sollte mithin als Begründung für die Fortdauer der Verschleppungstaktik verstanden werden – und Josef Felders Ausbruch hatte dafür den Anlaß geliefert.

Wer nicht wie Löffler Partei zu nehmen hatte, konnte eigentlich kaum behaupten, die OMGUS-Verfügung AG 601 übervorteile die Altverleger. Aber sie war zu spät gekommen, um das Problem der materiellen Absicherung der Lizenzzeitungen noch mit einem Schlag aus der Welt zu schaffen. Die Zeit, in der sich die Militärregierung unangefochtener Autorität erfreute, war längst vorbei. So stieß, was (OMGUS-internen Gleichklang vorausgesetzt) im unmittelbaren Zusammenhang mit den Lizenzierungen ohne größere Schwierigkeiten durchsetzbar gewesen wäre, inzwischen auf den erbitterten Widerstand der Altverleger, die nicht wenige deutsche Politiker auf ihrer Seite wußten.

Größtes Geschütz fuhren die Druckereibesitzer mittlerweile bedenkenlos ins Feld – und machten damit Gewinne zumindest auf parlamentarischem Gelände: Die Behauptung, der „Monopolanspruch“ der Lizenzzeitungen erinnere „in vieler Hinsicht an die Presse im Endstadium des Dritten Reiches“, den der neugegründete „Arbeitskreis früherer Herausgeber deutscher Zeitungen“<sup>28</sup> im Juli 1948 in einem Traktat über „Das Problem der deutschen Tagespresse“ erhob, brachte nicht zuletzt Ressentiments zum Klingen, die bei Parteifunktionären von rechts bis links seit Jahren wegen der Weigerung der Amerikaner bestanden, in ihrer Zone parteigebundene Tageszeitungen nach Weimarer Muster zuzulassen<sup>29</sup>. (Konrad Adenauer, zum Beispiel, benutzte die Anspielung auf die Goebbels-Presse noch 1949<sup>30</sup>.) Angelegt als eine Aufklärungslektion über die jüngste deutsche Pressegeschichte – mit der geläufigen Insinuation,

<sup>28</sup> Damit verfügten die Altverleger bereits ein Jahr vor den Lizenzverlegern über eine zonenübergreifende Organisation; vgl. Richter, Kommunikationsfreiheit, S. 29–35; zur Argumentation der Altverleger unkritisch, aber besonders „authentisch“: Wurstbauer, Lizenzzeitungen, S. 142–173.

<sup>29</sup> Wie künstlich diese Aufregung zu einem gehörigen Teil war, illustriert ein Briefwechsel zwischen dem Oberbürgermeister Münchens, Karl Scharnagl, und dessen Parteifreund Ministerpräsident Ehard vom Frühjahr 1948. Wilhelm Leupold, ehemaliger Verlagsdirektor der Münchner Zeitung, hatte gegenüber Scharnagl die Unfähigkeit der lizenzierten Regionalzeitungen zur „Heimatspflege“ bemängelt und sie – strukturell zutreffend – mit den NS-Zeitungsblöcken Ost- und Oberbayerns verglichen. Für die CSU hielt der alte Herr „ein Parteiblatt mit einer Auflage von einer Million“ erforderlich. Scharnagl schloß sich dieser Auffassung gegenüber Ehard mit der Formulierung an, es wäre „dringend notwendig, daß endlich einmal ein ausgesprochenes Unionsblatt erscheinen dürfte“, zeigte sich aber skeptisch in Hinblick auf die Personalrekrutierung. Ehard's Referent Dr. Kurt Pfister meinte darauf bestätigend, „daß es für etwa kommende Parteizeitungen keineswegs leicht wäre, geeignete Herausgeber und Schriftleiter zu finden“; Vorgang in: BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 3.

<sup>30</sup> Vgl. Norbert Frei, Die Medienpolitik der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Situation in den Besatzungszonen und in Berlin, in: Mitteilungen Studienkreis Rundfunk und Geschichte, S. 28–41, hier 28.

die Besatzungsmächte hätten von allem keine Ahnung – ging es natürlich auch in der Broschüre letztlich um handfeste ökonomische Interessen: Die Pachtverträge seien Instrumente zur Aushöhlung und Enteignung der Altverleger-Betriebe.

Obschon längst klar geworden war, daß jedes weitere Zuwarten die beabsichtigte Stärkung der Lizenzpresse für die „Zeit danach“ nur erschweren würde, scheute OMGUS vor einer energischen Durchsetzung der eigenen Verfügung zurück. Margige Befehle in vergleichsweise marginalen Angelegenheiten schienen nicht mehr in die politische Gesamtlandschaft zu passen; zum Leidwesen und auf Kosten der Presseoffiziere nahm das Hauptquartier die ebenso enervierend unproduktive wie kräfteverschleißende Fortdauer des Gerangels mit den Altverlegern in Kauf. Ernst Langendorf sprach in seinem Bericht für das zweite Halbjahr 1948 von den „legal battles“ als „headache number one for Press Branch“<sup>31</sup>. Mit immer neuen Verzögerungstricks warteten die entnazifizierten Altverleger auf: „[T]hey felt time worked in their favor. The uncertain currency situation was the excuse used for not signing up until June of this year. Then it was the impending establishing of a West German State and the Occupation Statute. The announcement of the prospective abolishment of licensing controls (Anfang Oktober 1948) served only to increase the delaying tactics of the owners, who were supported in their attitude by powerful political groups and to some extent by so-called ‚independent‘ experts, of whom at least one has been a member of the NSDAP.“

Im September 1948 hatten elf der mittlerweile 24 bayerischen Zeitungen noch keinen rechtskräftigen Pachtvertrag<sup>32</sup>. Darunter war auch der *Südost-Kurier*, dessen Betrieb via Treuhänder nach wie vor der Kontrolle der Property Branch der OMGB Finance Division<sup>33</sup> unterstand. Nach den Aufregungen zum Jahreswechsel 1947/48 waren die Verhandlungen mit der Eigentümerfamilie im Frühjahr 1948 wieder aufgenommen worden. Zur Vorbereitung eines „Gipfelgesprächs“ – es war nicht das erste<sup>34</sup> – am 8. April in Bad Reichenhall hatte Hans Horstmann, ein in diesen Monaten vielbeschäftigter Sachverständiger für das graphische Gewerbe, mit Billigung beider Parteien ein frisches Gutachten auf der Basis der Preise von 1939 erstellt. Danach war die seit dem Start des *Südost-Kuriers* von den Lizenzträgern abgeführte Pacht für die Benutzung der Maschinen um etwa ein Viertel zu gering angesetzt. Die Grundstücks- miete war nach aktuellen Berechnungen der örtlichen Preisbehörde sogar um mehr als die Hälfte zu niedrig.

Die Chance, statt der bisherigen Gesamtmiete von jährlich 32 241 Reichsmark bis

<sup>31</sup> NA, RG 260, 5/236–3/1–6, OMGB/ICD Press Branch Semi-Annual Report Juni–Dezember 1948, S.7.

<sup>32</sup> Das auch von Hurwitz, Stunde Null, S.231, angeführte Zwischenergebnis steht im Widerspruch zu seiner Schlußfolgerung, „die Proteste der Altverleger [...] hatten das Vorgehen der Militärregierung [...] nicht beeinflussen können“.

<sup>33</sup> NA, RG 260, 10/124–1/2, Memo OMGB Land Property Control Chief an ISD Press Branch vom 17.6.1949; die Kontrolle war schon vor dem Start des *Südost-Kuriers* ausgesprochen worden. Dazu auch eine undatierte Aufstellung in: 10/124–1/3.

<sup>34</sup> IfZ, ED 312, Verhandlungsniederschrift vom 8.4.1948, danach die folgenden Angaben und Zitate.

zu 62 586 Reichsmark herauszuholen (vorausgesetzt, der Ansatz eines pauschalen Teuerungszuschlages 40 Prozent für die Jahre 1939 bis 1948 würde preisrechtlich genehmigt), schien Fritz Wiedemann einen neuerlichen Anlauf lohnenswert zu machen. Doch der Altverleger hatte noch weitergehende Forderungen, wie in der Verhandlung rasch deutlich wurde. Wiedemanns (Zwischen-)Ziel war „die Abzweigung eines lebensfähigen Akzidenzbetriebes“, mit dem er so bald als möglich wenigstens einen Teil des Unternehmens wieder in eigene Regie bekommen wollte. Wiedemann ließ keinen Zweifel daran, daß es ohne die Zustimmung zu einer Teilung des Betriebes in einen Zeitungsverlag und eine Geschäftsdruckerei keinen freiwilligen Vertrag geben werde. Der Auftritt – mit den Rechtsanwältinnen Dr. Bergold und Lueb, den Generalvertretern der Alt- bzw. Lizenzverleger als Zeugen – war gut vorbereitet: Schon im Vorfeld hatte Wiedemann seine Verbindungen zur Stadtverwaltung spielen lassen, denn im Kern ging es ihm um die räumliche Trennung des Unternehmens. Unverhofft zog der gebürtige Reichenhaller das Angebot aus der Tasche, er werde dafür sorgen, „daß der Lizenzpresse ein baureifes Grundstück im Zentrum der Stadt überlassen wird“. Josef Felder und Heinrich Haug waren erst einmal geplättet. Ausweislich des Protokolls dauerte es einige Zeit, ehe die beiden Lizenzträger die Überraschung verarbeitet hatten und „nach reichlicher Überlegung äußerten, daß sie diesem Projekt äußerst freudig zustimmen würden, wenn die Flächengröße ihren Plänen mehr entsprechen würde“. Auf 850 Quadratmetern, das hatte sich unschwer ausrechnen lassen, war kein zukunftsweisendes Verlagsgebäude zu errichten. Der Altverleger präsentierte einen neuen Vorschlag: Die Lizenzträger könnten einen Teil des Wiedemannschen Anwesens erwerben und dort auf ungefähr 1500 Quadratmetern „angemessene Bauten aufführen [sic]“. Für die Aussicht, den *Südost-Kurier* aus seinem Haus zu schaffen, war dem Familienvorstand nicht einmal der eigene Grundbesitz heilig. Oder doch?

Fritz Wiedemanns Forderungen waren zu ausgefeilt, als daß die Vermutung, er habe einen fairen Ausgleich angestrebt, das erste wäre, was sich bei der Lektüre des Verhandlungsprotokolls aufdrängt: Der neue Pachtvertrag sollte rückwirkend zu Jahresbeginn 1948 in Kraft treten; für die davorliegende Zeit sollten entsprechend der neuen Pachtsumme Nachzahlungen einschließlich eines gestaffelten Teuerungszuschlages geleistet werden; für die Monate (oder Jahre?) zwischen dem Vertragsabschluß und dem Umzug des *Südost-Kuriers* in die neuen Gebäude sollten dem verhinderten Akzidenzdrucker Wiedemann monatlich 600 Reichsmark Entschädigung zustehen; selbst „der zu erwartenden Währungsreform und einer möglichen Sachwertabgabe“ suchte Wiedemann im voraus einen für ihn günstigen Aspekt abzugewinnen. Und Altverleger-Beistand Bergold vergaß nicht hinzuzusetzen, „etwa später eintretende Änderungen der Militärregierungs-Vorschriften [müßten] auch auf diesen freiwilligen Vertrag Anwendung finden“. Dieses, immerhin, fand den Widerspruch der Lizenzträger: ein freiwilliger Vertrag könne nicht mit Vorbehalten (in diesem Fall einer „Besserungsklausel“) abgeschlossen werden. Gleichwohl gingen die Parteien mit Zuversicht auseinander. Binnen zehn Tagen wollte „die Lizenzträgerseite“ ihr Angebot machen. Doch dazu kam es nicht.

Sei es, daß den Lizenzträgern nach kühlem Kalkulieren die Rechnung insgesamt nicht aufzugehen schien; sei es, daß sie im Vorfeld der Währungsumstellung so weitreichende Verpflichtungen scheuten oder davon ausgehen mußten, daß Wiedemann, was verständlich gewesen wäre, vorher ohnehin keinen Grundbesitz verkaufen würde, – die Verhandlungen verzögerten sich weiter. Nach der Währungsreform vom 20. Juni wäre die Annahme von Wiedemanns Trennungsvorschlag allerdings einem ökonomischen Selbstmord des *Südost-Kuriers* gleichgekommen. Das bis dahin angesammelte Gesellschaftskapital<sup>35</sup> war auf ein Zehntel des Nennwertes zusammengesmolzen, und die Expansionsmöglichkeiten mußten zumindest mittelfristig vorsichtig beurteilt werden. Vielleicht drohte gar ein Abonnentenrückgang, denn viele private Haushalte waren jetzt nicht mehr sonderlich liquide. Das entscheidende Argument aber war wohl die zerstörte Aussicht auf einen nennenswerten Kredit von der zu Jahresbeginn 1948 eingerichteten Wirtschaftlichen Genossenschaft der Presse (Wigo), die – wäre nicht die Währungsreform dazwischengekommen – 36 Millionen Reichsmark zu verteilen gehabt hätte, den Löwenanteil der von allen Lizenzzeitungen seit Beginn abgeführten 20prozentigen Umsatzabgabe<sup>36</sup>.

Mochte der Bau eines eigenen Druckerei- und Verlagsgebäudes für den *Südost-Kurier* irgendwann in den nächsten Jahren, rechtzeitig vor Ablauf eines Zwangspachtvertrages, unvermeidlich werden: im Sommer 1948 war es dafür einfach noch zu früh. Es gab keinen ökonomisch vernünftigen Grund, Wiedemanns „Angebot“ jetzt anzunehmen. Das galt umso mehr, als die Offerte in ziemlich durchsichtiger Weise darauf zu spekulieren schien, die ungeliebten Lizenzträger würden sich finanziell übernehmen, und der Brocken, in welchem Stadium auch immer, am Ende wieder dem Altverleger zufallen. Beweisen ließen sich solche Hintergedanken natürlich nicht. Doch Fritz Wiedemann war ein versierter Geschäftsmann und hatte, unfreiwillig, viel Zeit zum Pläneschmieden. Seinen Motiven schiere Harmlosigkeit zu unterstellen, hätte er wohl als Beleidigung betrachtet – umso mehr, als sein Verhalten ja nicht nur von „ganz Reichenhall“, den beiden Lizenzträgern und den Presseoffizieren beobachtet wurde, sondern mit großer Aufmerksamkeit auch von seinen früheren Verlegerkollegen im Rupertigau.

Ob und wie sich Wiedemann mit dem *Südost-Kurier* arrangierte, war für die ehemaligen Herausgeber der Heimatzeitungen in der Nachbarschaft des *Reichenhaller Tagblatts* von erheblicher Bedeutung. Schließlich deutete von Monat zu Monat mehr darauf hin, daß die Ära der Lizenzpresse, jedenfalls mit den Amerikanern als Regisseuren, bald zu Ende gehen würde. Im Laufe der zweiten Jahreshälfte 1948 verschwand Wiedemanns Trennungskonzept vom Verhandlungstisch, an dem sich die Parteien ohnehin immer schwerer zusammenfanden.

<sup>35</sup> Über die offenbar nicht allzu große Summe sind keine Unterlagen mehr vorhanden.

<sup>36</sup> Vgl. Hurwitz, Stunde Null, S. 228.

## Zwangsverträge als letztes Mittel

In Südost-Oberbayern wie überall waren Altverleger wie Lizenzträger längst damit beschäftigt, Startlöcher für den nach Auflösung der Militärregierung zu erwartenden Konkurrenzkampf auszuheben. Während viele Lizenzzeitungen, darunter seit 1. September 1948 auch der *Südost-Kurier*<sup>37</sup>, versuchten, den um die angeblich so unersetzliche Heimatpresse vergossenen Strom von Krokodilstränen mit der Einführung von Nebenausgaben für die verschiedenen Städte und Kreise zu stoppen, trachteten die Altverleger, ihre Lage im Weg über deutsche Amtsstuben zu verbessern. Sie hatten sich dafür einen Anwalt ausgesucht, der als Verteidiger des (dann in Abwesenheit zum Tode verurteilten) „Führer-Sekretärs“ Bormann im Nürnberger Prozeß zwar vielleicht nicht überdurchschnittlich erfolgreich gewesen, aber zweifellos prominent geworden war<sup>38</sup>: Dr. Friedrich Bergold ging die Aufgabe mit spürbar größerer Schärfe an als sein Vorgänger Löffler. Zwar hatte sich auch dieser schon bemüht, den bayerischen Ministerpräsidenten über das schwere Schicksal der Altverleger auf dem laufenden zu halten<sup>39</sup>, aber erst Bergold erreichte, daß sich Ehard beim Land Director der Militärregierung schriftlich für die Druckereibesitzer verwendete<sup>40</sup>.

Bergolds (einstweilen) wichtigstes Anliegen, auch in Bayern die von OMGUS prinzipiell zugelassenen Lohndruck- anstelle von Pachtverträgen durchzusetzen, um die „drohende politische Gefahr ab[zu]wenden, die darin besteht, daß die künftige Freiheit der Zeitungsherstellung durch vorherige Abschlüsse von Zwangspachtverträgen zugunsten der jetzigen Lizenzträger illusorisch gemacht wird“, spitzte Ehard in seinem Schreiben an Murray D. Van Wagoner sogar noch zu. „Gerade jene Lizenzträger, welche befürchten müssen, bei einem freien Wettbewerb auf dem Gebiet der Presse sich nicht behaupten zu können“, versuchten nun „mit allen Mitteln“ Zwangspachtverträge zu erreichen. Der CSU-Politiker schreckte nicht vor der Behauptung zurück, diesen Lizenzverlegern gehe es darum, „künftig den freien Wettbewerb auszuschalten und sich ein Monopol auf die Bildung der öffentlichen Meinung zu sichern“.

Van Wagoner ließ sich Zeit, ehe er, gestützt auf reiches Zahlenmaterial<sup>41</sup>, trocken

<sup>37</sup> Dazu S. 123–127.

<sup>38</sup> Darauf wies der Pressechef der Bayerischen Staatsregierung in einer Vormerkung vom 28. 10. 1948 ausdrücklich hin; BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 4.

<sup>39</sup> Am 23. 4. und am 4. 11. 1947 hatte Löffler u. a. Ehard über seine Bestrebungen informiert, bei OMGB/ICD bzw. OMGUS die Einwilligung zum Abschluß von Lohndruck- anstelle von Pachtverträgen zu erlangen; BayHStA, Staatskanzlei, Karton 3, Nr. 165, Band 2 und 3.

<sup>40</sup> Der gesamte Vorgang (Schreiben Bergolds an Ehard vom 18. 10. 1948 mit Anlagen und Schreiben Ehards an van Wagoner vom 8. 11. 1948 mit Entwürfen) in: BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 4; das Schreiben Ehards auch in: MF, vorl. Nr. III-XIb-9.

<sup>41</sup> Der Chef der OMGB/ISD Press Branch, Langendorf, hatte das Schreiben vom 1. 12. 1948 vorbereitet. Darin rechnete van Wagoner dem Ministerpräsidenten vor, in Bayern gebe es mindestens 60 Druckereien, von denen nur 20 zur Herstellung der Lizenzzeitungen benützt würden. Zu den angeblich außerhalb Bayerns so verbreiteten Lohndruckverträgen bemerkte der OMGB-Chef, in Hessen treffe dies in drei von 15, in Württemberg-Baden in zwei von zwölf Fällen zu; NA, RG 260, 10/126-1/4.

zurückgab, die Tatsachen rechtfertigten Ehards „Pessimismus bezüglich der Freiheit der Presse in Bayern“ nicht. Der Hinweis des Land Directors, auch in verpachteten Druckereien könnten gegebenenfalls mehrere Zeitungen nebeneinander hergestellt werden, war freilich nur ein Schein-Argument gegen die Schein-Befürchtung eines Monopols, hinter der sich der Ärger jener Altverleger verbarg, die das Pech hatten, ein Lizenzblatt in ihrem Hause dulden zu müssen. Doch die deutlichen Worte, mit denen Van Wagoner General Clay zitierte („Sie möchten die Lizenzpresse gerne aus diesen Druckereien entfernen. Wir werden dies nicht gestatten [. . .] Die Vernichtung der unabhängigen Presse wäre ein zu hoher Preis.“), verfehlten ihre Wirkung nicht: „Bei der in dem Schreiben des Landesdirektors zutage getretenen Einstellung dürften weitere Vorstellungen bayerischer Regierungsstellen wenig Aussicht auf Erfolg bieten“, hieß es im knappen Anschreiben, mit dem die Staatskanzlei die Antwort geflissentlich an den Petenten Bergold weiterleitete. Bergolds Drohung mit „nicht unerhebliche[n] Schadensersatzansprüche[n] gegen das Land Bayern von seiten der geschädigten Altverleger“ war ins Leere gelaufen, denn mittlerweile waren sich die „unteren Militärdienststellen“, wie der Anwalt die bayerische ISD abzuqualifizieren suchte, der Rückendeckung durch OMGUS gewiß.

Ein erneuter Einigungsveruch in Reichenhall wurde am 13. Dezember 1948 unternommen. Es sollte der letzte bleiben, doch das ahnte keiner der Beteiligten. Die Aussicht auf ein freiwilliges Abkommen schein „größer als je“, bemerkte Josef Felder in der Silvesterausgabe des *Südost-Kuriers*<sup>42</sup>. Wie im Vorjahr ging der Chefredakteur auf „leider nie faßbare Gegner“ ein, die „wilde persönliche Hetze mit der Behauptung [treiben], die Lizenzträger des ‚Südost-Kurier‘ hätten dem Besitzer des Zeitungsbetriebes die Druckerei abgestohlen. Nie ist eine infamere Lüge verbreitet worden.“ Fast eine ganze Zeitungsseite nahm der Leitartikel ein. Unter der Überschrift „Wie bisher: Fester Kurs!“, verband Felder versöhnliche mit gewohnt selbstbewußten Worten: „Die Herausgeber des ‚Südost-Kurier‘ sind Gegner eines Zwangsvertrages und würden ihn nur dann befürworten, wenn die andere Seite die selbstverständliche Formel vom ‚Leben-und-Leben-lassen‘ nicht anzuerkennen vermöchte. [. . .] Hoffen wir, daß das neue Jahr bald die Unterschriften unter Verträge ermöglicht, die eine friedvolle Zusammenarbeit ermöglichen und damit einen für beide Teile unangenehmen Interimszustand beendet. Wie es aber auch immer sei: Die in unserem Verbreitungsgebiet aufgetauchte Meinung, daß damit auch ein Einfluß auf die Haltung des ‚Südost-Kurier‘ oder auf seine redaktionelle Leitung ausgeübt werden könne, ist *völlig irrig*. Hier ändert sich *nichts*. Das Steuer des ‚Südost-Kurier‘ bleibt fest in unserer Hand.“

Kaum anzunehmen, daß Felder zu diesem Zeitpunkt bereits von der Verfügung wußte, mit der OMGUS am Weihnachtstag 1948 in ungewohnt barschem Ton Weisung erteilt hatte, alle noch offenen Vertragsverhandlungen definitiv bis zum 31. Januar 1949 abzuschließen<sup>43</sup>. 15 Monate waren seit Veröffentlichung der Verfügung AG 601 vergangen, und im Hauptquartier der Militärregierung bestand der –

<sup>42</sup> Südost-Kurier vom 31. 12. 1948, S. 1 f.

<sup>43</sup> OMGUS-Verfügung AG 160 vom 27. 12. 1948; übersetzte Abschrift in: IfZ, ED 312.

nun tatsächlich unabweisbare – Eindruck, vielfach seien Abschlüsse „ungebührlich verzögert“ worden. Zwar hatte es in den letzten Wochen deutliche Fortschritte gegeben, aber noch immer arbeiteten in der US-Zone neun der 56 Lizenzblätter ohne ein Abkommen mit dem jeweiligen Druckereibesitzer<sup>44</sup>. Mit 16 freiwilligen und sieben Zwangsverträgen waren die bayerischen Presseoffiziere inzwischen am weitesten: Während in Hessen noch zwei und in Württemberg-Baden noch sechs Verträge offenstanden, hatten sie nur noch einen Problemfall zu lösen – den des *Südost-Kuriers*. Das in absehbare Nähe gerückte Ende der Militärregierung war der offensichtliche Grund für verschärften Druck auf die letzten störrischen Altverleger.

Als Heinrich Haug, laut Gesellschaftsvertrag Verlagsleiter des *Südost-Kuriers* und deshalb für das Pachtproblem in erster Linie zuständig<sup>45</sup>, knapp zwei Wochen vor dem 31. Januar 1949 Fritz Wiedemann noch einmal aufsuchte, war ein Scheitern praktisch kaum mehr aufzuhalten<sup>46</sup>. Gleichwohl bemühte sich der Lizenzträger – nachdem er während der Verhandlung im Dezember offenbar vor allem Verwirrung gestiftet hatte – in geradezu rührender Weise, den drohenden Zwangspachtvertrag doch noch zu umgehen. Er erklärte sich bereit, in der verbleibenden Zeit „alle Anstrengungen“ zu unternehmen, um die von Bergold beim letzten Treffen überraschend ins Spiel gebrachte Idee einer Beteiligung Wiedemanns an der „Südost-Kurier Verlags- und Druckereianstalt GmbH“<sup>47</sup> ins Konstruktive zu wenden. Doch der Altverleger war sich wohl selbst nicht ganz im klaren, ob er dabei einen Einstieg als alleiniger persönlicher Gesellschafter oder aber mit der gesamten Wiedemannschen Buchdruckerei oHG anstreben sollte. Ängstlich um ein „auf die Dauer mögliches und zufriedenstellendes Verhältnis“ besorgt, wollte Haug zuletzt „nötigenfalls“ auch das Familienunternehmen als Vertragspartner akzeptieren.

Es war schließlich Wiedemann, der mit der Begründung abwinkte, zwölf Tage seien zu kurz für die Lösung so komplizierter Rechtsfragen; insoweit habe er durchaus nichts gegen einen „verbindlichen Vertrag“ zum 31. Januar 1949. Haugs nachträglicher Notiz zufolge erklärte der Altverleger, er betrachte einen Zwangspachtvertrag auch „keinesfalls als einen gegen ihn gerichteten, unfreundlichen Akt, sondern als eine für beide Teile unumgängliche Zwangsläufigkeit“. Aus der Perspektive Haugs war man sich einig geworden, den Zwangsvertrag „lediglich als eine Übergangsregelung anzusehen [...] und von sich aus so bald als möglich durch eine freiwillige Vertragsvereinbarung abzulösen“. Heinrich Haug, spürbar erleichtert und der Harmonie be-

<sup>44</sup> Diese und die folgenden Zahlen nach IfZ, Dk 101.006, OMGUS Monthly Report Dezember 1948, S. 9.

<sup>45</sup> Allerdings war Haug in solchen grundsätzlichen Fragen nicht alleine entscheidungsbefugt; IfZ, ED 312, Gesellschaftsvertrag der Südost-Kurier Verlags- und Druckanstalt GmbH in der Fassung vom 20.3.1949.

<sup>46</sup> Das folgende nach einem (zur internen Aktennotiz umgewandelten) Briefentwurf Haugs an Wiedemann vom 29. 1. 1949; IfZ, ED 312.

<sup>47</sup> Entsprechend den Empfehlungen der OMGB/ICD Press Branch hatten die Lizenzträger des Südost-Kuriers bereits am 19. 9. 1946, im Zusammenhang mit der Verleihung der zweiten Lizenz an Haug, eine GmbH gegründet.

dürftig selbst dort, wo die Gesetze nüchterner Geschäftsmäßigkeit galten, schlug deshalb vor, „zum Zwangsvertrag eine in diesem Sinne lautende Zusatzerklärung gegenseitig zu unterzeichnen“. Es wurde nichts daraus.

Alles, was vor dem Stichtag 31. Januar 1949 noch zustande kam, war eine mit professioneller Routine verfaßte vorsorgliche Schuldzuweisung: Wiedemanns Anwalt Dr. Bergold bescheinigte den Lizenzträgern mit Schreiben vom 24. Januar, sie allein trügen die Verantwortung dafür, daß ein freiwilliger Vertrag nicht mehr geschlossen werden könne. Am 29. Januar 1949 unterzeichneten Heinrich Haug und der vom BLVW bestellte Treuhänder der Wiedemannschen Buchdruckerei oHG, Adolf Brunhold aus Strub bei Berchtesgaden, das von OMGB für verbindlich erklärte Vertrags-Formblatt „über die Verpachtung eines unter Vermögenskontrolle stehenden Druckereibetriebes an einen lizenzierten Zeitungsverlag“<sup>48</sup>. Fritz Wiedemann war ebensowenig zugegen wie Josef Felder. Der Vertrag galt rückwirkend ab 10. Mai 1946, dem Datum der Erstausgabe des *Südost-Kuriers*. Die Laufzeit von fünf Jahren berechnete sich vom Zeitpunkt der endgültigen Genehmigung des Vertrages durch die ISD, die exakt am 31. Januar 1949 erteilt wurde. Nach fast zweijährigen Verhandlungen war die Zukunft des *Südost-Kuriers* mithin bis Januar 1954 gesichert. Eine Verlängerung des Vertrags um drei Jahre war möglich, wenn der Pächter ein Vierteljahr vor Ablauf „dem OMGB über das BLVW den überzeugenden Nachweis dafür erbringt, daß er trotz aller zumutbaren Bemühungen und unter Würdigung aller Umstände eine Zeitungsdruckerei anderweitig nicht hat beschaffen können und daß eine solche Anlage entweder nicht verfügbar ist oder zu tragbaren Bedingungen nicht beschafft werden kann“. Das waren nicht gerade Formulierungen, die dazu einluden, es darauf ankommen zu lassen.

Überhaupt war der Zwangspachtvertrag alles andere als ein Schanddiktat. Als Grundlage der Pachtzinsberechnung durch ein Schiedsgericht<sup>49</sup> diente das für Wiedemann günstigere Sachverständigen-Gutachten vom Frühjahr 1948. Bei dem (gemäß dem Erstgutachten schon bezahlten) Pachtzins für die zurückliegende Zeit wurde eine getrennte Berechnung für die Jahre bis zur Währungsreform und für das zweite Halbjahr 1948 vereinbart; der Vertrag enthielt sogar eine Zinsgleitklausel. Schwerlich konnte der Treuhänder feststellen, es handele sich um einen das „Vermögensobjekt schädigenden“ Kontrakt, wie Altverleger-Syndikus Bergold in seinem Brief an Ehard pauschal von den Zwangspachtverträgen behauptet hatte.

Zweifellos hatte in dem Verbot sämtlicher bei Kriegsende in Deutschland existierender Zeitungen, das unterschiedslos alle Privatverleger getroffen hatte, eine wirtschaftliche „Schädigung“ gelegen; nicht jedoch in der – die Eigentumsrechte stets wahrenenden – Requirierung eines Teils dieser Privatverlage für die Herstellung der Lizenzzeitungen. Unter rein ökonomischem Aspekt betrachtet, war damit über Jahre hinweg sogar ein Vorteil verbunden, selbst noch Anfang 1949: Während sich die meisten ehemaligen Heimatblatt-Verleger mit Akzidenzdruck begnügen und auf den

<sup>48</sup> IfZ, ED 312.

<sup>49</sup> Vermutlich setzte es sich aus Vertretern von VBZV und LBZV zusammen.

Einsatz ihrer Rotationsanlagen weitgehend verzichten mußten, erzielten die Eigentümer der Druckereien, in denen die Lizenzpresse produziert wurde, eine realistische Pacht. Von einer rigorosen Durchsetzung der Interessen der Lizenzträger, wie eine in diesen Jahren entstandene Fama es wollte, konnte jedenfalls keine Rede sein. Der Nervenkrieg zweieinhalbjähriger Verhandlungen bis zum Abschluß der letzten (Zwangs-)Pachtverträge und die Fairness der materiellen Regelungen waren im Gegenteil gerade ein Beweis, mit wieviel Umsicht und auch Konzessionsbereitschaft die Militärregierung in der Eigentumsfrage vorgegangen war. Etliche der freiwilligen Verträge, die ICD bis zuletzt Zwangskontrakten vorzog, liefen bereits auf eine Beteiligung des jeweiligen Altverlegers an dem Lizenzunternehmen hinaus und hatten Vorbildfunktion für die später vielfach zustande gekommenen Arrangements. Das zeigten am Ende auch die Zahlen: Mehr als zwei Drittel der privaten Druckereibesitzer in der US-Zone hatten bis zum 31. Januar 1949 freiwillige Verträge mit den Lizenzträgern abgeschlossen<sup>50</sup>. In Bayern war es, einschließlich Reichenhall, zu sieben Zwangspachtverträgen gekommen, darunter die Betriebe einiger vormals mehr oder minder dezidiert nationalsozialistischer Verleger<sup>51</sup>. Für die Propaganda der Altverleger blieb die Existenz dieser wenigen Zwangsverträge – ungeachtet ihrer potentiell weiteren Verringerbarkeit – von prinzipieller Bedeutung. Schienen sie doch der stärkste Beweis für die Knebelung der verlegerischen Freiheit durch die Besatzungsmacht und ihre publizistischen „Vasallen“ zu sein.

Tatsächlich war der Purismus der programmatischen Anfangszeit bei ICD seit langem einer großen Bereitschaft zu Pragmatismus gewichen. Denn ungeachtet der Bedeutung, die OMGUS dem Lizenzprogramm für die Reorientierung der Deutschen beimaß, hatten die Presseoffiziere auch innerhalb der Militärregierung Überzeugungsarbeit leisten und Flexibilität lernen müssen. Aber gegenüber Altverlegern und den auf deutscher Seite für Vermögenskontrolle zuständigen Instanzen im entscheidenden Punkt unnachgiebig bleiben zu können, kostete sie desto weniger Mühe, je starrer die Haltung dieser Deutschen wurde. Denn daß ohne Festigkeit im Hinblick auf eine wenigstens mittelfristige Sicherung der Produktionsmöglichkeiten der größte Teil der Lizenzzeitungen nach dem Ende der Lizenzpflicht kaum Überlebenschancen haben würde, machte die Heftigkeit der Abwehrversuche immer klarer. Zu der noch einmal stark protektionistischen Politik kurz vor ihrem Abzug sah sich die Militärregierung förmlich gezwungen.

In der Zeit danach konnten die Altverleger, wie bis dahin schon beim BLVW, bei deutschen Regierungsstellen am leichtesten auf Unterstützung rechnen, wenn sie ihre Argumentation aufs Ökonomische abstellten: Was hätte im Clinch mit den Amerika-

<sup>50</sup> Die Zahl der Zwangspachtverträge lag bei maximal 18; Berechnung nach IfZ, DK 101.006, OMGUS Monthly Report Dezember 1948, S. 9, und Januar 1949, S. 40.

<sup>51</sup> Unter Zwangspacht waren private Druckereien in Garmisch, Aschaffenburg, Coburg, Bad Reichenhall, Weiden, Augsburg und Nürnberg genommen worden, außerdem ehemalige NSDAP-Verlage in München, Bayreuth und Augsburg; BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 12, Schreiben des bayerischen Finanzministeriums an die Staatskanzlei vom 26. 2. 1950.

nen zugkräftiger und politisch unverdächtiger sein können als die Parole „Mehr Wettbewerbsfreiheit“? Die ebenso wohlorganisierten wie mit guten politischen Verbindungen (oft noch aus den Weimarer Jahren) ausgestatteten Altverleger hatten das verstanden. So war es wohl auch nicht ganz zufällig, an welchem Fall die bayerische Staatsregierung 1949/50 einen erneuten Anlauf gegen die amerikanische Pachtvertragspolitik aufhängte: Es handelte sich um den Verlag der Gebrüder Nickl in Weiden, die den 1937 nach jahrelangen Pressionen vom NSDAP-Gauverlag Bayerische Ostmark geschluckten *Oberpfälzischen Kurier*, ein früheres BVP-Blatt, herausgegeben hatten<sup>52</sup>. Von den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten her war das Familienunternehmen mit der Wiedemannschen Buchdruckerei oHG ziemlich vergleichbar.

Im August 1949 durfte Ferdinand Nickl dem bayerischen Wirtschaftsminister Dr. Hanns Seidel im persönlichen Gespräch erläutern, welches Unrecht ihm durch einen Zwangspachtvertrag mit dem sozialdemokratisch orientierten *Neuen Tag* widerfahren war<sup>53</sup>. An der Möglichkeit, die Streitigkeiten mit Hilfe des dafür zuständigen, von OMGUS im Frühjahr etablierten Newspaper Leases Review Board<sup>54</sup> zu lösen, hatten Nickl und seine von der Vermögenskontrolle betroffenen Kollegen kein Interesse: Die Aufhebung der Lizenzpflicht stand unmittelbar bevor, und deshalb wollte man auf direktem Wege von den „erwerbsfreudigen Lizenzträgern“ befreit werden, um „den derzeit günstigen Zeitpunkt für den Start einer Zeitung zu nutzen“. Nickl malte dem Minister ein düsteres Bild von seinen „Einkommens- und Vermögenseinbußen“ und von der Dreistigkeit der Lizenzträger, denen es „gefällt, unser Eigentum unter dem Schutz der Amerikaner weiterhin ohne rechtliche Grundlage als das ihre zu betrachten und zu nutzen“<sup>55</sup>. Seidels Empörung über das Gehörte klang noch durch, als er seinem oberpfälzischen Parteifreund im persönlichen Schreiben versprach, die Angelegenheit „notfalls“ zur Kabinettsache zu machen: Eine Erkundigung bei „Mr. Langendorf“ hatte ergeben, daß OMGUS an der Verfügung 601 festhielt. Entgegen der Interpretation des Finanzministeriums hatte die OMGUS-Verfügung 160 vom 27. Dezember 1948 nichts daran geändert, daß die unter Vermögenskontrolle genommenen Verlage auch nach Abschluß eines Zwangspachtvertrages unter dieser Kontrolle bleiben sollten. Der Minister erkannte darin glasklar eine Absicht, die „nicht mehr gerechtfertigt werden kann“, nämlich das „Bestreben der Militärregierung [. . .], auch in Zukunft die Lizenzpresse [zu] schützen“<sup>56</sup>. Zwei Monate später beschloß das Kabinett, via BLVW „bei der Militärregierung Schritte zu unternehmen, um die Aufhebung der Vermögenskontrolle über beschlagnahmte Druckereibetriebe in solchen

<sup>52</sup> Näheres bei Frei, *Provinzpresse*, S. 162 f.

<sup>53</sup> Das folgende in: BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 12; eine Parallelüberlieferung in: MW 13 546.

<sup>54</sup> BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 12, OMGUS General Order No. 15 vom 23. 5. 1949.

<sup>55</sup> BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 12, Schreiben Nickls an Seidel vom 31. 8. 1949.

<sup>56</sup> BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 12, Schreiben Seidels an Nickl vom 26. 8. 1949.

Fällen zu erreichen, in denen die Besitzer politisch unbelastet [sind]<sup>57</sup>. Für ganze Serien von Vormerkungen wurde in der Angelegenheit nun Beamtschweiß vergossen; Finanz- und Wirtschaftsministerium sowie die Staatskanzlei blieben hartnäckig am Ball. Der Einsatz lohnte sich jedoch nur zum Teil: Am 1. Juni 1950 wies die Alliierte Hohe Kommission (HICOG) – offenbar nach Demarchen auch aus anderen Ländern der US-Zone – das neugegründete zentrale Hauptbüro für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung (HVW) an, alle noch unter Vermögenskontrolle stehenden Zeitungsdruckereien freizugeben; die Fortgeltung der Verträge wurde allerdings ausdrücklich bestätigt<sup>58</sup>.

Nach dieser Entscheidung konnten nur noch Illusionäre hoffen, die Zwangsverträge oder gar die zu deren Vermeidung geschlossenen freiwilligen Vereinbarungen seien in absehbarer Zeit durch den Gang vor deutsche Gerichte annullierbar. Mit der neuen Verfügung hatte HICOG noch einmal explizit die Funktion des Newspaper Leases Review Board als „einzige und endgültige Behörde“ zur Überprüfung von Pachtverträgen bestätigt. Die Tatsache, daß der Board nie zusammentrat, spricht nur für die rechtliche Relevanz der OMGUS General Order No. 15, mit der das Gremium am 23. Mai 1949 geschaffen worden war. Ferdinand Nickl hatte begriffen: Mit Wirkung zum 30. November 1950 einigte er sich mit den Lizenzträgern des *Neuen Tags* auf einen revidierten freiwilligen Vertrag<sup>59</sup>. Andere Altverleger hatten schon vor Nickl erkannt, daß ihre Zukunft in einer Beteiligung an den Lizenzunternehmen lag.

Beim *Südost-Kurier* waren die Verhandlungen über einen freiwilligen Vertrag im Herbst 1950 weiterhin in der Schwebe. Fritz Wiedemann schien inzwischen allenfalls noch an einem Lohndruckvertrag mit Josef Felder interessiert. Auf eine Beteiligung an einem Blatt zu setzen, dem bereits der eine Lizenzträger und Tausende von Lesern weggelaufen waren<sup>60</sup>, – wie hätte sich das mit Wiedemanns ausgeprägtem Geschäftssinn vereinbaren lassen sollen? Zur Kur in Bad Kissingen, erfuhr Felder von der Finanzspritze in Höhe von 15 Millionen Mark, die die Amerikaner den deutschen Zeitungen (gleichsam als Ersatz für die 1948 entwerteten Wigo-Mittel) verabreichen wollten, um Investitionen zu ermöglichen<sup>61</sup>. Noch vom Sanatorium aus erkundigte er sich beim Präsidenten des Lizenz-Verlegerverbandes nach den Einzelheiten der Kreditvergabe. Es sei nicht auszuschließen, schrieb Felder seinem Verleger- und Chefre-

<sup>57</sup> BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 12, Protokoll der Kabinettsitzung vom 27. 10. 1949, S. 10 f. (Auszug).

<sup>58</sup> BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 12, HICOG Office of Economic Affairs/Property Division an HVW vom 1. 6. 1950.

<sup>59</sup> BayHStA, Staatskanzlei, Karton 37, Nr. 165, Band 12, Schreiben des Finanzministeriums an das Wirtschaftsministerium vom 20. 12. 1950.

<sup>60</sup> Dazu S. 140 und 154 f.

<sup>61</sup> Um die Vergabe der GARIOA-Mittel (GARIOA = Government Appropriations for Relief in Occupied Areas) entbrannte, kaum verwunderlich, innenpolitischer Streit; sie kamen schließlich keineswegs allein der Lizenzpresse zugute. Dazu Hurwitz, Stunde Null, S. 233 f.; Erika J. Fischer/Heinz Fischer, John J. McCloy und die Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Presseberichte und Dokumente über den Amerikanischen Hochkommissar für Deutschland 1949–1952, Köln 1985, S. 34 f.

dakteurs-Kollegen in Frankfurt, daß er sich „doch auf eigene Füße“ stellen müsse<sup>62</sup>. Josef Felders Sorgen um die Zukunft des *Südost-Kuriers* nahmen langsam, aber stetig zu. In vier Jahren würde der Zwangspachtvertrag ablaufen. Was dann?

<sup>62</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Dr. Stenzel (Frankfurter Neue Presse) vom 29.9.1950.

## 5. Schlachtfeld Generallizenz

Der Krieg galt seit langem als beschlossene Sache, auch die Schlachtordnung stand im voraus fest, aber erst im Sommer 1948 wurde der Kampfbeginn absehbar. Die offizielle Ankündigung der amerikanischen Militärregierung vom 5. Oktober 1948, nach Verabschiedung „annehmbarer“ Landespressegesetze werde die Lizenzpflicht aufgehoben, bestätigte nur, womit Fachkreise schon rechneten. Eines der zahlreichen Indizien für diese Erwartung war die Aufrüstung vieler Lizenzzeitungen im lokalen und regionalen Bereich.

Nach der Währungsreform waren die Engpässe in der Zellstoff- und Papierproduktion, das gesamte Jahr 1947 Ursache drastischer Umfangsbeschränkungen, spürbar geringer geworden, und mit Wirkung zum 1. Juli 1948 erklärte die Verwaltung für Wirtschaft die Papierkontingentierung für beendet<sup>1</sup>. Damit waren die materiellen Voraussetzungen für die Verwirklichung von Plänen gegeben, deren Nützlichkeit den meisten Presseoffizieren durch die Lizenzträger erst hatte klargemacht werden müssen: Entgegen ihrer ursprünglich strikten Ablehnung von allem, was den traditionellen Heimatblättern ähneln könnte, hatten sich die Amerikaner unter dem Eindruck einer nach dem Ende der Lizenzpflicht gerade in diesem Bereich zu erwartenden Altverleger-Konkurrenz schließlich mit dem Gedanken angefreundet, den Lizenzzeitungen eine gewisse Regionalisierung zu gestatten<sup>2</sup>. Diese Entscheidung verdankte sich nicht zuletzt der massiven Polemik gegen die Lizenzpresse, wie sie von vielen Politikern gerade zum Ende der Papierbewirtschaftung wieder formuliert worden war. Die lauten Klagelieder über das in den Lizenzzeitungen fehlende „Kolorit des bayerischen Lebensraumes“ und die gleichzeitigen Lobeshymnen auf die früheren Heimatblätter, die Mitte Juli 1948 etwa im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages gesungen wurden<sup>3</sup>, bestärkten die Presseoffiziere in ihren Befürchtungen für die Zeit nach der Generallizenz („the ‚Heimat-Presse‘ will mushroom all over Ba-

<sup>1</sup> Allerdings hatten sich die britische und die amerikanische Militärregierung „bezüglich der Verteilung von Zeitungspapier ein gewisses *Einspruchsrecht* vorbehalten, da sie dieses Papier „*nicht als Ware, sondern als einen politischen Faktor betrachten*“; Südost-Kurier vom 14.7. 1948, S. 3, Hervorhebungen im Original.

<sup>2</sup> Einen wichtigen Schritt auf diesem Wege bildete die Denkschrift „Zur Frage der ‚Heimatspresse““, in welcher der ehemalige Legal Adviser der bayerischen ICD Press Branch, Dr. Bert L. Werner, den Vorschlag entwickelte, die bestehenden Lizenzzeitungen im Lokalteil zu dezentralisieren. Zu diesem Zweck sollten den örtlichen Altverlegern Lohndruckverträge angeboten werden; NA, RG 260, 10/124-3/2.

<sup>3</sup> Dazu ein Leitartikel von Werner Friedmann in der Süddeutschen Zeitung vom 10.7. 1948, S. 3; Nachdruck im Südost-Kurier vom 14.7. 1948, S. 3.

varia“). So begründete die ICD Press Branch in München die Einführung von Kopfblättern denn auch mit dem Argument: „In an effort to offset a longstanding complaint against the licensed press that it is too uniform and does not truly represent the interests and express the opinion of the local community, nearly all the licensed newspapers were publishing local editions on September, 1. [At] present there are 102 such editions. It is hoped that they will become integrated with their distribution areas to such an extent that former local publishers of doubtful political status will become discouraged in reviewing their old sheets.“<sup>4</sup>

### Die Lizenzblätter rüsten auf

Der *Südost-Kurier*, bis dato laut Untertitel „Zeitung für den Ruperti-, Chiem- und Salzachgau“, erschien seit 1. September 1948 mit sechs verschiedenen Lokalausgaben: *Altöttinger Kurier*, *Berchtesgadener Kurier*, *Freilassing Kurier*, *Laufener Kurier*, *Traunsteiner Kurier* und *Trostberger Kurier*. Die Hauptausgabe, laut Eigeninserat „das Heimatblatt für das Reichenhaller Land“, war fortan nur noch in der Kurstadt, deren näherer Umgebung sowie per Post außerhalb der Region erhältlich. Freilich irrte, wer meinte, das Lizenzblatt regrediere nun zur läppischen Heimatzeitung im Stil der Altvorderen. Der neue Untertitel, nicht zuletzt im Blick auf den guten Ruf gewählt, den der *Südost-Kurier* wegen seiner intensiven Berichterstattung über die bayerische Landespolitik und namentlich über den Landtag in politischen Kreisen Münchens genoß<sup>5</sup>, postulierte, zumal bei Betonung des bestimmten Artikels, einen hohen Anspruch: „Die politische Stimme der Provinz“.

Zum wiederholten Male bekannte sich Josef Felder dazu, „den Lesern in der Provinz eine Zeitung zu geben, die über alles Weltgeschehen genau so zuverlässig und umfassend aus erster Quelle informiert wie die Zeitung aus der Großstadt“<sup>6</sup>. Darüber hinaus aber versprach der Chefredakteur für die Zukunft auch im Lokalen besondere Attraktivität: „Wenn heute die wichtigsten Städte des Verbreitungsgebietes [...] ihre eigene Zeitung erhalten, dann sollen sie wissen: Redaktion und Verlag haben alle Maßnahmen getroffen, die auch unter dem Gesichtspunkt einer eventuellen örtlichen Konkurrenz unseren ohne Anmaßung ausgesprochenen *Anspruch* rechtfertigen: die *beste Heimatzeitung zu sein*, die Bad Reichenhall, Berchtesgaden, Traunstein, Trostberg, Laufen, Freilassing, Burghausen und Altötting *jemals aufzuweisen hatten*.“

<sup>4</sup> NA, RG 260, 5/236-3/1, OMGB/ICD Press Branch Semi-Annual Report Juni–Dezember 1948, S. 25.

<sup>5</sup> Den *Südost-Kurier* lasen auch die Beamten der Dienststelle Bonn der Bayerischen Staatskanzlei; Hinweise in: BayHStA, Staatskanzlei, Karton 36, Nr. 0160.

<sup>6</sup> *Südost-Kurier* vom 1. 9. 1948, S. 1 f., Hervorhebungen im Original. Gerade gegen die „Großstadtfarbe der Nachrichten“ hatte Wilhelm Hoegner schon im April 1947 vorsichtig Bedenken angemeldet, als er dem *Südost-Kurier* zum ersten Jahrestag gratulierte; Hoegner empfahl eine innigere „Verbindung mit Land und Leuten des herrlichen bayerischen Ostens“, um eine „richtige Heimatzeitung“ zu werden; IfZ, ED 120/279.

Heinrich Haugs paralleler Lobpreis der Verbesserungen – die Leitartikel der beiden Lizenzträger beanspruchten zusammen mehr als eine volle Seite<sup>7</sup> – hob vor allem das künftig dreimalige Erscheinen pro Woche hervor und explizit die Sonntagsarbeit, die für die aktuelle Montagsausgabe des *Südost-Kuriers* notwendig werde. Seiner selbstgegebenen katholischen Harmonielehre folgend und beseelt von dem Wunsch, dazuzugehören („Unser Heimatkurier“), erklärte Haug: „Die Menschen in ihren Interessen und Belangen miteinander abzustimmen, gehört zum Wesentlichsten örtlich orientierter Zeitungsarbeit. Ihr widmen wir unter den nun erweiterten und erfreulichen Raumverhältnissen gesteigerte Aufmerksamkeit.“

Schon seit einigen Wochen stand der Redaktion mehr Zeitungspapier und damit mehr Platz zur Verfügung. Aber mit 24 Seiten war die „Festausgabe“ vom 1. September so dick wie noch ein paar Monate zuvor die Exemplare eines halben Monats zusammen. Trotz zehn Anzeigenseiten – der Verlag hatte der heimischen Geschäftswelt Sonderbedingungen gewährt – war das redaktionelle Angebot imponierend: Vier Seiten Politik, drei Seiten Lokales, eine Sport- und eine Fotoseite, zwei Seiten Feuilleton, drei Seiten Heimatfeuilleton und -geschichte sowie kleinere Rubriken. Offensichtlich sollte das opulente, nur mit den bisherigen Weihnachts- und Osterausgaben vergleichbare Angebot, das die Abonnenten an einem gewöhnlichen Mittwoch überraschte, in erster Linie den erhöhten Bezugspreis rechtfertigen, den der *Südost-Kurier* ab sofort in Rechnung stellte. Zwar wurde der Preis der Einzelausgabe von 20 auf 15 Pfennig gesenkt, aber das Monatsabonnement verteuerte sich infolge der häufigeren Erscheinungsweise immerhin um 20 Pfennig auf 1,70 Mark. Das war nicht unerheblich in einer Zeit, in der es, wie die Inserate verkündeten, „auf den einzelnen Pfennig“ ankam und für Gedrucktes, das bis zur Währungsreform reißenden Absatz gefunden hatte, gequälte Reime warben („O wie gar teuer ist ein Ei / Geh' lieber schnell zum ‚Bücher-Gey‘: / Ein Ei hat leicht im Magen Platz / Doch Bücher sind ein ‚ew'ger Schatz!“). Wer den *Südost-Kurier* aufbewahrte, konnte schon bald an der Stapelhöhe ablesen, daß der Verlag für den gestiegenen Abonnementpreis wirklich einen Gegenwert erbrachte: Ziemlich genau die Hälfte des Gesamtumfanges von 1948 wurde im letzten Drittel des Jahres produziert.

Exorbitant gestiegene Papierkosten<sup>8</sup> machten bereits zum 1. November 1948 erneut eine Preiserhöhung notwendig. Das Abonnement verteuerte sich auf 2,20 Mark zuzüglich 25 bzw. 30 Pfennig Zustellkosten; für die Einzelausgabe wurden nun wieder 20 Pfennig verlangt<sup>9</sup>. Doch wie die Entwicklung der Auflagekurve zeigte, schienen die Leser das neue Preis-Leistungs-Verhältnis zu honorieren. Der *Südost-Kurier*,

<sup>7</sup> Einschließlich der Fortsetzung, die Folders Artikel im *Südost-Kurier* vom 4. 9. 1948, S. 2, fand.

<sup>8</sup> Der Preisanstieg für Papier hielt auch in den nächsten Jahren an. Seit 1949 betrug die Teuerung laut Hersteller innerhalb von zwei Jahren 44 Prozent; *Südost-Kurier* vom 26. 9. 1951, S. 2.

<sup>9</sup> In der Begründung für die Preiserhöhung hieß es, „eine unverantwortliche Preispolitik in der Wirtschaft“ habe die Absicht des Verlags, günstigere Insertionsmöglichkeiten anzubieten, „restlos durchkreuzt“. „Nach einer in den letzten Wochen erfolgten geradezu ungeheuerlichen Steigerung sämtlicher Materialien – beim Papier bis zu 100 Prozent! – ist die Wirtschaftlichkeit absolut gefährdet, wenn wir nicht rasch zu einem Ausgleich schreiten.“; *Südost-Kurier* vom 20. 10. 1948, S. 1.

dessen Auflage seit Beginn ziemlich konstant bei rund 52 000 Exemplaren gelegen hatte<sup>10</sup>, verlor wegen der Währungsreform kaum Abonnenten; geringfügige Verluste wurden offenbar durch den Abbau des bisherigen Mangels kompensiert (im März 1947 hatte der Verlag eine nicht zu befriedigende Nachfrage von 15 000 Exemplaren gemeldet<sup>11</sup>). Jedenfalls lag die Auflageentwicklung des *Südost-Kuriers* durchaus in dem Trend, den die bayerischen Presseoffiziere, wie es scheint zur eigenen Überraschung, zum Jahresende 1948 feststellen konnten: Nach einem Rückgang von etwa fünf Prozent im Juli kletterte die Gesamtauflage aller bayerischen Tageszeitungen bereits im August 1948, wohl auch begünstigt durch zwei Neulizenzierungen, wieder auf etwas mehr als zwei Millionen Exemplare, um sich auf dieser Höhe einzupendeln<sup>12</sup>.

In der ersten Jahreshälfte 1949 spuckte die Rotation in Reichenhall dreimal pro Woche rund 50 000 Stück des *Südost-Kuriers* und seiner sechs Kopfblätter aus. Josef Felder und Heinrich Haug taten alles, um diese Auflage zu halten. Zwar wurde auch die Werbung verstärkt und der Service für die Anzeigenkunden verbessert, was sich in einem spürbaren Zuwachs der Markenartikel-Reklame niederschlug, die größten Anstrengungen aber galten der publizistischen Leistungsfähigkeit des Blattes. Je attraktiver das journalistische Angebot, so die Kalkulation der beiden, desto schwerer werde es den Altverlegern gelingen, in die Leserschichten des *Südost-Kuriers* einzubrechen. Das Ziel hieß intensive „Leser-Blatt-Bindung“, der Weg dorthin Diversifikation. Das zu erkennen, bedurfte es keiner Marktforschung und keiner Marketingstrategien, wie der Leitartikel bewies, mit dem Felder unter dem Motto „Noch engeren Kontakt mit unseren Lesern“ zu Ostern 1949 die seit den Preiserhöhungen vom Herbst vorigen Jahres versprochenen Neuerungen präsentierte: „In keinem Gebiete Bayerns haben sich in Auswirkung der Evakuierung und einer Reihe anderer Umstände *so erhebliche Verschiedenheiten in der Leser-Schichtung* ergeben [wie] in unserem Südostwinkel. Neben den Bauern, Handwerkern und Geschäftsleuten ist ein zahlenmäßig sehr beachtlicher gehobener Beamtenstand sowie eine freiberufliche tätige und in besonderem Maße geistig anspruchsvolle Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen. Den oft extrem entgegengesetzten Wünschen all dieser Leser kann nicht durch Abstriche auf einem Gebiete, sondern nur durch *zusätzliche Leistung* entsprochen werden.“<sup>13</sup>

Als erweitertes Feuilleton erschien seitdem in unregelmäßigen Abständen eine Seite unter dem Titel „Geistiges Leben“. Bei der neuen querformatigen Beilage „Die Welt der Frau“ zeugte nicht zuletzt die eigenständige Numerierung von gezielter Spekula-

<sup>10</sup> Vgl. Tabelle S. 154, Anm. 112.

<sup>11</sup> NA, RG 260, 10/117-2/9, Umfrage der OMGB/ICD Press Branch; zum 29. 3. 1947 ergibt sich daraus ein zusätzlicher Bedarf von rund 880 000 Exemplaren. Darunter dürften jedoch auch Bestellungen sein, die von mehreren Zeitungen abschlägig beschieden und die deshalb mehrfach gezählt worden waren. Der *Südost-Kurier* erklärte noch am 25. 3. 1948, S. 12, anstelle einer Aufлагenerhöhung sei zunächst eine Umfangerweiterung notwendig und bat, „von Neubestellungen vorerst noch Abstand zu nehmen“. Ähnlich z. B. die *Süddeutsche Zeitung* noch am 29. 6. 1948, S. 3.

<sup>12</sup> NA, RG 260, 5/236-3/1, OMGB/ICD Press Branch Semi-Annual Report Juni–Dezember 1948, S. 9f.

<sup>13</sup> *Südost-Kurier* vom 16. 4. 1949, S. 1 f.; danach die folgenden Zitate, Hervorhebungen im Original.

tion mit der Sammelleidenschaft der Leserinnen. Das galt auch für das monatliche Supplement „Inn-Salzach-Land“, das der Altöttinger Josef Pfennigmann in seiner Münchener Studentenbude redigierte, und zwar mit dem Sachverstand des „geschul-ten Spezialisten“, auf den Felder so viel Wert legte. Mochten die „Blätter für Geschichtsforschung und Heimatpflege“ im Urteil der Leser das dickste Osterei darstellen, so war „Der Neubürger“, eine Beilage für die Heimatvertriebenen, zweifellos das problematischste. Aus Erfahrung mit dem bisherigen Engagement für die Flüchtlinge suchte der Chefredakteur die vermuteten „gemischten Gefühle“ eines – wie er „zuversichtlich“ hoffte: kleineren – Teils der Alteingesessenen im Vorhinein zu besänftigen: „Unsere Beilage dient der besseren Vertretung der Flüchtlingsinteressen, für die sich der SOK vom Tage seines Erscheinens an immer eingesetzt hat. Sie dient aber auch *dem Gedanken der Verständigung* zwischen den Einheimischen und den Heimatvertriebenen [. . .]. Nach keiner Richtung und unter keinen Umständen wird sie einer verantwortungslosen Hetze dienen.“ Auf Leser, die sich bereits durch die Veröffentlichung einer Serie ernüchternder Bilder über die Wohnverhältnisse im Flüchtlingslager Reichenhall provoziert fühlten, dürften gutgemeinte Erklärungen dieser Art kaum Eindruck gemacht haben<sup>14</sup>.

Immerhin bewiesen aperiodische Rubriken wie „Tagesfragen für den Bauernhof“ und „Wirtschaftskurier für Jedermann“ den Willen der Redaktion, auch dem bodenständigeren Teil der Leserschaft zu Diensten zu sein. Nicht zuletzt zeigten das die intensive Sportberichterstattung, deren Ausbau ebenso systematisch wie erfolgreich vorangetrieben wurde<sup>15</sup>, sowie das verstärkte Angebot unterhaltender Elemente in Gestalt der täglichen Romanfortsetzung und einer gelegentlichen Schachchecke. Und keineswegs nur durch entsprechende Aufmachung an hohen christlichen Feiertagen (wie in dieser Osterausgabe, in der neben Felders Leitartikel ein Detailfoto des Isenheimer Altars und eine religiöse Reflexion Heinrich Haugs erschien), sondern auch durch die regelmäßige Veröffentlichung der Gottesdienstordnungen und ausführliche kirchliche Nachrichten demonstrierte der *Südost-Kurier*, daß er die religiösen Belange seiner Leser ernst nahm<sup>16</sup>.

<sup>14</sup> Gleich zweimal, in seinem Leitartikel zum Beginn und in jenem zum Abschluß der Beratungen für das bayerische Pressegesetz (*Südost-Kurier* vom 22. 1., S. 2, und 30. 5. 1949, S. 1), berichtete Felder, die Bildreportage im *Südost-Kurier* vom 4. 9. 1948, S. 12, habe einen Stadtrat der Bayernpartei seinerzeit zur Frage an den Reichenhaller Oberbürgermeister bewegen, ob gegen solche Veröffentlichungen nicht „eingeschritten“ werden könne.

<sup>15</sup> Zusätzlich zur Sportseite am Montag kündigte der *Südost-Kurier* am 1. 6. 1949, S. 1, für mittwochs künftig eine zweite an. Dort erklärte am 3. 8. 1949 der Herausgeber der (offenbar nur kurzfristig) in Traunstein erschienenen „Inn-Chiem-Sportschau“, seine Verlagsrechte an den *Südost-Kurier* abgetreten zu haben, der die Mitarbeiter der „Sportschau“ übernahm und eine nochmalige Erweiterung seines Sportteils versprach.

<sup>16</sup> Zum 72. Katholikentag brachte der *Südost-Kurier* am 4., 6. und 8. 9. 1948 ausführliche Nachrichten und einen Eigenbericht Haugs („Mainz als Erlebnis“). Zum 80. Geburtstag des Münchner Kardinals Faulhaber erschien eine ganzseitige, gerahmte Würdigung am 8. 3. 1949, S. 3, zu seinem Tod sogar ein Extrablatt am 13. 6. 1952. Der Pfingst-Leitartikel am 4. 6. 1949, S. 1, stammte von einem Theologen aus Passau.

In seiner innenpolitischen Berichterstattung war das Blatt schon von Beginn an besonders vif gewesen, und mit eigenen Korrespondenten in Frankfurt (ab Herbst 1949 in der neuen Bundeshauptstadt), Berlin, München und Düsseldorf inzwischen auf hohem Niveau. Felder leidenschaftliches politisches Interesse trug der Zeitung darüber hinaus Nachdrucke wichtiger Artikel aus anderen, auch außerdeutschen Zeitungen und Zeitschriften ein<sup>17</sup>. Seine vielfältigen Verbindungen zu prominenten Sozialdemokraten, Emigranten, ehemaligen Diplomaten usw. schlugen sich immer wieder in speziell für den *Südost-Kurier* geschriebenen Aufsätzen und in politischen Reiseberichten nieder<sup>18</sup>.

Wer dies alles zu goutieren wußte, mußte die selbstbewußte Einschätzung, die Felder im Sperrdruck ans Ende seines Oster-Leitartikels setzte, nicht unberechtigt finden: „*Es gab nie eine Provinzzeitung vor 1945, die gleiches leistete. Wir sagen dies ohne Anmaßung und Selbstzufriedenheit.*“ Das war Josef Felders Art, um Anerkennung, insgeheim auch um ein wenig Zuneigung zu werben. Und wer das begriffen hatte, konnte sogar die stachelige Hinzufügung verstehen, die dem Lizenzträger am Ende seines politischen Credo in die Feder floß – aus purer Angst, er könne der Anbietung bezichtigt werden: „*Parteilpolitisch bleibt unser Kurs neutral, politisch ist er fest umrissen: Für eine starke, höchst aktive Demokratie, für die absolute Meinungsfreiheit und die eifersüchtige Wahrung der Grundrechte aller Staatsbürger, für entschiedenste Toleranz auch auf konfessionellem Gebiete.* Einer Zeitung, die so redigiert wird, werden alle die Treue halten, denen Fortschritt und wirkliche Demokratie kein Lippenbekenntnis ist.“

Darin steckte eine vorweggenommene Saure-Trauben-Reaktion. Zumindest für sich selbst hatte Felder damit bereits die Erklärung für demnächst eventuell rückläufige Abonnentenzahlen gefunden: Den Unwillen eines Teils der Bevölkerung zu demokratischer Partizipation. Angesichts der publizistischen Leistung des *Südost-Kuriers*, die im Vergleich mit dem, was von den neuen-alten Heimatzeitungen zu erwarten war, nach Überzeugung Felders für jedermann erkennbar um Klassen höher lag, würde es keine andere Erklärung geben können. Dem Homo politicus kam einfach nicht in den Sinn, daß bei der Entscheidung für eine Zeitung noch anderes als politische und rationale Überlegung eine Rolle spielen könnte oder dürfte. Doch provinzielle Genügsamkeit, traditionsbewußte Anhänglichkeit, knappes Zeitbudget für die Lektüre, Bildungsdefizite, schlichtes Desinteresse an der Politik, Unlust zu intellektueller Auseinandersetzung – all dies konnten Gründe sein, deretwegen bisherigen Abonnenten des *Südost-Kuriers* eine Rückkehr zum angestammten Heimatblatt erstrebenswert erscheinen mochte. Vom weltanschaulichen Unbehagen, das der Sozialdemokrat Felder nach wie vor bei vielen produzierte, einmal ganz abgesehen.

<sup>17</sup> So den in der US-Zeitschrift *Collier's* erstveröffentlichten Artikel „Wie ich die Russen sehe“ von John Foster Dulles am 20. 4. 1949, S. 1.

<sup>18</sup> Der ehemalige Presseoffizier Felsenthal schrieb einen Brief aus Seoul und Waldemar von Knoering einen Aufsatz über eine USA-Reise; *Südost-Kurier* vom 11. 5. 1949, S. 6, bzw 13. 11. 1948, S. 1. Reiseberichte aus dem Mittleren Osten und aus Indien von Peter Schmid erschienen am 24. 12. 1949, S. 12, am 10. 1., S. 2, und am 18. 2. 1950, S. 15.

Felders Partner Heinrich Haug waren solche Sentimente und Imponderablen weniger fremd. Von Anfang an hatte der Katholisch-Konservative in seinen seltenen Leitartikeln sanftere, oft auch seichte Melodien angestimmt und zu erkennen gegeben, daß ihm Felders kämpferische Töne nicht unbedingt nach dem Geschmack des Publikums zu sein schienen. Im Herbst 1948 war der ehemalige Altöttinger Hauptschriftsteller sogar einmal offen auf Distanz gegangen; nicht in einer parteipolitischen Angelegenheit – auf dieser Ebene wußten sich die Lizenzträger noch immer zu verständigen, indem sie im Zweifelsfall beide gleichzeitig kommentierten –, sondern gerade in einer für die bevorstehende Auseinandersetzung mit den Altverlegern bedeutungsvollen Frage: Felder hatte im Anschluß an seinen zweiten Artikel zur Einführung der Lokalausgaben („Der neue Abschnitt“) einen freien Schriftsteller zu Wort kommen lassen, dessen vor allem in Norddeutschland gesammelte „Erfahrungen mit der ‚Heimatpresse‘ von einst“ den Altverlegern vorwiegend materielle Interessen bescheinigten<sup>19</sup>. Zurück vom Katholikentag in Mainz, zeigte sich Haug beim Nachlesen von der Polemik „peinlich berührt“<sup>20</sup>: „Zu behaupten, ‚im Dritten Reich ging es den Provinzzeitungen nicht schnell genug, sich gleichzuschalten‘, stellt den Gipfel der Anmaßung dar gegenüber der Tatsache, daß auch Redakteure und Herausgeber der alten Heimatpresse wegen ihres Kampfes gegen das Dritte Reich ins Gefängnis gewandert sind und lieber ihre Existenz preisgegeben haben als ihren Charakter zu verleugnen.“ In ungewohnter Schärfe verurteilte Haug den „verächtlichen Ton und die hochmütige Überlegenheit“ des Verfassers, der damit der „Preußenhetze“ Vorschub leistete. „Neun Jahre lang hatte ich Gelegenheit, die oberbayerischen Heimatblätter ständig zu beobachten. Manche von ihnen, das muß zugegeben werden, haben ihre geistige Führungsaufgabe unzulänglich erfüllt. Sie tragen mit Schuld, daß dem Volke nicht früh und nicht weit genug die Augen geöffnet worden sind [. . .]. Die Bevölkerung unseres Heimatgebietes weiß aber auch noch um jene Männer, die sich der braunen Flut mannhaft entgegenstellten.“ Haug nannte Namen und erinnerte daran, daß auch er selbst zu dieser Gruppe gehörte, ebenso wie sein ehemaliger Verleger Dr. Hans Geiselberger. Für ihn stand „die Ehre unserer alten Heimatpresse auf dem Spiel“. „Was positiv an ihr war, [kann] im Drange zu einer bejahenden Neugestaltung nicht einfach übergangen oder hinweggeleugnet werden“, schließlich verdanke ihr die Lizenzpresse eine Reihe der besten Männer<sup>21</sup>. „Die neue Heimatpresse hat es nicht nötig, die alte in Bausch und Bogen herabzusetzen. Sie ist in diesen wenigen Jahren zu einem frisch pulsierenden Eigenleben gediehen. [. . .] Auf dieser Linie wird sie weiterwirken und sich eines Tages auch im ehrlichen Wettbewerb mit anderen Provinzzeitungen einsetzen als Heimatblatt.“

Heinrich Haug war nicht ganz so naiv und harmlos, wie er sich gerne gab. Gewiß hing es auch mit seinen Aufgaben als Verlagsleiter zusammen und nicht allein mit sei-

<sup>19</sup> Südost-Kurier vom 4. 9. 1948, S. 2.

<sup>20</sup> Südost-Kurier vom 11. 9. 1948, S. 3, danach die folgenden Zitate.

<sup>21</sup> Haug nannte den Lizenzträger der Passauer Neuen Presse, Dr. Hans Kapfinger, und den Mit-Lizenzträger der Süddeutschen Zeitung, August Schwingenstein; beide hatten als katholisch-konservative NS-Gegner 1933 ihre journalistische Stellung verloren.

ner Art zu leitartikeln, daß bisweilen ein wenig der Eindruck entstehen konnte, seine Konturlosigkeit entspringe dem unternehmerischen Interesse, es möglichst allen Recht zu machen. Doch die vielbeschworene Ehrlichkeit mußte nach Haugs Überzeugung nicht mit Geschäftssinn kollidieren. Folge dieser Anschauung war sein Entschluß, nach der Währungsreform unabhängig von seinem Partner Felder einen „Verlag Heinrich Haug“ zu gründen, in dem als erstes ein „Bad Reichenhaller Kurort- und Bergführer“ erschien<sup>22</sup>, gedacht für die nun wieder verstärkt zu erwartenden Touristen. Zwar eignete sich dieses Nebengeschäft vorzüglich dazu, den Groll des Altverlegers auf die beiden Lizenzträger weiter zu vertiefen – hoffte Wiedemann doch, wenigstens im Verlags- und Akzidenzbereich bald selbst wieder aktiv werden zu können –, für den *Südost-Kurier* bedeutete die Verlagsgründung zunächst aber wenig; nicht einmal eine Distanzierung seines Kompagnons vom gemeinsamen Unternehmen mußte Felder darin erblicken<sup>23</sup>. Dennoch lag Heinrich Haugs Sonderweg mehr zugrunde als die nüchterne Realisierung zusätzlicher Verdienstchancen: Vermutlich ohne es zu wollen, gab er damit zu erkennen, daß für ihn die immer bessere Ausgestaltung des *Südost-Kuriers*, wie Felder sie mit Leidenschaft und Ambition verfolgte, kein Lebensziel war. Gewiß, die Rolle des Verlegers gefiel dem langjährigen Lokalschriftsteller, aber damit verbanden sich nicht die journalistische Dynamik und der gesellschaftspolitische Impetus eines Josef Felder. Haug war ein besinnlicher Mann mit einem Hang zum Verträumt-Behäbigen. Die Ausrichtung seines Verlags auf heimatkundliche Ewigkeitswerte war kein Zufall.

Über die Jahre hinweg hatten sich die beiden Lizenzträger alles in allem gut vertragen. Es scheint, als habe eine Art stillschweigendes Übereinkommen bestanden, die unübersehbaren Gegensätze mehr charakterologisch als politisch zu betrachten. Das mochte die Alltagsarbeit erleichtern, trug aber auch zur Verfestigung jener wechselseitigen Perzeption aus der Anfangszeit bei, derzufolge Felder der kreative Gründer, Haug der bloß Hinzugekommene, wenn nicht Eindringling war. Würde das durchschlagen, wenn es zum Schwur kommen sollte? Bis in den Sommer 1949 sah es nicht danach aus. Nichts deutete darauf hin, daß es in den Monaten enervierenden Wartens auf den Tag X zwischen Haug und Felder zu Mißhelligkeiten gekommen wäre.

### Warten auf das Pressegesetz

Das ganz außergewöhnliche Maß an Aufmerksamkeit zu erklären, mit dem die Lizenzzeitungen in der ersten Jahreshälfte 1949 jede Einzelheit der Bemühungen des bayerischen Landtags um ein Pressegesetz<sup>24</sup> bedachten, war nicht schwer: Im Stuttgarter Länderrat war ein solcher Gesetzgebungsversuch angesichts zu vieler obrigkeits-

<sup>22</sup> Haug warb dafür mit Eigeninseraten, z. B. im *Südost-Kurier* vom 28. 5. 1949, S. 11.

<sup>23</sup> Etwa gleichzeitig mit dem *Bergführer* erschien die Broschüre „Beiträge zur Geschichte des Chiemgau“ im gemeinsamen Verlag; *Südost-Kurier* vom 28. 5. 1949, S. 11.

<sup>24</sup> Der kommentierte Referentenentwurf und weitere Unterlagen zu dem Gesetzgebungsverfahren in: BayHStA, MI 79 671; dazu auch IfZ, ED 120/150.

staatlicher Relikte am Veto der Amerikaner schon einmal gescheitert<sup>25</sup>, und kein anderes Thema dieser an politischen Nachrichten wahrlich nicht armen Zeit berührte so sehr die genuinen Interessen von Lizenzträgern und Journalisten. Vom Tempo der Beratung des Pressegesetzes sollte es abhängen, wie lange das „Monopol“ der Lizenzzeitungen noch bestehen würde. Selbst der *Südost-Kurier*, ohnehin Musterknabe der Parlamentsberichtserstattung, verstand es, in diesem speziellen Fall noch ein paar zusätzliche Fleißpunkte zu machen.

Schon vor dem Auftakt der Landtagsberatungen veröffentlichte das Reichenhaller Blatt auf der Titelseite – in der Schriftgröße und Satzbreite einer normalen Schreibmaschine – eine Entschließung der Arbeitsgemeinschaft der Zeitungsverlegerverbände in der US-Zone, die ebenso lapidar wie unmißverständlich feststellte, die bisherigen Pressegesetzentwürfe der Länderregierungen entsprächen den Forderungen nach „Garantien für eine wirkliche Freiheit der Presse [...] in keiner Weise“<sup>26</sup>. Das war auch die Meinung Josef Felders, der sich in der zweiten Januarhälfte in einem Leitartikel mit nicht weniger als drei Fortsetzungen „Für die Freiheit der Presse“ aussprach<sup>27</sup>. Felders Hauptbedenken richteten sich gegen „zuviel Polizei“. Mit seinen 28 Paragraphen erinnere der Entwurf eher an einen Strafkatalog zur Unterbindung als an eine rechtliche Absicherung der Aufgaben der Presse und namentlich ihres Rechts zur Kritik. Besonders pikant war der Vergleich, den Felder zwischen den Tendenzen zur Konstruktion einer bürokratischen „Oberaufsicht“ über die Presse und dem 1947 gescheiterten ominösen Vorschlag eines Gesetzes gegen die „Untergrabung der Volksherrschaft“ zog, das aus der Feder seines ungeliebten und mit ähnlich Obrigkeitlichem bei den Amerikanern schon einmal abgeblitzten Genossen Wilhelm Hoegner stammte<sup>28</sup>. Sichtlich erfreut, seine Partei in Sachen Pressefreiheit von überdurchschnittlichem Willen zu Liberalität erfüllt zu sehen, gab sich Felder im letzten Teil der Artikelfolge als Mitglied einer aus vier Landtagsabgeordneten und vier Li-

<sup>25</sup> Vgl. Kuegler, Pressegesetze, und die herbe Kritik bei Clay, Entscheidung, S. 321: „Die deutsche Unfähigkeit, demokratische Freiheit wirklich zu erfassen, hat sich wohl auf keinem anderen Gebiet, außer vielleicht auf dem der Schulreform, so deutlich gezeigt. Es schien unmöglich zu sein, zu einer Gesetzgebung zu gelangen, in der die Presse der regierenden Macht nicht auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert war.“

<sup>26</sup> Südost-Kurier vom 10. 1. 1949, S. 1.

<sup>27</sup> Südost-Kurier vom 19., 22., 24. und 26. 1. 1949; die erste Folge auf S. 1, alle weiteren auf S. 2; danach die folgenden Zitate, Hervorhebungen im Original.

<sup>28</sup> Sein am 10. 6. 1947 von der SPD-Fraktion eingereichtes Untergrabungsgesetz verteidigte Hoegner am 8. 12. 1947 unter Hinweis auf die Notverordnung vom 8. 12. 1931. Der für die Presse relevante Artikel 6,1 seines Entwurfs stimme damit „fast wörtlich“ überein. Mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten sollte nach Hoegners Vorstellungen, denen am 30. 11. 1947 auch die SPD-Arbeitsgemeinschaft Presse scharf widersprach (AsD, LTF 146, vgl. S. 174, Anm. 45), bestraft werden, wer „unwahre oder entstellte Behauptungen tatsächlicher Art über eine im öffentlichen Leben tätige Person aufstellt oder verbreitet“. Vor Einbringung des Entwurfs hatte die SPD-Fraktion Hoegners Zusatz eliminiert, wonach straffrei bleibe, wer „nachweislich nicht leichtfertig gehandelt hat“; IfZ, ED 120/150. Als Ministerpräsident hatte Hoegner 1945 ein „Gesetz zum Schutze des bayerischen Staats“ entworfen, das unter anderem „alle Beschränkungen der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit“ gestattete, „wenn es die öffentliche Sicherheit und Ordnung erfordert“; IfZ, ED 120/127. Anfang 1948 versuchte sich auch die CSU im bayerischen Landtag mit einem „Maulkorb-

zensträgern zusammengesetzten SPD-Kommission zu erkennen, die einen eigenen Gesetzentwurf ausarbeiten sollte: „Die Entscheidung der SPD-Fraktion bedeutet also *ein glattes Nein zu dem vorliegenden Entwurf*.“

Am Ende seiner Überlegungen, offenbar auch beeinflusst von Beratungen im Landesausschuß der SPD<sup>29</sup>, dessen Mitglied er war, kam Felder noch einmal auf die Entscheidung der Militärregierung zur Aufhebung der Lizenzpflicht zu sprechen, die er im Einklang mit seinen Verlegerkollegen schon eingangs als verfrüht bezeichnet hatte: Bedenken wegen eines möglichen „Wiederauftauchen[s] von Nazis in der Presse“, wie sie in Kreisen der ISD seit längerem geltend gemacht wurden und wie sie inzwischen auch die bayerische SPD-Fraktion teilte, seien „nicht mit einer Handbewegung abzutun. Es bedarf der gründlichen Überlegung, wie das Bekenntnis zur absoluten Pressefreiheit mit den *notwendigsten Sicherungen* gegen eine neue skrupellose Tätigkeit jener Elemente verbunden werden kann, die noch nicht *bewiesen* haben, daß sie nun bereit sind, sich auf den Boden der Demokratie zu stellen.“ Mit dem Ratschlag, OMGUS möge die Pläne daraufhin noch einmal überdenken, gab Felder nicht nur den Amerikanern so etwas wie die Quadratur des Kreises auf – wie sollte jemand beweisen, was er nicht durfte? –, allen Dementis zum Trotz nährte er damit auch den Verdacht, es gehe ihm doch darum, wie er selbst formulierte, „uns auf diese Weise eine Konkurrenz vom Halse halten zu wollen“.

Dabei war es das wirklich nicht, was Felder wollte. Im Vorfeld der Pressegesetzgebung für fortschrittliche Regelungen zu streiten und darauf Einfluß zu nehmen, wo immer ihm dies möglich war – darin sah der Lizenzträger nichts Unrechtes, und aus solchen Aktivitäten machte er keinen Hehl. Machinationen hingegen, gar aus Eigennutz, waren seine Sache nicht. Felder suchte die Schlacht mit offenem Visier. Wohl nur so sind die Haupt- und Randbemerkungen zu den Auswirkungen des absehbaren Endes der Lizenzpflicht in Südost-Oberbayern zu deuten, die den *Südost-Kurier* nun in zunehmender Häufigkeit zierten. Sie waren nicht etwa der Versuch, die Altverleger im Vorhinein zu diskreditieren, sondern vielmehr eine Mahnung an diese, statt eine Schlammeschlacht im Vorfeld, am Tag X die argumentative Auseinandersetzung über Leistungskonkurrenz zu führen.

Natürlich hätte solche „Sauberkeit“ im Interesse des *Südost-Kuriers* gelegen, hatte er doch auf dieser Ebene am wenigsten zu fürchten. Dagegen war seine Situation in dem sich anbahnenden Grabenkrieg vergleichbar mit der einer geordneten, aber gerade deshalb ziemlich unbeweglichen Armee im Kampf mit Partisanen, deren Angriffsorte und -methoden kaum vorzuberechnen waren. Verschanzt in der perfekten Tarnung ihres „Milieus“, gelangen den Gegnern des *Südost-Kuriers* Schläge von zunehmender

gesetz“, das die „Ehre der im öffentlichen Leben stehenden Personen“ gegen Angriffe von Journalisten mit der Androhung von Freiheitsstrafen „nicht unter drei Monaten“ verteidigen sollte; *Südost-Kurier* vom 13. 3. 1948, S. 1.

<sup>29</sup> Ihre Zulassung zu den Landesausschußsitzungen hatten die in der Arbeitsgemeinschaft Presse der SPD zusammengeschlossenen Lizenzträger bereits auf ihrem Treffen vom 12. 3. 1948 gefordert; Einladung dazu und Korrespondenz Felders zu seiner Tätigkeit als Mitglied der Pressegesetz-Kommission in: IfZ, ED 312.

Wirksamkeit. Wenn Felder jetzt auf Gerüchte und halblaute Behauptungen reagierte, gab er der Flüsterpropaganda nur neue Nahrung. Selbst dort, wo er Namen nennen konnte, mußte das noch nicht zum Punktsieg führen, wie seit Mai 1949 eine wochenlange Auseinandersetzung im und mit dem Reichenhaller Stadtrat zeigte.

Anlaß der Affäre war die in der Generalversammlung des Kurvereins erhobene Forderung, der *Südost-Kurier* möge beim Abdruck von Leserbriefen „eine gewisse Vorzensur walten lassen, wenn es sich um Einsendungen handle, die zwar zum Teil nicht unbegründet sind, aber das Ansehen der Stadt und des Kurortes nicht fördern“<sup>30</sup>. Josef Felder, ohnehin schon wegen einer Umfrage angegriffen, mit der seine Zeitung kürzlich die Meinung von Kommunalpolitikern zum Grundgesetz, zur Monarchie und zu den Auswirkungen der fremdenfeindlichen Propaganda der Bayernpartei auf den Tourismus eingeholt hatte<sup>31</sup>, lehnte dieses Ansinnen noch während der Sitzung „temperamentvoll“ ab. Dr. med. Max Schreiner, seit fast 50 Jahren Kurarzt in Reichenhall und auf seine alten Tage für die CSU im Stadtrat, fühlte sich dadurch zu einer modifizierten „Anregung“ bewogen, über die er anderntags seinen Kollegen im Rathaus berichtete<sup>32</sup>: „Wie mir gesagt wurde, laufen *viele* Einsenderbriefe beim SOK ein, von denen nur eine Auswahl veröffentlicht wird. Ist diese Auswahl nicht allein schon eine Zensur? [...] Weiter müßte sich aber auch die Möglichkeit finden, mit den Einsendern über Einzelheiten ihrer Briefe zu verhandeln. Auf diese Weise wird das Recht des ‚freien Wortes‘ nicht geschmälert und andere Rechte [werden] nicht verletzt. Wohlgermerkt, *berechtigte* Beschwerden von allgemeinem Interesse sollen nicht *unterdrückt* werden, wenn es auch fraglich ist, ob *jede* Wichtigtuerei ausgerechnet in die Zeitung gehört. Vornehme Blätter haben sich in dieser Beziehung in früheren Zeiten sehr reserviert gehalten.“

Dem ausführlichen Sitzungsbericht des *Südost-Kuriers* war zu entnehmen, daß dieser „Kompromiß“ den Stadträten mehrheitlich behagte, hatte sich Bürgermeister i. R. Karl Weiß doch sogar schon bereit erklärt, zusammen mit Chefredakteur Felder „die Leserbriefe im Sinne der Stadt Bad Reichenhall zu verarbeiten“. Auch keiner der SPD-Abgeordneten, deren Fraktionsführer Hermann Mühlböck die Zeitung immerhin gegen Kritik an der in der Sitzung ebenfalls zur Sprache gebrachten Politiker-Umfrage verteidigte, widersprach Dr. Schreiner. Dessen Schlußpointe gab der Berichterstatter des *Südost-Kuriers* gekonnt wieder: „Jeder solle sein freies Wort haben, nur sehe die Demokratie bei uns anders aus als in Amerika.“

<sup>30</sup> Südost-Kurier vom 21. 5. 1949, S. 7; dazu auch Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Protokoll der Stadtratssitzung vom 19. 5. 1949 (Auszug).

<sup>31</sup> Unter dem Titel „Wie stehen Sie zum Grundgesetz, wie zur Monarchie?“ druckte der Südost-Kurier am 7. 5. 1949, S. 7, die Antworten der „Spitzen der Reichenhaller Kommunalverwaltung“; Fortsetzungen am 9. 11., S. 10, und 14. 5., S. 7 f. Vertreter der Bayernpartei – ausnahmslos gegen das Grundgesetz und für die Wiedereinführung der Monarchie – erhielten damit Gelegenheit, zu den von Reichenhaller Hoteliers gegen sie erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen, ihr antipreußisches und fremdenfeindliches Gelärme sei Ursache des schlechten Saisonsbeginns. Die BP-Stadträte machten dafür die Geldknappheit verantwortlich.

<sup>32</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Stellungnahme Dr. Max Schreiners für den Stadtrat vom 6. 6. 1949, Hervorhebungen im Original. Biographisches nach einer Würdigung im Südost-Kurier vom 12. 5. 1951, S. 7.

Schier fassungslos über soviel Unverständnis bei einer „Persönlichkeit mit vielen Verdiensten um die Belange der Stadt“, aber auch mit sicherem Gespür, daß sich dahinter mehr verbarg als ein einzelner Ausrutscher, nahm Felder die Sache ein paar Tage später zum Anlaß einer Gardinenpredigt in Sachen Pressefreiheit. Der Lizenzträger sah das Ansinnen in einer Linie mit der 1946 von der Traunsteiner CSU erhobenen Forderung nach einem „Beratungskörper“<sup>33</sup> für den *Südost-Kurier*: „Seitdem war – bis in die letzte Zeit – Ruhe. Gewiß: Ab und zu flog ein – leider meist anonymes – Schreiben auf den Redaktionstisch. Es gibt Leute, die sich selbst so wenig von enger parteipolitischer Einstellung freizumachen vermögen, daß sie allein die Tatsache einer bestimmten Parteizugehörigkeit des Chefredakteurs des SOK schon zu einer schiefen Betrachtungsweise seiner Tätigkeit treibt. Sie klammern sich starr an die alten Begriffe, daß eine Zeitung nur der jeweils vorherrschenden Richtung zu dienen hat und daß die Rechte der Minderheiten weitgehendst beschnitten werden müssen. Sie können – wahrscheinlich nie – nicht unterscheiden zwischen Nachricht und Kommentar. [Der Diskussion sind] in dem Augenblick Grenzen gesetzt, in dem *fundamentale Grundsätze der Presse* in die Gefahr geraten, verletzt zu werden. Und deshalb sei mit allem Nachdruck betont: *In der Frage der absoluten Pressefreiheit gibt es keinen Kompromiß. Es gibt keine Zensur bei uns und keine beratende Körperschaft für uns, wie immer sie auch heißen und aus welcher Richtung sie kommen möge!*“<sup>34</sup>

Josef Felder hatte 1933 konkret erfahren, was Pressefreiheit und deren Verlust bedeuten konnte. Wohl nicht zuletzt deshalb neigte er zum kategorischen Wort. In Situationen wie dieser freilich schien es fast, als legten es manche Honoratioren darauf an, ihn „vorzuführen“. Dann erfüllte der Sozialdemokrat aus Bayerisch-Schwaben, den das Milieu beinahe unausgesetzt spüren ließ, daß man nicht „zusammenkommen“ werde, auch prompt die in ihn gesetzten Erwartungen: mit der belehrenden Geste des Volkserziehers noch jene zu verprellen, die gegen den *Südost-Kurier* weniger ablehnend eingestellt waren. Und gerade in solchen Momenten, in denen Felder aus eigener Sicht die Offensive wählte, bestätigte er seinen Widersachern, daß er in der Defensive war – und blieb. Es schient nicht nur so: man redete verschiedene Sprachen, lebte in verschiedenen Welten. Völlig zutreffend attestierte Felder dem Kurarzt in einem weiteren, von ISD Press Branch Bayern durchaus beachteten Leitartikel zum Thema Meinungsfreiheit, „politisch und publizistisch *in der Vergangenheit*“ zu leben<sup>35</sup>. Doch es ist fraglich, ob der Chefredakteur die Tragweite der eigenen Diagnose erkannte. Ein Dr. Schreiner mußte keine starken Vokabeln benutzen, um verstanden zu werden; ihm genügte es, nach Felders Leitartikel im Stadtrat festzustellen: „Ich wollte mit der Redaktion einen Weg finden, der sie nicht zwingt, in den Leserbriefen Häßliches und Schädigendes unbesehen veröffentlichen zu müssen. Einmal war schon eine große Taktlosigkeit in diesem Blatt aufgenommen worden, der Nachruf nach [sic]

<sup>33</sup> Vgl. S. 62f.

<sup>34</sup> *Südost-Kurier* vom 30. 5. 1949, S. 1, Hervorhebungen im Original.

<sup>35</sup> *Südost-Kurier* vom 11. 6. 1949, S. 1, Hervorhebungen im Original. OMGB/ISD Press Branch wertete Felders Leitartikel in einem Bericht für OMGUS/ISD Press Branch als Beitrag zur Auseinandersetzung mit den Altverlegern; NA, RG 260, 5/236-3/1.

dem früheren Landrat. Der Ton hat weit daneben gehauen, und es kamen damals Leute zu mir, die von Flegelei und noch anderem sprachen. Doch lassen wir das. Der SOK bezeichnet sich als ‚*Stimme* der Provinz‘. Möge er nicht zum Provinz*blatt* alter Façon herabsinken, sondern seine *guten* Seiten weiter entwickeln. Er will ferner ein überparteiliches Blatt sein. Ist er das wirklich? Manche zweifeln daran. Vielleicht nicht ganz mit Unrecht.“<sup>36</sup>

An Felders Vorstellung von Pressefreiheit jedenfalls zweifelte der gesamte Reichenhaller Stadtrat, einschließlich der SPD-Fraktion. Und mit diesem Zweifel wußte sich das Plenum (oder jedenfalls Oberbürgermeister Walter Neumayer, der die einstimmig verabschiedete Erklärung zum Abschluß der Debatte vorbereitet hatte) in bester Gesellschaft: Unter Berufung auf die bayerische Verfassung und das gerade vom Landtag gebilligte Pressegesetz dekretierten die Ratsherren, die Presse sei verpflichtet, „die ihr gewährte Freiheit verantwortlich zu handhaben und in ähnlicher Weise wie die Verwaltung im Rahmen der Gesetze nach pflichtgemäßem, also nicht nach freiem Ermessen Entscheidungen [zu treffen]. Die hiernach der Pressefreiheit gesetzten Grenzen bestehen insbesondere in der steten Wahrung der Interessen der Allgemeinheit und in der Wahrung des publizistischen Anstandes. Bei Überschreitung dieser Grenzen artet die Pressefreiheit, eine gebundene Freiheit, zur Presseanarchie aus.“<sup>37</sup> Nachträglich zum übrigen, eine dreiviertel Seite füllenden Sitzungsbericht, ließ „Anarchist“ Felder diese Erklärung im *Südost-Kurier* in voller Länge abdrucken<sup>38</sup>. Die angekündigte „sachliche Bemerkung“ zu der nun in der Tat obrigkeitlichen Gebärde blieb aus. Denn eine plötzliche schwere Erkrankung<sup>39</sup> hielt Felder ab Anfang August 1949 mehr als drei Wochen von der Redaktion fern.

Felders Zwangspause fiel in die spannungsgeladene Phase zwischen der Verabschiedung des bayerischen Pressegesetzes, dem davon abhängigen Inkrafttreten der Generallizenz Nr. 3 und dem Start der ersten Altverleger-Blätter Anfang September 1949. Insofern war die Krankheit vielleicht kein Zufall: Die permanente und in den letzten Monaten nochmals gesteigerte Überbeanspruchung, die Felder sich zugemutet hatte, mündete in einem völligen Erschöpfungszustand. Chefredakteur, Leitartikler, stellvertretender Verlagschef, SPD-Versammlungsredner mit starkem Interesse an der Kommunal- und enger Verflechtung in die sozialdemokratische Parteipolitik, Mitglied der Pressegesetz-Kommission der SPD, dazu jener der beiden Lizenzträger, auf dem die gesamte Last der öffentlichen Auseinandersetzung mit den Morgenluft witternden Altverlegern ruhte – es war zuviel geworden. Selbst einen Mann wie Felder, der Dauerstreß brauchte wie andere den freien Sonntagnachmittag,

<sup>36</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Stellungnahme Dr. Max Schreiners für den Stadtrat vom 14. 6. 1949, Hervorhebungen im Original.

<sup>37</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/0, Protokoll der Stadtratssitzung vom 14. 7. 1949 (Auszug).

<sup>38</sup> *Südost-Kurier* vom 18. 7., S. 6, bzw. 27. 7. 1949, S. 7. Daß die Erklärung mit fast zweiwöchiger Verspätung abgedruckt wurde, dürfte auf Verzögerungen innerhalb der Stadtverwaltung zurückzuführen sein.

<sup>39</sup> Mitteilung Felders vom 1. 8. 1985. Im Impressum des *Südost-Kuriers* vom 3. 8. 1949 ist die Erkrankung erstmals ausgewiesen.

machten die Begleitumstände, unter denen der Tag X heraufdämmerte, am Ende nervös. Als sich der Beginn einer von Ernst Langendorf vermittelten Journalistenreise in die USA verzögerte, sagte Felder Mitte Juni mit der Begründung ab, er sei „nun für die nächsten zehn bis zwölf Wochen in [s]einer Zeitung nicht mehr entbehrlich“<sup>40</sup>.

Indikatoren der Gereiztheit waren immer häufigere umrandete Hinweise im Lokalteil des *Südost-Kuriers*. Schon im Februar 1949 war es damit losgegangen. In Freilassing hatte sich ein Abonnentenwerber des *Münchener Merkurs* betätigt, für den bereits im vergangenen Herbst in Bad Reichenhall eine (nach Protesten des *Südost-Kuriers* wieder abgesetzte) Kinoreklame gezeigt worden war<sup>41</sup>. Voller Empörung über angeblich „sehr herabsetzende Bemerkungen“ des „unqualifizierbare[n] Agenten“, kündigten „Verlag und Redaktion“ in einem auffälligen Kasten an, gegen die „Konkurrenzmanöver“ der Münchener Lizenzzeitung den Verlegerverband anrufen zu wollen. Die Leser wurden aufgefordert, eventuell auch in anderen Teilen des Verbreitungsgebietes auftretende Werber zu melden<sup>42</sup>. Sechs Wochen später berichtete der *Südost-Kurier* kleinlaut an gleicher Stelle und in gleicher Aufmachung von einer „Vereinbarung“, wonach besagter Werber laut Feststellungen des *Merkurs* in 150 Fällen korrekt gehandelt habe. Nur in einem Fall, wohl in dem des ursprünglichen Informanten, konnte der *Südost-Kurier* das Gegenteil belegen. Im übrigen habe man zur Kenntnis genommen, daß der *Merkur* seinen Werbern „in strengster Weise jede Überschreitung der gesetzlichen Wettbewerbsbedingungen verbiet[e]“<sup>43</sup>. Der *Südost-Kurier* hatte damit einen Vorgeschmack auf das erhalten, was nach der Generallizenz zu erwarten stand. Zumal niemand im Ernst behaupten konnte, die Reichenhaller Redaktion habe sich je auf ihrem Monopol-Polster ausgeruht, mußte es sie hart ankommen, daß es dem Blatt aus der Großstadt gelungen war, ohne ein auch nur entfernt vergleichbares Angebot an Lokalinformationen 150 Abonnenten zu gewinnen – vermutlich vor allem mit dem Argument, der *Münchener Merkur* sei im Gegensatz zum *Südost-Kurier* ein christlich-konservativ geführtes Blatt.

Das Postulat parteipolitischer Unabhängigkeit und der Hinweis auf das umfassende Angebot sowohl an lokaler wie an allgemeinpolitischer Information waren denn auch die in den folgenden Monaten am meisten gebrauchten Argumente, mit denen der *Südost-Kurier* seine Leser gegenüber den künftigen Heimatblättern zu immunisieren trachtete. Besondere Anstrengungen galten den Mitgliedern und Anhängern der Bayernpartei, die sich weder von Felder noch von Haug gewürdigt fühlten und nach

<sup>40</sup> Felder verband die Absage mit der ausdrücklichen Bitte, zu einem späteren Zeitpunkt an einer Studienfahrt teilnehmen zu können: „Mein Interesse an dem Zeitungswesen in USA und an dortigen sozialen Einrichtungen ist nach wie vor außerordentlich groß.“; NA, RG 260, 5/241-1/6, Schreiben Felders an Langendorf vom 15.6.1949. Im September/Oktober 1950 gehörte die Chefin vom Dienst, Marianne Krell, einer USA-Reisegruppe an.

<sup>41</sup> *Südost-Kurier* vom 27.10.1948, S.7.

<sup>42</sup> *Südost-Kurier* vom 5.2.1949, S.9.

<sup>43</sup> *Südost-Kurier* vom 12.3.1949, S.7.

einem eigenen lokalen Sprachrohr verlangten<sup>44</sup>. Für die Bayernpartei etwas zu tun, schien umso dringlicher, als diese, wie die Stadt- und Landkreiswahlen vom Frühjahr 1948 gezeigt hatten, durch den Übertritt des ehemaligen CSU-Landwirtschaftsministers Dr. Josef Baumgartner eine zukunftssträchtige Strömung geworden war. Seitdem im Stimmkreis Traunstein stärkste Partei, wußte die BP nach ihrem kometenhaften Aufstieg bei der Bundestagswahl 1949 im Südosten rund ein Drittel der Bevölkerung hinter sich<sup>45</sup>. So hatte die Vorankündigung für einen „aktuellen Sonderbericht über den großen Landeskongreß“ der Bayernpartei, die Mitte Juni 1949 den Lokalteil zierete, demonstrativen Charakter. Sie sollte explizit zur Bestellung zusätzlicher Einzel-exemplare animieren, war vor allem aber ein Versuch des Chefredakteurs, seiner Leserschaft das Prinzip des *Südost-Kuriers* einzuhämmern, „unabhängig von der persönlichen Auffassung der Redaktion über die Tätigkeit aller Parteien umfassend und objektiv zu berichten“<sup>46</sup>.

In diesem Sinne war an der Unabhängigkeit des *Südost-Kuriers* ja in der Tat nicht zu zweifeln, und voller Genugtuung rückte Felder es ins Blatt, wenn ihm das, wie jetzt nach minutiöser Berichterstattung, gerade von seinen monarchistischen und radikal-partikularistischen Dauerkontrahenten bestätigt wurde<sup>47</sup>. Aber so sehr sich Felder bemühte: Seine Philosophie – und Praxis – der Trennung zwischen einer fraglos überwiegend pro-sozialdemokratischen Kommentierung und einer pluralistischen Informationsgebung, überhaupt seine Unterscheidung zwischen journalistischem und parteipolitischem Engagement, überforderte die Mehrheit seiner Leser. Jedenfalls konnte oder wollte, wie noch vor der Landesversammlung ein neuer redaktioneller Hinweis zeigte, die „örtliche Leitung der Bayernpartei“ Felders feinsinnige Differenzierung nicht verstehen: „Das von ihr gestern zum Anschlag gebrachte Plakat gegen

<sup>44</sup> NA, RG 260, 10/77-2/1, MG Berchtesgaden Annual Report 1947/48, S. 97. So brachte der Südost-Kurier am 24. 4. 1948 je einen Leitartikel Felders und Haugs mit scharfen Angriffen auf die BP. Eine eigene Rede vor dem SPD-Kreisverband Reichenhall („Die politische Lage und unsere Antwort an Dr. Baumgartner“) annoncierte Felder am 27. 10. 1948, S. 7, mit den Worten: „Freieste Diskussion ist *allen* Parteien zugesichert, die Bayernpartei ist dazu besonders eingeladen“; Hervorhebung im Original. Am 6. 11. 1948, S. 9 f., druckte Felder diese Ansprache auf eineinhalb Seiten ab.

<sup>45</sup> In Altötting und Traunstein errangen Georg Mayerhofer und Sepp Parzinger bei der Bundestagswahl 1949 die Direktmandate für die BP. Ergebnisse in Prozent:

Wahlkreis	CSU	SPD	BP	WAV	FDP	KPD
Altötting	25,3	16,3	33,5	18,6	3,9	2,4
Traunstein	23,0	19,6	33,6	12,9	7,4	3,5
Bayern	29,2	22,8	20,9	14,4	8,5	4,1

<sup>46</sup> Südost-Kurier vom 15. 6. 1949, S. 6.

<sup>47</sup> Über die Landesversammlung der BP lieferte der Münchener Korrespondent des Südost-Kuriers, Otto Daffinger, einen Vorbericht, der zum Aufmacher der Wochenendausgabe vom 18. 6. avancierte („Weiß-blaue Fahnen über Passau“), und für Montag, 20. 6., eine mehr als zwei Seiten umfassende Darstellung des Diskussionsverlaufs. Am 22. 6. 1949 leitartikelte Felder kritisch über „Die Rebellen von Passau“, die jedoch „die üblen Methoden ihrer Reichenhaller Kollegen nicht übernommen“ hätten, und meldete in einem Kasten im Lokalteil, die Leitung der BP habe die Berichterstattung des Südost-Kuriers als „völlig einwandfrei“ bezeichnet.

den Chefredakteur des SOK strotzt vor Unwahrheiten. Wer mit derartigen Mitteln kämpft, kann nicht erwarten, daß man sich weiter mit ihm beschäftigt. [...] Dies ändert nichts an unserer sachlichen Berichterstattung über die Bayernpartei – und an unserer persönlichen Auffassung.“<sup>48</sup>

Felders Fingerzeige bestätigten nicht nur, daß es innerhalb der Leserschaft des *Südost-Kuriers* am Verständnis für ein pluralistisches Kommunikationskonzept und dessen Konsequenzen mangelte. Noch in anderer Hinsicht unterschied sich die Lizenzzeitung von den Heimatblättern alten Stils in offenbar irritierender Weise: Sie war zu dick, zu „hochdeutsch“, zu genau. So sagte das natürlich niemand. Aber Indiz für eine so geartete Volksmeinung war, daß Felder in diesen Wochen und Monaten mit Engelszungen auf seine Abonnenten einredete, um ihnen den gerade darin liegenden Vorteil klarzumachen.

Benachbart zu jener Seite, auf der sich Felder über das gegen ihn gerichtete Plakat der Reichenhaller Bayernpartei empörte, erschien erstmals eine entsprechende Darlegung. Der Text des fettgedruckten Kastens trug die unverwechselbare Handschrift des Chefredakteurs: „Was nützt der Heimat? Alles, was ihren Bewohnern den *Blick in die Welt* weitet und andererseits der Welt Kunde gibt von dem, *was bei uns geschieht*. Ein Abzirkeln ist heute nicht mehr möglich. Eine *echte* Heimatzeitung kann mit einem gepflegten lokalen Teil *allein* nicht mehr den Ansprüchen der Leser genügen. Sie muß nach *den* modernen Grundsätzen geleitet werden, die dem ‚Südost-Kurier‘ und seinen Kreisausgaben weit über Bayerns Grenzen hinaus, vor allem aber bei der Masse seiner Leser, bisher hohe Anerkennung eingetragen haben. Wir sind bemüht, in lebendigstem Kontakt mit unseren Abonnenten zu bleiben, und wir prüfen jeden beachtlichen Wunsch auf seine Realisierungsmöglichkeit. *Nicht abbauen* – wie unsere Gegner das gern sehen würden – wird der SOK seine Leistung, *er wird sie steigern*.“<sup>49</sup> War es tatsächlich das, was die Leute wollten? Ein noch umfangreicheres Blatt? Bei gar täglichem Erscheinen, wie es die bayerischen Lizenzträger jetzt für Oktober 1949 kollektiv ankündigten<sup>50</sup>?

Die bewußte Anerkennung der inhaltlichen Leistung des *Südost-Kuriers*, die Felder seine Abonnenten unterstellte, war doch wohl mehr Wunsch als Wirklichkeit. Seit Anfang Juni versuchte er, durch nahezu tägliche Hinweiskästen noch rechtzeitig vor der Generallizenz Wirklichkeit aus seinem Wunsch zu machen. Immer dringlicher wurden die Appelle: „Bedenken Sie das auch für die Zukunft! Für Ihren Abonnementsbetrag müssen Sie hohe Ansprüche stellen.“ (2. Juli); „Heimatblatt nennen wir uns mit *gleichem* Recht wie jede auftretende Konkurrenz.“ (5. Juli); „Nachrechnen und vergleichen, ehe man sich bluffen läßt. *Auch die wöchentliche Seitenzahl, die Zahl*

<sup>48</sup> Südost-Kurier vom 18. 6. 1949, S. 6, Hervorhebung im Original.

<sup>49</sup> Südost-Kurier vom 18. 6. 1949, S. 7, Hervorhebungen im Original.

<sup>50</sup> Südost-Kurier vom 25. 6. 1949, S. 1; die im VBZV zusammengeschlossenen bayerischen Zeitungsverleger wandten sich damit weniger gegen die künftige Altverleger-Konkurrenz als gegen die Neue Zeitung, die – wie betont wurde: als subventioniertes „Organ der amerikanischen Besatzungsmacht“ – ab 1. 7. 1949 täglich erschien. Der Südost-Kurier behielt auch nach dem 1. 10. 1949 sein dreimaliges Erscheinen pro Woche bei.

der Beilagen und ihren *Inhalt* sollen Sie genau vergleichen.“ (9. Juli); „An die Stelle maßlos übersteigter Werbemaßnahmen neuer und alter Konkurrenten setzen wir den zielbewußten, systematischen Ausbau unserer Zeitung.“ (11. Juli); „Der Lokalteil bleibt! Wir werden auch nicht teurer.“ (13. Juli); „In Flugblättern von Zeitungsgründern wird zur Zeit mit vielen Phrasen so getan, als hätten nur sie die Heimat in Erbpacht. *Das ist nicht fair!* [...] Vielleicht haben Sie in Ihrem Haushalt noch ein früheres Heimatblatt aufgehoben. Dann vergleichen Sie einmal mit unserem Organ.“ (16. Juli); „Die Mitarbeit aller Parteien bleibt auch künftig gesichert. Alle Ausstreuungen, der SOK werde nach bestimmten Veränderungen ein SPD-Blatt, sind böswillige, wahrheitswidrige Behauptungen. Wir bleiben völlig unabhängig.“ (ebenfalls 16. Juli); „Plakate sprechen [...] von ‚Väterglaube und wahrer Heimateure‘, die bestimmte Verleger anscheinend für sich in Erbpacht genommen haben. Wir lehnen die verdächtige Verquickung von Religion und Geschäft nachdrücklichst ab. [...] Laßt Euch auch künftig nicht einseitig unterrichten!“ (27. Juli). In dieser Tonlage ging es wochenlang weiter, denn wider alle Erwartungen fiel der Startschuß für die Altverleger noch immer nicht.

Zwar hatte der bayerische Landtag das Pressegesetz am 22. Juni einstimmig verabschiedet<sup>51</sup> und Ernst Langendorf eine rasche Zustimmung der Militärregierung in Aussicht gestellt<sup>52</sup>, doch dann stießen sich die Amerikaner an der Einschränkung, wonach verantwortlicher Redakteur nur sein dürfe, wer seinen Wohnsitz in Bayern habe und mindestens 25 Jahre alt sei<sup>53</sup>. Statt die erwartete Zustimmung zu dem von allen Seiten belobigten Gesetz zu bekunden, machte die Militärregierung in München am 2. August 1949 noch einmal ausdrücklich auf das Verbot zur Herausgabe unlizenzierter Zeitungen aufmerksam; auch die an manchen Orten erscheinenden „Probenummern“, für die allerdings „normale Gebühren“ verlangt würden, verstießen gegen die geltenden Bestimmungen<sup>54</sup>.

Weiterhin auf Werbeaktivitäten beschränkt, wurde die aggressive Ungeduld der Altverleger nun täglich größer. Der *Südost-Kurier* sah sich immer größeren Gerüchten ausgesetzt, so beispielsweise der Behauptung, er werde künftig keine amtlichen Bekanntmachungen mehr bringen<sup>55</sup>. Den noch vor kurzem selbst erhobenen Forderungen

<sup>51</sup> Der *Südost-Kurier* veröffentlichte das Gesetz am 25. 6. 1949, S. 3 f., im Wortlaut. Besonderen Wert legte Felder auf die Wiedergabe des Lobes, das der CSU-Abgeordnete Dr. Otto Schefbeck in seiner Rede zur Verabschiedung des Pressegesetzes dem *Südost-Kurier* für sachliche Berichterstattung zollte. Felders Leitartikel trug die Überschrift: „Ein fortschrittliches Gesetz“; *Südost-Kurier* vom 27. 6. 1949, S. 1.

<sup>52</sup> *Südost-Kurier* vom 29. 6. 1949, S. 8.

<sup>53</sup> Zum Gesetzgebungsverfahren vgl. Kuegler, *Pressegesetze*, S. 108–133.

<sup>54</sup> *Südost-Kurier* vom 3. 8. 1949, S. 1.

<sup>55</sup> Zwar kam den Bekanntmachungen angesichts einer intensiveren Lokalberichterstattung nicht mehr die Bedeutung zu wie noch in der NS-Zeit, aber ganz ignorieren ließen sich der damit verbundene Insertionserlös und der zusätzliche Informationswert nicht. Deshalb senkte Verlagsleiter Haug im März 1947 für die zu Einsparungen gezwungene Landratsamts-Außenstelle Reichenhall den Anzeigenpreis; am 9. 7. 1948 untersagte Landrat Jacob kategorisch auch die Veröffentlichung zum Sondertarif unter Hinweis auf das – von Miller in Berchtesgaden gedruckte – offizielle Amtsblatt; Vorgang in: StA München, LRA 30 870. Berchtesgaden genehmigte am 30. 9. 1949 sowohl dem

gen nach Fairness zum Trotz, griff nun auch das Lizenzblatt zunehmend in die Trickkiste: Der CSU-Abgeordnete Dr. Otto Schebeck und ein „Großindustrieller“ aus der Region fanden sich wiederholt mit lobenden Äußerungen über die journalistische Leistung des *Südost-Kuriers* zitiert, und nach mehrfacher Vorankündigung startete der Verlag Mitte August, neben einem Malwettbewerb für die Kinder im Einzugsbereich der Traunsteiner Ausgabe<sup>56</sup>, ein großes Preisausschreiben. Bis Ende September 1949 (also just in jenen Wochen, für die jetzt mit dem Start der Heimatblätter zu rechnen war) mußte, wer einen der sieben Geldpreise gewinnen wollte, auf mühsame Druckfehlersuche gehen – und der Lösung, ebenso wie die Kinder ihren Zeichnungen, die Abonnementquittungen der beiden letzten Monate beilegen. Mehr als 1000 Mark war dem Verlag diese Form der Leser-Blatt-Bindung wert<sup>57</sup>. Der durch die Werbemaßnahmen der Altverleger nun faktisch schon begonnene Konkurrenzkampf hatte Skrupel ob solcher Bauernfängereien hinweggefegt. Während der ersten Phase der Auseinandersetzung mit den Heimatblättern sollte das, der sonstigen Seriosität des *Südost-Kuriers* zum Hohn, geradezu zur Gewohnheit werden: Die Gewinner des selbstgestrickten Rätsels waren noch nicht ermittelt, da schloß sich das Reichenhaller Blatt bereits einer Presselotterie an, die im vierzehntägigen Rhythmus „für 10 Pfennig Gewinne bis zu DM 5000“ versprach<sup>58</sup>. Und Ende September mahnte der Verlag: „Rechnen Sie jetzt schon mit unserem neuen Preisausschreiben für Weihnachten 1949!“<sup>59</sup> Es schien, als setze der *Südost-Kurier* ganz auf Göttin Fortuna – und habe Glück dabei. Oder sollte die „riesige“ Zahl der täglichen Einsendungen für die Presselotterie trügen, von der die Redaktion anfangs so triumphierend berichtete<sup>60</sup>?

### Aufmarsch der Altverleger

Seit Montag, 22. August 1949, bedurfte es auch in Bayern, wo sich die Aufhebung des Lizenzverfahrens am längsten hingezogen hatte, für die Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften keiner Genehmigung mehr. Obwohl der bayerische Landtag die gewünschten Korrekturen an seinem Pressegesetz noch nicht ausgeführt hatte, setzten die Amerikaner die Generallizenz Nr. 3 an diesem Tag in Kraft<sup>61</sup>.

Berchtesgadener Anzeiger als auch dem Südost-Kurier die Bezeichnung „Amtsblatt des Gemeinderats“; LRA 29 659, Monatsbericht der Marktgemeinde Berchtesgaden vom 25. 10. 1949.

<sup>56</sup> Südost-Kurier vom 18. 8. 1949; in Traunstein zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt bereits das Erscheinen von zwei Altverleger-Zeitungen ab.

<sup>57</sup> Erstmals im Südost-Kurier vom 13. 8. 1949, S. 11. Im Juni war dem Preisausschreiben ein Wettbewerb um das beste Werbeplakat für die Zeitung vorausgegangen; Südost-Kurier vom 1. 6. 1949, S. 9.

<sup>58</sup> Erstmals im Südost-Kurier vom 22. 10. 1949, S. 8.

<sup>59</sup> Südost-Kurier vom 29. 9. 1949, S. 7. Ein Preisrätsel zur Abonnentenwerbung veranstaltete auch die Frankenpost in Hof; vgl. Würstbauer, Lizenzpresse, S. 127.

<sup>60</sup> Südost-Kurier vom 3. 11. 1949, S. 8.

<sup>61</sup> Das bayerische Landespressegesetz trat am 3. 10. 1949 in der geänderten Fassung in Kraft. Am 26. 8. hatte die Militärregierung erklärt, die Suspendierung zweier Einzelbestimmungen des am 22. 8. – also gleichzeitig mit der Generallizenz Nr. 3 – in Kraft gesetzten Pressegesetzes berühre dessen Gültigkeit nicht; Südost-Kurier vom 27. 8. 1949, S. 2.

Josef Felder kommentierte den Einschnitt vom Sanatorium aus<sup>62</sup>, er war gesundheitlich noch erheblich angeschlagen. Wenn er dennoch zwei Tage später wieder in der Redaktion saß, so gab es dafür einen wichtigen Grund: Heinrich Haug hatte den *Südost-Kurier* verlassen. Noch in der Wochenendausgabe vom 20. August hatte sein Name an den zwei gewohnten Stellen im Impressum gestanden; am darauffolgenden Montag gab es statt bisher zwei nur noch einen Herausgeber, und die Position des Verlagsleiters war kurzerhand gestrichen. Weiter wies nichts auf die Trennung hin. Entgegen seiner sonstigen Mitteilungsfreude beließ es Felder in den zwei Folgen seines Leitartikels bei einem orakelhaften Satz: „Sie sollen am heutigen Tage wissen, daß die Generallizenz Nr. 3 auch in unserem Verlage Änderungen auslöst, der weitere folgen können.“ Wichtiger war ihm, seine Leser – wie schon so oft in der letzten Zeit – noch einmal an die Fortschritte zu erinnern, welche die „Bildung der öffentlichen Meinung nach 12jähriger verbrecherischer Fehlleitung“ in den „Händen von Antinazis“ gemacht habe, die sich dafür als „Amiknechte“, „Presse-Kollaborateure“ und „Enteigner“ beschimpfen lassen mußten. Was Haug anging, wich bei Felder momentane Überraschung schnell einer Erleichterung, die ihre Enttäuschung schon hinter sich hatte. Der Kompagnon war nach Altötting zurückgekehrt, an seinen alten Platz im Verlag Geiselberger, der in den vergangenen Werbewochen besondere Nettigkeiten über den *Südost-Kurier* verbreitet hatte, darunter ein Flugblatt mit einem Vergleich zwischen Lizenzpresse und „Ersatz-Kaffee“<sup>63</sup>.

Heinrich Haug allerdings führte diese Polemik nicht weiter. Wie Felder vermied auch er in seiner neuen-alten Zeitung jede Bemerkung über die Motive seines Ausstiegs beim *Südost-Kurier*. Wenngleich der Wechsel nun doch plötzlich gekommen war, beruhte der Entschluß dazu auf reiflichen Überlegungen. Seine Absicht, nach der Generallizenz zurück zum *Öttinger und Burghauser Anzeiger* zu gehen, hatte Haug gegenüber seinem Lizenzkollegen wiederholt bekundet, und trotz (oder gerade wegen) der wachsenden persönlichen Entfremdung wußte selbstverständlich auch Felder, daß Haug dorthin über die Jahre hinweg unverändert „starke personelle und ideelle Bindungen“ besaß, wie es im Entwurf für einen Trennungsvertrag hieß<sup>64</sup>. Die Chance, in Altötting Verlags- und Hauptschriftleitung in Personalunion zu übernehmen, mochte Haug gelockt haben, doch den Ausschlag gab die Gegensätzlichkeit der beiden Lizenzträger. Die gemeinsam entworfene Abfindungsvereinbarung bestätigte – was jeder interessierte Leser und Beobachter des *Südost-Kuriers* wußte –, daß der Kerngegensatz im Weltanschaulichen beziehungsweise in den Konsequenzen lag, die daraus für die Zeitungsarbeit zu ziehen waren: „Beide Gesellschafter haben erkannt und anerkannt, daß eine weitere Zusammenarbeit zwischen ihnen für das Unternehmen selbst sich schädigend auswirken muß, weil Herr Felder im Sinne des Gründungsprinzips [...] eine weltanschaulich und parteipolitisch völlig ungebundene Hal-

<sup>62</sup> *Südost-Kurier* vom 22. und 24. 8. 1949, jeweils S. 1 f.

<sup>63</sup> Felder beschäftigte sich mit dem Flugblatt in einem Leitartikel im *Südost-Kurier* vom 11. 6. 1949, S. 1. Dazu auch ein Bericht von OMGB/ISD Press Branch an OMGUS/ISD Press Branch; NA, RG 260, 5/236-3/1.

<sup>64</sup> Der Entwurf ist auf den 1. 9. 1949 datiert, aber wohl früher abgefaßt worden; IfZ, ED 312.

tung der [...] Zeitung fordert, Herr Haug dagegen eine zumindest weltanschaulich stärker gebundene redaktionelle Führung wünscht.“

Natürlich kaschierten diese nüchternen Formulierungen mehr als sie klärten. Doch das war ihr Zweck. Zu lösen waren die vertrackten persönlichen und psychologischen Probleme, die sich zwischen den Lizenzträgern und ihren Familien (wohl gerade auch zwischen Haug und den beiden inzwischen im Verlag tätigen jugendlich-ungestümen Söhnen Felders) aufgehäuft hatten, im Sommer 1949 ohnehin nicht mehr<sup>65</sup>. Obwohl niemals unterzeichnet, trug die kluge Fixierung sicherlich dazu bei, daß keine schmutzige Wäsche ausgepackt wurde, weder vor einem Gericht noch vor der – von beiden Seiten im Prinzip leicht herstellbaren – Öffentlichkeit. Neben Umgangsformen und Takt spielte wohl auch Taktik eine Rolle: Die bisherigen Geschäftspartner wußten, von einem langwierigen Rechtsstreit würden nicht sie, sondern allenfalls die Konkurrenzverleger profitieren<sup>66</sup>. Schließlich verlangten die neue persönliche Lage und die in Gang gekommenen Veränderungen in Südost-Oberbayerns Presselandschaft beider ganze Aufmerksamkeit. Während sich Haug freilich auf den Wettbewerb mit zwei ehemaligen Lizenzzeitungen konzentrieren konnte – gefährlicher als der *Südost-Kurier* war das Blatt des katholischen Konkurrenten Kapfinger aus Passau –, hatte Felder die verlegerische und publizistische Auseinandersetzung mit zeitweise neun lokalen Rivalen zu führen. Jeder Kreisausgabe des *Südost-Kuriers* stand nun mindestens ein Konkurrent gegenüber:

– In Altötting operierte neben dem am 2. September gestarteten *Öttinger und Burghauser Anzeiger* bereits seit 2. Juni 1949 Dr. Hans Kapfinger mit einer Kreisausgabe seiner *Passauer Neuen Presse*<sup>67</sup> (Untertitel: *Burghauser Stadtchronik/Alt-Neuöttinger Nachrichten*).

– In Berchtesgaden schloß Ludwig Peter Miller am 2. September 1949 mit dem im 64. Jahrgang erscheinenden *Berchtesgadener Anzeiger* nach eigener Einschätzung „eine lange schmerzlich empfundene Lücke“.

– In Freilassing führte sich am 3. Oktober die *Freilassinger Volkszeitung* der Buchdruckerei Baur & Söhne als das „kleine und bescheidene Heimatblatt“ wieder ein, als das es „vor 24 Jahren aus dem Wunsche der Bevölkerung des Ortes sowie jener der näheren und weiteren Umgebung“ entstanden war.

– In Laufen erschien ab 2. September ein neues Produkt im Verlag von Franz Xaver Pföß, der sich seit 1933 mit wenig Erfolg als Verleger des NSDAP-Kreisorgans betätigt hatte; eine neue Jahrgangs-Zählung und ein zur Hälfte neuer Titel (*Salzach-*

<sup>65</sup> Briefe von Haugs Ehefrau an Felder vom Herbst 1950 deuten auf wechselseitige Verbitterung hin; IfZ, ED 312.

<sup>66</sup> Felder und Haug einigten sich ohne Prozeß auf eine Ablösesumme von 25 000 Mark. Allerdings gab es jahrelange Querelen um steuerliche Folgeprobleme; IfZ, ED 312.

<sup>67</sup> Laut Bericht des Directors des OMGB/FOD Office Altötting vom 23.9. 1949 hatte die Passauer Neue Presse – vor allem Dank der „acid editorials of Dr. Kapfinger“ – im Landkreis Altötting in den ersten Wochen nach der Generallizenz nur wenige Abonnenten verloren, „and they hope to maintain their circulation here owing to the superior journalistic qualities of Dr. Kapfinger“; NA, RG 260, 10/116-2/18.

statt *Ruperti-Bote*) belegten die Absicht, die unrühmliche Traditionslinie vergessen zu machen und die Bitte zu legitimieren, „man möge uns später, so wie einen junggepflanzten Baum, an unseren Früchten erkennen“.

– In Traunstein traten die beiden 1933 bzw. 1935 mit dem örtlichen NS-Organ fusionierten Heimatblätter wieder auf den Plan: Am 1. September brachte Dr. Conrad Adlmaier die erste reguläre neue Ausgabe seiner kirchennahen *Traunsteiner Nachrichten*, vormals *Tagblatt*, heraus, tags darauf Anton Miller sein traditionell bauernbündlerisches *Traunsteiner Wochenblatt*.

– In Trostberg starteten die Gebrüder Erdl am 2./3. September wieder ihr bis Kriegsende (infolge mehrerer Aufkäufe benachbarter Blätter, darunter sogar die Kreiszeitung der NSDAP) in beträchtlicher Auflage erscheinendes *Trostberger Tagblatt*.

– Und in Bad Reichenhall versuchte seit dem 1. Oktober der Rosenheimer Verleger Alfons Döser mit seinen *Reichenhaller Nachrichten*, Josef Felder Abonnenten abzuwerben.

Der etwas abschätzig Vergleich, den Bayerns oberster Presseoffizier Ernst Langendorf schon seit langem gerne benutzte, wenn er die Entwicklung nach Ende der Lizenzpflicht prognostizierte, traf im Verbreitungsgebiet des *Südost-Kuriers* voll zu: Zwischen Watzmann im Süden und Altötting im Norden waren die Altverleger-Zeitungen in der Tat wie Schwammerl nach warmem Regen aus dem Boden geschossen. Doch der Frontverlauf im nun entfesselten Konkurrenzkampf war ein wenig komplizierter, als die einfache Gegenüberstellung von Heimat- und Lizenzpresse glauben machen wollte: Zu den neun jeweils auf regional begrenzte Teile der *Südost-Kurier*-Leserschaft erpichten Konkurrenten zählte mit Hans Kapfinger in Altötting immerhin ein bisheriger Lizenzkollege Felders, und unter den drei großen Münchener Blättern, die im gesamten Verbreitungsgebiet des *Südost-Kuriers* bereits eine Anzahl von Abonnenten besaßen und jetzt verstärkt um neue warben, waren mit der *Süddeutschen Zeitung* und dem *Münchner Merkur* ebenfalls zwei Lizenzgründungen. (Das US-Organ *Neue Zeitung* wurde in der Regel wohl zusätzlich zum Lokalblatt gelesen, bedeutete also keine echte Konkurrenz.)

Mochte die Wettbewerbssituation zwischen den ehemaligen Lizenzzeitungen, anders als in Großstädten wie München, im Falle des *Südost-Kuriers* auch von relativ geringer Bedeutung sein – die Tatsache, daß es sie überhaupt gab, wurde praktisch von niemandem zur Kenntnis genommen. Alle starteten wie gebannt auf den Krieg zwischen Alt- und Lizenzverlegern. Während die im jeweiligen Einzelfall unmittelbar Betroffenen es zumeist ganz gut verstanden, ihre individuellen Interessen im Auge zu behalten, hatte der seit Mitte 1948 insgesamt immer dichter gewordene Schlachtennebel die Fähigkeit und Bereitschaft, Nuancen und Nebenschauplätze wahrzunehmen, bei Beobachtern auf beiden Seiten erheblich getrübt. Auch manchem amerikanischen Presseoffizier fehlte inzwischen der klare Blick für die Relationen. Nur so ist der geschickt eingefädelte Propagandacoup zu erklären, den Langendorf Ende August 1949 landete<sup>68</sup>: Auf ähnliche Weise, wie im Herbst 1947 sein pessimistischer In-

<sup>68</sup> Das folgende nach Frei, *Die Presse*, S. 294.

ternbericht über „The Future of the German Press“ zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden war, avancierte nun die Prognose über das bevorstehende Erscheinen von 106 Altverleger-Blättern in Bayern auf dem Umweg über die internationale Presse zur spektakulären Nachricht. Was die Nachrichtenagentur DENA zunächst als eine Befürchtung der bayerischen Militärregierung verbreitet hatte – es seien „Anzeichen dafür vorhanden, daß die neuen Blätter chauvinistisch, unruhestiftend, antidemokratisch, antisemitisch, antiamerikanisch und gegen die DPs eingestellt sein werden“ –, hörte sich im Echo des Auslandes so bedrohlich an, daß die *Neue Zeitung* daraus ihre Montagsschlagzeile fabrizierte: „Ausland fürchtet Renazifizierung der deutschen Presse. ‚Goebbels und Streicher bitten den Teufel um Urlaub.‘“

Auch Felder hatte die DENA-Meldung auf der Titelseite gebracht, jedoch mit dem von ihm so gerne benutzten Sperrdruck eine wichtige Relativierung in der Feststellung hervorgehoben, die bisherigen 27 bayerischen Lizenzblätter mit einer Gesamtauflage von 2,1 Millionen würden auf der Basis von Pacht- und Leihverträgen in Druckereien hergestellt, die „meistens ehemaligen Nationalsozialisten gehören“<sup>69</sup>. In der darauffolgenden Ausgabe zeigte sich, wie richtig die Ahnungen des Chefredakteurs waren: Nicht nur hatte der Lizenzverband, schon seit Juli zwecks „sauberem Konkurrenzkampf“ im Kontakt mit den vereinigten Altverlegern, unterdessen demonstrativ abgewiegelt; Felders Verpächter Fritz Wiedemann hatte die Meldung trotz Sperrdruck offensichtlich als persönliche Kränkung empfunden. Deshalb veröffentlichte der *Südost-Kurier* nun einen Auszug der Spruchkammerakte des Druckereibesitzers, der Wiedemann als Gegner des Nationalsozialismus auswies und ihm bescheinigte, bei seiner Einstufung als Mitläufer „an der Grenze der Entlasteten“ gestanden zu haben. Das von der *Neuen Zeitung* so hervorgehobene Auslandsecho auf Langendorfs Prognose setzte der *Südost-Kurier* im Blattinnern ganz ans Ende der Reihe von Meldungen unter der eher verhaltenen Überschrift „Zum Kapitel Nazi-Pressen“<sup>70</sup>.

Als sich eine Woche später die Verleger der bayerischen Lizenzpresse in Bad Reichenhall versammelten, nahm Felder in einem Vorbericht nochmals Gelegenheit, die „alarmierenden Meldungen der letzten Tage“ deutlich tiefer zu hängen<sup>71</sup>. Es sei zu wünschen, meinte Felder zur Begrüßung seiner Kollegen, „daß eine Basis gefunden wird, die (politisch gesehen) zur Beruhigung der erregten Weltöffentlichkeit beiträgt und auch einen mit fairen Mitteln geführten gesunden Wettbewerb gestattet“. Das war zweifellos zugleich in Richtung auf seine lokalen Konkurrenten gesagt und ent-

<sup>69</sup> Südost-Kurier vom 27. 8. 1949, S. 1.

<sup>70</sup> Südost-Kurier vom 29. 8. 1949, S. 3.

<sup>71</sup> Südost-Kurier vom 5. 9. 1949, S. 1; dort auch die folgenden Zitate, Hervorhebungen im Original. Am 3. 9. 1949, S. 1, hatte der Südost-Kurier unter der Überschrift „Neue Warnung!“ berichtet, die Militärgouverneure der amerikanischen und der britischen Zone hätten gegenüber den Ministerpräsidenten für den Fall, daß die Deutschen nicht in der Lage seien, ein „Wiederaufleben der nationalsozialistischen Presse“ zu verhindern, ihr Eingreifen angekündigt; Hervorhebungen im Original. Vgl. zum Konkurrenzkampf in Bayern auch Wurstbauer, Lizenzpresse, S. 125 ff.

sprach dem Tenor seiner auf derselben Titelseite veröffentlichten ersten Reaktion auf deren Ansturm.

Dort gab sich Felder demonstrativ optimistisch<sup>72</sup>. „Die große Bewährungsprobe“, so der Titel des eher knappen Kommentars, habe der *Südost-Kurier* „in einer selbst unsere Erwartungen weit übertreffenden Weise bestanden“. Nicht nur in der Gesamtauflage, auch in den meisten Bezirken sei das Reichenhaller Blatt das stärkere geblieben. „Wollen die Konkurrenten ihre notariell beglaubigte, tatsächlich verkaufte Auflage angeben, so sind wir dazu ebenfalls sofort bereit.“ Natürlich blieb das für Felder typische Argument der besonderen journalistischen Qualität des *Südost-Kuriers* nicht aus, diesmal allerdings war es begleitet von einem Anflug von Selbstkritik: „schärfer denn je“ werde der *Südost-Kurier* auf seine Grundsätze achten, „die uns bisher gelehrt haben: Umfassende Information über alle Gebiete unseres öffentlichen Lebens, Überparteilichkeit, Toleranz und aufbauende Kritik!“ Statt harter Polemik lieferte Felder eine knappe Begründung für die Änderung des Zeitungskopfes, der nun sehr viel größer und zum Teil in handschriftlich-dynamisch wirkender Blockschrift erschien: „Das Wort ‚Kurier‘ beinhaltet künftig in besonderem Maße unsere Leistung.“ Stärker noch hatte sich der Untertitel der Hauptausgabe geändert; aus der „politischen Stimme der Provinz“ war eine „überparteiliche und unabhängige Reichenhaller Zeitung“ geworden. Zum ersten Mal konnte man den Eindruck haben, Felder halte sich selbst vor dem Versuch zurück, seine Defensivposition ins Offensive zu wenden: „Unsere Konkurrenten wollen wir nach der Formel ‚Leben und Leben lassen!‘ betrachten, ihre Leitartikel lassen wir auf uns wirken, um sie *sachlich* zu den Absätzen zu korrigieren, die (bei einigen Verlegern) *nicht sachlich* waren.“

Obwohl eher besänftigend gemeint, gaben diese Worte dem, der sich ärgern wollte, dazu noch hinreichenden Anlaß. Sein offensichtliches Unvermögen, die von vielen empfundene Attitüde des Oberschiedsrichters über Objektivität und Sachlichkeit zu vermeiden, hatte Felder den Umgang mit „den Einheimischen“ schon häufig genug unnötig erschwert, und im Prinzip galt das auch jetzt in der Auseinandersetzung mit den Altverlegern. Freilich waren diese an einem Burgfrieden überhaupt nicht interessiert, solange der *Südost-Kurier* noch munter auf einem Gelände operierte, das sie als ureigenen und schuldlos verlorenen Hoheitsbereich empfanden. Ihr bis zum Eingreifen der Nazis oder der „Amis“ angestammtes Territorium zurückzuerobern, erschien den Altverlegern als ihr gutes Recht. Kaum ein Blatt, dem diese Auffassung nicht mehr oder minder unverblümt zu entnehmen war – meist im selben Atemzug mit zum Teil unsäglichen Definitionen des eigenen journalistisch-politischen Anspruchs.

Im Brustton der Überzeugung, „als die berufenen Gestalter einer Heimatzeitung anerkannt und von der Bevölkerung wiedergerufen“ worden zu sein, verkündeten Verlag und Redaktion des *Öttinger und Burghauser Anzeigers* in ihrer Erstaussgabe

<sup>72</sup> Mit Zuversicht hatte Felder im Februar auch die Frage des Chefs der örtlichen Militärregierung beantwortet: „He expects financial losses but has reckoned with a long-term plan anticipating a maximum of fifty percent decrease in business as a result of de-licensing. However, he adds that he does not believe that matters will turn out quite bad in the long run.“; NA, RG 260, 9/7-3/4, MG Berchtesgaden Essential Elements of Information vom 11.2.1949.

„Sinn und Ziel unserer Pressearbeit“. Ganz obenan stand „Treue zum christlichen Glauben und zur Heimat der Väter.“ Auf der „festen Grundlage des religiösen und kulturellen, christlich abendländischen Ideengutes“, aber nicht gebunden an eine Partei, sollte der „uns bedrohenden Nihilisierung“ wirksam widerstanden werden. Das war für Heinrich Haugs Verhältnisse recht markig, und die Behauptung, „daß ein echtes Heimatblatt nur gestaltet werden kann aus der engen Verbundenheit mit der Landschaft und ihren Bewohnern, also nur dann, wenn sie hervorkommt aus ihrer Herzensmitte“, stand einigermaßen konträr zu seiner früheren Confessio als Lizenzträger des *Südost-Kuriers*. Typisch hingegen waren das „speziell[e] Anliegen, der weitverbreiteten Beziehungslosigkeit der Menschen untereinander entgegenzuwirken“, und der Wunsch nach einer „leuchtenden Hervorstellung und Sichtbarmachung des uns Einigenden und Verbindenden“<sup>73</sup>. Im harten Wettbewerb mit Hans Kapfinger blieb davon wenig übrig, denn dieser vertrieb die – unter dem Gesichtspunkt journalistischer Attraktivität eher mit Felders *Altöttinger Kurier* vergleichbare, aber politisch „richtig“ eingefärbte – Lokalausgabe seiner *Passauer Neuen Presse* im Landkreis Altötting zu einem Dumpingpreis<sup>74</sup>. Nicht nur, weil Kapfinger ausgerechnet den ehemaligen Altöttinger NSDAP-Kreispresseamtsleiter Dr. Hans Albert zu seinem Lokalredakteur erkoren hatte, der Heinrich Haug 1935 im Verlag Geiselberger als Kontrolleur vorgesetzt worden war, standen die beiden konservativen Blätter zueinander in schärferer Konkurrenz als gegenüber dem „roten“ *Südost-Kurier*: es ging um dieselbe, allerdings noch auf Jahre hinaus in CSU und Bayernpartei gespaltene Klientel<sup>75</sup>.

Das war auch der Grund, weshalb Ludwig Peter Miller am anderen Ende von Felders Verbreitungsgebiet nicht nur gegenüber dem Direktor der Berchtesgadener Militärregierung, sondern auch gegenüber den ihn unterstützenden „various local bürgermeisters and Catholic Church groups“ schon im Februar 1949 betonte, einen politisch neutralen *Berchtesgadener Anzeiger* machen zu wollen. Gerald F. McMahon, zwar noch jung an Jahren, aber seit Kriegsende mit Land und Leuten Oberbayerns vertraut, wußte diese Art von Neutralität richtig zu deuten: „In the opinion of this office

<sup>73</sup> Öttinger und Burghauser Anzeiger vom 2. 9. 1949, S. 1.

<sup>74</sup> Passauer Neue Presse vom 7. 7. 1949, S. 4.

<sup>75</sup> Entsprechend attackierte die Passauer Neue Presse, Ausgabe Altötting vom 1. 9. 1949, S. 4, den Öttinger und Burghauser Anzeiger noch vor dessen Start: „Im ‚Voranzeiger‘ einer anderen Heimatzeitung unseres Gebiets hieß es dieser Tage: ‚Wie gerne hätten wir (wenn die Zeitung früher erschienen wäre – D. Red.) im Wahlkampf das Pulver gemischt und dem Ergebnis hätte es bestimmt auch nicht geschadet. Vielleicht wären durch das Erscheinen der Heimatpresse (alten Stils – D. Red.) Korrekturen der Wahlergebnisse entstanden, welche die Regierungsbildung in Bonn erleichtert hätten‘. Das ist nicht unsere Auffassung von Überparteilichkeit. Wir haben keine Wahlbeeinflussung betrieben und wir sind der Meinung, daß dies nicht die Aufgabe einer Zeitung sein soll. [Die] freie Meinungsbildung, die eine objektive und allseitige Berichterstattung zur Voraussetzung hat, wird unterstützt durch Leitartikel, die nicht hinter parteipolitischen Brillen geschrieben werden, sondern von Männern, die bayerisch und deutsch denken, die aber nicht glauben, daß das Schicksal unserer Heimat und unseres Volkes nur durch eine alleinseligmachende Partei verwaltet und zum besten gestaltet werden könnte.“

such an organ will probably represent a mixture of CSU, Bayern-Partei and national-socialist interests.“<sup>76</sup> Tatsächlich beließ es Miller in seinem Begrüßungsartikel dann bei der Anspielung, nun ende ein Zustand, der „von vielen als weiterhin nicht mehr erträglich“ betrachtet worden sei, und „wenn die Welt nicht voller Mißverständnisse wäre“, hätte dies „schon längst“ geschehen können<sup>77</sup>. Jeden politischen Anspruch wies der 1933 schnell anpassungsbereite, vor allem geschäftlich interessierte Verleger<sup>78</sup> weit von sich: Man wolle ein „Heimatblatt für die bodenständige Bevölkerung“ und für die „in unserem Landkreis Zugereisten, Neubürger und brüderlichen Gäste sein“ und „einer alten allgemein menschlichen Sehnsucht dienen, dem Frieden“. „Politik? – Nein. Mit Politik werden wir uns keinesfalls beschäftigen. Das ist eine Aufgabe, die anderen gestellt ist und um die wir keinen beneiden, der ihr bitteres Brot brechen muß.“ Zwar wörtlich gemeint – wie die ersten Nummern zeigten, in denen es praktisch keinerlei politische Informationen gab –, war das natürlich nicht durchzuhalten, und nach kurzer Zeit hatte der *Berchtesgadener Anzeiger* mit etwa zwei Nachrichtenseiten pro Ausgabe ungefähr Vorkriegsstandard erreicht; die Meldungen dafür trafen offensichtlich schon gematert in der Redaktion ein<sup>79</sup>.

Im Dezember 1949 geriet der *Berchtesgadener Anzeiger* unverhofft, aber nicht zufällig, in die Weltpresse. Anlaß waren zwei Leserbriefe eines Johannes Möbius<sup>80</sup>, die das Blatt getreu seiner zum Wiederbeginn bekundeten kostensparenden „Auffassung von Demokratie“ veröffentlicht hatte, derzufolge die Leser ihre Zeitung durch Einsendungen „letzten Endes“ selbst gestalten sollten. Möbius kritisierte die in der Erstausgabe veröffentlichten Kritik des Chefs der örtlichen Militärregierung an der Titelsucht ehemaliger Berufsoffiziere. „US Civilian“ McMahon hatte die Ansicht vertreten, der „General a.D.“ sei nicht mehr zeitgemäß bis strafwürdig. Dagegen setzte der Berchtesgadener Ex-Gefreite das beliebte Argument der Pflichterfüllung und das Versagen bestimmter „ausländischer Politiker“ in der frühzeitigen Einschätzung des „auch von der übrigen Welt stark vergottete[n] Mann[es] aus Braunau“. In seiner zweiten Zuschrift reagierte Möbius auf Vorhaltungen eines Feriengastes, der ihn brieflich ermahnt hatte nicht zu vergessen, „daß wir Deutsche zwei Weltkriege verloren [haben und] Generale und Bonzen [. . .] demzufolge nicht mehr [brauchen]“. Wortmächtig schalt Möbius deshalb „jene devoten Amphibiennaturen“, die zwischen Patriotismus und „übertriebene[m], an Chauvinismus grenzende[m] Nationalismus“

<sup>76</sup> NA, RG 260, 9/7-3/4, MG Berchtesgaden Summary of Civil Activities vom 18. 2. 1949, S. 2, danach die folgenden Zitate. Biographisches zu McMahon im Südost-Kurier vom 15. 11. 1948, S. 6.

<sup>77</sup> Berchtesgadener Anzeiger vom 2. 9. 1949, S. 1.

<sup>78</sup> Vgl. Frei, Provinzpresse, S. 220 und 223. Die persönliche Distanz zum politischen Katholizismus, die Miller schon 1933 das Arrangement mit der NSDAP erleichtert hatte, äußerte sich nun in Sympathien für die Bayernpartei, die in Berchtesgaden zwar die Mehrheit besaß, nicht aber das gesamte Bürgertum zu binden verstand. Millers unklare Position bot Felder mehrfach Anlaß zu persönlichen Spitzen, z. B. mit dem Artikel „L. P. Miller hat etwas gegen Schwarz-rot-gold. Ein aufschlußreicher Vorgang im Alpenverein Berchtesgaden“; Südost-Kurier vom 1. 4. 1952, S. 4.

<sup>79</sup> Die gleichen Artikelmatern verwendete die Freilassinger Volkszeitung; Redakteur dieser „azd“ war laut Impressum des Berchtesgadener Anzeigers Gerhard Falk.

<sup>80</sup> Berchtesgadener Anzeiger vom 12. und 28. 9. 1949, jeweils S. 6.

nicht zu unterscheiden wüßten. Wahrscheinlich via ISD erfuhr Drew Middleton von den Leserbriefen. Sein Fazit in der *New York Times*: „Die Presse in Bayern zeigt eine nazistische Tendenz. Oft legen die Zeitungen den Grund für einen neuen Nationalismus. Kürzlich veröffentlichte der ‚Berchtesgadener Anzeiger‘ zwei lange Artikel, in denen die deutsche Generalität von ihrer Schuld im Zweiten Weltkrieg freigesprochen wird und die darauf hinauslaufen, die Generale zu verherrlichen. Die wütende Gegnerschaft zwischen der lizenzierten und der wieder neuentstandenen Heimatpresse läßt in vielen Fällen auf eine Wiedergeburt des Nazismus und Nationalsozialismus schließen.“<sup>81</sup> Das war nicht eben fair berichtet, doch der *Berchtesgadener Anzeiger* hielt mit: Middletons zum Zeitpunkt verbreiteter Renazifizierungs-Befürchtungen<sup>82</sup> geschriebener Artikel wurde mit den Praktiken eines seiner journalistischen Kollegen verrührt, der sich ein Jahr lang incognito in Deutschland aufgehalten und – wie freilich auch die *Neue Zeitung* kritisierte – höchst Fragwürdiges darüber veröffentlicht hatte. Der *Anzeiger* nahm kein Blatt vor den Mund. „Mr. Middleton“ mußte sich als ein „durch Kenntnis weniger als durch Böswilligkeit belastete[r] Schreiber“ titulieren und gegen die „offiziellen, um wirkliche Verantwortung bemühten amerikanischen Vertreter in Deutschland“ ausspielen lassen, die es „begrüßen werden, daß unsere Öffentlichkeit deutlich zu unterscheiden weiß zwischen der aufbauenden und völkerverbindenden Arbeit eines Land- und Distriktkommissars und der zersetzenden, völkertrennenden Tätigkeit solcher Journalisten“<sup>83</sup>.

Die herben Worte machten zumindest deutlich, wie wenig es der *Anzeiger*-Redaktion an Selbstbewußtsein mangelte. Überhaupt zeigten sich die Altverleger rasch souverän. Dazu trug erheblich die Unterstützung bei, die ihnen vor allem von konservativen Politikern zuteil wurde. So wußte etwa der *Salzach-Bote* in seiner Erstausgabe Bayerns CSU-Ministerpräsidenten Hans Ehard zu zitieren: „Ein großer Gewinn für die Neugestaltung des deutschen Pressewesens ist vor allem das Wiedererscheinen der *Heimatblätter* mit ihrer oft hundertjährigen Tradition. Eng mit der Landschaft verbunden, sind sie besonders berufen, Teilnahme und Verantwortungsfreude am politischen Geschehen zu wecken in der überschaubaren, unmittelbar erlebten kleineren Gemeinschaft.“<sup>84</sup> Daß es nun gerade dem *Salzach-Boten* an vorzeigbarer Vergangenheit gebracht – was machte das schon aus angesichts der demonstrativen Unterstützung, die ihm Sepp Parzinger von der Bayernpartei zuteil werden ließ, der eben mit Glanz und Gloria für die Landkreise Laufen, Berchtesgaden-Reichenhall und Traunstein in den ersten Deutschen Bundestag gewählt worden war<sup>85</sup>? Nach einem betu-

<sup>81</sup> New York Times vom 1. 12., zitiert in der Übersetzung des Berchtesgadener Anzeigers vom 16. 12. 1949, S. 9.

<sup>82</sup> Die sorgfältige Beobachtung der Entwicklung auf der politischen Rechten spiegelt sich in den vierteljährlichen HICOG-Reports on Germany; IfZ, Dk 140.008. Am 16. 12. 1949 erließ die Alliierte Hohe Kommission das Gesetz Nr. 16 („Elimination of Militarism“); dazu auch Südost-Kurier vom 20. 12. 1949, S. 3.

<sup>83</sup> Berchtesgadener Anzeiger vom 16. 12. 1949, S. 2.

<sup>84</sup> Salzach-Bote vom 2. 9. 1949, S. 1, Hervorhebungen im Original.

<sup>85</sup> Vgl. S. 136, Anm. 45.

lich-herzlichen „zum Geleit“ in Nr. 1 brachte Nr. 2 eine gallige „Aufklärung“, in der sich Parzinger von seinem ehemaligen Bezirksvorsitzenden distanzierte, der mit Josef Felders Kreisausgabe *Laufener Kurier* zusammenarbeitete: Er begrüße die „wiedererstandene Heimatpresse umso mehr, als diese die Bayernpartei und ihre Männer vor jener Verunglimpfung bewahren wird, der sie in den zurückliegenden Jahren durch den Südost-Kurier ausgesetzt waren“<sup>86</sup>. Der *Bote* sah durch diese Vereinnahmung seine „volle Überparteilichkeit“, die noch vor dem Bekenntnis zu Bayerntum, Christentum und „wahrer Demokratie“ rangierte, augenscheinlich nicht tangiert.

Doch überparteilich konnte sich jetzt ja jeder nennen, und es schien auch allen geraten. Darin unterschied sich die armselige *Freilassinger Volkszeitung*, die eher auf das Mitleid der „engeren Heimat“ spekulierte („Treue um Treue!“<sup>87</sup>) als auf Leistungskonkurrenz, nicht von dem satt und siegessicher daherkommenden *Traunsteiner Wochenblatt*. Dessen Verleger Anton Miller schrieb zur „Wiedergeburt“ auf eineinhalb Seiten Klartext<sup>88</sup>: „Seitdem der Bauernbund tot ist, gehöre ich keiner Partei mehr an. Ein Großteil des Volkes ist parteimüde geworden aus der praktischen Erfahrung heraus [...]. Deshalb soll unsere Zeitung die Tendenz haben: christlich, deutsch, demokratisch und überparteilich. Recht und Gerechtigkeit müssen unseren Volkskörper wieder durchpulsen. Erst dann sind wir wieder ein Volk, das sich seiner Rasse nicht zu schämen braucht“. Aus seiner Verbitterung darüber, daß 1946 nicht er – dessen Betrieb die US-Pressoeffiziere David Davidson und Joseph Dunner als möglichen Druckort inspiziert hatten – Lizenzträger geworden war, und aus seinen Ressentiments machte Miller keinen Hehl. Seine mit mehrmaliger Inhaftierung bezahlte NS-Gegnerschaft<sup>89</sup> diente ihm dabei als Berufungsgrund: „Meine politische Ehre kann [...] niemand verletzen, der während der Nazizeit im Ausland gelebt hat. Die einheimische Bevölkerung kennt meine politische Vergangenheit, das genügt mir. [...] Wir können also ohne amerikanische Lizenzurkunde unsere Zeitung wieder herausgeben. Dies ist mir sehr sympathisch, denn dadurch brauche ich vor den Amerikanern keine Buckerl zu machen und nicht ‚thank you‘ zu sagen.“

Millers Selbstbewußtsein beruhte nicht nur auf seinem persönlich-politischen Lebensweg und auf der 91jährigen Tradition seiner Zeitung („Meine Lizenzurkunde hat sich ein Anton Miller mühevollst und ehrlich erworben und trägt als Datum den 6. März 1858 und ist ausgestellt von der Königlichen Regierung von Oberbayern im Namen des Königs.“). Es entsprang professioneller Routine und der Sicherheit, neben einem soliden Maschinenpark einen noch aus Weimarer Zeiten bewährten verantwortlichen Schriftleiter an seiner Seite zu wissen. Das *Wochenblatt* wurde denn auch, gefolgt vom *Trostberger Tagblatt*, rasch die modernste und auflagenstärkste Altverleger-Zeitung der Region. Ein Stück weit hing das mit dem alten bauernbündlerischen Geist des Blattes zusammen, der ihm eine bemerkenswerte Freiheit gegenüber

<sup>86</sup> Salzach-Bote vom 6. 9. 1949, S. 3.

<sup>87</sup> *Freilassinger Volkszeitung* vom 14. 11. 1949, S. 3.

<sup>88</sup> *Traunsteiner Wochenblatt* vom 2. 9. 1949, S. 1 f.

<sup>89</sup> Näheres bei Frei, *Provinzpresse*, S. 228 f.

klerikalen Bindungen und Interessen bewahrt hatte. Während sich beispielsweise die *Freilassinger Volkszeitung* von Argument zu Argument an die richtige Einstellung zur „Sünderin“ Hildegard Knief heranarbeitete („Gegen einen solchen Film protestiert man nicht, in einen solchen Film geht man einfach nicht hinein.“<sup>90</sup>), druckte Miller nebenbei den „Pfau“, eine muntere Zeitschrift für „Liebe, Ehe und Kultur“.

Über den darob in Traunstein anhängig gemachten Schöffnenprozeß berichtete der *Südost-Kurier* natürlich mit viel Leidenschaft – und besonderer Freizügigkeit bei der Nennung nicht nur der Namen der wegen „Verbreitung unzüchtiger Werke“ zu Gefängnisstrafen Verurteilten, sondern auch des „Herrn Verlegers“: „Beiträge, die von Staatsanwalt Dr. Blank und von Amtsgerichtsrat Dimpfl als besonders pervers und unzüchtig bezeichnet wurden, [fanden] Gnade unter Millers gestrengen Augen.“<sup>91</sup> Josef Felder knüpfte daran ein paar Tage später zwei „interessante Fragen“<sup>92</sup>, die ihm von seinen Lesern gestellt worden seien: „Wie hat denn die angeblich allein ‚echte‘ Heimatpresse auf den großen Pornographie-Prozeß in Traunstein reagiert?“ Und: „Wie [steht] es nun mit der Strafverfolgung des Verlegers?“ Die Antworten waren wirklich interessant: Die Altverleger in Altötting, Freilassing und Berchtesgaden hatten sich über den Sündenfall ihres Kollegen Miller völlig ausgeschwiegen, das *Trostberger Tagblatt* hatte ohne Namensnennung, und Miller selbst verspätet mit 13 Zeilen berichtet, freilich nicht von der eigenen Verwicklung in die Sache. Lediglich Millers direkter Konkurrent in Traunstein, „Allerweltsleitartikler“ Adlmeier von den *Nachrichten*, hatte, wie Felder höhnte, die „wundervolle Kameradschaft“ durchbrochen. Zu Millers Anteil am „Pfau“-Geschäft fand Felder heraus, ein Verfahren sei im Gange; selbst wenn die beiden produzierten Nummern unter eine Amnestie fallen sollten, müsse doch geprüft werden „ob die Oktobernummer, die weitgehend vorbereitet war, nicht die Straffälligkeit auslöst“. Felders Leitsatz, er habe kein persönliches Interesse an einer Verurteilung, vielmehr gehe es ihm um die Gleichbehandlung aller Bürger, war zu diesem Zeitpunkt wenig überzeugend – hatte er sich doch eingangs ausgemalt, wie die Altverleger reagiert hätten, wäre der „Pfau“ im Betrieb des *Südost-Kuriers* ausgebrütet worden . . .

Natürlich schlug Miller nach Kräften zurück. „Fräulein Paetzmann“, die junge Traunsteiner Lokalredakteurin des *Südost-Kuriers*, die in guter Absicht unlängst einen offenbar etwas verunglückten Text zu einem Foto von drei jüdisch wirkenden Gartenzwerge in einem Traunsteiner Vorgarten formuliert hatte, wurde antisemitischer Intentionen bezichtigt<sup>93</sup>. Selbst einen Vergleich mit dem *Stürmer* scheute Millers Schriftleiter nicht. Doch der dann wiedergegebene Gossip zeigte, wo ein Odeur von Antisemitismus tatsächlich in der Luft hing: „Schließlich meinten boshafte Zungen, der Chefredakteur und Herausgeber der Reichenhaller Zeitung hätte sich auf seine Art an dem jüdischen Beauftragten David Davidson revanchieren wollen, der ihm seinerzeit die Lizenz für seine Zeitung zugedacht hatte, wodurch er aus der stillen ein-

<sup>90</sup> Freilassinger Volkszeitung vom 9. 3. 1951, S. 3.

<sup>91</sup> Südost-Kurier vom 4. 2. 1950, S. 15.

<sup>92</sup> Südost-Kurier vom 11. 2. 1950, S. 2.

<sup>93</sup> Traunsteiner Wochenblatt vom 14. 2. 1950, S. 2. Erika Paetzmanns Artikel erschien nur in der nicht überlieferten Traunsteiner Ausgabe des Südost-Kuriers.

träglichen Tätigkeit des ‚Treuhanders‘ (Treuhand kommt von treuer Hand) in das Licht der Publizistik gerückt wurde.“ Es folgte eine Latte widersprüchlicher Vorwürfe: Der *Südost-Kurier* sei ungerecht mit kleinen Parteigenossen verfahren, habe selbst einen SS-Offizier als Berichterstatter akzeptiert, verhalte sich ironisch-arrogant gegenüber ehrsamem Bürgersleuten, knausere an der Weihnachtsgratifikation für seine Angestellten, habe den späteren Mörder Hans Miller noch als Sportreporter beschäftigt, als alle Welt schon wußte, daß es sich um einen Dieb und Heiratsschwindler handle.

Anton Miller, als er die gezielten Ausfälligkeiten seines Redakteurs in einer persönlichen Schlußbemerkung rechtfertigte, übte sich in effektvoller Solidarität mit dem Reichenhaller Altverleger Fritz Wiedemann. Josef Felder sitze „recht warm“ in dem „in hundertjähriger mühevoller und reeller Aufbauarbeit“ errichteten Familienbesitz, während die Eigentümer „sozusagen auf der Straße“ stünden und Not litten. „Auf dieser Basis ist es nicht schwer, einen ‚Südost-Kurier‘ herauszugeben und Sozialismus und Demokratie zu predigen. Wie alles im Leben vergänglich ist, wird auch in nicht allzu ferner Zeit der Zustand eintreten, daß Herr Wiedemann als rechtmäßiger Besitzer wieder in seinen Druckereibetrieb einziehen kann und Herr Felder aus Augsburg daraus so schnell verschwindet, als wie er hineingeflogen kam.“

Felder war davon tief getroffen. „So kann man mit einem Menschen nicht umgehen“, empörte er sich noch Monate später gegenüber Wiedemann<sup>94</sup>. Solcher Schärfe hatte sich Felder in der Tat noch nie befleißigt, obgleich auch er mitunter ganz falsch reagierte. Ein Beispiel dafür ist die von ihm begonnene und auch vom „Scrutiny Board“ bei OMGUS registrierte Kontroverse mit dem zweiten Traunsteiner Altverleger Dr. Conrad Adlmaier<sup>95</sup>. Der inzwischen 68jährige Herausgeber, dem seit Ende 1933 der ehemalige Traunsteiner Verlag des Katholischen Preßvereins gehörte, hatte in der Probenummer seiner *Traunsteiner Nachrichten* an das eigene und das Schicksal seines Lokalkonkurrenten Anton Miller in den ersten Jahren der NS-Herrschaft erinnert und geschrieben: „Wir sind alle arm geworden, auch die sogenannten Altverleger. Die einen sind eingesperrt worden, die anderen wurden ihres Vermögens beraubt.“ Gemeint war die Zwangsfusion zunächst von Adlmaiers, dann auch von Millers Zeitung mit dem örtlichen NSDAP-Organ 1934 bzw. 1936 und eine in diesem Zusammenhang gegen Miller verhängte sogenannte Schutzhaft<sup>96</sup>. Doch Felder vermutete darin einen „abgründig spekulativ“ formulierten Vorwurf an die Lizenzpresse und ein Indiz dafür, „in welcher Weise bestimmte Altverleger den Konkurrenzkampf zu führen beabsichtigen“. Im Fett- und Sperrdruck forderte er Adlmaier auf der Titelseite des *Südost-Kuriers* zu einer öffentlichen Antwort auf: „Wen meint er mit der schweren Anklage auf ‚Beraubung‘ – die Amerikaner oder die Lizenzträger?! Es gibt hier kein Ausweichen! [...] Mut zur Wahrheit, Herr Dr. Adlmaier, ist die erste Aufgabe eines Zeitungsverlegers!“

<sup>94</sup> IfZ, ED 312, Memorandum Felder an Wiedemann vom 17. 10. 1950.

<sup>95</sup> *Südost-Kurier* vom 29. 8. 1949, S. 1, Hervorhebungen im Original; unkommentierter Ausschnitt in: NA, RG 260, 5/241-1/2.

<sup>96</sup> Näheres bei Frei, Provinzpresse, S. 223–231.

Wohl war es nicht allein Adlmaiers Eröffnungsartikel, der Felder zu solcher Aggressivität verleitete; hinzu kam der Zorn darüber, daß es dem Mitglied des Landesausschusses der Bayernpartei<sup>97</sup> gelungen war, den Traunsteiner Lokalredakteur des *Südost-Kuriers*, Paul Mayer, abzuwerben. Und hinzu kam schließlich die relative Stärke seiner Traunsteiner Rivalen, für die im Falle Adlmaiers bald die Oberbayerische Druckerei in Rosenheim mit der Lieferung eines politischen Mantelteils sorgte<sup>98</sup>. Angesichts der doppelten Konkurrenz mußte Felder nun ausgerechnet an einem Ort um seine Abonnenten fürchten, wo der *Südost-Kurier* von Anfang an eine besonders ehrgeizige Lokalberichterstattung gepflegt hatte. Der Herausgeber der *Traunsteiner Nachrichten*, laut Untertitel „Heimatblatt für Traunstein Stadt und Land – Unabhängige Zeitung für christliche Kultur und soziale Politik“, gab sich in seiner Replik auf Felder denn auch betont souverän. „Jedes Kind in Traunstein weiß“, so Adlmaier in seiner vor allem optisch reichlich antiquiert wirkenden Nr. 1, „wer damit gemeint war, Kollege Miller vom ‚Traunsteiner Wochenblatt‘ erlitt Haftstrafen, ich selbst habe als Schaden durch den Nationalsozialismus 130 000 Mark in Bad Nauheim zur Wiedergutmachung angemeldet. Ihr Versuch, Herr Felder, [...] mich bei der Besatzungsmacht sowohl wie bei den Lizenzträgern zu verdächtigen, ist zwecklos. *Ich lehne es ab, meine Leser mit Konkurrenzgeiz zu langweilen. In Zukunft werde ich auf Angriffe nicht mehr erwidern.*“<sup>99</sup> Der Attacke des *Südost-Kuriers* war damit wirkungsvoll begegnet, wie Felder indirekt auch eingestand, als er sich in seiner nächsten Ausgabe von Adlmaiers „Klarstellung“ befriedigt zeigte, die „im Interesse der historischen Wahrheit“ liege. Einen – sachlich nicht unberechtigten<sup>100</sup> – Nachsatz konnte sich der neue Alleinherausgeber in Reichenhall nicht verkneifen: „Es gibt Leute, die uns lächelnd fragen, ob der genannte Verleger wohl tatsächlich einen Schaden in solcher Höhe nachhaltig begründen kann. Wir antworten: *Das ist nicht unsere Sache!*“<sup>101</sup>

Was Felder an einer Figur wie Adlmaier freilich am meisten reizte, war dessen anti-aufklärerische, geistig-politische Engstirnigkeit. Klerikale Katholiken und unreflektierte Antikommunisten gab es in dieser Gegend zur Genüge, aber Sozialistenfresser seiner Sorte waren eigentlich selten. Dadurch, und durch seine Eloquenz, unterschied sich Dr. Adlmaier in einer für Felder ungemein provozierenden Weise vom eher behäbig-honoratiorenhaften Konservatismus seiner Kollegen. Einem Akademiker, mithin einem Mann, der es besser wissen konnte, glaubte Felder Geschäftemacherei auf Kosten der Vernunft nicht durchgehen lassen zu dürfen. Doch, – was anderes war die unkritische Fotoreportage, mit der Adlmaier bereits in der fünften Ausgabe eine ganze Seite seiner *Traunsteiner Nachrichten* füllte? „Weltereignis Bruno Gröning“ waren die Zeugenberichte vom Traberhof bei Rosenheim überschrieben, wo das hagere

<sup>97</sup> Berchtesgadener Anzeiger vom 8. 3. 1950.

<sup>98</sup> Das geht hervor aus dem Vertrag zwischen der Oberbayerischen Druckerei GmbH Rosenheim und der Druck- und Verlags-GmbH Südost-Kurier vom 18. 10. 1949; IfZ, ED 312.

<sup>99</sup> Traunsteiner Nachrichten vom 1. 9. 1949, S. 3, Hervorhebungen im Original.

<sup>100</sup> Nach langwierigen Verhandlungen wurde Adlmaier ein knappes Zwanzigstel der beantragten Entschädigung zuerkannt; vgl. Frei, Provinzpresse, S. 230.

<sup>101</sup> Südost-Kurier vom 5. 3. 1949, S. 3, Hervorhebungen im Original.

„Rätsel“ aus Herford vor großem Publikum „Wunderheilungen“ vollbrachte. Lahme machte er gehen, Blinde sehen – und die „ehemalige Stotterin“ Zenta Saltner aus Rosenheim so gesprächig, daß die Frau den Weg zur Redaktion nach Traunstein nahm, um Adlmaier zu berichten: „Wia i na nach der Heilung weg ganga bi, bin i no a weng damisch gwen. Zu mein Mo hab i gsagt, iatz lies i da d'Zeitung vor, aba fei die schwarn Wörter a, wia zum Beispiel Sozialdemokratie. Und glaum Sie's, alles hab i lesen kinna. I bi ja selba sprachlos und muaß do so vui redn.“<sup>102</sup> „Einzigartig“, kommentierte Adlmaier. Dagegen Josef Felders Eindruck nach einer Pressekonferenz des Wunderdoktors: „Wie eine Filmdiva“ habe Gröning sich geriert, und das Kügelchen aus Stanniol- oder Zeitungspapier, das der Meister jedem Journalisten überreichte, habe bei ihm den verheißenen „geheimnisvollen Strom“ nicht ausgelöst. Die Selbstzweifel, die daraufhin an Felder nagten, mußten auch leichtgläubige Leser als Ironie erkennen: „Waren wir kein geeignetes *Grönium* (eine Bezeichnung, die Gröning an Stelle von ‚Medium‘ gesetzt wissen will)?!“<sup>103</sup> Zwar opferte auch der *Südost-Kurier* in den folgenden Wochen manche Seite für eine ausführliche Berichterstattung, und Feuilleton-Redakteurin Erna Hoesch lieferte, sichtlich beeindruckt, aus Rosenheim eine Reportage über Gröning, mit dessen Wirken sich inzwischen selbst die bayerische Staatsregierung beschäftigte<sup>104</sup>. Doch der Tenor des *Südost-Kuriers* blieb kritisch, wie Felder es in seinem Artikel angekündigt hatte.

Im Bemühen, dem „Stanniol-Messias“ (*Der Spiegel*) auf die Schliche zu kommen, stand das ehemalige Lizenzblatt dem respektlosen Nachrichtenmagazin aus Hamburg, das die angeblichen Heilerfolge schon Mitte des Sommers in einer Titelgeschichte als „vorübergehende Suggestionen“ gedeutet hatte<sup>105</sup>, näher als der gesamten Heimatkonkurrenz. Insofern ist der Fall mehr als eine Grotteske am Rande: Während der *Südost-Kurier* konsequent Nüchternheit predigte, hielten Adlmaier und zunehmend auch die anderen Altverleger ihre Kunden über die „Wunder“ in der Nachbarschaft – natürlich nicht mit der glatten Perfektion, wohl aber im Geiste der Regenbogenpresse – auf dem laufenden. Dabei vermengte sich die geschäftstüchtige Auswertung schönen Lesefutters offenbar mit eigener Faszination. Auf nahezu ideale Weise wurde einer Stimmungslage entsprochen, die in den ersten Nachkriegsjahren wohl nicht nur bei den Menschen in der Südostecke Bayerns häufiger als in „normalen Zeiten“ zu finden war: eine mehr oder minder religiös geprägte Gläubigkeit, die einherging mit ganz irdischer Sehnsucht nach einem besseren Leben, aber auch mit irrationalen Heilserwartungen. Wunderglaube hatte Konjunktur. Und wo, außer in den erst wieder aufkommenden Illustrierten, hätte dem besser Rechnung getragen werden können als in den vielen kleinen Heimatblättern, bei denen Geschichten voll Aberglaube und Volksmystik ja geradezu zur Tradition gehörten?

<sup>102</sup> Traunsteiner Nachrichten vom 10. 9. 1949, S. 4.

<sup>103</sup> Südost-Kurier vom 5. 9. 1949, S. 3, Hervorhebungen im Original.

<sup>104</sup> Südost-Kurier vom 10. 9. 1949, S. 5.

<sup>105</sup> Der Spiegel vom 7. 7. 1949, S. 5–8, und vom 6. 9. 1950, S. 10–15, zum (halb-)kriminellen Ende der Gröning-Karriere.

Ein vernunftgeleiteter Sozialdemokrat wie Felder konnte und wollte da nicht mithalten. Ihm entsprach es, gemeinsam mit einem anderen ehemaligen Lizenzblatt eine Professorenexpertise in Auftrag zu geben, als Conrad Adlmaier, kaum war die Gröning-Epidemie ein wenig abgeklungen, die Leser der *Traunsteiner Nachrichten* monatlang mit den Prognosen eines Freilassinger Hellsehers belieferte. Auf eineinhalb Seiten verkündete Felder im März 1950 „Die Wahrheit über den ‚Propheten‘ Alois Irlmeier“ und beschuldigte Adlmaier in einer Vorbemerkung, aus Geschäftsinteresse „stärkste Beunruhigung“ in die Bevölkerung getragen zu haben<sup>106</sup>. Namentlich die Prophezeiung eines bevorstehenden dritten Weltkrieges, die Felder damit meinte, hatte den Gutachter, einen durchaus milde gestimmten „Fachmann für Parapsychologie“, zu der Feststellung veranlaßt: „Irlmeier braucht dringend längere Zeit zur Erholung.“ Tatsächlich versagten zumindest verlagsintern die Künste des Hellsehers, denn Adlmaiers Blatt ging es damals alles andere als gut. Sonst hätte Anfang Februar wohl auch nicht die augenfällige Eigenanzeige darin gestanden, die demjenigen hundert Mark Belohnung versprach, „der uns den Urheber des Gerüchtes namhaft macht, daß die ‚Traunsteiner Nachrichten‘ ihr Erscheinen einstellen, so daß wir gerichtlich vorgehen können“<sup>107</sup>. Durch Kooperation mit dem Rosenheimer Verleger Alfons Döser gelang es Adlmaier jedoch, sein Blatt noch einige Jahre weiterzuführen.

Als erste der nach der Generallizenz im Verbreitungsgebiet des *Südost-Kuriers* erschienenen Heimatzeitungen kapitulierte Dösers *Reichenhaller Nachrichten*, vor denen neben Felder noch vor dem Start auch Fritz Wiedemann im *Südost-Kurier* gewarnt hatte: Das Blatt stehe „in keinem Zusammenhang mit unserer alten Heimatzeitung ‚Reichenhaller Tagblatt‘“, und er selbst sei daran nicht beteiligt. (Natürlich sorgte sich der Altverleger weniger um den *Südost-Kurier* als um das eigene lokale Verlagsmonopol und die Zukunft seines *Tagblatts*, über das „zu gegebener Zeit Aufklärung gegeben werde“<sup>108</sup>.) Die doppelte Ablehnung verfehlte ihre Wirkung nicht: Schon nach knapp drei Wochen konnte Josef Felder den Abonnenten der *Nachrichten* deren Ende brieflich mitteilen und die kostenlose Lieferung des *Südost-Kuriers* bis zum Monatsletzten ankündigen. Ohne „Triumphgefühl“, wie er selbst schrieb, aber mit erkennbarer Genugtuung, stellte der Chefredakteur fest, daß ein Blatt mit der redaktionellen Dürftigkeit und der „Liliputauflage“<sup>109</sup> der *Reichenhaller Nachrichten* nicht in der Lage sei, den gestiegenen Anforderungen sowohl der Leser wie der Inserenten gerecht zu werden. Die Situation auf dem Zeitungsmarkt habe sich grundlegend geändert. Inzwischen werde „auch von der Provinzzeitung ein bestimmtes Niveau“ und eine angemessene Reichweite für die Werbung verlangt. Die selbstbewußte

<sup>106</sup> *Südost-Kurier* vom 4. 3. 1950, S. 15 f. Im *Südost-Kurier* vom 11. 5. 1950, S. 2, wandte sich Felder in einem Kommentar erneut gegen die „verantwortungslose [...] publizistische Propaganda“ Adlmaiers und forderte „schärfsten Protest und behördliches Einschreiten“ gegen dessen „tolle Kriegspsychose“, Hervorhebungen im Original.

<sup>107</sup> *Traunsteiner Nachrichten* vom 4. 2. 1950, S. 7.

<sup>108</sup> *Südost-Kurier* vom 29. 9. 1949, S. 4, Hervorhebungen im Original.

<sup>109</sup> Die Auflagenhöhe der *Reichenhaller Nachrichten* war nicht zu ermitteln; die Zahl der verkauften Exemplare dürfte deutlich unter 1000 gelegen haben. Zum Vergleich: Der *Südost-Kurier* hatte (1951) im Stadtkreis Reichenhall 6400 Abonnenten.

Aufforderung an die bisherigen *Nachrichten*-Leser, durch die Gratislieferung eine laut Urteil der „wirklichen Fachleute in und außerhalb Bayerns“ der „*bestredigierten Provinzzeitungen*“ kennenzulernen, verband Felder mit der moderaten Bitte: „Lassen Sie sich nicht von Vorurteilen leiten. Wir sehen unsere Aufgabe darin, Sie überparteilich zu informieren, den konfessionellen Frieden zu wahren, Ihren wirtschaftlichen, lokalen und kulturellen Interessen zu dienen und alles zu fördern, was den Aufstieg unseres Kurortes zu beschleunigen vermag.“<sup>110</sup> So beredt Felder die Vorzüge des *Südost-Kuriers* anpries – von den 5000 Mark, mit denen sich *Nachrichten*-Verleger Döser von ihm den Rückzug hatte versüßen lassen, erfuhren die Leser natürlich nichts. Angesichts der Tatsache, daß Döser diesem Vertrag<sup>111</sup> zufolge in Traunstein weiterhin Adlmaiers Blatt am Leben erhalten durfte, war das kein geringes Entgelt.

Mit dem Griff in die Brieftasche wenigstens einen Konkurrenten ausgeschaltet zu haben, mußte Felder wohl als Silberstreif am Horizont erscheinen in einer Zeit, in der es mit der Auflage seiner Nebenausgaben allenthalben bergab ging<sup>112</sup>. Schon im Laufe des Jahres 1950 rutschte der *Südost-Kurier* in Altötting, Berchtesgaden, Traunstein und Trostberg hinter die Altverleger-Zeitungen zurück. Lediglich in Laufen und in Freilassing konnte er seinen Rang gegen die dort besonders dürrtigen Heimatblätter behaupten. Während der *Südost-Kurier* dann aber auch in Laufen überrundet wurde, gelang Felder in Freilassing ein Pachtabkommen mit Emil Baur, wodurch die wenigen

<sup>110</sup> Reg. Reichenhall, 0/11-00/1, Rundschreiben des *Südost-Kurier* vom 19. 10. 1949, Hervorhebungen im Original. Mit leichten Änderungen der Text auch im *Südost-Kurier* vom 20. 10. 1949, S. 4.

<sup>111</sup> IfZ, ED 312, Vertrag zwischen der Oberbayerischen Druckerei GmbH Rosenheim und der Druck- und Verlags-GmbH *Südost-Kurier* vom 18. 10. 1949.

<sup>112</sup> Durchschnittliche Auflage des *Südost-Kuriers* und seiner Konkurrenten:

	1946	1947	1948	1949*	1950	1951	1952	1953	1954	1955
<i>Südost-Kurier</i>										
Gesamtauflage	54 000	53 000	52 000	27 000	22 000	20 900	18 100	17 400	20 900	8 400**
<i>Südost-Kurier</i> Altötting				–	2 400	3 000	2 600	2 000	2 400	
Öttinger und Burghauser Anzeiger				–	7 700	8 100	8 500	8 400	8 600	9 000
Passauer Neue Presse/Altötting				–	2 900	–	2 600	3 000	4 300	4 700
<i>Südost-Kurier</i> Berchtesgaden				–	2 500	2 300	1 700	1 500	2 100	
Berchtesgadener Anzeiger				3 100	3 400	3 500	4 100	4 400	4 500	5 200
<i>Südost-Kurier</i> Freilassing				–	1 700	1 700	2 300	2 300	2 500	
Freilassinger Volkszeitung				1 200	1 000	1 000	(bei <i>Südost-Kurier</i> )		2 500**	
<i>Südost-Kurier</i> Laufen				–	2 500	2 300	1 800	1 700	2 100	
Der Salzach-Bote				2 100	2 500	2 500	–	3 000	3 000	4 200***
<i>Südost-Kurier</i> Traunstein				–	5 400	4 300	3 700	3 400	4 100	
Traunsteiner Nachrichten				2 100	2 100	2 400	–	2 500	2 500	2 600
Traunsteiner Wochenblatt				6 500	7 200	7 400	7 600	8 000	8 300	10 200
<i>Südost-Kurier</i> Trostberg				–	1 000	900	700	700	900	
Trostberger Tagblatt				5 800	6 000	6 500	6 900	7 200	7 600	8 000

\* Nach der Generallizenz und dem Start der Altverleger-Zeitungen im Herbst 1949

\*\* Reichenhaller Tagblatt bzw. dessen Kopfblatt Freilassinger Anzeiger

\*\*\* Laufener Kreiszeitung

Angaben 1946–1948 nach: NA, RG 260, 10/124-1/15–18, OMGB/ICD Press Weekly Summaries; Angaben 1949–1955 nach: Stamm 1950–1956.

Abonnenten der *Volkszeitung* zu Jahresanfang 1952 der Nebenausgabe *Freilassinger Kurier* zugeschlagen wurden<sup>113</sup>. Selbst in Reichenhall, wo der *Südost-Kurier* seit dem schnellen Ende des *Nachrichten-Experiments* wieder konkurrenzlos war, blieben leichte Verluste nicht aus; offenbar nagten, neben dem *Berchtesgadener Anzeiger* am Rand des Stadtkreises, auch überregionale Zeitungen an der Auflagenhöhe der Hauptausgabe. Und mit dramatischen Anfangsverlusten war es nicht abgetan, der deprimierende Abwärtstrend hielt über Jahre hinweg an: Hatte der *Südost-Kurier*, wie Felder gegenüber dem Direktor der Militärregierung in Berchtesgaden eingestand, nach der Generallizenz schlagartig über 10 000 Abonnenten verloren<sup>114</sup>, so verkaufte die ehemalige Lizenzzeitung am Ende des Jahres 1950 weniger als die Hälfte ihrer Startauflage von 1946. Erst 1953 war die Talsohle erreicht. Die weitere Entwicklung schien anzuzeigen, daß eine Stabilisierung auf der Höhe von rund 20 000 Exemplaren erreicht werden könnte.

Hatten die Altverleger wirklich den in der Hektik des Sommers 1949 angekündigten „Konkurrenzkampf auf Leben und Tod“ geführt, wie ihn der *Südost-Kurier* in einem polemischen Flugblatt des Altöttinger Verlegers Geiselberger entdeckt zu haben meinte<sup>115</sup>? Gewiß, die Werbeanstrengungen der Heimatzeitungen im Vorfeld der Generallizenz waren mit mancherlei unfairen Mund-zu-Mund-Propaganda gegen den *Südost-Kurier* verbunden gewesen, aber Josef Felder hatte es an Gegenattacken nicht fehlen lassen. Das Verebben der offenen Konfrontation nach verhältnismäßig kurzer Zeit zeigte eine gewisse Ernüchterung auf beiden Seiten an. Im Laufe des Jahres 1950 mußten Felder und seine Konkurrenten registrieren, daß eine weitergehende Veränderung des bis dahin erreichten Status mit Reklame nicht zu erzielen war<sup>116</sup>. Sollte der vorangegangene verbale Konkurrenzkampf überhaupt eine nennenswerte Bedeutung für die Gewinnung oder das Festhalten von Abonnenten gehabt haben, so belegten nicht zuletzt die (hausintern wohl sehr genau geführten) Auflagestatistiken, daß inzwischen jede Seite in die Nähe ihrer spezifischen Auflagegrenzen gekommen war. Der jeweilige Leserstamm hatte sich herausgebildet.

Insofern bedeutete die Neu- und Umverteilung der Abonnenten nach der Generalizenz auch eine Ausdifferenzierung der Leserschichten. Pointiert gesagt, fiel das bis

<sup>113</sup> Die Pachtsumme betrug im ersten Jahr 150 Mark, ab dem zweiten Jahr das Doppelte. Hinzu kamen eine Pauschale für die Lokalberichterstattung und eine Agentur- und Anzeigenprovision; IfZ, ED 312, Vertrag zwischen Baur und Felder vom 31. 12. 1951 und Zusatzvertrag vom 1. 1. 1953.

<sup>114</sup> NA, RG 260, 10/125-1/16, OMGB/FOD Berchtesgaden Essential Elements of Information vom 23. 9. 1949.

<sup>115</sup> *Südost-Kurier* vom 11. 6. 1949, S. 1. Am 31. 12. 1949, S. 1, stellte Felder fest, die Absicht der Altverleger, seine Zeitung „hinwegzufügen“, sei mißlungen.

<sup>116</sup> Insofern war der Überraschungscoup, den der *Südost-Kurier* im Sommer 1950 landete, als er eine Hauswurfsendung in eigener Sache ausgerechnet mit einer verdeckten Anzeige in den Altverlegerblättern ankündigte, eine überflüssige Kraftanstrengung, die neben Kosten vor allem neuen Ärger mit den Konkurrenten produzierte. Felders aggressive Verteidigung des Werbetricks im *Südost-Kurier* vom 22. 8. 1950 war wenig überzeugend: Man habe zeigen wollen, daß die Altverleger anonyme Anzeigen bedenkenlos veröffentlichten. Wirkungsvoller war die Frage des Traunsteiner Wochenblatts: „Hat dies der *Südost-Kurier* nötig?“

dahin durch das Monopol des *Südost-Kuriers* zusammengehaltene Lesepublikum der Region nun in zwei Gruppen auseinander: Neben den politisch interessierten Bessergebildeten, den wohlhabenden Altersresidenten im Berchtesgadener Land und den treuen Anhängern der Sozialdemokratie waren es vor allem die aufstiegsorientierten, partizipationsfreudigen Ortsfremden (sprich: Flüchtlinge und Vertriebene), die am *Südost-Kurier* festhielten, während sich das politisch wenig, lokal aber stark interessierte bäuerliche Publikum und der traditionsverpflichtete einheimische Mittelstand mehrheitlich den Heimatblättern zuwandten. Dieser von einem politisch bewußten Kopf wie Felder schon früh als konkrete Gefahr für den *Südost-Kurier* vorausgesehene Zerfall der bisherigen Leser-Zwangsgemeinschaft war der tiefere Grund dafür, daß der Lizenzträger ab etwa Mitte 1948 einerseits verstärkt dem Bedürfnis nach journalistischer „Heimatspflege“ Rechnung zu tragen suchte, andererseits aber auch die besonderen Interessen der großen Gruppe der Heimatvertriebenen fokussierte. Wenn Felder in der Hitze des Konkurrenzgefechts Ende August 1949 den „Flüchtling Dr. Reinhard Kolarczyk“, ein Jahr später Landtagsabgeordneter des BHE, zu einem etwas unfairen Leitartikel-Loblied auf den *Südost-Kurier* animierte („Die ‚Heimatzeitungen‘ und wir“<sup>117</sup>), so war das natürlich auch ein Beweis dafür, daß sein von Beginn an ernsthaftes politisch-moralisches Engagement zugunsten der Vertriebenen dort anerkannt wurde.

Schon wenige Wochen nach der Generallizenz war klar, daß entlang der Salzach bis auf weiteres zwei Arten von Blättern existieren würden; zwar keine davon üppig, weil sich gegenseitig Boden nehmend, doch jede ihrer Liebhaber gewiß. Der grundlegende Unterschied zwischen der Heimatpresse alten Stils und der modernen Provinzzeitung, wie Felder und andere vormalige Lizenzträger sie produzierten, war kaum zu übersehen. Die Kreisdirektoren der bayerischen Militärregierung, die Ende September zur systematischen Berichterstattung über die Entwicklung auf dem Presse-sektor aufgefordert wurden (eine Umfrage über die Erwartungen hatte bereits im Februar 1949 stattgefunden<sup>118</sup>), erkannten den Rückgriff der Altverleger-Zeitungen auf ihren traditionellen Habitus ebenso klar wie ihre publizistische Zweitrangigkeit gegenüber dem *Südost-Kurier*. So meinte der Direktor der Militärregierung in Traunstein über *Trostberger Tagblatt*, *Traunsteiner Nachrichten* und *Traunsteiner Wochenblatt* auf die Frage nach dem politischen Tenor der neuen Altverleger-Blätter: „Conservative, if anything: pro-Bavarian People’s Party, and strictly Catholic.“<sup>119</sup> Sein Kollege in

<sup>117</sup> *Südost-Kurier* vom 31. 8. 1949, S. 1 f. Die Tatsache, daß auch einige Altverleger – und sei es nur aus geschäftlichen Gründen – „Flüchtlingsbeilagen“ einrichteten, ignorierte Kolarczyk zugunsten einer möglichst wirkungsvollen Kritik an den Heimatblättern, „die sich bereits vor ihrem Erscheinen so eindeutig auf die ausschließliche Wahrnehmung lokal-heimatlicher Interessen festgelegt haben, daß sie dadurch zwangsläufig zur Mindereinschätzung, wenn nicht gar Verneinung der materiellen und geistigen Voraussetzungen unserer Existenz gelangen müssen“; Hervorhebung im Original.

<sup>118</sup> Unterlagen über die erste Umfrage vom 25. 1. 1949 für Altötting und Berchtesgaden in: NA, RG 260, 10/66-2/49 und 10/66-2/48.

<sup>119</sup> NA, RG 260, 10/125-1/16, OMGB/FOD Office Traunstein Essential Elements of Information vom 21. 9. 1949.

Berchtesgaden zum dortigen *Anzeiger*: „No political tenor can be determined up to this date. [...] Reports of world news and German events (including political) are quoted indiscriminately without display of any specific political attitude.“<sup>120</sup> Der Chef der Militärregierung in Altötting: „The ‚Oettinger and Burghauser Anzeiger‘ has no political tenor at all. They print the normal day news, selected according to the local interests, and their editorials only mirror a decout Catholic attitude.“<sup>121</sup> So wenig die – ausnahmslos auch über den politischen Hintergrund und das gesellschaftliche Herkommen der Altverleger gut informierten – Direktoren den Start der Heimatblätter begeistert kommentierten, so wenig erkannten sie Anzeichen dafür, daß sich die alten Befürchtungen der ISD bewahrheiten könnten, die auch der Fragebogen erkennen ließ. Was Russel A. Wickman für den Landkreis Traunstein konstatierte, stimmte mit den Feststellungen seiner Kollegen überein: „There is neither any particular nationalistic nor anti-semitic nor anti-DP attitude evident as yet. No antioccupation policy is evident.“

Die ominöse Springflut brauner Blätter war ausgeblieben, in Südost-Oberbayern ebenso wie überall sonst in der jungen Bundesrepublik. Mit Wonne griffen die Altverleger auf, was der Leiter des Amtes für öffentliche Angelegenheiten bei HICOG gegen Jahresende vor dem amerikanischen „Rat für Erziehungsfragen in den besetzten Gebieten“ erklärte: „Die große Mehrheit der Zeitungsverleger und Redakteure habe das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt. Die Blätter seien jetzt aus den Kinderschuhen heraus und besäßen einen auf gute und solide Leistung gegründeten Ruf“.<sup>122</sup>

<sup>120</sup> NA, RG 260, 10/125-1/16, OMGB/FOD Office Berchtesgaden Essential Elements of Information vom 23. 9. 1949.

<sup>121</sup> NA, RG 260, 10/116-2/18, OMGB/FOD Office Altötting Essential Elements of Information vom 23. 9. 1949.

<sup>122</sup> Salzach-Bote vom 13. 12. 1949, S. 1. Dieses Urteil stützte sich vermutlich auch auf einen Bericht Langendorfs vom Oktober 1949, in dem dieser einräumte, die ehemaligen Nazis seien in verlegerischer Hinsicht „less successful than we feared they might have“; NA, RG 59, Box 6618.

## 6. Mit Haltung abwärts

Natürlich mochte das Anfang der fünfziger Jahre kein Altverleger öffentlich eingestehen, aber wer, nachdem ihm wieder Fuß zu fassen gelungen war, in einer stillen Stunde die vergilbten Jahrgänge seiner Zeitung aufblätterte und ein frischgedrucktes Exemplar danebenlegte, mußte zugeben: Der Wettbewerb mit der Lizenzpresse war der Qualität des eigenen Produkts zugute gekommen.

In Südost-Oberbayern konnten zwei Jahre nach der Generallizenz die drei Altverleger-Zeitungen *Traunsteiner Wochenblatt*, *Berchtesgadener Anzeiger* und *Trostberger Tagblatt* als konsolidiert gelten. Mit Abstrichen angesichts des Erfolges der Lokalausgabe der *Passauer Neuen Presse* traf das auch noch auf den von Heinrich Haug geleiteten *Öttinger und Burghauser Anzeiger* zu. Die *Traunsteiner Nachrichten* hingegen hielten sich mehr schlecht als recht über Wasser, und der Laufener *Salzach-Bote* war schon kurz nach seinem Start eine verlegerische Verbindung mit dem *Trostberger Tagblatt* eingegangen. Die redaktionelle Leistung der neuen-alten Heimatzeitungen lag zwar immer noch deutlich unter der des *Südost-Kuriers*, gegenüber etwa dem Jahr 1930 hatten sie jedoch erheblich hinzugewonnen. In technischer Hinsicht war das eine Folge der Modernisierung und Rationalisierung in den beiden letzten Jahrzehnten, die mit der politisch motivierten Konzentrationsbewegung während der NS-Herrschaft einen kräftigen Schub erhalten hatte<sup>1</sup>. In punkto Journalismus hingegen war es eine Folge der in der Lizenzzeit höher gesteckten Maßstäbe. Daran hatte sich, wer nicht auf der Strecke bleiben wollte, nun zu orientieren.

Gewiß kam es für die Heimatverleger nicht darauf an, in der Berichterstattung und selbständigen Kommentierung über Landes-, Bundes- und Weltpolitik mit dem *Südost-Kurier* gleichzuziehen oder ihn gar zu übertrumpfen. Aber ebenso war es unmöglich, ein Publikum, das länger als drei Jahre die Aktualität und Präzision der Lizenzzeitung kennengelernt und wenigstens zum Teil auch genossen hatte, nun mit dürftig-altbackenen Matern oder auf dem Postweg eingegangenen Korrespondenzmaterial abzuspeisen, wie das zwischen Inn und Salzach bis in die Kriegsjahre hinein möglich gewesen war (nicht zuletzt deshalb, weil im „Traditionsgau“ Oberbayern keine zentrale Gauzeitung existiert hatte). In treuherziger Selbstbescheidung dort wieder anzufangen, wo man mit der letzten Kriegsausgabe aufgehört hatte, war kein aussichtsreicher Weg. Heimatpathos sollte zwar nicht fehlen, doch das allein genügte nicht – mehr. Das rasche Ende der schwachbrüstigen *Reichenhaller Nachrichten*, besonders aber das Schicksal der *Freilassinger Volkszeitung*, deren Verleger auf jede re-

<sup>1</sup> Dazu Frei, *Provinzpresse*, S. 322 ff.

daktionelle Anstrengung verzichten zu können geglaubt hatte und sich zwei Jahre nach dem Wiederbeginn zu einer Ehe mit dem *Südost-Kurier* genötigt sah, standen den Übriggebliebenen als Warnung vor Augen. Wer die konsumfreudig-modernen Menschen des aufblühenden „Wirtschaftswunders“, deren es auch im Rupertigau jährlich mehr gab, für sich gewinnen wollte, der mußte schon etwas bieten: viel Sport, Romane, Kochrezepte, „Humor“, natürlich die Presselotterie, ab und zu ein Preisausschreiben, Horoskope, Berichte über den unaufhaltsamen technisch-wissenschaftlichen Fortschritt, die politischen Nachrichten aus Deutschland und der Welt – letztere aktuell, aber nicht zu ausführlich. Ohne ein Abonnement der Deutschen Presse-Agentur (dpa), dessen drückende Kosten manche Altverleger zum Ärger der Lizenzpresse durch die Gründung von Gemeinschaftsredaktionen zu reduzieren suchten<sup>2</sup>, und ohne den Bezug eines auf Unterhaltungsware spezialisierten Dienstes war kein Blatt mehr zu machen. Um als Werbeträger für die überregionale Markenartikel-Wirtschaft interessant zu werden, bedienten sich die meisten Altverleger der Region der Vermittlungstätigkeit des Rings Südbayerischer Heimatzeitungen<sup>3</sup>. Schon dadurch hatte sich das Erscheinungsbild der Heimatblätter in erheblichem Maße gewandelt. Nicht nur waren sie „bunter“, sie waren zugleich fülliger geworden. Durchschnittliche Umfänge von weniger als sechs Seiten, in den dreißiger Jahren noch die Regel, gab es nicht mehr<sup>4</sup>. Und mit drei Ausgaben pro Woche lagen die Altverleger zunächst gleichauf mit dem *Südost-Kurier*, der erst am 5. Dezember 1951 zum viermaligen Erscheinen übergang.

<sup>2</sup> Im Untersuchungsgebiet waren seit Anfang 1950 der Berchtesgadener Anzeiger und die Freilassinger Volkszeitung dem Verlag Heimatpresse München angeschlossen, 1954/55 die Traunsteiner Nachrichten der Gesellschaft Altbayerischer Heimatzeitungen und der Berchtesgadener Anzeiger 1955 dem Dienst mittlerer Tageszeitungen (DIMITAG).

<sup>3</sup> Dem von der Anzeigenverwaltung C. Gabler in München organisierten Ring gehörten 1954 (einschließlich Nordbayern) 46 Heimatzeitungen mit einer Gesamtauflage von 160 000 Exemplaren an, in Südost-Oberbayern: Berchtesgadener Anzeiger, Salzach-Bote, Traunsteiner Nachrichten, Traunsteiner Wochenblatt, Trostberger Tagblatt; vgl. Stamm 1953, S. 72, und Stamm 1955, S. 169.

<sup>4</sup> Preise und Umfänge der Zeitungen in Südost-Oberbayern im Herbst 1949:

Zeitung	Erscheinungstage						Wochen- umfang	Abopreis*
	Mo.	Di.	Mi.	Do.	Fr.	Sa.		
Berchtesgadener Anzeiger	8		8		8		24	1,80 DM
Freilassinger Volkszeitung***	4		4		8		16	1,50 DM
Öttinger/Burghauser Anzeiger	8		8		12		28	1,70 DM
Passauer Neue Presse		8		8		8	24	1,95 DM**
Der Salzach-Bote, Laufen		8		8		10/12	26/28	1,80 DM
Traunsteiner Nachrichten		8		8		8	24	1,80 DM
Traunsteiner Wochenblatt	8		8		8		24	1,80 DM
Trostberger Tagblatt	8		8		12		28	1,80 DM
Südost-Kurier		10		10/12		12	32/34	2,15 DM

\* pro Monat, jeweils ohne Zustellung

\*\* Ausgabe Altötting, im übrigen Verbreitungsgebiet: 2,20 DM

\*\*\* Ab Januar 1952 vereinigt mit dem Südost-Kurier

Die Qualitätsverbesserung der Heimatpresse bedeutete nicht nur eine Anpassung an den wachsenden wirtschaftlichen Wohlstand, der ja auch das anfangs so streng politisch konturierte Gesicht des *Südost-Kuriers* hatte weicher werden lassen. Sie hatte darüber hinaus eine wichtige politische Dimension: Kaum zu überschätzen war der Anschluß der meisten Altverleger-Blätter an den Informationsstrom der dpa, die, mittlerweile als unabhängige Genossenschaft unter der Kontrolle der ehemaligen Lizenzverleger, eine tiefe Prägung durch die Prinzipien des angelsächsischen Nachrichtenjournalismus erfahren hatte. Zwar lag damals wie heute die Auswahl des Agenturmaterials für den Abdruck bei den einzelnen Redaktionen, doch einen gewissen Standard im Hinblick auf Objektivität und Kompetenz gewährleistete, fast unabhängig von der professionellen Qualität der Heimatblatt-Redakteure, einfach die Verwendung der dpa-Informationen. Eine (durch den Bezug parteilichen Agenturmaterials meist schon vorherbestimmte) konsequente politisch-weltanschauliche Ausrichtung selbst des Nachrichtenteils, wie Heinrich Haug sie bei der Entgegennahme seiner Lizenzurkunde aus eigener Erfahrung für die Heimatpresse noch der frühen dreißiger Jahren beklagt hatte<sup>5</sup>, gab es nicht mehr.

Zumindest im Prinzip anerkannten auch die Heimblätter jetzt die Notwendigkeit und Berechtigung einer demokratisch-pluralistischen Berichterstattung. Informationen über politisch mißliebige Kräfte oder Gegebenheiten wurden nicht mehr per se ausgeklammert. Fast überflüssig zu bemerken, daß dennoch die eigene konservative Richtung gerade im Lokalteil bevorzugt wurde. An die unbefangene Selbstverständlichkeit, mit welcher der Sozialdemokrat Felder dafür sorgte, daß im *Südost-Kurier* auch über Veranstaltungen von CSU, Bayernpartei und aller anderen demokratischen Gruppierungen sorgfältig berichtet wurde, reichten die Heimatzeitungen nicht heran. Immerhin vergaß kaum einer der Altverleger, eine Seite oder doch wenigstens eine Rubrik für die Heimatvertriebenen einzurichten. Auch bemühten sich jetzt alle um eine ausführliche, Kontroversen nicht länger durch fehlende Namensnennungen vernebelnde oder einfach unterdrückende Berichterstattung über Stadt- und Gemeinderatssitzungen. Angesporn von den großen Gerichtsreportagen des *Südost-Kuriers*, der beispielsweise mit dem Münchener Mordprozeß gegen seinen ehemaligen Sportredakteur Hans Miller ungerührt mehrere Seiten füllte<sup>6</sup>, intensivierte auch die Heimatkonkurrenz ihre Gerichtsberichterstattung. Meinungsfreudige Leserbriefe und sogar Umfragen zur Lokalpolitik waren, wie besonders der *Berchtesgadener Anzeiger* bewies<sup>7</sup>, nicht mehr prinzipiell ausgeschlossen.

Was zunächst aussah wie ein Paradox, hatte eine innere Logik: Durch den scharfen Konkurrenzkampf wurden sich *Südost-Kurier* und Heimatpresse immer ähnlicher.

<sup>5</sup> Vgl. S. 66 f.

<sup>6</sup> *Südost-Kurier* vom 28.1., S. 5, 31.1., S. 3, 2.2., S. 3, und 4.2. 1950, S. 3.

<sup>7</sup> Der *Berchtesgadener Anzeiger* fragte seine Leser am 29.3. 1950, S. 3, nach den „drei wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Stellen“ im „Interesse unseres Berchtesgadener Landes“. Auf Namensnennung sollte ausdrücklich verzichtet werden, war es der Redaktion doch ein Anliegen, daß die Leser „nicht an einen der zahllosen Fragebogen (denken), die in der Nachkriegszeit das Leben so sehr erschwerten“.

Doch vermochte diese Konvergenz offensichtlich nicht jenen spezifischen Unterschied auszuräumen, der die nun selbst relativ modern gewordenen Heimatblätter in der Perspektive von reichlich der Hälfte der Bevölkerung nach wie vor attraktiver erscheinen ließ als das ehemalige Lizenzblatt und seine Nebenausgaben. Das konnte nicht an den paar Pfennigen liegen, die der *Südost-Kurier* für seine aufwendigere journalistische Leistung, für die Finanzierung seiner Korrespondenten und einer zweiten Nachrichtenagentur, aber auch für höhere Vertriebs- und Herstellungskosten<sup>8</sup>, mehr verlangte als die Altverleger. Es mußte mit Josef Felder zu tun haben: mit seinem parteipolitischen Bekenntnis, seiner Herkunft, seiner Art. War es letztlich nicht so, daß ihm einfach nicht eignete, was man dortzulande für Heimatliebe hielt? – Das Beruhigende an einem solchen Verdacht war die Gewißheit seiner Wirksamkeit. Wesensmäßige Fremdheit festzustellen, hatte das nicht etwas Wunderbares? Unbeweisbar und unwidrigleglich zugleich, damit für jene, die daran glauben wollten, auch unabänderlich: Konnte es etwas Bequemes geben für eine Mehrheit, die eine Minderheit ausgrenzen oder einen einzelnen isolieren wollte?

### Diskretion und Heimatliebe

Seit fünf Jahren nun lebte Felder in Bad Reichenhall. Eines Beweises seiner „Andersartigkeit“ bedurfte es längst nicht mehr, aber im Sommer 1951 brachte sich der Chefredakteur dem Milieu wieder einmal nachdrücklich in Erinnerung. Es ging um das besondere bauliche Erbe des Rupertiwinkels, das der Lizenzträger schon in seinem allerersten Leitartikel angesprochen hatte. Das Gelände am Obersalzberg, wo sich der „Führer“ 1925 eingekauft und seit 1933, tatkräftig unterstützt von Martin Bormann, immer breiter gemacht hatte, war 1945 von den Amerikanern beschlagnahmt worden. Obwohl die US-Luftwaffe den als „Adlernest“ mystifizierten letzten Rückzugspunkt zahlreicher hoher NS-Funktionäre kurz vor Kriegsende kräftig bombardiert hatte, waren Teile der weitläufigen Anlage unversehrt geblieben, darunter auch, in unverbaubarer Hanglage am Kehlstein, Hitlers exquisites, nur über einen in den Fels geschlagenen Aufzug erreichbares „Teehaus“. In einem der Gebäude hatten sich inzwischen die Amerikaner eingerichtet, für den Rest des Geländes aber Rückgabebereitschaft signalisiert. Genau in diesem Moment meinte ein junger Reporter der *Münchner Illustrierten*, Jürgen Neven-duMont, bedenkliche Töne bei einigen der Ruinen-Führer zu vernehmen, die täglich „Hunderte, ja oft Tausende in- und ausländischer Gäste“ durch die Reste von Eva Brauns Badezimmer schleusten. „Propagandazelle Obersalzberg schädigt den Ruf Bayerns und den Fremdenverkehr“, lautete die Überschrift der Illustrierten-Reportage, die der *Südost-Kurier* am 10. Juli

<sup>8</sup> Höhere Kosten entstanden dem Südost-Kurier nicht nur durch die für jede Teilaufgabe auszuwechselnden Lokalseiten, sondern auch durch die geringere „Leserdichte“: Obwohl sich die Auflage mehr als halbiert hatte, mußte für das große Verbreitungsgebiet ein aufwendiges Vertriebsnetz aufrecht erhalten werden.

unter eben diesen Worten auf seiner Titelseite zusammenfaßte. Bis November sollte nun kaum eine Woche vergehen, in der das Thema im *Südost-Kurier* nicht auftauchte, fast immer auf Seite eins. Allein das war in den Augen vieler Einheimischer ein Fehler. Die Tatsache, daß der Chefredakteur seit einiger Zeit generell weniger Kommentare schrieb, machte nichts besser, zumal er seine Übereinstimmung mit dem Vorschlag von HICOG Land Commissioner George N. Shuster erklärt hatte, zwar die Obersalzberg-Ruinen zu schleifen, das Gebäude auf dem Kehlstein aber für einen guten Zweck nutzbar zu machen<sup>9</sup>. Es half Felder wenig, daß er damit klar gegen den bayerischen SPD-Vorsitzenden Waldemar von Knoeringen Stellung bezog, der das „Teehaus“ gesprengt wissen wollte, und wenig Eindruck auf anders gestimmte Einheimische machte es auch, daß es die Regierung des Freistaats Bayern war, die Mitte August beschloß, Berghof, Göring-Datscha und Bormann-Haus abzutragen und das Gelände aufzuforsten<sup>10</sup>. Das in dieser Frage so einmütige Kabinett stützte sich zwar auf eine große Koalition aus CSU, SPD und BHE, doch stärkste politische Kraft im Landkreis Berchtesgaden-Reichenhall war die von der Regierungsverantwortung ausgeschlossene Bayernpartei<sup>11</sup>. Und deren lokale Repräsentanten verwandelten, während den Ortsverbänden der anderen Parteien durch den Kabinettsbeschluß die Hände ziemlich gebunden waren, die Münchener Sprengungsabsichten binnen kurzem in hochbrisanten politischen Zündstoff.

Mit ihrer Totalopposition gegen die Abbruchpläne stießen die Bayernpartei-ler auf die Sympathie eines Großteils der Berchtesgadener, die der Meinung waren, man könne die Angelegenheit doch eigentlich ganz unverkrampft sehen. Etwa so, wie man Anfang der dreißiger Jahre unaufgeregt gelernt hatte, die fremdenverkehrswirtschaftlichen Konsequenzen der zunehmenden Hitler-Begeisterung zu ertragen. Hatte der „Führer“ – bzw. das nach Nähe zu ihm sich sehnde Volk – nicht jahrelange Mühsal und vor allem Sonntagsarbeit über Restaurantbesitzer, Taxiunternehmer und Hoteliers gebracht? Warum sollte man sich, wo die ganze Gegend an den Preußen-Prozessionen wie an einer permanenten Heuschreckenplage gelitten hatte, nun nicht wenigstens an den baulichen Hinterlassenschaften des größten Verbrechers aller Zeiten ein wenig schadlos halten dürfen? War es etwa vermessen, Wohlstand auch für den Rupertiwinkel zu fordern? – Die Erhaltung der Alpenfestung war ganz einfach notwendig im Interesse der Nachfolger jener 136 560 Besucher, die die Polizei zwischen 13. Juli und 20. Oktober 1951 am Obersalzberg zählte. (Wobei es gelungen

<sup>9</sup> Südost-Kurier vom 3. 8. 1951, S. 1.

<sup>10</sup> IfZ, ED 120/369, Protokoll der Ministerratssitzung vom 14. 8. 1951, und Südost-Kurier vom 17. 8. 1951, S. 1.

<sup>11</sup> Ergebnisse der Landtagswahlen vom 26. 11. 1950 nach Stimmkreisen, in Prozent:

	CSU	SPD	BP	FDP	KPD	BHE
Altötting	26,8	23,1	24,3	2,0	1,4	17,6
Berchtesgaden, Reichenhall, Laufen	23,1	22,1	25,8	5,1	1,2	19,7
Traunstein Stadt und Land	20,5	24,6	30,6	4,7	1,3	13,6
Bayern	27,4	28,0	17,9	7,1	1,9	12,3

war, 80 Prozent als Ausländer zu identifizieren<sup>12</sup>.) Frau Hippler vom Amtlichen Bayerischen Reisebüro in Berchtesgaden, Gattin des ehemaligen Reichsfilmproduzenten Dr. Fritz Hippler, war sich mit Landrat Dr. Theodor Jacob und vielen anderen Experten sicher: Nicht in erster Linie die Schönheit der Landschaft, sondern der Reiz der Ruinen lockte Touristen in so erfreulichen Mengen an. Den letzten fehlenden Beweis brachte der *Berchtesgadener Anzeiger* bei mit einem Zitat aus der *Denver Post*, derzufolge „Berchtesgaden auf Grund seiner weltgeschichtlichen Rolle in jüngster Zeit ein Anziehungspunkt für einen Großteil von Reisenden“ sei. Was sollte man da von einem Konkurrenzblatt halten, das angesichts solch unumstößlicher Tatsachen immer noch vor der Gefahr „neu aufflackernder politischer Leidenschaften“ zu warnen wagte und ansonsten meinte, man müsse einfach wünschen, „daß die Fremden nicht wegen des Hitlergeländes, sondern wegen der ungemein reizvollen Naturschönheiten ins Berchtesgadener Land kommen“<sup>13</sup>?

In den Augen der Mehrheit war das nicht nur Sabotage am Aufschwung, sondern ein neuer Beweis für Felders Unfähigkeit, die Welt anders als politisch zu sehen. Und was die Sache nur schlimmer machte: Noch stets hatte er sich darauf stolz gezeigt! Als der Widerspruch gegen seine Position in der Obersalzberg-Frage – nach Kräften unterstützt durch Ludwig Peter Millers *Berchtesgadener Anzeiger* – immer heftiger wurde, mochte sich Felder eine grundsätzliche Kommentierung dann doch nicht länger verkneifen. Anfang September 1951 prasselte auf die Abonnenten des *Südost-Kuriers* eine Serie von vier Leitartikeln nieder<sup>14</sup>. Wie der Chefredakteur erkennen ließ, bewog ihn nicht zuletzt eine Reihe von Leserbriefen mit dem Vorwurf, in seiner „Haßpolitik gegen die alten Nazis die ganze Bevölkerung von Berchtesgaden und Salzberg zu Nazis zu stempeln“. Fast zwei Lektionen verwandte er darauf, böswillige Unterstellungen und Vorwürfe von der Art zurückzuweisen, der *Südost-Kurier* schreibe „immer im Interesse der Amerikaner“, nicht von einem deutschen Standpunkt aus. Was dadurch vor allem deutlich wurde, war Felders Isolation. In seinem dritten Artikel gab er das auch offen zu: „Was haben nun die demokratischen Parteien in Berchtesgaden und Umgebung getan, um der nationalistisch-nazistischen Propaganda entgegenzuwirken? [...] *Nichts haben sie getan, geschlafen haben sie*. Wir werden als Presse oft kritisiert und sind darüber nicht böse. [...] Nun müssen sich aber auch die demokratischen Parteien und Organisationen (einschließlich der SPD und der Gewerkschaften) von uns sagen lassen, *daß sie bisher örtlich versagten*.“ Felders Empörung bezog sich besonders darauf, daß eine kleine Gruppe von NS-Propagandisten durch niemanden daran gehindert wurde, die Kontroverse für ihre Zwecke zu nutzen. Die letzte Folge seines Kommentars brachte eine längere Kostprobe aus einem der revanchistischen und ressentimentgeladenen „Deutschlandbriefe“ jenes Hek Rau alias Heinz Erich Krause, der, wie Felder bitter bemerkte, als Diskussionsredner in Berchtesgaden schon „tosenden Beifall“ erhalten hatte.

<sup>12</sup> Der Spiegel vom 5. 12. 1951, S. 10 ff.

<sup>13</sup> Südost-Kurier vom 3. 8. 1951, S. 1, Hervorhebungen im Original.

<sup>14</sup> Südost-Kurier vom 1., 5., 7. und 8. 9. 1951, jeweils S. 2, Hervorhebungen im Original.

Der Verlauf einer – wohl durch Felders Kritik veranlaßten – Veranstaltung der SPD mit Waldemar von Knoeringen in Berchtesgaden am 26. Oktober 1951 bestätigte die Warnungen des Chefredakteurs: Josef Felder, in der Versammlung natürlich zugegen und Hauptangriffsziel rechter Randalierer, konstatierte das „*geschlossene Auftreten neofaschistischer Gruppen*“, die versuchten, einheimische Gegner einer Sprengung der „Führer“-Bauten auf ihre Seite zu ziehen<sup>15</sup>. „Neofaschisten schädigen Berchtesgadener Land“, lautete der Titel eines zweieinhalbseitigen Artikels des *Berchtesgadener Kuriers* über den Freitagabend, der bei Felder alles andere als Genugtuung hinterließ. Seine Informationspflicht wurde ihm in diesem Fall geradezu zur Last. Das zeigte sich nicht nur daran, daß es dem sonst so auf Aktualität bedachten Chefredakteur genügte, die Leser seiner Nebenausgabe am Dienstag der darauffolgenden Woche zu informieren (... „wollten wir im Interesse des Berchtesgadener Landes nicht die Ersten sein, die das *tiefbetrübliche Ereignis* [...] in alle Welt hinausposaunen“); Felder verzichtete auch darauf, den Bericht in der Haupt- und den anderen Nebenausgaben abzdrukken. Stattdessen bot er allen „besonders Interessierten“ an, am Schalter des *Südost-Kuriers* in Reichenhall ein Exemplar des *Berchtesgadener Kuriers* abzuholen. Darin werde „wahrheitsgetreu und illustriert“ auch der vom *Berchtesgadener Anzeiger* verschwiegene, beifallsumrauschte Auftritt des Hek Rau geschildert.

Die Auseinandersetzungen gingen noch einige Wochen weiter, und der *Berchtesgadener Anzeiger* räumte der Ortsgruppe der Bayernpartei natürlich bereitwilligst Platz ein für die treffliche Überlegung, wenn der Obersalzberg geschleift werde, könne man mit dem gleichen Recht verlangen, „die Autobahnen als ehemalige Straßen des Führers oder zum Beispiel das Garmischer Olympia-Stadion“ einzureißen<sup>16</sup>. Doch der Auftritt von Nazi-Sympathisanten in der SPD-Veranstaltung, nicht nur im Urteil der in- und ausländischen Presse in einer Reihe zu sehen mit den seit geraumer Zeit zunehmenden (neo-)nazistischen Tendenzen und den Wahlerfolgen der Sozialistischen Reichspartei<sup>17</sup>, hatte den Kabinettsbeschluß vom August nur zementiert und Land Commissioner Shuster zur umgehenden Erlaubnis bewogen, mit dem Abbruch zu beginnen<sup>18</sup>. Bayerns Innenminister Hoegner, als er sich am 2. November bei seinem Genossen Felder für den Bericht über die spektakuläre Veranstaltung in Berchtesgaden bedankte, kündigte „den nötigen Polizeischutz“ an<sup>19</sup>. Tatsächlich rückten die Bagger elf Tage später unter den Augen von 30 Landpolizisten auf dem Obersalzberg an. 90 000 Mark Kautions hatte ein Reichenhaller Bauunternehmer für die Ausschachtungserlaubnis hinterlegen müssen. Ein Drittel davon sollte das bayerische Fi-

<sup>15</sup> Südost-Kurier vom 30. 10. 1951, S. 4, Hervorhebungen im Original.

<sup>16</sup> Der Spiegel vom 5. 12. 1951, S. 10 ff.

<sup>17</sup> Bei der niedersächsischen Landtagswahl im Mai 1951 hatte die im Oktober 1949 gegründete Sozialistische Reichspartei (SRP) 16, bei der bremischen Senatswahl im Oktober acht Mandate erhalten. Im November 1951 beantragte die Bundesregierung beim Verfassungsgericht das Verbot von SRP und KPD.

<sup>18</sup> IfZ, ED 120/370, Protokoll der Ministerratssitzung vom 30. 10. 1951, S. 4 ff.

<sup>19</sup> IfZ, ED 120/197, Schreiben Felders an Hoegner vom 30. 10. und Antwort vom 2. 11. 1951; tags darauf machte Felder im Südost-Kurier, S. 1, von dieser Information Gebrauch.

nanzministerium einbehalten dürfen, während der Rest, wie der *Südost-Kurier* seinen Lesern voller Genugtuung im Sperrdruck mitteilte, von der Firma schon im Voraus für den Bau eines Jugendheims in Berchtesgaden zur Verfügung gestellt worden war<sup>20</sup>.

Die Ausradierung der Hitler-Hinterlassenschaften war für Felder mehr als ein Akt politischer Hygiene. Es war eine Machtdemonstration, an der ihm nicht nur als Chefredakteur der ehemaligen Lizenzzeitung, sondern als leidenschaftlichem Sozialdemokraten gelegen war. Situationen, in denen aus beiden Berufungen dieselben Interessen erwachsen, waren für Außenstehende freilich nur schwer von Anlässen zu unterscheiden, bei denen diese Verpflichtungen zumindest prinzipiell im Widerstreit lagen. Vor allem letztere hatte es schon früher gegeben, besonders vor Wahlen, bei denen Felder sich mit einigem Erfolg bemühte, sein Engagement als SPD-Redner durch eine sorgfältig die Ansprüche der anderen Parteien berücksichtigende Berichterstattung vertretbar erscheinen zu lassen<sup>21</sup>. Doch vor zwei Jahren hatte sich die Situation noch einmal wesentlich verändert: Felder fungierte seitdem als Alleinherausgeber des *Südost-Kuriers*, und mit den Verlegern der Heimatzeitungen stand er in geschäftlicher Konkurrenz. Damit aber schien seinen politischen Gegnern die Voraussetzung dafür entfallen, Felder jenes besondere Maß an Idealismus zuzuerkennen, das viele ihm, bei aller Kritik an seiner politischen Position, früher doch zugute gehalten hatten. In der Perspektive der materiell denkenden Mehrheit hatte der Chefredakteur gleichsam die Unschuld der Uneigennützigkeit verloren, war der *Südost-Kurier* inzwischen ein Erwerbsunternehmen wie die Blätter der Altverleger auch. Und tatsächlich war es ja auch kaum zu leugnen: Parteipolitik und Zeitungsgeschäft sauber zu trennen, war für Felder ein Problem geworden. Das hatte nichts mit schlechten Absichten zu tun. Aber wenn er seinem Genossen Innenminister Hoegner eine (ebenso dramatische wie angesichts der bereits eingeleiteten Maßnahmen überflüssige) Entschließung der SPD-Kreiskonferenz zur Obersalzberg-Frage zuleitete, in der eine „bestimmte Zeitung“ kritisiert wurde, „aus durchsichtigen Gründen *künstlich* ein[en] Gegensatz zwischen dem Berchtesgadener Volk und der Regierung“ zu schaffen, und im Anschreiben erklärte, „daß nunmehr jedes Zurückweichen eine Riesenschlappe für unsere Partei im Landkreis bedeuten würde“<sup>22</sup>, – dann zeugte das nicht nur von der Bereitschaft, den *Südost-Kurier* massiv gegen den politischen Gegner einzusetzen, sondern auch von der darin erkannten Möglichkeit, den geschäftlichen Kontrahenten *Berchtesgadener Anzeiger* zu treffen. An der Tatsache, daß die Obersalzberg-Affäre Felder in Berchtesgaden Abonnenten und Anzeigenkunden kostete, änderte das freilich nichts, ebensowenig wie an seiner Entschlossenheit. Punkt 3

<sup>20</sup> Südost-Kurier vom 13. 11. 1951, S. 1.

<sup>21</sup> Das wurde erneut deutlich, als der Südost-Kurier vor Beginn seiner extensiven Berichterstattung über die Veranstaltungen zur Kommunalwahl 1952 seine lokalen Mitarbeiter öffentlich aufforderte, nicht den Wortlaut der Reden, sondern knappe, „aber streng objektive“ Schilderungen zu geben; Südost-Kurier vom 5. 3. 1952, S. 6.

<sup>22</sup> IfZ, ED 120/197, Schreiben Felders an Hoegner vom 4. 11. 1951 mit der vermutlich von Felder formulierten Entschließung, Hervorhebung im Original.

der von Felder mindestens mitformulierten EntschlieÙung bezog sich zwar auf den Berchtesgadener Fremdenverkehr bzw. auf die Befürchtung nachteiliger Auswirkungen des Ruinen-Abbruchs, ebensogut aber hätte man die Passage als Selbstverpflichtung des *Südost-Kuriers* lesen können: „Die Frage der absoluten Sicherung und Vertiefung der Demokratie und die Beseitigung aller etwa möglichen Ansatzpunkte zu neofaschistischer Propaganda ist eine staatspolitische Aufgabe, welcher der Vorrang vor allen anderen Gesichtspunkten zukommt.“

In der Sensibilität gegenüber Anzeichen eines Alt- oder Neonazismus wußte sich Felder im Einklang mit seiner Partei. Es war auch jener Bereich, in dem er sich Anfang der fünfziger Jahre mit Wilhelm Hoegner am leichtesten verständigen konnte<sup>23</sup>. Ansonsten ein Vertreter der Linie des SPD-Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen, hielt Felder den Innenminister und früheren Stimmkreis-Abgeordneten für Altötting über die Entwicklung der äußersten Rechten in der Region auf dem Laufenden. Im Bemühen, den braunen Propagandisten nach Kräften entgegenzuwirken, brachte Felder nicht nur entsprechende landes- und bundespolitische Nachrichten monatlang an bevorzugter Stelle, sondern er dehnte diese gezielte Informationspolitik auch auf lokale Themen aus. Am 29. August 1951, die Auseinandersetzung um den Obersalzberg lief noch auf vollen Touren, verkündete Felder die vom bayerischen Verfassungsausschuß einstimmig gefaßte Initiative für ein „Gesetz gegen die Verwendung von Kennzeichen verbotener Organisationen“<sup>24</sup> unter der nicht gerade nachrichtengemäÙen Schlagzeile: „Die Geduld ist zu Ende!“ Drei Ausgaben zuvor war als Aufmacher ein idyllisches Foto erschienen mit der Überschrift: „Königssee-Zugang ab Sonntag frei!“<sup>25</sup> Ein „unerfreuliches Kapitel“, das den *Südost-Kurier* unter anderem zu einem Schreiben an den US-Hochkommissar McCloy bewogen habe, gehe damit zu Ende. Felder nannte die bisherige Sperrung des Hauptsteiges durch die Amerikaner eine „besondere psychologische Fehlleistung“ und einen „Stein des AnstoÙes im Verhältnis zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung“. „Unverbesserliche Nazis“ hätten daraus politisches Kapital zu schlagen versucht. Doch das Recht zum Protest stehe „nie den ehemaligen prominenten Nazis“ zu, und „ein bestimmter Teil der Bevölkerung“ habe leider schon längst vergessen, daß es ohne ein „Drittes Reich“ in Berchtesgaden und am Königssee überhaupt keine Besatzungsmacht gäbe.

Vor der Obersalzberg-Affäre war es vor allem Traunstein, wo Felder im Dunstkreis der Bayernpartei und der von August Haußleiter gegründeten Deutschen Gemeinschaft „neofaschistische Strömungen“ ausmachte<sup>26</sup>. Im Sommer 1952 geriet Traunstein deswegen erneut in die Spalten des *Südost-Kuriers*. Auf einem Volksfest war, angeblich mit geändertem Text, das nach Landesgesetz ausdrücklich verbotene Horst-Wessel-Lied gesungen worden. Immerhin hatte die CSU – genauer: der ehemalige Beinahe-Lizenzkollege Felders und abgewählte Oberbürgermeister Rupert

<sup>23</sup> Zu Hoegners Haltung in der „Renazifizierungs“-Debatte vgl. Peter Kritzer, Wilhelm Hoegner, Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979, S. 318–327.

<sup>24</sup> Das von der SPD angeregte Gesetz trat am 1. 3. 1952 in Kraft; BGVB1. 1952, S. 123 f.

<sup>25</sup> *Südost-Kurier* vom 24. 8. 1951, S. 1; danach die folgenden Zitate, Hervorhebungen im Original.

<sup>26</sup> IfZ, ED 120/197, Schreiben Felders an Hoegner vom 5. 1. 1951 mit Anlagen.

Berger – im Stadtrat eine Untersuchung des Vorfalles gefordert, und der *Südost-Kurier* hatte seinen Bericht darüber mit kritischen Bemerkungen versehen. Prompt schalt der neue, von Bayernpartei und Freien Wählern durchgesetzte Oberbürgermeister Josef Kößl den Boten für die schlechte Nachricht, worüber der *Südost-Kurier* in seiner Traunsteiner Ausgabe selbstverständlich berichtete: „Ohne die ‚Prüderie‘ beim ‚Südost-Kurier‘“, so der etwas naßforsche Kößl, ein Anhänger der Dehler-FDP<sup>27</sup>, „würden in Bad Reichenhall und Berchtesgaden wesentlich ruhigere Verhältnisse herrschen. In Traunstein und auch anderswo würde ohne ihn jedenfalls keiner den Namen eines Hek Rau kennen. ‚Wir haben es in Traunstein nicht nötig, uns als neofaschistischen Wetterwinkel in die Welt hinausposaunen zu lassen.“<sup>28</sup>

Die Argumentation war nicht bloß für Traunstein typisch. Sie zielte, was Felder wußte, ins Grundsätzliche: Durfte eine Zeitung, scheinbar ohne Rücksicht auf die Interessen der Stadt, über alles und jedes berichten? Durfte sie auch in „heiklen“ Gemeindeangelegenheiten ganz einfach die Wahrheit sagen? Für die große Mehrheit der Lokalpolitiker, und zwar ziemlich unabhängig von ihrer Couleur, war die Antwort ein klares Nein. In der willfährigen Bereitschaft, vorauseilenden Gehorsam gegenüber – mehr zu erahnenden als zu definierenden – Kommunalinteressen zu üben, lag der fundamentale Unterschied zwischen den wiederentstandenen Lokalzeitungen und dem *Südost-Kurier*. Wer das Verhalten einiger angetrunkenen Sänger für veröffentlichungswürdig hielt, zeigte eben nicht nur in der Perspektive der Betroffenen, daß ihm ganz einfach „Fingerspitzengefühl“ fehlte. Er ließ damit den Willen und die subtile Fähigkeit zu einer, wo es notwendig schien auch ziemlich groben, Filterung der Realität nach nicht näher bestimmten lokalen Gemeinwohlerfordernissen vermissen: genau das, worauf sich die Altverleger so viel zugute hielten. Deren Vokabel dafür hieß Heimatliebe.

Zur politischen Kultur, wohl nicht nur in der Provinz, gehörte eine Form der Diskretion, die der *Südost-Kurier* im Urteil von Leuten wie dem Traunsteiner Oberbürgermeister nur ungenügend beherrschte. Dabei verhielt sich Josef Felder keineswegs intransigent gegenüber jenem heraufziehenden funktionalen Kommentar der Nachkriegsgesellschaft, der im Beschweigen der individuell-biographischen Dimension der jüngsten Vergangenheit bestand und zur sozialpsychologischen und politischen Stabilisierung wohl beigetragen hat<sup>29</sup>. Im vorliegenden Fall zeigte sich das, als Felder,

<sup>27</sup> Südost-Kurier vom 20. 5. 1953, S. 8.

<sup>28</sup> Am 14. 9. 1952 bat Felder, der inzwischen rechtliche Schritte gegen den Traunsteiner OB erwog, Hoegner um eine Bestätigung: „Ich erinnere mich, daß Du in der persönlichen Besprechung mich darauf aufmerksam gemacht hast, daß aus meinem Gebiet beim Innenministerium Klage darüber geführt wurde, daß ich die neofaschistischen Bestrebungen insgeheim fördere, um dann öffentlich besser darüber herfallen zu können.“ Hoegners Antwort vom 22. 9. 1952 läßt Skepsis gegenüber einer Klageerhebung erkennen; IfZ, ED 120/197.

<sup>29</sup> Vgl. die Thesen von Hermann Lübke, Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart, in: Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme, Berlin 1983, S. 329–349.

durch einen entsprechenden Hinweis Hoegners<sup>30</sup> wohl ebenso ärgerlich wie nervös geworden, aus dem Urlaub einen offenen Brief an OB Kößl richtete<sup>31</sup>. Deziert erläuterte der Chefredakteur darin sein Verhältnis zur Vergangenheit und deren „Bewältigung“: „[Ich will] den Traunsteinern – wie oft habe ich das doch schon getan! – noch einmal versichern: ich kenne *keine* Ressentiments gegen *ehemalige* Nazis und ich bin mir der enormen Mängel der ganzen Entnazifizierung ebenso bewußt wie der Herr Innenminister [...]. Ich stehe Ihnen, sehr geehrter Herr Kößl, auch mit einer Reihe privater und betrieblicher Beispiele zur Verfügung, die einwandfrei meine Mit Hilfe bei der Wiedereingliederung von Mitläufern in unser demokratisches Staatsleben und in den Produktionsprozeß verzeichnen. [...] Ich kenne nur in *einem* Punkt *keine* Nachsicht: bei jenen nämlich, die *heute noch* Nazis sind, sich als Nazis gebärden, offen oder versteckt *böswillig* gegen die Demokratie hetzen!“ Felder ließ es mit diesem Bekenntnis nicht bewenden: „Ich nehme selbstverständlich nicht an, daß Sie an der *abgrundtiefen* *Gemeinheit* beteiligt sind, die darin zu sehen ist, daß aus unserem Gebiet beim Innenministerium der Verdacht erweckt wurde, der Chefredakteur des *Südost-Kuriers* lasse die in seiner Zeitung abgebildeten Hakenkreuzzettel *selbst herstellen*, nur um wegen eines angeblichen Neofaschismus Lärm schlagen zu können.“

Tat Josef Felder sich und seiner Zeitung mit der Wiedergabe solcher Verleumdungen einen Gefallen? Verschaffte er den rufmörderischen Behauptungen, die bis dahin doch wohl hauptsächlich in den Zirkeln seiner notorischen Feinde gehandelt wurden, damit und mit seinem anschließenden Gang vor den Kadi<sup>32</sup> nicht erst Publizität? – Es ist unwahrscheinlich, daß sich der Chefredakteur solche Fragen stellte. Mochten politische Freunde oder Mitarbeiter ihn auch gelegentlich in diese Richtung zu beeinflussen suchen, für Diplomatie aus geschäftlichem Kalkül hatte Felder keinen Sinn. Darauf war er mindestens so stolz, wie es ihn betrübte, seine Art der Heimatliebe nicht anerkannt zu sehen: „Die Leitung des SOK ist wirklich froh, wenn sie *nicht* zur Feder greifen *muß*, um Vorgänge zu brandmarken, die zunächst nicht allzu gefährlich aussehen, die aber (wir haben ja die *Erfahrung* aus den letzten Jahrzehnten!) *gefährlich werden können*. Ohne jede Rücksicht auf öffentliche Angriffe, ja selbst auf wirtschaftliche Verluste, wird der SOK deshalb *seinen geraden Kurs weitersteuern*.“

Genau in diesem unerschütterlichen Beharren auf politisch-moralischer Kontinuität wurde ein zentrales Problem der ehemaligen Lizenzzeitung sichtbar: Indem sie sich dem gesellschaftlichen und politischen Wandel, zumindest in Fragen wie der nach dem Umgang mit der NS-Vergangenheit, aus Überzeugungstreue und demo-

<sup>30</sup> IfZ, ED 120/197, Schreiben Felders an Hoegner vom 14.9. 1952 mit Anlagen. In seiner Antwort vom 22.9. 1952 erklärte Hoegner, der Traunsteiner OB habe sich nicht über Felder, sondern über den SPD-Landtagsabgeordneten Kiene beschwert.

<sup>31</sup> Traunsteiner Kurier vom 29.8. 1952, S.6; danach die folgenden Zitate, Hervorhebungen im Original.

<sup>32</sup> Anlässlich eines neuen Angriffs, den Kößl im Bundestagswahlkampf 1953 gegen Felder als ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten startete (Kößl bezeichnete die Anwesenheit der SPD bei der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz als „größte Blöðheit“), erwähnte Felder den vor Gericht geschlossenen „Burgfrieden“; Südost-Kurier vom 20.5. 1953, S.8.

kratischer Prinzipienfestigkeit weitgehend verweigerte, geriet sie mehr und mehr in eine Randposition. Das hätte kaum deutlicher werden können als durch die Wahl der Plattform, die Traunsteins Oberbürgermeister Kößl benutzte, um Felder eine Antwort auf seinen offenen Brief zu erteilen: Ausgerechnet in der konstituierenden Sitzung eines deutsch-amerikanischen „Beratungsausschusses“<sup>33</sup>, zu der sich Landräte und führende Kommunalpolitiker Südost-Oberbayerns auf Einladung des Chefs der Berchtesgadener Recreation Area versammelt hatten, erklärte Kößl, der „demokratische Wiederaufbau“ in Traunstein werde durch die „Haltung“ des *Südost-Kuriers* – gemeint war natürlich die Berichterstattung über (neo-)nazistische Regungen – „empfindlich gestört“<sup>34</sup>. Die unerwartete Attacke, obwohl von den meisten Anwesenden als peinlich empfunden und von daher eher von Vorteil für den *Südost-Kurier*, traf Felder hart. Seine Reaktion fiel entsprechend aus: Unter der bezeichnenden Überschrift „Wir blieben gleich, der OB wandelte sich!“, erklärte Felder Kößls „*unerhörten Angriff auf unsere politische Ehre* und den Versuch der schweren geschäftlichen Schädigung“ als Reaktion auf die Weigerung des *Südost-Kuriers*, Kößls OB-Kandidatur zu unterstützen. Bis dahin hatte der frühere Funktionär des Beamtenverbands, wie Felder mit einem Briefzitat belegen konnte, den *Südost-Kurier* ob seiner Ausführlichkeit und Objektivität zu loben gewußt. „Und ein Teil der hinter ihm stehenden Wählergruppe hat uns leider in Verkennung demokratischer *Grundrechte* und trotz der Gewährung breitesten Raums für ihre Versammlungsberichte ebenfalls angefeindet. Man wollte *uns* nicht zugestehen, was die ‚Gegenseite‘ ohne Feindschaft hinnahm, nämlich, daß eine *andere* Traunsteiner Zeitung sichtlich *für* den Kandidaten Kößl Stimmung machte.“

Es war beileibe nicht nur das Recht auf Kandidatenkritik, das „man“ dem *Südost-Kurier* nicht (mehr) zugestehen wollte. Das in seinem politisch-gesellschaftlichen Machtbewußtsein weitgehend wiederhergestellte lokale Milieu erblickte im dauerkritischen *Südost-Kurier* inzwischen vor allem ein (in störender Weise an die damalige eigene Unsicherheit gemahnendes) Relikt der überwunden geglaubten Rekonstruktionsperiode. Die „*provokatorische Verächtlichkeit*“, mit der, wie Felder empört schrieb, OB Kößl die Berichterstatteerin des *Südost-Kuriers*, Marianne Krell, während des deutsch-amerikanischen Treffens behandelt hatte, war symptomatisch für die geringschätzigste Art, mit der viele Einheimische dem Blatt inzwischen begegneten. Wirkliches Ansehen genossen Felder und seine Redakteure nur in einem verhältnismäßig kleinen Kreis, der überdies an gesellschaftlichem Einfluß eher verlor als hinzugewann. Sozialdemokraten, Flüchtlinge, Zugezogene, „Geistesarbeiter“ und jene, die aus spezifischen Gründen wirklich gut informiert sein mußten (Beamte, Geschäftsleute, Kommunalpolitiker), hielten den *Südost-Kurier*, letztere oft zusätzlich zur Altverleger-Zeitung. Die Mehrheit war anders orientiert, und in den Landkreisen, in denen

<sup>33</sup> Das künftig regelmäßig tagende Gremium diente der Erörterung insbesondere von Problemen im Zusammenleben von US-Soldaten und deutscher Bevölkerung und der „Vertiefung des Verständnisses“; *Südost-Kurier* vom 9. 9. und 14. 10. 1952, jeweils S. 2f.

<sup>34</sup> *Traunsteiner Kurier* vom 13. 9. 1952, S. 7; eine zusammenfassende Schilderung des Gesamtvorgangs auch in der Hauptausgabe des *Südost-Kuriers* vom gleichen Tag, S. 8.

es seit Herbst 1949 wieder Heimatblätter gab, längst abgesprungen. Das konnte schwerlich ohne Wirkung bleiben.

### Hoffen auf den starken Partner

Spätestens 1950/51 hatte Josef Felder erkennen müssen, daß er mit seinem Konzept, die Altverleger-Blätter durch bessere journalistische Leistung aus dem Feld zu schlagen, gescheitert war. Zumindest für die absehbare Zukunft sprach alles gegen die Erwartung, das nach der Generallizenz verlorengegangene Publikum könne sich, desillusioniert von den Heimatzeitungen, auf den informationsträchtigeren *Südost-Kurier* zurückbesinnen. Damit aber bestand eigentlich immer weniger Anlaß, der Heimatpresse in jenen Bereichen Konkurrenz zu machen, die in seiner Zeitung zu akzeptieren Felder ohnehin nie leicht gefallen war. So verschwanden die „antiaufklärerischen“ oder doch unpolitischen Unterhaltungselemente, die seit 1949 als Konzession an den Publikumsgeschmack in Maßen Eingang gefunden hatten. Eingestellt wurde auch die Seite für den Bauern, nachdem sich diese „Zielgruppe“ praktisch vollständig vom *Südost-Kurier* verabschiedet hatte.

Zweifellos bedeutete das eine gewisse Rückverengung der inhaltlichen Bandbreite. Aber in bestimmter Hinsicht kam es dem Blatt zustatten: Der *Südost-Kurier* wirkte straffer, klarer, konzentrierter. Fast könnte man sagen, daß es der Zeitung erst jetzt wirklich gelang, jene professionelle Prägnanz, die der deutsche Nachkriegsjournalismus in seinen besten Produkten inzwischen erreicht hatte, auf ihre Möglichkeiten zu übertragen. Zwar waren ellenlange politische Grundsatzreferate schon bald nach dem Start in den Hintergrund getreten, doch die protokollartig minutiösen, aber auch schier endlosen Berichte über Landtagssitzungen und Parteitage waren lange Zeit charakteristisch geblieben, ebenso wie die breiten Leitartikel aus der Feder Felders. Inzwischen aber schrieb nicht nur der Chefredakteur seltener und kürzer, auch der Münchener Korrespondent Otto Daffinger konkurrierte nicht mehr mit den Parlamentsstenographen. Ein gut redigierter Nachrichtenteil mit sorgfältig aufgemachten Artikeln und Meldungen der Korrespondenten und Nachrichtenagenturen erhöhte, zusammen mit offensichtlichen drucktechnischen Verbesserungen, die Lesbarkeit. Noch mehr als in dem Jahr zwischen Währungsreform und Generallizenz war der *Südost-Kurier* der frühen fünfziger Jahre eine runde Sache. Nach anstrengender journalistischer Aufrüstung, nach dem Ausscheiden Heinrich Haugs und Monaten des harten Kampfes um Abonnenten hatte fast so etwas begonnen wie ein glücklicher Abschnitt. Die 36seitige Ausgabe, mit der das Blatt im Mai 1951 seinen fünften Geburtstag feierte, spiegelte diese optimistische Grundstimmung innerhalb der Redaktion.

Mit spürbarer Zufriedenheit – und jeweils mit Foto – stellte Josef Felder auf einer ganzen Seite die Kernmannschaft seiner „Mitarbeiter im redaktionellen und kaufmännischen Bereich“ vor. Fünf Redakteure, darunter zwei Frauen, und ein Volontär

arbeiteten inzwischen in der Reichenhaller Zentrale<sup>35</sup>. An die Redaktionsmitglieder und neun technische Mitarbeiter(innen) verteilte der Chefredakteur frappierend offene Komplimente und Kritik<sup>36</sup>, um sich freilich auch selbst dem schwarz auf weiß gedruckten Urteil zu stellen. Es fiel keineswegs glorifizierend aus: Felders eigene Rastlosigkeit wurde daraus ebenso ersichtlich wie die hohen Ansprüche an die Einsatzbereitschaft seiner Mitarbeiter, denen er wohl gleichzeitig wenig Raum ließ für eigene Kreativität. Daß es nicht nur grundsätzlich nach dem Willen des Chefredakteurs, sondern in der Hektik des Redaktionsgeschäfts mitunter auch autoritär zuzuging, konnte der aufmerksame Leser den Kurzporträts ebenfalls entnehmen<sup>37</sup>. Doch der „Chef“ und seine Fähigkeiten waren anerkannt: Ein Überzeugungstäter, dessen Engagement und Begeisterungsfähigkeit mitrissen – auch zu dieser Form kommunikativer Offenheit gegenüber der Leserschaft, die in der deutschen Nachkriegspresse ihresgleichen suchte.

Man hatte seinen Stil gefunden. Zu dem Stolz auf die eigene publizistische Leistung war die Fähigkeit hinzugekommen, die dem geschäftlichen Erfolg gesetzten Grenzen zu akzeptieren. Landes- und Bundespolitiker aller Parteien – darunter Ministerpräsident Hans Ehard, Franz Josef Strauß, Waldemar von Knoeringen, Josef Baumgartner – würdigten in Grußadressen zum Jubiläum die kompetente politische Berichterstattung des *Südost-Kuriers*, und Reichenhalls Oberbürgermeister Walter Neumayer brachte es auf den Punkt: „Heute besitzt Bad Reichenhall im ‚Südost-Kurier‘ zum *erstenmal* eine Zeitung von *überlokaler* Bedeutung; eine Zeitung, die sich in der Vollständigkeit, Objektivität und Schnelligkeit der Vermittlung von Weltnachrichten, Nachrichten aus Deutschland und insbesondere Nachrichten aus Bayern, aus der bayerischen Politik und dem Bayerischen Landtag *ohne weiteres mit Großstadtblättern messen* kann.“ Dieses Lob war korrekt, aber bezeichnend: Von der Bedeutung des *Südost-Kuriers* für die lokale und regionale Informationsvermittlung sprach Neumayer, woran Felder auch durch Sperrdruck nichts zu ändern vermochte<sup>38</sup>, erst zuletzt und ziemlich nebulös: Mit seinen Nebenausgaben vermittele das Blatt eine „*Gesamtschau der lokalen Begebenheiten im Südostraum Bayerns*“. Das klang nicht gerade begeistert und suggerierte wenig Liebe fürs heimatische Detail. Dabei konnte davon überhaupt nicht die Rede sein. Mochte lokales Klein-Klein der Kategorie Familien- und Vereinsnachrichten in den Anfangsjahren tatsächlich, vor allem aus Platzmangel, zu kurz gekommen sein, so wurde es jetzt im *Südost-Kurier* doch ebenso gepflegt wie

<sup>35</sup> Südost-Kurier vom 12. 5. 1951, S. 15, danach die folgenden Zitate. Hinzu kamen etliche freie Mitarbeiter im Lokalen und im Feuilleton sowie jeweils ein fester Mitarbeiter in den Außenredaktionen Traunstein, Berchtesgaden und Altötting.

<sup>36</sup> Seine Chefin vom Dienst, Marianne Krell, charakterisierte Felder beispielsweise als „enorme, immer einsatzbereite Arbeitskraft, aber ebenso eigenwillig wie eigensinnig, stets von Komplexen geplagt, dafür auch Blitzableiter für alle Explosionen“.

<sup>37</sup> Felders Haltung gegenüber seiner Redaktion spiegelt sich in einem Schreiben an Hoegner vom 18. 10. 1950: „Am 25. 10. übernehme ich wieder selbst die Leitung des SOK und dann sind bestimmt alle Sicherungen gegeben.“; IfZ, ED 120/197.

<sup>38</sup> Das originale Schreiben des OB an Felder vom 10. 5. 1951 weist keine Hervorhebungen auf; Reg. Reichenhall, 0/11-00/0.

in den Heimatblättern. Die „überparteiliche und unabhängige Reichenhaller Zeitung“ – den Untertitel führte die Hauptausgabe des *Südost-Kuriers* seit September 1949 ja nicht von ungefähr – nahm massiv Partei für die Interessen von Kurstadt und Rupertiwinkel. Der Kur- und Verkehrsverein konnte ebenso wie der 1952 gegründete Kurförderungsausschuß jederzeit mit epischer Berichterstattung rechnen – und auf tongenaue Wiedergabe seiner Ermahnungen an die großen und kleinen Einheimischen, alles zu vermeiden, was Ohren und Augen der empfindlichen Touristen beleidigen könnte: „Und wieder: Ruhe und Sauberkeit im Kurort!“<sup>39</sup> Eher als Geste denn als Profitstreben war auch zu verstehen, daß der *Südost-Kurier* im Juli 1949 zum Pläsier der Erholungssuchenden wieder ein *Badeblatt* herausbrachte, womit schon Wiedemann jede Woche aufs neue die Attraktivität der Salinenstadt gefeiert hatte<sup>40</sup>. Und welche Altverleger-Zeitung konnte schon mithalten, wenn der *Südost-Kurier*, durchaus in diesem Sinne, neben Fotos über das heimatliche Sportgeschehen häufig in ganzseitigen Kompositionen<sup>41</sup> auch Bilder von örtlichen Feierlichkeiten oder reizvollen Flecken und Gebäuden ins Blatt rückte?

Aber das alles war bei der Entscheidung für diese oder jene Zeitung offensichtlich von marginaler Bedeutung. Wichtiger als Perfektion war Tradition: Die Mehrheit der Bevölkerung störte sich nicht an der geringeren Professionalität der Heimatblätter, ihre Lektüre war Gewohnheitssache. Häufig schon seit Generationen kam „die Zeitung“ ins Haus, und so sollte es auch bleiben. Kontinuität galt als ein Wert an sich, oft wichtiger als der Inhalt. In der Formulierung Marshall McLuhans: Das Medium war die Botschaft – oder doch zentraler Teil davon.

Anderes kam hinzu. Wenn dem *Südost-Kurier* die Wertschätzung der Mehrheit versagt blieb, so war das zugleich eine Absage an das von ihm eben doch dezidiert als von den Altverleger-Blättern praktizierte Prinzip der Realitätsadäquanz und der universellen, am Gebot der Objektivität orientierten Berichterstattung. Natürlich sagte das so niemand, aber es gab eine Antipathie gegen den *Südost-Kurier*, die sich aus dieser Quelle speiste. Vor solchen Haltungen waren, wie Felder bitter lernen mußte, auch Sozialdemokraten nicht gefeit. Das zeigte im Herbst 1950 exemplarisch die Aussperrung des Neuöttinger *Südost-Kurier*-Berichterstatters Dr. Reinhold Kolarczyk ausgerechnet von der Pressekonferenz eines örtlichen SPD-Landtagskandidaten. Die Sache hatte dadurch Brisanz bekommen, daß Kolarczyk, der selbst als Kandidat des BHE zur Wahl stand und auf Plakaten als „Redakteur“ firmierte, in einer Versammlung eine Attacke gegen den Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner geritten hatte, mit dem auch Felder zu diesem Zeitpunkt nicht eben besonders einverstanden

<sup>39</sup> Südost-Kurier vom 27. 2. 1952, S. 5.

<sup>40</sup> Das *Badeblatt*, mit einem großformatigen Titelfoto im Stil einer Illustrierten aufgemacht, enthielt auf acht bis zehn Seiten neben unterhaltenden Artikeln einen Veranstaltungskalender und das kurstädtische Konzertprogramm.

<sup>41</sup> So etwa zwei bebilderte Seiten über die Schönheit der Kurstadt Bad Reichenhall im *Südost-Kurier* vom 18. 6. 1949, S. 13 f.; ähnlich 2. 9. 1950, S. 12.

war<sup>42</sup>. Die Nachricht über die Querelen erreichte Felder während eines routinemäßigen Sanatoriumsaufenthaltes. Noch von dort erhielt der SPD-Kandidat einen ausführlichen Brief<sup>43</sup>. Felder konzidierte, nach Lage der Dinge sei es naheliegend, „eine enge redaktionelle Verbindung zum SOK und politischen Einfluß anzunehmen. [Doch das] ist ein völliger Irrtum. Ich bitte Sie, [...] zur Kenntnis zu nehmen, daß der SOK in seinem ganzen Verbreitungsgebiet hundert Lokalberichterstatter hat, die selbstverständlich nicht alle der SPD angehören können. Es sind CSU-Leute, Unpolitische, Flüchtlinge und Bayernparteieler darunter. Sie haben ohne Ausnahme bisher die strenge Richtlinie der Redaktion, rein sachlich und überparteilich zu berichten, beachtet. Ein politischer Einfluß der Lokalberichterstatter auf die Zentralredaktion in Bad Reichenhall ist völlig ausgeschlossen. Auch Dr. Kolarczyk hat sich bisher als Berichterstatter bewährt. In einer Demokratie kann nun keinem Staatsbürger verwehrt werden, sich als Kandidat für den Landtag aufstellen zu lassen. Deshalb kann ich nun auch nicht den Herrn Dr. Kolarczyk einfach maßregeln.“

Zwar schien es auch Felder nicht opportun, den Kandidaten während des Wahlkampfes weiter Versammlungsberichte schreiben zu lassen; eine entsprechende Anordnung sagte er zu. Dann aber nutzte er die Gelegenheit, eigenen Unmut loszuwerden: „Ich bin schon sehr verstimmt darüber, daß unsere Genossen so wenig Vertrauen zu der Leitung des SOK haben und ohne Klärung der Situation, ja ohne direkte Anfrage an mich, gleich mit Abbestellung der Zeitung drohen, wie das z. B. durch den Genossen Heydemann geschehen ist. Auch der Genosse Senator Schenk soll sehr verschupft sein. Was wollen denn die Genossen dann tun? Wollen sie etwa anstelle des SOK die tatsächlich einseitig gebundenen Heimatblätter abonnieren? Eine Zeitung mit den lokalen Geschehnissen brauchen sie ja doch! Ich habe wahrlich der SPD seit Jahr und Tag keine Veranlassung gegeben, wegen der Haltung des SOK böse auf mich zu sein. Es ist deshalb schon sehr betrüblich, wenn immer gleich solche Zicken gemacht werden.“

Einen Durchschlag seines Briefes schickte Felder an Wilhelm Hoegner, begleitet von der Bitte, der ehemalige Ministerpräsident möge für den *Südost-Kurier* zur Landtagswahl einen Leitartikel verfassen<sup>44</sup>. Noch einmal bekundete der Chefredakteur, über das Verhalten von Sozialdemokraten im Verbreitungsgebiet seiner Zeitung „sehr bestürzt“ zu sein. Und er hielt es nicht für überflüssig, Hoegner darauf hinzuweisen, so wenig er die Spalten seiner Zeitung für einen „persönlichen Feldzug gegen nam-

<sup>42</sup> Nach einer Rede Hoegners in Bad Reichenhall hatte der *Südost-Kurier* am 25.6. 1947, S.2, zwei von einer „Reihe von Zuschriften und Protesten“ veröffentlicht, in denen sich „Junge“ gegen den von Hoegner formulierten Anspruch der „Alten“ zur Wehr setzten, die Politik entscheidend zu gestalten. Der Abdruck dieser Leserbriefe, von denen Hoegner Abschriften besaß (IfZ, ED 120/279), trug offenbar zu der jahrlangen Verstimmung zwischen Hoegner und Felder bei, die sich auch in Unsicherheiten Felders bei der Wahl der richtigen Anrede äußerte; so z. B. ein sowohl „Du“ als auch „Sie“ vermeidender Brief Felders an Hoegner vom 29.5. 1951; IfZ, ED 120/197.

<sup>43</sup> IfZ, ED 120/197, Brief Felders an den „Genossen Kanzler“ vom 18. 10. 1950; danach die folgenden Zitate.

<sup>44</sup> IfZ, ED 120/197, Brief Felders an Hoegner vom 18. 10., Hoegners Artikel im *Südost-Kurier* vom 31. 10. 1952, S.2.

hafte Funktionäre unserer Partei“ offenhalte, so eindeutig müsse er „natürlich im Rahmen der Unabhängigkeit des Blattes die Versammlungsberichte aller anderen Parteien bringen“.

Während Felder sich unentwegt darum bemühte, die Interessen seiner Partei nicht nur durch eigenes Engagement als Versammlungsredner, sondern auch in seiner Eigenschaft als Verleger und Leitartikler zur Geltung zu bringen, hatte er umgekehrt von der SPD wenig zu erwarten. Zwar gab es seit 1946 in Bayern eine „Arbeitsgemeinschaft Presse der SPD“, der etwa drei Dutzend Lizenzträger, Chefredakteure und Redakteure angehörten, und am jeweiligen Vorabend der Tagungen des VBZV setzten sich die Genossen zusammen<sup>45</sup>. Doch abgesehen von Ausnahmesituationen wie 1949 bei der Beratung des bayerischen Pressegesetzes, erlangte die Arbeitsgemeinschaft trotz wiederholter Anläufe keine wirkliche Bedeutung. Im Frühjahr 1947 hatte die „Abteilung Presse und Propaganda“ beim SPD-Landessekretariat einen täglich erscheinenden Pressedienst auf den Weg gebracht, der allen sozialdemokratischen Redakteuren zugänglich gemacht wurde<sup>46</sup>. Ansonsten bestanden so gut wie keine fachlich wirksamen Verbindungen. Vielmehr blieb das Verhältnis zwischen SPD-Führung und sozialdemokratischen Lizenzträgern lange durch die in allen Parteien gängige Kritik an der Weigerung der Amerikaner belastet, Lizenzen für Parteizeitungen zu vergeben. Vielen SPD-Funktionären galten sogar maßgeblich von Sozialdemokraten geprägte Lizenzblätter bestenfalls als vorübergehend hinzunehmender Ersatz<sup>47</sup>. In der Tatsache, daß ähnliche Reaktionen bei der CSU zu beobachten waren, konnten Leute wie Josef Felder schwerlich eine Beruhigung sehen.

Als für die SPD wie für alle anderen Parteien nach der Generallizenz keine Hindernisse mehr bestanden, pressepolitisch ganz dem eigenen Gusto zu folgen, kam freilich keineswegs die große Wende. Gewiß begannen, seit in etwa klar geworden war, in welchem Umfang die SPD mit Wiedergutmachung für ihre 1933 enteigneten Zeitungsbetriebe rechnen konnte, Überlegungen für den Aufbau einer neuen sozialdemokratischen Presse<sup>48</sup>. Soweit die bayerischen Genossen überhaupt Gelegenheit erhielten, diese von ihrem Bundesschatzmeister Alfred Nau und dem Pressebeauf-

<sup>45</sup> IfZ, ED 312, Einladung zu einer Versammlung der sozialdemokratischen Lizenzträger vom 28. 2. 1948. Am 9./10. 10. 1948 fand in der SPD-Fortbildungsstätte Kochel eine Wochenendtagung der sozialdemokratischen Lizenzträger und Redakteure statt, an der auch Fritz Heine und Alfred Nau teilnahmen; AsD, LVB 18, Rundschreiben des SPD-Landesverbands Bayern vom 14. 10. 1948. – Ich danke meinem Kollegen Dr. Hartmut Mehringer, der mich auf einige Unterlagen in den von ihm im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AsD) durchgesehenen Beständen SPD-Landtagsfraktion Bayern (LTF) und SPD-Landesverband Bayern (LVB) aufmerksam machte.

<sup>46</sup> Arbeitsbericht der Abteilung Presse und Propaganda beim SPD-Landesverband Bayern für 1946/1947; AsD, LTF 143.

<sup>47</sup> Eine Ausnahme machte Waldemar von Knoeringen, von dem Felder am 18. 6. 1948 ein Dankschreiben für seine trotz großer Papierknappheit mehr als zwei Seiten umfassende Berichterstattung von der SPD-Landeskonferenz in Fürth erhielt, in deren Mittelpunkt die Wohnungsfrage stand. Bewundernd meinte Knoeringen, „daß Du in Deiner Zeitung die richtige Form gefunden hast, die von einer objektiven Lizenzpresse erwartet werden muß“; IfZ, ED 312.

<sup>48</sup> Eine gründliche Arbeit zur Medienpolitik der SPD seit 1945 steht noch aus.

trugten Fritz Heine zentral gesteuerten Planungen zu beeinflussen, war Josef Felder daran beteiligt<sup>49</sup>. Etwa seit Herbst 1952 nahm es sich für ihn wohl auch so aus, als könne er im Notfall auf die Unterstützung seiner Partei rechnen. Ein solcher Notfall würde etwa dann eintreten, wenn mit Fritz Wiedemann für die Zeit nach Ablauf des Zwangspachtvertrags keine Vereinbarung zustande käme, der *Südost-Kurier* aber weiterhin nicht genügend abwerfen sollte, um den Bau einer Druckerei aus eigenen Mitteln zu ermöglichen.

Natürlich war in erster Linie die zu geringe und einstweilen auch nicht entscheidend steigerungsfähige Zahl der Abonnenten dafür verantwortlich, daß die ehemalige Lizenzzeitung inzwischen alles andere als ein gutes Geschäft darstellte. Angemessene Erträge hatte das Unternehmen im Grund genommen nur wenig länger als ein Jahr erwirtschaftet, in der Zeit zwischen Währungsreform und Generallizenz. Doch diese Gewinne hatten die beiden Lizenzträger hauptsächlich für die redaktionelle und organisatorisch-technische Aufrüstung ihrer Zeitung verwendet. Wenig später mußte Felder neben der Konkurrenz der Altverleger noch die Forderungen seines ausgestiegenen Kompagnons Heinrich Haug verkraften, insgesamt 25 000 Mark<sup>50</sup>. Angesichts unverändert hoher Personalausgaben und wachsender Kosten pro Zeitungsstück sanken die Erträge. Indiz dafür ist die Energie, mit der vor allem Josef Felders Zwillingssöhne die Situation durch zusätzliche Druck- und Anzeigenaufträge zu verbessern suchten. Vielleicht mehr noch als dem Chefredakteur, war Kurt und Horst Felder, den jungen Anzeigen- und Vertriebsleitern, klar, daß der *Südost-Kurier* seit 1950 in wirtschaftlicher Hinsicht zwar nicht ums Überleben, jedoch um seine Zukunft kämpfte. Und in diesem Zusammenhang stellte es sich allen dreien nicht so dar, als ließen die Vertreter der öffentlichen Hand, die in der Region Aufträge zu vergeben hatten, dem *Südost-Kurier* die gleiche Behandlung wie seinen Mitbewerbern angedeihen.

Die Art der Vergabe eines größeren Druckauftrages durch das Landratsamt Berchtesgaden-Reichenhall zu Jahresanfang 1952 war für die Felders wohl ein Schlüsselerlebnis<sup>51</sup>. Landrat Theodor Jacob, ein umtriebiger, von allen außer den extremen Parteien unterstützter Mittvierziger, gedachte die erfolgreiche Wiederaufarbeit der letzten Jahre – und damit nicht zuletzt sich selbst – vermittels eines populären Tätigkeitberichtes ins rechte Licht zu rücken. Also wurde Irmgard Kaiser engagiert, bis vor kurzem Redakteurin des *Südost-Kuriers* für Berchtesgaden und (erfolglose) FDP-

<sup>49</sup> Das geht aus einer vertraulichen Aktennotiz Waldemar von Knoeringens vom 2. 12. 1952 hervor, in der Felder beauftragt wurde, sich u. a. mit Josef Kiene, dem Vorsitzenden des SPD-Bezirks Sudbayer, „ein Bild über die derzeitige Situation“ im Hinblick auf die Gründung eines SPD-Bezirksorgans zu verschaffen; IfZ, ED 312.

<sup>50</sup> Nach dem Auflösungsvertrag zwischen Felder und Haug vom 1. 9. 1949 setzte sich der Betrag zusammen aus einem Anteil am Startkapital in Höhe von DM 10 000 und einer Abfindung von DM 15 000; IfZ, ED 312.

<sup>51</sup> Der gesamte Vorgang in: StA München, LRA 31 392; danach die folgenden Zitate.

Kandidatin für den Kreistag<sup>52</sup>, die gegen ein solides Honorar Beamtenprosa aufmöbelte und Anzeigen für die Broschüre akquirierte. Als das Werk satzfertig war, durfte zwar auch der *Südost-Kurier* einen Kostenvoranschlag für den Druck des Werkes abgeben, doch der Auftrag ging, trotz dessen ungünstigerer Offerte, an den *Berchtesgadener Anzeiger*<sup>53</sup>. Sichtlich überrascht, bemühte sich Kurt Felder, per Postkarte beim Landrat den Grund der Absage in Erfahrung zu bringen. Daß er es dabei nicht verstand, seinen Argwohn hinter geschickten Formulierungen zu verbergen, änderte nichts an der Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen, „mit Ihnen in Geschäftsbeziehungen zu kommen“. Wenig später schien es so, als sollte das, offenbar tatsächlich zum ersten Mal, gelingen: Jacob beauftragte sowohl den *Berchtesgadener Anzeiger* wie den *Südost-Kurier* mit dem auszugsweisen Abdruck seines Tätigkeitsberichts auf jeweils vier Zeitungsseiten, wofür das Landratsamt die Hälfte der Unkosten tragen wollte. Doch platzte Ludwig Peter Millers *Berchtesgadener Anzeiger* entgegen einer Zusage vorzeitig mit dem Rechenschaftsbericht heraus.

Josef Felder hielt es für unzumutbar, seinen *Südost-Kurier*, der sich ohnehin schon dadurch im Nachteil befand, daß die bei Miller hergestellten Flachdruck-Klischees auf der Reichenhaller Rotation nicht zu verwenden waren, hinter dem *Anzeiger* hinhinken zu lassen. Er stoppte das Vorhaben und ließ gegenüber Landrat Jacob seinem Zorn freien Lauf: „Überall in Bayern ist eine kollegiale Vereinbarung unter Verlagen möglich, nur in der Südostecke nicht. Die Herren Konkurrenten kennen nur Haß und wieder Haß. Sie werden verstehen, daß ich unter solchen Voraussetzungen auch künftig ganz nach eigenem Ermessen handeln werde. So willkommen mir der von Ihnen bewilligte Zuschuß für zwei Sonderseiten gewesen wäre, kann ich mich [...] nicht entschließen, die vierseitige Beilage unserer Samstagausgabe beizufügen. Ich werde jedoch die wesentlichsten Absätze aus dem Rechenschaftsbericht in Fortsetzungen veröffentlichen und dies selbstverständlich noch vor der Wahl. [...] Seien Sie versichert, daß ich mich bei meinen Maßnahmen nie von persönlicher Animosität gegen meine Konkurrenten leiten lasse, daß ich aber die dauernden groben Verstöße gegen journalistische und verlegerische Anständigkeit nicht mit übermäßiger Liebeshuld und besonderem Entgegenkommen zu beantworten in der Lage bin. Ich werde mich in der Zukunft gegen jeden neuen Verstoß der Herrschaften mit äußerster Erbitterung wehren. Solange im Verlag Vonderthann<sup>54</sup> nicht die Besinnung Einkerkehr hält, gibt es nur Kampf und wieder Kampf.“ In Sachen Rechenschaftsbericht ging Felder vor wie angekündigt<sup>55</sup>, und Landrat Jacob wurde mit 97 Prozent der

<sup>52</sup> Sonderausgabe des Amtsblatts für den Landkreis Berchtesgaden-Reichenhall vom 26. 3. und Südost-Kurier vom 1. 4. 1952, S. 5.

<sup>53</sup> Das schriftliche Angebot des Südost-Kuriers vom 16. 1. 1952 lag um rund 15 Prozent unter dem des Berchtesgadener Anzeigers vom 19. 1. 1952. Allerdings finden sich auf dem Schreiben des Südost-Kuriers handschriftliche Bemerkungen eines Sachbearbeiters, nach denen dieses Angebot geringfügig teurer zu sein schien als das des Anzeigers.

<sup>54</sup> Der offizielle Name des Anzeiger-Verlags lautete: Vonderthann'sche Buchdruckerei & Verlag.

<sup>55</sup> Einen Tag vor den Kreis- und Kommunalwahlen brachte der Südost-Kurier am 29. 3. 1952, S. 4, unter der dreispaltigen Überschrift „Erfolg ist kein Zufall!“ einen halbseitigen Auszug aus dem Rechenschaftsbericht.

Stimmen<sup>56</sup> wiedergewählt. Doch im Bemühen um Druckaufträge von Kreis und Kommunen hegte der Chefredakteur seitdem Mißtrauen auch dort, wo ein Anlaß nicht ersichtlich war<sup>57</sup>. Schwerlich verbesserten sich dadurch die Geschäftsbeziehungen zwischen *Südost-Kurier* und öffentlicher Verwaltung.

Andererseits war es kein Wunder, daß Josef Felder zusehends dünnhäutiger wurde. Blätter wie der *Berchtesgadener Anzeiger* prosperierten, derweil sich die Auflage des *Südost-Kuriers* einfach nicht erholen wollte. Während die Heimatzeitungen ihre redaktionellen Leistungen ausbauten, sah sich Felder aus wirtschaftlichen Gründen genötigt, seine Feuilletonredakteurin mit Jahresbeginn 1952 nach München zu versetzen. Dort übernahm Erna Hoesch, nicht ohne Schwierigkeiten, einen Teil der Aufgaben des vielgepriesenen Korrespondenten Otto Daffinger, dessen Alleinfinanzierung (nach dem Rückzug der Mitabnehmer in Kempten und Bamberg) die Möglichkeiten des *Südost-Kuriers* überstieg; jedoch blieb Daffinger Sonderkorrespondent für Landtags- und Regierungspolitik<sup>58</sup>. Schon vor einiger Zeit hatte Felder versucht, seinen Vertrag mit der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI zu kündigen, sich dann aber auf eine Gebührenminderung eingelassen<sup>59</sup>. Bei nur 20 000, zeitweise sogar noch weniger Exemplaren, die der *Südost-Kurier* Anfang der fünfziger Jahre verkaufte, beliefen sich allein die Bezugskosten pro Agentur immerhin auf etwa ein Zehntel des gesamten Verkaufserlöses<sup>60</sup>. Zweifellos schmerzten den Chefredakteur solche Einschränkungen. Doch sie waren unvermeidlich, sollte der Verlag nicht unrentabel werden oder gar in die roten Zahlen rutschen.

Und inzwischen waren sie auch dringlich. Denn ohne halbwegs gesunde Finanzen gab es wenig Aussichten auf eine Zukunft. Im Januar 1954 würde der Zwangspachtvertrag ablaufen, den Josef Felder und Heinrich Haug vor dann fünf Jahren mit dem Treuhänder der Wiedemannschen Buchdruckerei geschlossen hatten und dessen Um-

<sup>56</sup> Südost-Kurier vom 1. 4. 1952, S. 5.

<sup>57</sup> 1952 wurde Josef Felder mehrfach schriftlich bei dem Reichenhaller Oberbürgermeister vorstellig, der den Verdacht, der Südost-Kurier werde bei der Vergabe städtischer Aufträge nicht angemessen berücksichtigt, regelmäßig zurückwies; Vorgänge in: Reg. Reichenhall, 0/11-00/0.

<sup>58</sup> Laut Impressum vertrat Erna Hoesch ab 1. 1. 1953 den Südost-Kurier in München alleine. Felder war es nicht leicht gefallen, Daffinger ziehen zu lassen. Das zeigt die Würdigung seiner Arbeit in der letzten Ausgabe des Südost-Kuriers vom 31. 12. 1954, S. 22; auf S. 20 auch eine Bemerkung Erna Hoeschs zu ihren Problemen mit der Berichterstattung aus München.

<sup>59</sup> Mitteilungen Felders vom 12. 11. 1981 und 31. 6. 1985.

<sup>60</sup> Die Kosten für das Abonnement von UPI beliefen sich auf monatlich rund 4000 Mark; Mitteilung Felders vom 3. 10. 1984. Das dpa-Abonnement setzte sich aus einer Grundgebühr und einem auflageabhängigen Zuschlag zusammen. Am 29. 9. 1950 protestierte Felder namens der Generalversammlung der DENA-Genossenschaft bei dpa gegen die Gewährung günstiger Sonderbedingungen auch an „sogenannte Gemeinschaftsverlage“ von Altverlegern, die „durch eine raffinierte Tarnung die Grundgebühr für eine ganze Reihe völlig selbständiger kleiner Heimatzeitungen nur einmal [...] bezahlen“. Dadurch würden die kleinen und mittleren ehemaligen Lizenzzeitungen benachteiligt; IfZ, ED 312. Auf die finanzielle Last, die der Bezug einer Agentur für auflageschwache Heimatblätter bedeutete, machte Felders ehemaliger Lizenzkollege Kapfinger in einem Leitartikel der Passauer Neuen Presse vom 26. 3. 1949, S. 1, aufmerksam.

wandlung in ein freiwilliges Abkommen trotz jahrelanger Bemühungen gescheitert war. Zuletzt hatte Felder im Herbst 1950 einen Anlauf zur Einigung mit Fritz Wiedemann unternommen<sup>61</sup>. Wohl auch nervös geworden, weil bis dahin im Verbreitungsgebiet seiner Zeitung ungewöhnlicherweise noch nicht einer der Altverleger aufgegeben hatte, suchte Felder das Gespräch. Ausgangspunkt dafür war ein detailliertes Memorandum, in dem der Chef des *Südost-Kuriers* feststellte, „daß alle bisherigen Bemühungen [...] unter der [...] Tatsache leiden, daß Sie, sehr geehrter Herr Wiedemann, sich eben seit Jahr und Tag zwischen ‚zwei Feuern‘ befinden. Da sind nun einmal Ihre Herren Kollegen Altverleger, die Sie andauernd gegen mich aufzuhetzen versuchen und dabei vorgeben, nur in Ihrem Interesse zu handeln, während sie in Wirklichkeit nur die Beseitigung meiner ihnen so unangenehmen Kopfblätter meinen; und da sind auf der anderen Seite Ihre Verwandten, die mit Todfeindschaft gegen mich, meine Söhne und meine redaktionellen Mitarbeiter belastet sind, aber selbst nur aus einem rein persönlichen und egoistischen Motiv handeln. Es ist mir völlig klar, daß angesichts solcher Verhältnisse Ihre Entscheidungsfreiheit immer wieder erheblichen Schwankungen ausgesetzt ist.“

Felder spielte damit auf die zögernde Ablehnung an, mit der Wiedemann seinem Vorschlag einer Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Trennung von Zeitungs- und Akzidenzbereich begegnet war. Zugleich aber gab er zu verstehen, daß sein Interesse an dem von Wiedemann angestrebten Lohndruckvertrag durchaus begrenzt und nicht nur von der befriedigenden Regelung einer Reihe praktischer Fragen abhängig sei. „Die Kardinalfrage lautet hier: Haben Sie Ihre früher wiederholt geäußerte Absicht, wieder selbst ein Heimatblatt herauszugeben, fallen gelassen oder denken Sie daran, einen Lohndruckvertrag nur auf etwa ein bis zwei Jahre zu schließen, um dann die Erneuerung [...] abzulehnen und wieder die eigene Zeitung herauszugeben?“ Im Oktober 1950 wußte sich Felder noch in einer Situation, die es erlaubte, eine Portion Stärke zu demonstrieren: „Sollte sich ergeben, daß Ihre weiteren Vorschläge den Grundsatz ‚leben und leben lassen‘ für beide gefährden, dann bleibt mir nichts anderes, als mit Kaltblütigkeit und Ruhe den Ausgang des Ansturms gegen die Zwangspachtverträge abzuwarten, [...] unter Hinweis auf die besonders schwierigen Verhältnisse die drei Jahre Verlängerungsfrist in Anspruch zu nehmen und inzwischen im Zusammenwirken mit einem Teilhaber oder in Durchführung eines weiteren Planes den Aufbau einer eigenen Existenz mit allen Kräften zu forcieren.“

Bis zum Sommer 1953 hatte Felder nur den ersten Teil dieser Ankündigung wahr machen können, und daß wenigstens dies gelang, hatte kaum etwas mit Kaltblütigkeit zu tun, jedoch viel mit der fortdauernden abschreckenden Wirkung des von den Amerikanern zur alleinigen Schiedsinstanz über die Zwangspachtverträge erklärten Newspaper Leases Review Board<sup>62</sup>. Auch ein halbes Jahr vor seinem Ablauf war also an dem Zwangskontrakt vom Januar 1949 noch nicht gerührt worden. Doch jetzt sollte sich herausstellen, daß Felders eventuelle Rechnung mit der Möglichkeit, die-

<sup>61</sup> IfZ, ED 312, Memorandum Felders für Wiedemann vom 17. 10. 1950, S. 2 und 5.

<sup>62</sup> Vgl. S. 119f.

sen Vertrag offiziell um drei Jahre verlängern zu lassen, nicht aufgehen würde. Beim US-Hochkommissar in Bonn hatte er Ende Mai 1953 erfahren, „daß die Amerikaner in der ganzen Sache eine abwartende Haltung einnehmen, aber dringend wünschen, daß sich die bisherigen Zwangspartner in Coburg und Bad Reichenhall auf einer privatrechtlichen Basis verständigen“<sup>63</sup>. Eine ernstzunehmende Erkrankung hinderte Felder fast ein Vierteljahr, die möglichen Konsequenzen dieser Information näher zu klären<sup>64</sup>. Zwar standen seit Ende 1952 die Überlegungen im Raum, ob der *Südost-Kurier* nach Ablauf des Zwangspachtvertrages mit Unterstützung der SPD weitergeführt werden könnte, und schon seit Herbst 1950 trug sich Felder mit dem Gedanken, für den Bau einer eigenen Druckerei GARIOA-Mittel zu beantragen<sup>65</sup>. Doch über das Stadium von Erwägungen war das bisher alles nicht hinausgelangt. Auch in den kommenden Monaten vermittelte Josef Felders Auftreten gegenüber Fritz Wiedemann nicht den Eindruck der Entschlossenheit. Selbst unter zunehmendem Zeitdruck versicherte man einander der Loyalität. Darin mochte ein Stück Taktik stecken, aber zugleich war es ein Zeichen des Zweifels – auf beiden Seiten.

Felders Zweifel erstreckten sich vor allem auf die realistischere zu erwartende Auflage seiner Zeitung für den Fall des Wiedererscheinens des *Reichenhaller Tagblatts*. Auf exakt 18 000 addierten sich die Auflagezahlen seiner verschiedenen Ausgaben, die der Verleger und Chefredakteur in diesen Wochen einmal auf die Rückseite des Durchschlags eines an Wiedemann gerichteten Schreibens notierte<sup>66</sup>. Den größten Einzelposten mit 6000 Exemplaren stellte die Reichenhaller Hauptausgabe, und gerade dort war mit den stärksten Verlusten zu rechnen, wenn das *Tagblatt* wieder starten würde; immerhin hatte es einmal 3500 Abonnenten besessen. Vermutlich stellten sich bei Felder auch Bedenken ob seiner angegriffenen Gesundheit ein. Würde er den zusätzlichen Belastungen gewachsen sein, die mit dem Bau eines Druck- und Verlagsgebäudes verbunden waren? Bestünde jemals Aussicht auf dessen Amortisation? Und nicht zuletzt: Sollte er, dessen ganze Leidenschaft Politik und Journalismus galt, noch stärker als bisher schon die Bürden eines Geschäftsmannes auf sich nehmen?

Wiedemanns Zweifel waren weniger grundsätzlich. Was ihn wohl vor allem plagte, war der Gedanke, der *Südost-Kurier* könnte ihm nach einem Hinauswurf im alten Verbreitungsgebiet seines *Tagblatts* als hartnäckiger Konkurrent erhalten bleiben und er sich am Ende finanziell gar schlechter stehen als jetzt. Immerhin zahlte Felder nach wie vor einen auf 50 000 Exemplare berechneten Pachtzins<sup>67</sup>, und es war keineswegs

<sup>63</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Wiedemann vom 22. 6. 1953. Wiedemann und der Altverleger in Coburg, Kurz, standen angesichts einer vergleichbaren Situation in Kontakt. Im Oktober 1950 hatte es in Bayern noch vier Zwangsverträge gegeben; IfZ, ED 312, Memorandum Felders an Wiedemann vom 17. 10. 1950, S. 1.

<sup>64</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Wiedemann vom 11. 8. 1953; vom 29. 5. bis 31. 6. 1953 war Felder laut Zusatz zum Impressum zunächst erkrankt, dann „in Urlaub“.

<sup>65</sup> Vgl. S. 120f.

<sup>66</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Wiedemann vom 27. 12. 1953.

<sup>67</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Wiedemann vom 12. 10. 1953.

ausgemacht, daß sich ein wiedererwecktes *Reichenhaller Tagblatt* auf die Dauer rentieren würde. Ja, nicht einmal eine Garantie gegen Drittkonkurrenten vom Schlege eines *Münchener Merkur* gab es, der sich bereits in weiten Teilen Oberbayerns im Vormarsch befand. Zuletzt könnte es also tatsächlich auf das hinauslaufen, wovon Josef Felder seinen Verpächter schon seit geraumer Zeit zu überzeugen suchte: Nicht er, sondern die Altverleger-Kollegen in der Nachbarschaft würden von der Vertreibung des *Südost-Kuriers* profitieren . . .

Die Lage war kompliziert. Sie wurde dadurch nicht einfacher, daß es für beide Seiten auch um immaterielle Werte ging. Selbstverständlich war es die Wahrheit, wenn Felder gegenüber Wiedemann betonte: „Ich bin an finanziellen Dingen nur soweit interessiert, als sie die absolute Voraussetzung zur Sicherung der Zeitungsherausgabe bilden. Bei einer demokratischen Zeitung von heute müssen die ideellen Beweggründe unter allen Umständen im Vordergrund stehen.“<sup>68</sup> Solche Worte entsprachen nicht Wiedemanns Art. Ihm fehlte ein vergleichbares politisches Sendungsbewußtsein, aber natürlich spielte auch für den Druckereibesitzer Ideelles eine erhebliche Rolle: Das *Tagblatt* blickte auf eine über hundertjährige Geschichte zurück. Seit seiner Gründung war der „Grenzbote“ im Familienbesitz. Und aller bayerischen Privatier-Tradition zum Trotz – in einer Stadt wie Reichenhall machte es sich einfach nicht gut, wenn ein angesehener Bürger wie Fritz Wiedemann gleichsam arbeitslos sein Geld verdiente, indem er seine „Sach“ einem Außenseiter überließ.

Solche Imponderabilien spielten keine geringe Rolle in dem Nervenkrieg zwischen Felder und Wiedemann (samt Familienanhang), der im Spätsommer 1953 in seine knapp halbjährige heiße Phase trat. Mit seinem Vorschlag, die Verbandsgeschäftsführer der Alt- und Lizenzverleger, gleichsam als parteiische Dritte, zu einem „freien Gedankenaustausch über die gegebene Situation“ nach Bad Reichenhall zu bitten<sup>69</sup>, signalisierte Felder gegenüber Wiedemann Mitte August seinen Entschluß, nun endlich substantiell voranzukommen. Doch Wiedemann wollte davon zunächst nichts wissen. Stattdessen traf man sich zu einem Gespräch unter vier Augen, in dem Felder seine „feste Absicht“ verkündete, „mich im Falle der Nichtverlängerung des Vertrages mit starker anderweitiger Hilfe selbständig zu machen“. Felder gewann den Eindruck, seinen Verpächter damit „ziemlich überrascht“ zu haben: „Er war der Meinung, daß das Gebiet Reichenhall doch eigentlich ihm allein zustehe, sah aber dann doch selbst ein, daß es darauf kein verbrieftes Recht gibt. Die Besprechung verlief so, daß Wiedemann den Gedanken einer Verlängerung aufgriff, mich jedoch bat, ihm ein Angebot zu unterbreiten, das eine Erhöhung der Miet- und Pachtsumme vorsieht, damit er

<sup>68</sup> IfZ, ED 312, Memorandum Felders an Wiedemann vom 17.10. 1950. An seinen Freund Arno Scholz, den Verleger des Berliner Telegraf, schrieb Felder am 17.9. 1953, also wenige Tage nach der Bundestagswahl, bei der die SPD eine große Schlappe hatte hinnehmen müssen: „Umso dringender ist jetzt die Erhaltung einer demokratischen Zeitung. Die Bewegung muß hier ganz neu durchorganisiert werden.“; IfZ, ED 312.

<sup>69</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Wiedemann vom 11.8. 1953.

sich bei seinen Partnern leichter durchsetzen könne.“<sup>70</sup> Eine Zeitlang schien es jetzt, als sei Wiedemann in der Defensive, aber tatsächlich war es Felder, der noch nicht wußte, welchen Weg er letztlich einschlagen sollte. Das in dieser Situation zustande gekommene „Gipfeltreffen“ mit den Syndizi der konkurrierenden Verlegervereinigungen trug zur Klärung nichts bei. (Was niemanden erstaunen konnte, der das auf beiden Seiten wachsende Interesse an einem Ausgleich beobachtete, das im Sommer 1954 zu einer Verbandsfusion führte.)

Der Chef des *Südost-Kuriers* schwankte zwischen politisch-kämpferischen Motiven und geschäftlichen Erwägungen hin und her. Wenn er mitbekam, daß die „Herren Verleger in Traunstein, Trostberg und Berchtesgaden unter allen Umständen die Kopfausgaben unserer Zeitung zu beseitigen“ suchten, dann belebte das, wie er Wiedemann freimütig mitteilte, seinen Widerstandsgeist „ganz außerordentlich“<sup>71</sup>. Ermutigend wirkte auf ihn auch, „daß ich zu meiner Überraschung aus verschiedenen katholischen Kreisen gebeten wurde, doch den SOK nicht aufzugeben, da er als ein überparteiliches Organ durchaus anzuerkennen sei und auch den christlichen Belangen Rechnung trage“. Mit solchen „Bitten“ waren natürlich auch „Angebote“ verbunden, die Felder unter zunehmender Zeitnot prüfen mußte und gleichzeitig als Druckmittel gegenüber Wiedemann zu verwenden suchte. In dieser Lage schlug Felder ein knappes Vierteljahr vor dem Endtermin 30. Januar 1954 vor, den Pachtvertrag kurzfristig um drei Monate zu verlängern. Eine Reihe „technischer und sozialer Gründe“ spreche gegen die Auflösung des bisherigen Zeitungsbetriebs, die schließlich auch Kündigungen mit sich bringen werde, ausgerechnet in den Wochen um Weihnachten. Mit zusätzlichen 200 Mark pro Monat, von denen Wiedemanns Verwandtschaft nicht unbedingt etwas erfahren mußte, wollte Felder den Buchdruckereibesitzer für die Verlängerung gewinnen; eine gewisse Bereitschaft dazu glaubte er im letzten Gespräch vernommen zu haben<sup>72</sup>. Tatsächlich reagierte Wiedemann nicht rundweg ablehnend, denn sein Pächter wirkte auf ihn in bedrohlicher Weise entschlossen: „Ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Felder, [...] nochmals gebeten haben, diese Ihre Absicht zu revidieren und darüber eine gründliche Überlegung anzustellen, ob es Ihrerseits nicht doch eine Möglichkeit gibt, vom dem gefaßten Entschluß, weiterhin hier zu bleiben und den SOK herauszugeben, abzugehen.“<sup>73</sup>

Wiedemann wiederholte die bereits im letzten Gespräch gefallene Vokabel „Kompromiß“. Wenn mittlerweile also der Verpächter seine Geneigtheit zu einem „beiderseits zufriedenstellenden Abschluß“ bekundete, glaubte Felder erst einmal auf Tauchstation gehen zu können. Zwei Wochen herrschte Funkstille zwischen Verlagsgebäude und Wohnhaus in der Ludwigstraße 15, dann erreichte Felder ein offizielles Schreiben der Wiedemannschen Buchdruckerei: Mit der süffisanten Feststellung,

<sup>70</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an den Geschäftsführer des VBZV, Philipp Riederle, vom 17. 9. 1953.

<sup>71</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Wiedemann vom 9. 11. 1953, danach die folgenden Zitate.

<sup>72</sup> IfZ, ED 312, Zusatzschreiben Felders an Wiedemann vom 9. 11. 1953.

<sup>73</sup> IfZ, ED 312, privates Schreiben Wiedemanns an Felder vom 12. 11. 1953.

„daß weiterhin HICOG nicht auf einer Verlängerung des Zwangspachtvertrages besteht“, beharrte die oHG auf dem ursprünglichen Endtermin<sup>74</sup>.

Natürlich reagierte Felder auf die ärgerliche Anspielung („mit den Amerikanern haben wir wohl beide nichts mehr zu tun“), und natürlich versäumte er es auch nicht, seinen Status klarzustellen („nicht als Bittender, sondern als ein Verhandlungspartner erscheine [ich], der sich materiell und ideell stark genug fühlt“). Doch ansonsten blieb ihm jetzt nichts anderes, als erst einmal Wiedemanns Befürchtung zu entkräften, er habe in der Zwischenzeit die „abschließenden Vorbereitungen“ für seine „Eigengründung“ gepflogen: „Ich stelle fest, daß ich bis zur Stunde zu meiner Zusicherung stand, keine Entscheidung zu treffen, ehe ich Ihnen nicht Kompromißvorschläge vorgelegt habe. Es war selbstverständlich, daß ich Vorbereitungen für jede Eventualität traf, umso mehr, als ich über die von Ihnen mit Ihren Herren Kollegen geführten Verhandlungen etwas ins Bild gesetzt wurde und überraschenderweise auch von einer Fühlungnahme zwischen dem ‚Münchener Merkur‘ und der Druckerei Wiedemann Kenntnis erhielt.“<sup>75</sup> Zusammen mit dem Versprechen, eine „ausführlichere Stellungnahme“ binnen 24 Stunden nachzureichen, klangen diese Sätze wie eine Entschuldigung. Hatte Felder im Innersten schon aufgegeben? Versuchte er sich nur noch im Pokern um die günstigsten Konditionen?

Was Felder drei Tage später nachreichte<sup>76</sup>, war eine breite Erörterung sekundärer Fragen, jedenfalls aus der Sicht der Altverleger-Familie. Überwiegend beschäftigte sich der Chefredakteur mit „sozial-ethischen Erwägungen“, die nach seiner Überzeugung eine Betriebsaufgabe – „denn in der bisherigen Form würde die derzeitige GmbH ja auf jeden Fall aufgelöst werden“ – zum 31. Januar 1954 verböten. Er appellierte an Wiedemanns Sozialgefühl und brachte erneut seinen Vorschlag einer kurzfristigen Vertragsverlängerung ins Gespräch, diesmal aber mit der verpackten Drohung, bei einer bevorstehenden Betriebsversammlung lieber über eine solche Einigung zu sprechen, als „Betriebsrat, Arbeitsamt und Sozialministerium für die Erwirkung einer kurzen Übergangsfrist einzuschalten“. Von der Möglichkeit einer Weiterführung des *Südost-Kuriers* schrieb Felder nur noch vage und im Konjunktiv. Stattdessen bat er dringend um eine persönliche Unterredung. Vermutlich war es die Frage nach dem Preis, den Wiedemann für die Einstellung des *Südost-Kuriers* zu zahlen bereit wäre, die Felder lieber mündlich einfließen lassen als zu Papier bringen wollte. Wiedemann hatte das Signal verstanden. Am 14. Dezember unterbreitete er dem ehemaligen Lizenzträger einen Vertragsentwurf. Natürlich war das Angebot mit den anderen Altverlegern der Region abgestimmt. 60 000 Mark wollten sie sich das definitive Ende des *Südost-Kuriers* kosten lassen<sup>77</sup>. Josef Felder ging den hektischsten Weihnachtstagen seit langem entgegen.

<sup>74</sup> IfZ, ED 312, offizielles Schreiben Wiedemann an Felder vom 26. 11. 1953, Hervorhebungen im Original.

<sup>75</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Wiedemann vom 30. 11. 1953.

<sup>76</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Wiedemann vom 3. 12. 1953.

<sup>77</sup> Das geht aus dem Antwortschreiben Felders vom 28. 12. 1953 hervor; IfZ, ED 312.

Am 23. Dezember wünschte nochmals der Verpächter seinen Pächter zu sehen<sup>78</sup>, und auch anderen Besuchern, die an den Feiertagen bei Felder anklopften, ging es nicht um ein weihnachtlich-trautes Beisammensein. Ein Vertrauensmann der katholischen Kirche überbrachte „offiziell ein stark finanziell untermauertes Angebot zur Beteiligung“ am *Südosst-Kurier*; von nicht näher genannter Seite kam ein „starkes Hilfsangebot für den raschen Aufbau einer leistungsfähigen Akzidenzdruckerei“. Schon vor längerem hatte der Verleger der *Passauer Neuen Presse* sein lebhaftes Interesse an einer Übernahme der Abonnenten des *Südosst-Kuriers* bekundet; Hans Kapfinger hoffte, auf diese Weise das Verbreitungsgebiet seiner Zeitung über den Landkreis Altötting hinaus weit nach Oberbayern ausdehnen zu können. Unmittelbar vor einer Fahrt nach München, wo er sich offenbar noch einmal mit sozialdemokratischen Freunden besprach, ließ Felder Wiedemann von diesen Angeboten wissen: „Sie sehen, es stürmt etwas viel auf mich ein. Aber es bleibt zunächst bei meinem Versprechen, auch die letzten Möglichkeiten einer Verständigung mit Ihnen und Ihren Kollegen auszuschöpfen.“<sup>79</sup> Sofern Felder überhaupt noch Hoffnung hatte, den *Südosst-Kurier* auf eine für ihn selbst akzeptable Weise zu retten, bezog sich diese Hoffnung auf seine Partei. Das Angebot der Kirche kam nicht ernstlich in Betracht, und nichts sprach dafür, eher an den Moloch Kapfinger als an Wiedemann und die anderen Altverleger der Region zu verkaufen.

Die Reise nach München brachte den Entschluß: Am 28. Dezember nannte Felder seine Bedingungen für eine Auflösung des *Südosst-Kuriers*<sup>80</sup>. Natürlich ging es jetzt in erster Linie um die Höhe der Abfindung. Felder machte deshalb klar, daß die Entwicklung des *Südosst-Kuriers* seit der Generallizenz keineswegs ein Abstieg ins Bodenlose gewesen war: „Es kann von der gesamten Konkurrenz – und ich betrachte sie durchaus sachlich – nicht geleugnet werden, daß der SOK sich gerade in den anspruchsvollen Leserkreisen, vor allem der größeren Orte, behauptet hat, und es ist ganz klar, daß bei einem Weiterbestehen auch auf Jahre hinaus die derzeitige Abonnentenziffer keine entscheidende Veränderung erfahren wird.“ Aus der Reihe der Argumente, die Felder zur Begründung seiner finanziellen Forderungen anführte, war dies zweifellos das überzeugendste. Seiner Behauptung, bei einer „weiteren Leistungssteigerung“ in Verbindung mit einem „starken Partner“ könnte die Auflage gerade in den Kopfblatt-Gebieten des *Südosst-Kuriers* nach oben gebracht werden, stand das deprimierende Ergebnis der eigenen intensiven Bemühungen entgegen. Auch das Argument, in Reichenhall habe er im Vergleich zur Auflage des alten *Tagblatts* „verlegerischen Mehrwert“ und bei seinen Kopfblatt-Ausgaben „absoluten Verlagswert“ geschaffen, war nur zum Teil richtig: Wie er früher selbst einmal erklärt hatte, war ein großer Teil der Leserschaft des *Südosst-Kuriers* erst durch den Krieg in die Region gekommen; ohne die Existenz des Lizenzblattes hätten zweifellos überwiegend die alten Heimatblätter von dem vergrößerten Potential profitiert. Hingegen war das Ver-

<sup>78</sup> IfZ, ED 312, privates Schreiben Wiedemanns an Felder vom 22. 12. 1953.

<sup>79</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Wiedemann vom 27. 12. 1953.

<sup>80</sup> IfZ, ED 312, drei Schreiben Felders an Wiedemann vom 28. 12. 1953, danach die folgenden Zitate.

langen nach geschäftlicher Redlichkeit schwer abzuweisen. Eine konkrete Summe nennen zu müssen, war Felder allerdings unangenehm: „Meine befreundeten Verleger-Kollegen halten eine Ablösung pro Abonnent mit *DM 10,-* für absolut gerechtfertigt.“ Bei 18 000 Abonnenten ergab das exakt das Dreifache dessen, was die Altverleger angeboten hatten. Darüber offenbar selbst ein wenig erschrocken, beeilte sich Felder hinzuzusetzen, das bedeute nicht sein letztes Wort. Beinahe wichtiger schien ihm eine verlängerte Frist für die Auflösung des *Südost-Kuriers*. Noch fast ein Jahr, bis zum 31. Dezember 1954, wollte er weitermachen.

Das Verhandlungsangebot war doppelt abgesichert. Für den Fall, daß Wiedemanns Kollegen Zustimmung und Zahlung verweigern sollten, präsentierte Felder seinem Verpächter gesondert den Vorschlag, ab 1. Januar 1955 die Reichenhaller Ausgabe des *Südost-Kuriers* zugunsten des *Tagblatts* einzustellen, die Nebenausgaben aber im Rahmen eines Lohndruckvertrages und eines Anzeigenverbundes Felder-Wiedemann beizubehalten; die redaktionelle und verlegerische Selbständigkeit der beiden Zeitungen sollte sichergestellt werden. Felder ging bei dieser Offerte davon aus, daß Wiedemann nach einem Scheitern der Gesamtverhandlungen jeder „moralischen Verpflichtung“ gegenüber seinen Altverleger-Kollegen enthoben sei. Sollte Wiedemann auch eine Zweier-Lösung ablehnen, gab es noch den alten Vorschlag einer kurzfristigen Vertragsverlängerung. Erneut versuchte Felder, Wiedemann von deren beiderseitigem Nutzen zu überzeugen und bat um definitive Antwort vor Jahresende. Es hätte des Aufwandes dreier Schreiben wohl nicht mehr bedurft: Nur Stunden nach deren Erhalt bekundete Wiedemann mit der Genehmigung einer zweimonatigen „freiwilligen Verlängerung“ Optimismus im Hinblick auf einen Kompromiß<sup>81</sup>.

Im Prinzip war die Entscheidung damit gefallen. Wenigstens für sich selbst machte Josef Felder deshalb noch im alten Jahr reinen Tisch. An Silvester bastelte er aus dem Entwurf der Altverleger und eigenen Vorstellungen einen Vertrag über „Einstellung und Aufgabe der Zeitung ‚Südostkurier‘“<sup>82</sup>. Zwar standen noch Pünktchen anstelle der „Abstandssummen“, die Wiedemann und dessen Kollegen aufzubringen hatten, allem anderen aber gab Felder jetzt die endgültige Form: Er verpflichtete sich, weder alleine noch durch Familienangehörige oder Geschäftspartner im Verbreitungsgebiet des *Südost-Kuriers* je wieder verlegerisch oder publizistisch tätig zu werden. In der „Südostecke Bayerns“ sollte der Journalist Josef Felder nichts mehr bewegen können; bei Blättern, die dort mehr als nur „geringfügig“ verbreitet waren, durfte er unter Androhung einer Konventionalstrafe nicht anheuern. Immerhin gelang es Felder, den Altverlegern klarzumachen, daß sie ihm schlecht die Mitarbeit an einer Münchener Zeitung verbieten konnten, nur weil diese zwischen Watzmann und Chiemsee ein paar Abonnenten hatte. Für die kommenden Monate sicherte sich Felder nicht nur materiell (indem den Altverlegern verboten wurde, mit der bevorstehenden Einstellung des *Südost-Kuriers* zu werben), sondern auch in ideeller Hinsicht ab: Erst Anfang Dezember 1954 durfte ein Kommuniqué erscheinen, „das einerseits dem Über-

<sup>81</sup> IfZ, ED 312, offizielles Schreiben Wiedemanns an Felder vom 29. 12. 1953.

<sup>82</sup> IfZ, ED 312, unsignierter Vertragsentwurf vom 31. 12. 1953.

gang der bisherigen Abonnenten des SOK zu den bisher konkurrierenden Heimatblättern dient, andererseits jedoch jeden gehässigen Kommentar oder ‚Nachruf‘ in den übernehmenden Zeitungen auf den SOK ausschließt. Die vertragsschließenden Verleger übernehmen diese Garantie ausdrücklich auch gegenüber ihren verantwortlichen Redakteuren. Ein Abschieds-Artikel des SOK würde sich ebenfalls jeder Spitze gegen die Heimatzeitungen enthalten.“

Felder war vorsichtig geworden und wohl auch ein wenig müde an diesem letzten Tag des Jahres 1953. Für die Titelseite seiner Silvesterausgabe hatte er ein Wort Jacob Burckhardts gewählt. In der „Bitte ans Schicksal“ lag Melancholie und, vielleicht, ein Hinweis auf die Befindlichkeit des Chefredakteurs: „Um Pflichtgefühl für das jedesmal vorliegende, um Ergebung in das Unvermeidliche, und wenn die großen Fragen der Existenz auf uns zukommen – um klare, unzweideutige Stellung derselben; endlich um soviel Sonnenschein für das Leben des einzelnen, als nötig ist, um ihn bei der Erfüllung seiner Pflicht und der Betrachtung der Welt munter zu erhalten.“

Für trübe Gedanken blieb zunächst nicht viel Zeit. In den ersten Januarwochen 1954 mußte der Vertrag unter Dach und Fach gebracht werden. Obwohl um zwei Drittel höher als anfangs angeboten, scheint die endgültige Festsetzung der Ablössumme und ihre Aufteilung keine größeren Schwierigkeiten mehr bereitet zu haben. Man einigte sich auf 100 000 Mark, wovon die eine Hälfte Wiedemann, die andere dessen Kollegen aufzubringen hatten. (Das entsprach knapp sechs Mark pro Abonnent und in etwa dem Preis von zwei Monatsabonnements.) Nachdem es den Altverlegern nicht gelungen war, über ihren Verband rechtzeitig eine Klärung der steuerlichen Fragen herbeizuführen – Syndikus Helmut von Holstein wußte kaum mehr beizusteuern als alte Ressentiments gegen die ehemaligen Lizenzverleger<sup>83</sup> –, erhielt der Vertrag einen Zusatz, der die nachträgliche Festsetzung der Zahlungsmodalitäten erlaubte. Am 20. Januar 1954 wurde unterzeichnet<sup>84</sup>. Neben jener Wiedemanns bedurfte es inzwischen nur noch vier Unterschriften, um alle zukunftssträchtigen Heimatblätter der Region in das Abkommen einzubinden: Anton Millers *Traumsteiner Wochenblatt* hatte die konkurrierenden *Nachrichten* schon so gut wie aus dem Feld geschlagen, Oskar Erdls Name stand nicht nur für das *Frostberger Tagblatt*, sondern auch für den *Salzach-Boten* in Laufen, Dr. Hans Geiselberger unterschrieb für den von Kapfinger bereits arg gebeutelten *Öttinger und Burghauser Anzeiger*, Ludwig Peter Miller für den *Berchtesgadener Anzeiger*. Der „dringende Wunsch“, den schriftlich auszudrücken sich der Reichenhaller Oberbürgermeister tags zuvor die „Freiheit“ genommen hatte, war erfüllt, wohl noch ehe er die Adressaten Felder und Wiedemann erreichte: die „Einheit der Presse in Bad Reichenhall“ blieb auch für die Zukunft garantiert<sup>85</sup>.

<sup>83</sup> IfZ, ED 312, Schreiben des Geschäftsführers des LBZV an Karl Erdl u. a. vom 23. 1. 1954 (Abschrift).

<sup>84</sup> IfZ, ED 312, unterzeichneter Vertrag vom 20. 1. 1954.

<sup>85</sup> IfZ, ED 312, Schreiben des Reichenhaller OB an Felder und Wiedemann vom 19. 1. 1954.

## „Der Kurier ist mein Kind“

In den kommunalpolitischen Führungszirkeln waren, wie Oberbürgermeister Neumayers überflüssige Demarche zeigte, die Verhandlungen um die Zukunft des *Südost-Kuriers* natürlich nicht unbemerkt geblieben. Wer nur die Zeitungen las, erfuhr davon jedoch nichts. Weder dem *Südost-Kurier* noch den Heimatblättern waren auch nur Andeutungen über die zu Jahresende 1954 eintretenden Änderungen zu entnehmen. Die Vertragspartner vermieden alles, was als Verstoß gegen die vereinbarte Vertraulichkeit gewertet werden konnte. Den Altverlegern mußte dieses Abwarten nicht schwerfallen. Aber auch für Felder gab es keinen rechten Grund mehr, lokalpolitische Kontroversen zum Anlaß für Polemik gegen seine Konkurrenten zu nehmen. Zum erstenmal seit vier Jahren herrschte Ruhe an der südost-oberbayerischen Pressefront. Der Wortkrieg war aus.

Doch die psychologische Situation Josef Felders und seiner Redakteure in diesen letzten Monaten stellte sich deshalb nicht einfacher dar. Tätigkeit für den *Südost-Kurier* bedeutete jetzt Engagement auf Abruf. Jahrelang waren die Belastungen den meisten wohl gar nicht bewußt geworden, die aus der Mitarbeit an einer – in Relation zu ihrem Ehrgeiz – notorisch unterbesetzten Redaktion erwuchsen. Nun, so darf man annehmen, änderte sich das. Zumindest die festangestellten Journalisten mußten ihre berufliche Zukunft ins Auge fassen, denn an eine Weiterbeschäftigung bei Wiedemann konnten die wenigsten denken. Das ergab sich schon aus der voraussehbaren Größe der Redaktion des *Reichenhaller Tagblatts*: Wie die benachbarten Altverleger würde Wiedemann kaum mehr als einen Redakteur für Politik und einen für Lokales anheuern; einen Chef vom Dienst, einen Münchener Korrespondenten und eigene Redakteure für Traunstein und Berchtesgaden würde es dort mit Sicherheit nicht geben. Außerdem waren engagierte jüngere Journalistinnen wie Marianne Krell, Erna Hoesch und Erika Paetzmann, auch der Nachrichtenredakteur Paul Zimmermann, zu sehr mit Felders redaktionellem Konzept verbunden, als daß sie für Wiedemann in Frage kamen, – umgekehrt galt das wohl ebenso.

Bezeichnenderweise blieb die Mannschaft bis zum letzten Tag des *Südost-Kuriers* zusammen. In den ersten Wochen nach dem Vertragsabschluß zwischen Felder und den Altverlegern tat sie sich allerdings sichtlich schwer. Zwar hätte es ihrem Ethos widersprochen, nun nachlässig zu werden, vielleicht gar Umfang oder Erscheinungshäufigkeit zu verringern. Wie seit 1951, brachte der *Südost-Kurier* weiterhin wöchentlich vier Ausgaben heraus, während es die Konkurrenz mit dreien genug sein ließ; vom Umfang her bot die Reichenhaller Redaktion mit durchschnittlich 44 Seiten pro Woche mindestens um ein Drittel mehr als die Heimatblätter<sup>86</sup>. Aber der Elan – wen hätte es gewundert? – war weg. In der langen Faschingsaison 1954 gab es keinen „Wildwest-“ oder „Skandal-Kurier“, auch keine „Südost-Kuriositäten“, womit

<sup>86</sup> Im Vergleich zum Herbst 1949 (vgl. S. 159, Anm. 4) hatte sich die Position des Südost-Kuriers gegenüber den Heimatblättern damit noch verbessert.

die Redaktion die Narren-Hochburg Reichenhall in den vergangenen Jahren trefflich unterhalten hatte<sup>87</sup>, nur einen sauertöpfischen Hinweis auf Gebührenberechnung für den Ballkalender: „Man kann von der Presse, die wochenlang erhöhte Aufwendungen für Berichterstattung, Fotos usw. zu machen hat, nicht fordern, auch Veranstaltungsanzeigen kostenlos zu bringen.“<sup>88</sup>

Nicht nur in Nebensächlichkeiten zeigte sich die trübe Stimmung. Redaktionelle Eigeninitiativen gab es kaum noch; das Blatt wurde mit dem Material gemacht, das die Nachrichtenagenturen lieferten. Am schwersten fiel es wohl Josef Felder selbst, seine neue Situation zu meistern. Es scheint, als hätten ihn die deprimierenden Ereignisse der Jahreswende 1953/54 erst mit Verzögerung eingeholt. In den Tagen vor der Vertragsunterzeichnung hatte er als Teilnehmer eines deutsch-französischen Presstreffens in Straßburg, über das er auch berichtete, noch einmal eine Ablenkung erfahren<sup>89</sup>. Danach verfiel der Chefredakteur in ein ungewöhnlich langes Schweigen. Dr. Wolfgang Wagner, der junge Bonner Korrespondent des *Südost-Kuriers* und einiger anderer Zeitungen, hatte schon in den letzten Jahren viele Leitartikel geliefert – nun nahm er praktisch Felders Platz ein. Und häufiger als früher las man in der Kommentarspalte des *Südost-Kuriers* die Meinung Karl Gerolds, Hans-Herbert Gaebels und Hans Henrichs von der *Frankfurter Rundschau*, mit der Felder seit langem freundschaftlich-geschäftlich in Beziehung stand<sup>90</sup>. Der in Reichenhall tätige Theologe Dr. Erich Kellner, dessen publizistische Ambitionen Felder spätestens seit Weihnachten 1953 bekannt waren, sah sich nun öfter gedruckt. Nicht nur im Streit um die „Lehrerbildung nach Bekenntnissen“, sondern auch anlässlich des Scheiterns der Berliner Außenministerkonferenz im Februar 1954 durfte der Jesuitenschüler im *Südost-Kurier* Ursachenforschung betreiben<sup>91</sup>.

Anschließend meldete sich erstmals wieder Felder zu Wort. Aber es war nicht der alte: Nachdem die bisherigen Kommentare das Ergebnis der Viermächtekonferenz im Sinne der Politik der Bundesregierung interpretiert hätten, sei es „ein Gebot der Objektivität, nunmehr auch die Haltung der großen deutschen Oppositionspartei, der SPD, zu erläutern“. Der wie eine Entschuldigung wirkenden Einleitung folgte nicht Josef Felders Meinung, sondern ein schwungloses Referat von Parteibeschlüssen, die Herbert Wehner und Erich Ollenhauer „vor den sozialdemokratischen Verlegern und Chefredakteuren dargelegt“ hatten. Es war, als habe es Felder die Sprache verschlagen: Mit keinem persönlichen Wort verteidigte er die ablehnende Haltung

<sup>87</sup> Die vierseitigen Faschingsausgaben 1950, 1952 und 1953 karikierten jeweils wichtige lokalpolitische und Bonner Ereignisse des letzten Jahres. Auch Felders Konkurrenzverleger trafen ironische Worte.

<sup>88</sup> *Südost-Kurier* vom 5. 1. 1954, S. 4.

<sup>89</sup> *Südost-Kurier* vom 16. 1. 1954, S. 2.

<sup>90</sup> Dorthin vermittelte Felder nach dem Ende des *Südost-Kuriers* auch seinen Nachrichtenredakteur Paul Zimmermann; Mitteilung Felders vom 11. 11. 1981.

<sup>91</sup> *Südost-Kurier* vom 9. 1., S. 2, bzw. vom 18. und 20. 2. 1954, S. 2 und 6. Kellners Traktat in zwei Teilen fand die Wurzeln des russischen Weltmachtstrebens im hegelianischen Denken. In einem Brief an Hoegner vom 19. 12. 1954 erklärte Felder, Kellner habe „mit allen Mitteln [versucht], den *Südost-Kurier* in seine Hand zu bekommen, wobei er mich als redaktionell-technisches Werkzeug benutzen wollte“; IfZ, ED 120/279.

der SPD zu Adenauers Westintegrations- und EVG-Politik. Der früher so kämpferische Mann schloß mit der Bemerkung, über den richtigen Weg zur Wiedervereinigung „vermag wohl nur die Geschichte zu entscheiden“<sup>92</sup>.

Vielleicht plagten Felder damals sachliche Bedenken ob der Richtigkeit der Außen- und Deutschlandpolitik seiner Partei. Doch darin lag schwerlich der ganze Grund für soviel unverhüllte Ratlosigkeit und Resignation. Vier Wochen nach dem Abkommen mit den Altverlegern bewegte ihn offenbar in erster Linie noch die bittere Erfahrung des gescheiterten Versuchs, den *Südost-Kurier* zu retten. Mit Unterstützung der SPD, das stand für ihn fest<sup>93</sup>, wäre das möglich gewesen. Felder hatte sich von seiner Partei mehr pressepolitische Klugheit erwartet, vielleicht auch einfach mehr Solidarität. Er war enttäuscht, daß die Sozialdemokraten es nicht als wichtig erachtet hatten, eine ihnen gewogene Zeitung in einer ihnen nicht gewogenen Gegend am Leben zu erhalten.

Im Herbst 1954 begann Felder seinen Betrieb aufzulösen. Das ganze Jahr über hatte er sich mit eigenen Kommentaren zurückgehalten. Aber nun, wo es etwas zu organisieren und Entscheidungen zu treffen galt, fand er zurück zu Tatkraft und Energie. Engagiert bemühte er sich um die Unterbringung seines Personals<sup>94</sup>. Denn Fritz Wiedemann übernahm nur 34 Arbeiter und Angestellte – im wesentlichen seine alte Belegschaft –, sowie die Zeitungsausträger im Bezirk Reichenhall. Wiedemann brauchte einfach weniger Leute, denn er würde keine sechs Nebenausgaben drucken, die bei Felder zusätzlich zum Umfang jeder Ausgabe die Produktion von 28 Wechelseiten bedingten. Damit erwartete etwa 20 feste Mitarbeiter des *Südost-Kuriers* die Kündigung<sup>95</sup>. Betroffen waren die gesamte Redaktion (mit Ausnahme des bisherigen Sport- und Lokalredakteurs Max Körner sowie des Berchtesgadener Redakteurs Alfred Grothe), natürlich die beiden Söhne Felders, ein Korrektor, zwei Maschinensetzer, fünf Metteure, mehrere Druckereiarbeiter und Büroangestellte. Auch für einen Teil der von ihm angeschafften Maschinen mußte Felder auf Käufersuche gehen. Ironischerweise scheint es ausgerechnet Ludwig Peter Miller gewesen zu sein, der Felders

<sup>92</sup> *Südost-Kurier* vom 23. 2. 1954, S. 1 f.

<sup>93</sup> In einem Entwurf zu seinen Erinnerungen, S. 41, schrieb Felder dazu 1972: „Leider muß man sagen, daß trotz dieser positiven Meinung, die führende Sozialdemokraten von meiner Zeitung hatten, die Partei es versäumt hat, die Zeitung zu stützen und sich damit in dieser Ecke Bayerns ein progressives Organ zu erhalten. Zu spät erkannte man im Vorstand diesen Fehler, als Schatzmeister Nau mir dann sagte: ‚Hier hätte die Partei eigentlich etwas tun müssen.‘ Die Pressepolitik lag bei der SPD im argen, sie hatte kein Konzept, das sie dem schnellen Aufstieg der bürgerlichen Presse nach 1949 hätte entgegensetzen können. [...] Sicher bestehen Zusammenhänge zwischen den geringen Erfolgen der SPD in Bayern (außerhalb der größeren Städte) und den vorhandenen Presseorganen, die nach 1949 fast ausschließlich bürgerliche bis konservative Tendenz aufwiesen.“; IfZ, ED 312.

<sup>94</sup> In diesem Zusammenhang fuhr Felder nach München, um die unvermeidlichen Entlassungen gegenüber der IG Druck und Papier zu erläutern; IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Wiedemann vom 1. 11. 1954. Bei Einstellung des *Südost-Kuriers* hatten sämtliche Redakteure eine neue Stelle.

<sup>95</sup> Das ergibt sich aus einer Übersicht Wiedemanns vom 15. 12. 1954 (IfZ, ED 312) und, allerdings wohl lückenhaften, Angaben im *Südost-Kurier* vom 31. 12. 1954, S. 2.

Fernschreibgerät erwarb und diese Anschaffung im *Berchtesgadener Anzeiger* als „Krönung“ seiner Betriebsmodernisierung feiern ließ<sup>96</sup>.

Am 10. Dezember 1954 erfuhren die „verehrlichen Leser“ vom bevorstehenden Ende des *Südost-Kuriers*. Gequält bedankte sich der Verleger und Chefredakteur bei seinen Abonnenten für die „unerschütterliche Treue“ trotz der „besonders schwierigen Verhältnisse unseres Seins“. Das gemeinsame Kommuniké mit den Altverlegern hatte Felder sorgfältig vorbereitet. Gewiß war der letzte Satz seiner knappen Erklärung nicht nur aus praktischen Gründen (weil es für die verschiedenen Ausgaben dann keiner Änderungen bedurfte) so formuliert, daß die Namen seiner bisherigen Konkurrenzblätter ungenannt blieben; unübersehbar sollte das auch der Distanzierung dienen: „Die Stelle des ‚Südost-Kuriers‘ wünscht nun – nach einer loyalen Vereinbarung – diejenige Heimatzeitung auszufüllen, die sich anschließend mit einer eigenen Erklärung an unsere Leser wendet.“ In der Hauptausgabe war es Fritz Wiedemann, der an die Leser des *Südost-Kuriers* die Bitte richtete, für Januar 1955 „bei den Zeitungsträgerinnen oder der Post“ das *Reichenhaller Tagblatt* zu bestellen: „Eine Unterbrechung im Bezug der Lokalzeitung tritt dadurch nicht ein.“ Sonderlich einladend klang das nicht, aber aus Wiedemanns Perspektive – seine Kollegen warben ein wenig freundlicher um die bisherigen Abonnenten des *Südost-Kuriers*<sup>97</sup> – handelte es sich ja auch nur um den letzten Akt eines Geschäfts, welches die Abonnenten im Grunde nichts anging.

Felder mußte sich zu vergleichbarer Nüchternheit zwingen. Aber nur wenige Male mißlang ihm das in diesen letzten Wochen einer fast neunjährigen Zeitungsarbeit in Reichenhall. So, als er Fritz Wiedemann nach „reiflicher Überlegung“ bat, für die künftige Freilassinger Ausgabe des *Tagblatts* nicht weiter den Titel *Freilassinger Kurier* zu verwenden. Am Ende des Versuchs einer sachlichen Begründung gestand Felder seine Emotionen ein: „Der Kurier ist mein Kind, an dem ich mit journalistischer Leidenschaft hänge, und niemand anderer kann es nach meinem Weggang übernehmen.“<sup>98</sup>

An einem Abgang mit Würde, jedoch nicht mit falschem Weihrauch, lag Felder viel. Der Chefredakteur bat landes- und kommunalpolitische Prominenz um ein offenes Urteil. Obwohl „augenblicklich so überlastet, daß ich kaum weiß, wo mir der Kopf steht“, schickte auch der neue-alte bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner einen Abschiedsgruß<sup>99</sup>. Wie im Mai 1946 sein Geleitwort, schmückte das Faksimile zu Silvester 1954 die Titelseite des *Südost-Kuriers*. Hoegner war inzwischen zu Mitgefühl mit dem Genossen wieder in der Lage, schien die vor zwei Wochen gebil-

<sup>96</sup> Berchtesgadener Anzeiger vom 3. 1. 1955, S. 2; daß es sich um den Fernschreiber des Südost-Kuriers gehandelt haben könnte, geht aus einem Schreiben Felders an Wiedemann vom 30. 11. 1954 hervor; IfZ, ED 312.

<sup>97</sup> Salzach-Bote vom 10. 12. 1954, S. 3, Traunsteiner Wochenblatt vom 10. 12. 1954, S. 4, Berchtesgadener Anzeiger vom 11. 12. 1954, S. 3. Die Altöttinger Ausgabe der Passauer Neuen Presse berichtete von der Einstellung des Südost-Kuriers bereits am 9. 12. 1954, S. 4.

<sup>98</sup> IfZ, ED 312, Schreiben Felders an Wiedemann vom 30. 11. 1954.

<sup>99</sup> IfZ, ED 120/279, Schreiben Hoegners an Felder vom 22. und 23. 12. 1954.

dete Viererkoalition seine parteiintern lange umstrittene und auch von Felder angegriffene Bündnispolitik doch zu bestätigen. So geizte Hoegner nicht mit Lob für die „hervorragenden Dienste“, die der *Südost-Kurier* für die bayerische Politik geleistet habe, und sein Kernsatz fiel fast hymnisch aus: „Die Demokratie hat nicht nur eine Zeitung, sondern einen ihrer mutigsten Vorkämpfer verloren.“

Josef Felder sah das selbst ganz ähnlich. „Ein letztes Wort“ hatte er seine Ausführungen in der Kommentarspalte betitelt, wo keine Gelegenheit mehr war für einen Leitartikel über die schlagzeilenträchtige Zustimmung der französischen Nationalversammlung zu den Pariser Verträgen<sup>100</sup>. Der Herausgeber und Chefredakteur ließ noch einmal die Geschichte seiner Zeitung *Revue* passieren, erinnerte an die Intentionen des Lizenzsystems, erläuterte die sorgfältige Beachtung der Grundsätze des bürgerlichen Rechts („Es ging nie um die *Enteignung* von Privatbetrieben.“), räumte ein, es sei „das verlegerische und journalistische Experiment des Zusammenkoppels weltanschaulich verschieden eingestellter Persönlichkeiten nicht restlos gelungen“, sprach von der künftig fehlenden „geeigneten Betriebsstätte“, von zu hohem Kapitalaufwand für einen Neubau und der Gefahr des Verlusts der „absoluten redaktionellen Handlungsfreiheit“ bei einer Kooperationslösung – und zog die Schlußbilanz: „Ohne Überheblichkeit haben wir [...] das Bewußtsein, in der landschaftlich so überaus reizvollen Südostecke Bayerns unseren erfolgreichen Beitrag zur demokratischen Erneuerung des politischen Bewußtseins geleistet zu haben.“

Das war ein großes Wort. Im Grunde versuchte Felder schon die Antwort auf die Frage des Historikers: Was nun also war die Wirkung seines Tuns? Was hatte der *Südost-Kurier* in achteinhalb Jahren erreicht? Was hatte er verändert, oder kühner noch: verbessert?

Unübersehbar hatten Josef Felder und seine Mitarbeiter die kommunal- und regionalpolitische Entwicklung zwischen Watzmann, Chiemsee und Altötting allein dadurch ein Stück weit beeinflusst, daß sie Öffentlichkeit herstellten, wo vorher informelle Herrschaft dominierte. Ein in solchen Gegenden bis dahin unbekannter Standard der Informationsgebung wurde praktiziert, eine zentrale Voraussetzung demokratischer Partizipation überhaupt erst geschaffen. Die dezidierte Berichterstattung in der Implementierungsphase der neuen politischen Institutionen auf Landes- und Bundesebene diente zweifellos der staatsbürgerlichen Bildung. Darin lag eine die Existenz des *Südost-Kuriers* überdauernde Leistung für die politische Kultur in der Region. Der *Südost-Kurier* half, wie Waldemar von Knoeringen es formulierte, „viele Menschen an den Staat heranzuführen“. Abzählen ließen sich diese Menschen nicht. Aber der bayerische SPD-Vorsitzende hatte nicht einfach nur ein Kompliment gemacht: Politische Wirkungskraft bestätigte dem *Südost-Kurier* auf seine Weise jeder

<sup>100</sup> Am 30. 12. 1954 hatte der *Südost-Kurier* die erst in den frühen Morgenstunden bekanntgewordene Annahme der Pariser Verträge durch die Nationalversammlung als Aufmacher, worauf Felder in seinem letzten Leitartikel tags darauf mit Stolz hinwies; *Südost-Kurier* vom 31. 12. 1954, Hervorhebung im Original.

der Landespolitiker, Landräte und Bürgermeister, die Felders Bitte um einen freimütigen „Abschiedsgruß“<sup>101</sup> entsprachen.

Natürgemäß hatte die von der Zeitung geleistete „Überzeugungsarbeit“, vor allem in den Jahren bis zur Generallizenz, keineswegs einem homogenen Publikum gegolten. Sie konnte sich deshalb, wie eine Stimme des in der Silvesterausgabe veröffentlichten ganzseitigen Abschiedskonzerts verdeutlichte, sehr verschieden niederschlagen: Traunsteins Oberbürgermeister Josef Kößl, der sich zu den „traditionellen Zielscheiben“ des *Südost-Kuriers* rechnete, faßte diese Ambivalenz der Demokratisierungsbestrebungen in einem Satz zusammen: „Zweifellos hat sich die Redaktion bemüht, demokratisches Denken und politische Toleranz im öffentlichen Leben verankern zu helfen, jedoch hinterließ sie besonders in den ersten Jahren des Bestehens durch eine zu einseitige Ablehnung der Vergangenheit manche Bitterkeit in den Herzen von Staatsbürgern, die sich auch in der Hitler-Zeit die Sauberkeit der Gesinnung bewahrt hatten.“

Der Satz charakterisierte nicht nur wesentliche Elemente der unmittelbaren Bedeutung und synchronen Wirkung des *Südost-Kuriers*, er berührte auch die Frage nach der dauerhaften Veränderbarkeit von politischen Einstellungen und Mentalitäten via Zeitung. Indem er unterschiedliche Möglichkeiten historischer Erfahrungsverarbeitung andeutete, verwies er auf die Komplexität gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und gab damit letztlich bereits die Antwort.

Natürlich hatte der *Südost-Kurier* das Milieu nicht umgepflügt. Aber er hatte doch mehr erreicht als recht zu behalten in einer „demokratischen Grundsatzfrage“, die Felder in seiner letzten Ausgabe noch einmal groß herausstellte: Der „Kampf um die Sprengung der Hitler-Ruinen auf dem Obersalzberg“, für ihn der „Kampf gegen eine unbelehrbare Gruppe von Rechts-Radikalisten“, war gewiß eine harte und erfolgreich bestandene Machtprobe mit dem in Kategorien des Fremdenverkehrs denkenden Teil des Milieus gewesen. Am Ende wichtiger als der Triumph in der Sache war jedoch die dabei – wie zu vielen anderen Anlässen – demonstrierte Form publizistischen Engagements. Der *Südost-Kurier* hatte für die Region journalistische Maßstäbe gesetzt. Er hatte, wie Bonn-Korrespondent Wolfgang Wagner zum Abschied schrieb, ein bleibendes Beispiel journalistischer Redlichkeit gegeben: „Was heute in so manchen deutschen Zeitungen wieder üblich und alltäglich geworden ist: daß die Nachrichten nach dem Für und Wider sorgfältig ausgewählt und dem Leser in *gesiebt*em Zustand vorgesetzt werden (damit er sich politisch nicht den Magen verdirbt!) – das hat der ‚Südost-Kurier‘ nie gekannt.“ Die festen Mitarbeiter des *Südost-Kuriers* waren sich dieser Leistung bewußt: „Wir glauben, eine gute Zeitung gemacht zu haben“.<sup>102</sup>

Selbst die Konkurrenz brauchte das jetzt nicht mehr zu bestreiten. Anton Miller, der Verleger des *Traunsteiner Wochenblatts*, sprach zu Jahresbeginn 1955 von einem „imposanten Schlußstrich“, den Felder gezogen habe. Ihn bewegte am meisten Fel-

<sup>101</sup> Ein entsprechendes Schreiben Felders an den Reichenhaller OB vom 23. 12. 1954 und dessen Antwort vom 30. 11. 1954 in: Reg. Reichenhall, 0/00-11/0.

<sup>102</sup> So die Überschrift zu der gemeinsamen Abschiedsseite, *Südost-Kurier* vom 31. 12. 1954, S. 20.

ders „ehrliche politische Weltanschauung“ und Unempfänglichkeit für lukrative Offerten: „Wenn man weiß, daß ihm von klerikaler Seite eine sechsstellige Zahl in D-Mark angeboten wurde, Felder aber abgelehnt hat, dann kann Freund und Gegner ihm die Achtung nicht versagen, die dem Kapitän gebührt, der sein Schiff nicht verläßt.“<sup>103</sup> Zu solch persönlichen Worten verstand sich kein zweiter von Felders Vertragspartnern. Immerhin konzedierte der *Berchtesgadener Anzeiger* zum Jahresanfang in einem Wort „an unsere alten und neuen Leser“, durch den *Südost-Kurier*, der „uns in unserem Werben um den Zeitungsleser des Berchtesgadener Landes nichts schenkte“, zu größerer Leistung angespornt worden zu sein. Heimatverbundene Behäbigkeit wie noch beim Start 1949 war nicht mehr angesagt, „aktuell, umfassend und wahr“ hießen die Adjektive, mit denen der *Anzeiger* jetzt warb<sup>104</sup>. Auch Fritz Wiedemann anerkannte „Zum neuen Beginnen“ seines *Reichenhaller Tagblatts* den vom *Südost-Kurier* seit 1946 durchgesetzten qualitativen Fortschritt: „Wir sind uns [...] wohlbewußt, daß die neue Zeit auch neue Anforderungen an eine Zeitung, besonders in einem Kurort von dem Ruf unseres Staatsbades, stellt. Wir wollen und werden diesen neuen Erfordernissen Rechnung tragen.“<sup>105</sup> Mit einer Aufzählung der künftigen redaktionellen Leistung bestätigte Wiedemann, was jeder Leser auf Anhieb sehen konnte: Vom *Tagblatt* des Jahres 1945 oder gar 1933 war kaum mehr als der Titel übriggeblieben, aber sehr viel vom *Südost-Kurier*.

Für Josef Felder, als er Wiedemanns Erstausgabe in Händen hielt, kann darin kaum Genugtuung gelegen haben. Der Schmerz über den Verlust war viel zu frisch und ging zu tief für einen sachlichen Vergleich schon jetzt. Für eine Bilanz war es ohnehin zu früh, obschon alles dafür sprach, daß zumindest die Altverleger in Reichenhall, Berchtesgaden und Trostberg, die nun ein unangefochtenes Monopol besaßen, ihr zurückgewonnenes Territorium auf lange Zeit würden halten können<sup>106</sup>. Wohl oft noch nahm Felder die letzte Ausgabe seines *Südost-Kuriers* zur Hand, in der seine Redakteure über ihn geschrieben hatten: „Die Zeitung ist sein Leben. [...] Ein Mann, der – wie er – selbst so hingegeben seiner Aufgabe dient, verlangt auch viel von seinen Mitarbeitern. Aber heute, in der letzten der anstrengenden ‚Zeitungsächte‘, versichern wir ihm ehrlich, daß uns die Arbeit für seinen ‚Südost-Kurier‘ keine Last, kein bloßer Broterwerb war, sondern ein freudiges Mitschaffen am gemeinsamen Werk. Wir sind stolz, mit ihm gearbeitet zu haben!“

Kein Zweifel, auch Josef Felder war stolz. Er brauchte die Anerkennung, die aus den Abschiedsworten seiner Mitarbeiter sprach und aus manchem Beitrag der politischen Prominenz. Am meisten aber freute ihn offenbar der Gruß eines „bayerischen Volksschriftstellers“, der im *Südost-Kurier* ein Zeichen für das „Wachwerden echter Freiheit“ gesehen hatte. Von Oskar Maria Graf ließ sich Felder „gesunde Heimatlie-

<sup>103</sup> Traunsteiner Wochenblatt vom 4. 1. 1955, S. 4; ein Teil des Manuskripts, das auf Wunsch Felders gekürzt wurde, und in dem Miller insbesondere der Kampf des *Südost-Kuriers* in der Obersalzberg-Affäre positiv würdigte, in: IfZ, ED 312.

<sup>104</sup> *Berchtesgadener Anzeiger* vom 3. 1. 1955, S. 1 f.

<sup>105</sup> *Reichenhaller Tagblatt* vom 4. 1. 1955, S. 1, Hervorhebungen im Original.

<sup>106</sup> Vgl. S. 19, Anm. 8.

UBERPARTeilICHE UND UNABHANGIGE REICHENHALLER ZEITUNG

Herausgeber und Oberredakteur: Johannes Kellner, „Südost-Kurier“, Verlag- und Druckereianstalt G. M. H. & Co. ...

BAD REICHENHALL, den 31. Dezember 1953

SILVESTER-AUFGABE

Jahrgang 8 — Nr. 286

Besopasnoit, security, sécurité, Sicherheit

Von unserem Bonner Korrespondenten Dr. Wolfgang Wagner

Die Zeiten, in denen es selbstverständlicher Brauch der Diplomaten war, ihre Gespräche auf Französisch zu führen, sind vorüber. Wenn die Außenminister der vier Großmächte am 25. Januar in Berlin zusammenkommen, wird vermutlich jeder in seiner Muttersprache sprechen, und den Dolmetschern werden die Köpfe schwinden von all' den Nasalen und den Keitlanten, die sie mit Automatenstimme in eine andere Sprache zu übertragen haben.

Doch hier geht es einem gleich wie Faust bei der Bibelübersetzung: Man stockt bei dem ersten Wort. Ist das Gleichheitszeichen zwischen den Worten erlaubt? Ist unsere Sicherheit gleichbedeutend mit der russischen besopasnoit? Und denkt der Franzose, der von sécurité spricht, nicht an etwas anderes als wir, wenn wir uns über die Sicherheit der automatischen Übertragung des Wortes von einer Sprache in die andere versichert, daß jede dieser Wörter mindestens eine Bedeutung hat, die der Sicherheit, die nach allen Anzeichen das zentrale Problem der Berliner Konferenz bilden wird, etwas anderes verspricht?

Wir würden uns wohl mit der speziellen Bedeutung aus Berlin um Leipzig ähnliche Gedanken machen, aber wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die Amerikaner, und mehr noch die Engländer, die Besopasnoit auch an das französische sécurité einrichten werden, das zwiespältig in seiner Eindeutigkeit ist.

Der Ausgang der Berliner Konferenz hängt letztlich nicht davon ab, ob man sich über die Verfahren bei freien Wahlen in Deutschland und über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung einigen kann, oder nicht, sondern über die einzigen Fragen von Gewicht waren, aber es ist leider nicht so. Ob in Berlin im kalten Winter und im sein zwiespältig-wärmster Schauplatz (neben Korea), das gespaltenen Deutschland, von den streitenden Heeren befreit werden kann, hängt nur von der Möglichkeit ab, die verschiedenen Begriffe von Sicherheit, sécurité und besopasnoit so miteinander zu vereinbaren, daß allen Beteiligten Genüge getan wird, und keines nicht, so wird jeder sich an das klammern, was er hat, und die Diplomaten und Juristen werden von der „Wahrung des Status quo“ sprechen, bis sich ein Vertrag unterzeichnet, schon seit acht Jahren in zwei Stücke schneidet.

Es fehlt nicht an Gedanken und Plänen, die die Unstimmigkeiten zwischen besopasnoit und security, sécurité und Sicherheit unter einen Hut zu bringen. Aber die meisten können vor dem Vorwurf nicht bestehen, weil keine Aussicht besteht, daß sie von allen Partnern angenommen werden. Dazu gehört der Vorschlag Bundeskanzler Dr. Adenauers, die Deutschen mit den Sowjets ein gemeinsames Sicherheitsbündnis zu erweitern, das auch den Sowjets Sicherheit gegenüber einer deutschen Aufrüstung geben, die die Russen nicht anerkennen wollen, die sich niemals ein Stück Land, das sie haben, im Tausch gegen ein Stück Papier aus der Hand nehmen lassen wollen, und das Land nicht rechtmäßig gehört. Dazu gehört aber auch der sowjetische Vorschlag, von dem man diplomatischen Reisen ins Westens nicht, bevor er überhaupt bekannt gemacht worden ist. Wenn die Nachrichten oder Mutmaßungen zutreffen, wollen die Sowjets auch ein europäisches Sicherheitsbündnis schließen, aber unter anderen Vorzeichen: Es sollte eine europäische Sicherheitsbündnis gebildet werden, in der auch die Russen, die Polen, die Tschechen und noch mehr kommunistische Stellungen sitzen, um über die Geborgenheit Europas im Verein mit Franzosen, Engländern und Italienern so zu

WIR HABEN EINE BITTE ANS SCHICKSAL:

UM PFLICHTGEFÜHL FÜR DAS JEDEMAL VORLIEGENDE, UM ERGEBUNG IN DAS UNVERMEIDLICHE, UND WENN DIE GROSSEN FRAGEN DER EXISTENZ AUF UNS ZUKOMMEN - UM KLARE, UNZWEIDEUTIGE STELLUNG DERSELBEN: ENDLICH UM SOVIEL SONNENSCHIN FÜR DAS LEBEN DES EINZELNEN, ALS NOTIG IST, UM IHN BEI DER ERFÜLLUNG SEINER PFLICHT UND DER BETRACHTUNG DER WELT MUNTER ZU ERHALTEN.

Jacob Burckhardt

UNSERE BESTEN WÜNSCHE FÜR 1954 ALLEN UNSEREN LESERN, MITARBEITERN UND GESCHAFTSFREUNDEN!

SÜDOST-KURIER VERLAG UND REDAKTION

Steuerreform im Februar/März

Der Bundesfinanzminister im Bayerischen Rundfunk

MÜNCHEN, 30. Dezember. (dpa) Finanzreform und Steuerreform werden im Februar und März der Öffentlichkeit übergeben. Dies sei ein Weihnachtsgeschenk an den deutschen Steuerzahler, sagte Bundesfinanzminister Fritz Schäffer, als er diese Ankündigung am Mittwoch im Bayerischen Rundfunk machte. In dem Augenblick, in dem er versprochen habe, die Steuern nicht mehr zu erhöhen, seien alle dem Steuerzahler versprochen, sich allen unberechtigten, mit noch so lauten Tönen vorgetragenen Forderungen entgegenzustellen.

Schäffer äußerte die Hoffnung, daß es mit den Löhnen in der Einkommen- und Körperschaftsteuer kommen werde. Die Länder sähen ein, daß der Haushalt 1954 die Vorbereitung für die kommende Finanzreform sei. Der Bundesfinanzminister begründete sein Verhalten bei der Entscheidung über die Weihnachtszuwendungen für Öffentlich Bedienstete und über das Kriegsgefangenen-Erhaltungsrecht. Die Gesamtbezüge des einzelnen öffentlichen Bediensteten seien 1954 überbrückungshilfe mindestens so hoch wie seine Bezüge im Jahre 1952 mit der Überbrückungshilfe im Dezember. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter der Volkswirtschaftlichen. Die Zuwendungen zusammen mit den Ansprüchen aus dem Kriegsgefangenen-Erhaltungsrecht werden im nächsten Jahr mit mehr als 300 Millionen DM belastet. Bei einer solchen Belastung wären alle Hoffnungen auf Finanz- und Steuerreform für das kommende Jahr. Wenn der Bundeshaushalt 1954 durchgeführt werden könnte, seien die grundsätzliche

Wende zur Sparsamkeit erfolgt und die Voraussetzungen für die Reform geschaffen. Die Wähler, nicht die Funktionäre, hätten der Bundesregierung am 6. September das Vertrauen auch für die Finanzpolitik ausgesprochen. Diese Politik habe die Wahrung schützten, die finanzielle Ordnung wahren, die Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht halten und so die Voraussetzungen schaffen, die Steuerlast des deutschen Volkes mildern und senken zu können.

Schäffer sagte: „Man scheide daher den ruhigen Mut nicht, der berechnete, man scheide ihn nicht in der deutschen Finanzpolitik, insbesondere nicht in der deutschen Finanzpolitik von heute, denn sie braucht heute nach meiner Überzeugung mehr Mut und mehr kühlen, rechnenden Verstand als je.“

Drei neue Heimkehrer-Transporte

800 bereits im Westen - Zwei weitere Schiffe für heute und morgen erwartet

FRIEDLAND, 30. Dezember (UP). Am Dienstag und Mittwoch sind auf deutschem Boden erneut drei weitere Heimkehrertransporte im Westland eingetroffen. 800 Heimkehrer des ersten Transportes kamen am Mittwochmittag am hüringisch-hessischen Zonenübergang Herleshausen an. Sie stammten aus einem Transport, der am Dienstag mit insgesamt 1043 Heimkehrern in Frankfurt an der Oder eintraf. Die übrigen Angehörigen dieses Transportes wurden in die Sowjetzone und nach Berlin entsandt.

walt nach Osten zu verschleppen werden werde. Da ist der Plan des belgischen Außenministers van Zeeland, von dem man noch nicht viel weiß, außer daß er die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone in Mitteldeutschland vorschlägt. Solche Gedanken können untereinander einzufließen und miteinander verknüpft werden, es gibt Dutzende von Möglichkeiten, die noch kaum ausgesprochen und überhaupt nicht öffentlich erörtert sind. Vielleicht werden wir noch von manchen Wendungen der Berliner Konferenz überrascht werden, aber letzten Endes werde wir immer noch denken müssen, wie es schließlich geschehen muß, besopasnoit, sécurité und Sicherheit miteinander zu vereinbaren; dann wird unsere Geduld größer und unsere Hoffnungen kleiner werden.

Jahr des Heils 1954

Von Dr. Erich Kellner, St. Zeno

Wieder - wie oft schon im Leben? - stehen wir am Strande der Zeit. Ein Meer ist die Zeit, gewaltig, unerfot, unermeßlich. Und doch wieder ein Strom, unauflöslich, unerschöpfend im vergänglichsten Beth der Jahrtausende. Wenige Stunden noch, dann dämmert wieder der junge Morgen eines neuen Jahres über die Berge, schon wieder. Das Jahr 1954 sei Christi Geburt.

Merkwürdig, je älter der Mensch wird, um so eiliger scheint es die Zeit zu haben. Die Jahre kommen und gehen, man sieht sie in geradezu beängstigendem Fluge dahin, eines um andere. Aber jeder Mensch erlebt auch einmal den Augenblick, manch' einer am Abend so eines Jahres, da scheint die Zeit eines Herzschlag lang stillzustehen, und in den bangenden Geleit hinein hämmer hart und unerbittlich, Antwort fordern, die Frage: Was für einen Sinn hat das alles, dieses ganze, lange Menschenleben, wenn es doch unwiederbringlich dahinrauscht, wie ein bunter, nächstlicher Traum? Liebe und Glück, Arbeit und Sorge, Kampf und Erfolg? Was für einen Sinn hat überhaupt alle Menschensehnsucht, die Geschichte der Völker und Staaten in dem Aufstiege und Niedergang ihrer Reiche, in ihren Schrecknissen und Revolutionen und Gewalttaten aller Art?

Diese ganze Weltschicksale, die sich in Jahrtausenden bewegt, und doch, gemessen am Schauspiel des Sternenhimmels über uns, ein jährer Ausflugsort, ein Jahr, das hier auf Erden einen Augenblick, der so kurz ist wie die Dauer eines Blitzes, hat einmal eingezeichnet - als Lebens- und mit großen, offenen Augen, mit dem wilden Sturme unserer Leidenschaften, gefoltert von allen Wunders und Träumen, begierig, das Unmögliche zu umfassen und es unter Itern zu drücken. Wir befragen die Vergangenheit, wir lesen, was die Menschen gedacht haben. Aber wir können nicht begreifen. Wir befragen die Erde, dem Himmel, die Sterne, die Welt, die Erde, die Erde und die Abgründe unserer Seele. Aber die Sterne, zu denen wir in einer so unermeßlichen Entfernung aufblicken, werden sich unser nicht erinnern...

Nach einer sehr begründeten Hypothese wird auch die Erde, dieser alte Planet, nach einigen Jahrtausenden oder Jahrmillionen un- bewohnbar werden, dann wird sie zu Grunde gehen. Es wird dann so sein, als wenn die Menschheit niemals existiert hätte. Alles wird für immer ins Nichts des absoluten Vergessens geschwunden werden. Nicht wird mehr daran erinnern, was diese seltensamen Geschöpfe, die einstmals auf der Erde lebten, und die man Michaelangelo, Napoleon, die Symphonien Beethovens, Dante, Goethe, die Verwirklichung, die Liebe, die Auflebung der Reize - all' das war vollständig und ewig vergabene.

(Fortsetzung siehe Seite 2)

Drei neue Heimkehrer-Transporte

800 bereits im Westen - Zwei weitere Schiffe für heute und morgen erwartet

Am Mittwochnachmittag am westdeutschen Heimkehrerlager Friedland gleichzeitig die bevorstehende Ankunft von weiteren 800 Heimkehrern, außerdem sind im Zug gegenwärtig noch in Eisenbahneingekleidet werden.

Gleichzeitig gab der Berliner Suchdienst des Roten Kreuzes bekannt, daß die neuen Heimkehrertransporte in Fürstenwalde an der Spree bekrant. Der Umfang dieses Transportes ist zu Stunde noch nicht bekannt. Die Zustellung der Heimkehrer wird am 31. dieses Transportes aus Telegrammen der Heimkehrer an ihre Angehörigen in West-Berlin.

Den in der Bundesrepublik Entlassenen des ersten Transportes bekrant sich nur wenige Zivilvermählte und keine Frauen und Kinder. Die Heimkehrer stammen aus den Lagern Nr. 1181/1 bis 1181/7 und werden im 301. lassungslager Nr. 5110/45, im Raum Perwomaisk-Swerdlowsk, das früher die Nr. 1181/7, jetzt gesammelt. Bei den Heimkehrern handelt es sich um Angehörige der ehemaligen deutschen Wehrmacht aller Dienstgrade und der früheren Waffen-SS.

Nach Auswegen von Heimkehrern sollen in den Lagern 6118/1 bis 6118/7 noch über 3000 deutsche Kriegsgefangene zurückgehalten werden, mit deren Entlassung sollte in der nächsten Zeit getrachtet werden könne.

be“ gerne nachsagen. Dessen Befürchtung, nun könnten im Rupertiwinkel die „alten, engen Mächte des Provinzialismus und der – uns Bayern tief fremden – Weltfeindschaft“ zurückkehren, teilte er gleichwohl nicht. Josef Felder hatte in den zurückliegenden zehn Jahren die Möglichkeiten und Grenzen politisch-journalistischen Engagements kennengelernt und sich, trotz bitterer Erfahrungen, mehr Optimismus bewahrt als sein alter Freund in New York. Nicht von ungefähr stellte er dem allerletzten Dank an seine Leser ein Wort Carl von Ossietzkys voran. Es sollte ihn bei seinem Gang nach Bonn begleiten, wo das traditionsreiche sozialdemokratische Parteiorgan *Vorwärts* auf einen Chefredakteur<sup>107</sup> wartete: „Der politische Journalismus ist keine Lebensversicherung. Das Risiko erst gibt ihm den besten Antrieb.“

<sup>107</sup> Felder leitete den *Vorwärts*, gegen innerredaktionelle Widerstände, rund drei Jahre. Von 1958 bis 1969 war er Bundestagsabgeordneter der SPD für den Wahlkreis Erlangen. Er lebt in München.

# Quellen und Literatur

## 1. Ungedruckte Quellen

### *Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ)*

Office of Military Government for Germany, United States (OMGUS) (NA, RG 260)  
Information Control/Services Division, Director's Office  
Information Control/Services Division, Central Files  
Information Control/Services Division, Press Branch  
Information Control/Services Division, Opinion Surveys Branch  
Regional Government Coordinating Office

Office of Military Government for Bavaria (OMGB) (NA, RG 260)  
Field Operations Division  
Information Control/Services Division  
Information Control/Services Division, Press Branch  
Intelligence Division  
Land Director

OMGUS/ICD Opinion Surveys (Dk 110.001)  
OMGB Historical Reports (Fg 01)  
OMGB Selected Records (MA 14)  
Sammlung Josef Felder (ED 312)  
Nachlaß Wilhelm Hoegner (ED 120)  
Sammlung Ernst Langendorf (Fh 24)

### *Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA)*

Bayerische Staatskanzlei  
MA – 130 115–130 120, 130 122/1, 130 251–130 258, 130 260, 130 269, 130 431, 130 434,  
130 804–130 856  
Karton (Nr.) – 36 (0160), 37 (0165), 39 (01714), 43 (1040), 50 (122), 233 (9730)

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen  
MF – 79 671–79 674, 80 206, 80 207, III-XIb-9, III-XI-11, III-XI-33

Bayerisches Staatsministerium des Innern  
MI – 79 671–79 674

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft  
MW – 11 944, 11 945, 12 031, 12 032, 12 544, 12 555, 12 562, 20 203–20 206, 13 546

Der Bayerische Bevollmächtigte beim Länderrat in Stuttgart  
14–17, 29/2, 49, 71, 123, 150

Die Bayerische Verbindungsstelle Berlin

*Staatsarchiv München* (StA München)

Landratsamt Berchtesgaden

LRA – 29 656–29 659, 29 718–29 720, 29 762, 29 929, 30 643, 30 749–30 751, 30 870, 31 391, 31 392,  
31 582, 31 583, 34 021, 155 737, 155 756–155 759

Landratsamt Laufen

LRA – 142 025

Landratsamt Mühldorf

LRA – 135 118, 135 120

Landratsamt Rosenheim

LRA – 3345, 3427

*Altregistratur Stadt Bad Reichenhall* (Reg. Reichenhall)

0/11-00/0 (Presseangelegenheiten)

Stadtratsprotokolle 1945–1955

## 2. Befragungen

Dr. Edmund Banaschewski

Josef Felder

Heinrich Haug

Ernst Langendorf

Dr. Hans Lehmann

Wilhelm Friedrich Maschner

Paul Mayer

## 3. Gedruckte Quellen und Literatur

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, München 1976–1983.

Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1948, 1951, 1955.

Baerns, Barbara: Pressepolitik der Besatzungsmächte und deutsch-deutscher Nachrichtenaustausch,  
in: Deutsche Studien 17 (1979), S. 173–184.Baerns, Barbara: Lenkung und Kontrolle beim Neuaufbau des Pressewesens (1945–1949), in: Heinz-  
Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Kommunikationskontrolle des 15. bis 20. Jahrhunderts. Mün-  
chen 1982, S. 280–304.

Balfour, Michael: Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946, Düsseldorf 1959.

Balfour, Michael: Reforming the German Press 1945–1949, in: Journal of European Studies 3 (1973),  
S. 268–275.

Bechtle, Friedrich R.: Die nordwürttembergische politische Presse von 1930–1949, Diss. München 1952.

Befrage, Cedric: Seed of Destruction. The Truth about the U.S. Occupation of Germany, New York 1954.

Berwanger, Dietrich: Massenkommunikation und Politik im Saarland 1945–1959. Ein Beitrag zur  
Untersuchung „publizistischer Kontrolle“, Diss. München 1969.Bitter, Georg: Zur Typologie des deutschen Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland,  
München (1951).

Bucerius, Gerd: „Zeit“-Geschichte – wie sie uns in Atem hielt, in: Die Zeit vom 21. 2. 1966.

Bucerius, Gerd: Der angeklagte Verleger. Notizen zur Freiheit der Presse, München 1974.

- Bungenstab, Karl-Ernst: Umerziehung zur Demokratie? Reeducation-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949, Düsseldorf 1970.
- Bungenstab, Karl-Ernst: Die Ausbildung der amerikanischen Offiziere für die Militärregierung nach 1945, in: Jahrbuch für Amerikastudien 18 (1973), S. 195–212.
- Chamberlin, Brewster S.: Kultur auf Trümmern. Berliner Berichte der amerikanischen Information Control Section Juli–Dezember 1945, Stuttgart 1979.
- Clay, Lucius D.: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950.
- (Clay, Lucius D.): The Papers of Lucius D. Clay. Germany 1945–1949, Bloomington 1974.
- Cron, Helmut: Lizenzen – Geschäft oder Legende?, in: Der Journalist 1974, S. 37–66.
- Cron, Helmut: Stuttgarter Zeitungs-Chronik 1945, Privatdruck Stuttgart 1979.
- Cron, Helmut: Die Redaktion am Verlag beteiligt. Ein mißglückter Versuch bei der „Wirtschaftszeitung“ 1947–1948, in: Publizistik 25 (1980), S. 68–74.
- Davidson, David: The Steeper Cliff, New York 1947.
- Dillard, Irving: The Development of a Free Press in Germany 1945–1946: An Aspect of American Military Government, Edmund J. James Lectures of Government, Urbana 1951, S. 37–66.
- Dorn, Walter L.: Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973.
- Dunner, Joseph: Information Control in the American Zone of Germany, in: Carl J. Friedrich (Hrsg.), American Experiences in Military Government in World War II, New York 1948.
- Dunner, Joseph: Zu Protokoll gegeben. Mein Leben als Deutscher und Jude, München 1971.
- Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945–1949, Stuttgart und Wiesbaden 1983.
- d’Ester, Karl und Ewald W. Remy (Hrsg.): Der Journalist. Das Handbuch für den Publizisten, Gießen 1951.
- Felder, Josef: Mein Weg: Buchdrucker – Journalist – SPD-Politiker, in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Band I, Boppard 1982, S. 9–79.
- Fischer, Erika J. und Heinz-Dietrich Fischer: John J. McCloy und die Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Presseberichte und Dokumente über den Amerikanischen Hochkommissar für Deutschland 1949–1952, Köln 1985.
- Fischer, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945, Bremen 1971.
- Fischer, Heinz-Dietrich: Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatus. Die Zonenzeitung „Die Welt“ 1946–1950. Konzeption, Artikulation und Rezeption, Düsseldorf 1978.
- Flögel, Ute: Pressekonzentration im Stuttgarter Raum, München 1972.
- Frankenfeld, Alfred: Die erste Wiederaufbauphase. Persönliches und Dokumentarisches zur westdeutschen Presseentwicklung 1945–1947, in: Publizistik 5 (1960), S. 385–398.
- Frantz, Ulrich: Die Geschichte der Deutschen Journalistenschule in München unter Berücksichtigung der Journalistenausbildung in München von 1945–1979, M.A. München 1980.
- Frei, Norbert: Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980.
- Frei, Norbert: Die Presse, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden. Band III: Kultur, Frankfurt 1983, S. 275–318.
- Frei, Norbert: Neubeginn im deutschen Pressewesen. Die Ära der Lizenzzeitungen 1945–1949, in: Entwicklungsperspektiven zukünftiger Informationssysteme, München 1983, S. 19–32.
- Frei, Norbert: Medienpolitik der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Situation in den Besatzungszonen und in Berlin, in: Mitteilungen Studienkreis Rundfunk und Geschichte 11 (1985), S. 28–41.
- Frei, Norbert: Startkontrolle. Eine amerikanische Meinungsumfrage zur „Frankfurter Rundschau“ vom August 1945, in: Publizistik 30 (1985), S. 216–228.
- Frei, Norbert und Franziska Friedlaender (Hrsg.): Ernst Friedlaender: Klärung für Deutschland. Leitartikel in der Zeit 1946–1950, München 1982.
- Gehring, Hansjörg: Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953. Ein Aspekt des Reeducation-Programms, Stuttgart 1976.

- Gimbel, John: Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besetzung. Marburg 1945–1952, Köln/Berlin 1964.
- Gimbel, John: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt 1971.
- Greuner, Reinhart: Lizenzpresse. Auftrag und Ende. Der Einfluß der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik auf die Wiedererrichtung eines imperialistischen Pressewesens in Westdeutschland, Berlin (Ost) 1962.
- Gross, Franz B.: Freedom of the Press under Military Government in Western Germany 1945–1949. The Origins and Development of the New German Press, Diss. Cambridge/Mass. 1952.
- Habe, Hans: Our Love Affair with Germany, New York 1953.
- Habe, Hans: Wunder, Segen und Fluch der deutschen Presse, in: Helmut Hammerschmidt (Hrsg.), Zwanzig Jahre danach. Eine deutsche Bilanz 1945–1965, München 1965, S. 338–359.
- Habe, Hans: Im Jahre Null. Vom Autor revidierte und erweiterte Ausgabe, München 1977.
- Hagemann, Walter (Hrsg.): Die deutsche Zeitung 1949. Untersuchung von Form und Inhalt, Münster 1949.
- Handbuch Deutsche Presse, Bielefeld 1947.
- Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage. Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlage, Berlin 1947.
- Harenberg, Karl-Heinz: „Die Welt“ 1946–1953. Eine deutsche oder eine britische Zeitung? Diss. Hamburg 1976.
- Henke, Klaus-Dietmar und Hans Woller (Hrsg.): Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung, Stuttgart 1984.
- Hoegner, Wilhelm: Der schwierige Außenseiter, München 1959.
- Hofmann, Josef: Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916–1947, Mainz 1977.
- Hurwitz, Harold: U.S. Military Government in Germany: Press Reorientation. Band 1 und 2, Karlsruhe 1950, (HICOG Historical Division).
- Hurwitz, Harold: Die Pressepolitik der Alliierten, in: Harry Pross (Hrsg.), Deutsche Presse seit 1945, Bern 1965, S. 27–55.
- Hurwitz, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945–1949, Köln 1972.
- Hurwitz, Harold: Antikommunismus und amerikanische Demokratisierungsvorhaben im Nachkriegsdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 29 (1978), S. 29–46.
- Janik, Erwin: Dr. Hans Kapfinger und seine Zeit. Ein Lebensbild des Gründers, Verlegers und Herausgebers der „Passauer Neuen Presse“, Passau 1984.
- Kampmann, Helmut: Es stand in der Zeitung. Nachkriegs-Presse im Koblenzer Raum von 1945 bis 1949, in: Franz-Josef Heyen (Hrsg.), Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz von 1945 bis 1951, Boppard 1984, S. 297–314.
- Kapfinger, Hans: Die neue bayerische Presse, Passau (1948).
- Ketterle, Margit: Literatur und Politik im Nachkriegsdeutschland: Die Zeitschrift „Der Monat“ 1948–1954, M.A. München 1984.
- Kieslich, Günter: Zum Aufbau des Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945, in: Publizistik 8 (1963), S. 274–281.
- Kim, Kyong-Kun: Die Neue Zeitung im Dienste der Reeducation für die deutsche Bevölkerung 1945–1946, Diss. München 1974.
- Knipping, Franz: Monopole und Massenmedien, Berlin (Ost) 1969.
- Knoche, Manfred: Der Konzentrationsprozess der Tagespresse 1954–1978. Typenorientierte Einzelfallanalysen zum Wegfall Publizistischer Einheiten, in: Media Perspektiven 10 (1978), S. 731–747.
- Kock, Peter Jakob: Bayerns Weg in die Bundesrepublik, Stuttgart 1983.
- Kogon, Eugen: Vom Elend unserer Presse, in: Frankfurter Hefte 3 (1948), S. 614–624.
- Kopper, Gerd G.: Zeitungsideologie und Zeitungsgewerbe in der Region. Eine Fallstudie zu den politischen Voraussetzungen der Konzentration in Schleswig-Holstein 1945–1970 (Mit Nachträgen 1971), Düsseldorf 1972.

- Kopper, Gerd G. (Hrsg.): Marktzutritt bei Tageszeitungen – zur Sicherung von Meinungsvielfalt durch Wettbewerb, München 1984.
- Koszyk, Kurt: „Parteipresse“ im Nachkriegsdeutschland, in: Gertraude Steindl (Hrsg.), Publizistik aus Profession. Festschrift für Johannes Binkowski, Düsseldorf 1978, S. 135–145.
- Koszyk, Kurt: Mutmaßungen und Belege über „Die Welt“, in: Publizistik 24 (1979), S. 137–144.
- Koszyk, Kurt: Kontinuität oder Neubeginn? Massenkommunikation in Deutschland 1945–1949, Siegen 1981.
- Kritzer, Peter: Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979.
- Kuegler, Ina: Die Entstehung der Pressegesetze von 1949 in den Ländern Bayern, Württemberg und Hessen, M. A. München 1978.
- Küster, Otto und Dolf Sternberger: Verantwortung und Freiheit des Journalisten. Beiträge und Materialien zum Presserecht, Heidelberg 1949.
- Langendorf, Ernst: School of Journalism, in: Military Government Information Bulletin 165 (1949), S. 11–13.
- Langendorf, Ernst: Mit dem Jeep auf Verlegersuche, in: Michael Schröder (Hrsg.), Auf geht's: Ramadama! Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über Wiederaufbau und Neubeginn 1945 bis 1949, Köln 1984, S. 11–32.
- Latour, Conrad F. und Thilo Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947. Stuttgart 1973.
- Leemreijze, Jan: Die Tagespresse in Baden-Württemberg von 1953 bis heute, in: Von der Preßfreiheit zur Pressefreiheit. Südwestdeutsche Zeitungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1983.
- Leithäuser, Joachim G.: Journalisten zwischen zwei Welten. Die Nachkriegsjahre der Berliner Presse, Berlin 1960.
- Leuschner, Udo: Zeitungs-Geschichte. Die Entwicklung einer Tageszeitung über zwei Jahrhunderte: Vom „Intelligenzblatt“ zum Kabelfernsehprojekt am Beispiel Mannheims. Ein Buch über das Geschäft mit Zeitungen, Berlin 1981.
- Liebes, Peter: The Post-Licensed German Press, in: Journalism Quarterly 33 (1956), S. 61–73.
- Liedtke, Rüdiger: Die verschenkte Presse. Die Geschichte der Lizenzierung [sic] von Zeitungen nach 1945, Berlin 1982.
- Löffler, Martin: Das heute in Deutschland geltende Presserecht. Bilanz der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Juni 1957, in: Publizistik 2 (1957), S. 323–333.
- Luthardt, Dieter: Entnazifizierung und Vergangenheitsbewältigung im Spiegel der Lizenzpresse 1946–1948. Dargestellt am Beispiel der Coburger „Neuen Presse“, Zulassungsarbeit Würzburg 1979.
- Mannhart, Franz: Entwicklung und Strukturwandel der Tagespresse in der Bundesrepublik seit 1945 und ihre Position im öffentlichen Raum, Diss. München 1957.
- Marder, Jürgen: Eine Journalistengeneration – seine Schüler. Erinnerungen an das erste Groth-Seminar in München, in: Publizistik 10 (1965), S. 200f.
- Markgraf, Anne: Der „Land- und Seebote“. Eine hundertjährige Heimatzeitung und ihre Zukunftsperspektive, M. A. München 1983.
- Markl, Christoph: Restauration und Konzentration. Zur Entwicklung der Heimatpresse nach 1945. Eine regionale Fallstudie, M. A. München 1984.
- Mathäus, Gerhard Rolf: Das Ziel hieß: Bessere Deutsche durch besseres Deutsch. Die Sprachum-  
erziehung bei der DANA/DENA, in: Publizistik 8 (1963), S. 309–323.
- Matz, Elisabeth: Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944–1946), Münster 1969.
- Meier, Ernst: The Licensed Press in the U. S. Occupation Zone of Germany, in: Journalism Quarterly 31 (1954), S. 223–231.
- Mendelssohn, Peter de: Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Frankfurt 1982.

- Mettler, Barbara: *Demokratisierung und Kalter Krieg. Zur amerikanischen Informations- und Rundfunkpolitik in Westdeutschland 1945–1949*, Berlin 1975.
- Merritt, Anna J. und Richard L. Merritt (Hrsg.): *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945–1949*, Urbana 1970.
- Merritt, Anna J. und Richard L. Merritt (Hrsg.): *Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys 1949–1955*, Urbana 1980.
- Meyn, Hermann: Politische Einwirkungen auf die Pressegesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Publizistik* 15 (1970), S. 114–130.
- Mohn, Siegfried H.: *Die Ausbildung des Journalisten-Nachwuchses in Deutschland. Problematik und historische Entwicklung der Ausbildungsmöglichkeiten für Journalisten in Deutschland*, Diss. Erlangen 1963.
- Mosburg, Helmut Paul Otto: *Die Lizenzpresse in der US-Zone 1945–1949. Eine Darstellung ihrer Entwicklung und ihrer politischen Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung der Anordnung der amerikanischen Besatzungsmacht*, Diss. Erlangen 1952.
- Nelson, Kenneth R.: *US Occupation Policy and the Democratic Newspaper Press in Bavaria 1945–1949*, Diss. Charlottesville 1966.
- Netzer, Hans Joachim: „Die Neue Zeitung“, in: *Deutsche Rundschau* 10 (1963), S. 37–46.
- Neufeldt, Günther: *Berufsbilder der Journalistenorganisationen 1950–1981*. Diplomarbeit München 1982.
- Niethammer, Lutz: *Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945*, in: *VfZ* 15 (1967), S. 153–210.
- Niethammer, Lutz: *Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung*, Frankfurt 1972.
- Noll, Jochen: *Die deutsche Tagespresse. Ihre wirtschaftliche und redaktionelle Struktur*, Frankfurt/New York 1977.
- Norman, Albert: *Our German Policy: Propaganda and Culture*, New York 1951.
- Office of the Chief Historian European Command (Hrsg.): *German Youth Activities of the United States Army. Occupation Forces in Europe Series 1945–1946*, Frankfurt 1947.
- Office of the U.S. High Commissioner for Germany (Hrsg.): *Report on Germany*, Washington (1950 ff.).
- Office of Military Government for Germany (U.S.) (Hrsg.): *White, Grey and Black List for Information Control Purposes*.
- Otzen, Katharina: *Lizenzpresse. Altverleger und Politik. Kontroversen um die „Kieler Nachrichten“*, Sankt Augustin 1980.
- Padover, Saul K.: *Experiment in Germany. The Story of an American Intelligence Officer*, New York 1946.
- Perk, Willy: *Besatzungsmacht gegen Pressefreiheit. Geschichte der Zeitung „Westdeutsches Volks-echo“ 7. Mai 1946 bis 4. Mai 1948*, Frankfurt 1979.
- Pilgert, Henry P.: *Press, Radio and Film in West Germany 1945–1953*, o. O. 1953 (HICOG Historical Division).
- Pross, Harry (Hrsg.): *Deutsche Presse seit 1945*, Bern 1965.
- Pross, Harry: *Politik und Publizistik in Deutschland seit 1945. Zeitbedingte Positionen*, München 1980.
- Prinz, Friedrich (Hrsg.): *Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945–1949*, München 1984.
- Rachmel, Bettina: *Helmut Cron. Ein Leben für Journalismus und Verbandsarbeit durch drei Epochen deutscher Geschichte. Eine Biographie*, Diplomarbeit München 1983.
- Raps, Erna: *Der „Verband der Berufsjournalisten in Bayern“*. Zur Gründungsgeschichte und Verbandspolitik in der Phase des Wiederaufbaus 1945–1949, M. A. München 1983.
- Reinowski, Hans J.: *Unsere Zeitung in unserer Zeit. Festschrift zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des „Darmstädter Echo“*, Darmstadt 1970.

- Richter, Rolf: Kommunikationsfreiheit = Verlegerfreiheit? Zur Kommunikationspolitik der Zeitungsverleger in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1969, Pullach 1973.
- Rudolf, Günther: Presseanalyse und zeitgeschichtliche Forschung. „Telegraf“ und „WAZ“ zur Berlin-Krise 1948–1949, Pullach 1972.
- Sänger, Fritz: Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten, Bonn 1978.
- Schmitz, Johannes: DANA/DENA – Nachrichtenagentur in der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands (1945–1949), M. A. München 1984.
- Schneider, Hans: Der „Allgäuer“. Vom Wesen und Wirken einer Heimatzeitung seit 1945, Diss. München 1952.
- Schrenck-Notzing, Caspar: Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Stuttgart 1965.
- Schütz, Walter J.: Publizistische Konzentration der deutschen Tagespresse: Zur Entwicklung der Publikations-Einheiten seit 1945, in: Media Perspektiven 5 (1976), S. 189–199.
- Schütz, Walter J.: Die Zeitungen in Nordrhein-Westfalen 1945–1949. Eine Bibliographie, in: Kurt Koszyk und Volker Schulze (Hrsg.), Die Zeitung als Persönlichkeit. Festschrift für Karl Bringmann, Düsseldorf 1982.
- Schölzel, Stephan: Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949, in: Jahrbuch westdeutscher Landesgeschichte 8 (1982), S. 227–249.
- Senzer, Heinz-Peter: Die Tagespresse in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, Diss. Wien 1951.
- Settel, Arthur (Hrsg.): This is Germany, New York 1950.
- Shuster, George N.: In Amerika und Deutschland. Erinnerungen eines amerikanischen College-Präsidenten. Frankfurt 1965.
- Simeon, Thomas: SPD-verbundene Tageszeitungen zwischen 1945 und 1949. Ein Beitrag zur Klärung der praktischen Pressepolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Nachkriegszeit, Diss. Berlin 1983.
- Stamm, Willy (Hrsg.): Der Leitfaden für die Presse, Essen 1947 und 1949–1985.
- Steinhausen, Gertrud: Gründung und Entwicklung der westdeutschen Nachrichten-Agenturen nach dem Zweiten Weltkrieg, Diss. Heidelberg 1959.
- Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (Hrsg.): The Psychological Warfare Division. An Account of its Operations in the Western European Campaign 1944–1945, Bad Homburg 1945.
- Tent, James F.: Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany. Chicago 1982.
- Unger, Ilse: Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1954, Stuttgart 1979.
- Verband Bayerischer Zeitungsverleger (Hrsg.): 50 Jahre Verband Bayerischer Zeitungsverleger 1913–1963, München 1963.
- Verband der Deutschen Presse (Hrsg.): Pressefreiheit in Westdeutschland – Phrase und Wirklichkeit. Eine Dokumentation, Berlin (Ost) 1957.
- Wiedenhorn, Dagmar: Gründung und Aufbau der „Süddeutschen Zeitung“ von 1945 bis 1949, M. A. München 1982.
- Winkler, Allan M.: The Politics of Propaganda. The Office of War Information 1942–1945, New Haven 1978.
- Wolfe, Robert (Hrsg.): Americans as Proconsuls. United States Government in Germany and Japan, 1944–1952, Carbondale 1984.
- Woller, Hans: Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955, Stuttgart 1982.
- Wrede, Hans Ludwig und Ferdinand Mentzen (Hrsg.): Wer schreibt worüber? Journalisten-Handbuch 1956, Bad Godesberg 1956.
- Wurstbauer, Heinrich: Lizenzzeitungen und Heimatpresse in Bayern, Diss. München 1952.
- Wünschel, Hans-Jürgen: Die Entwicklung der Presse in der Pfalz in den ersten Nachkriegsmonaten 1945, in: Publizistik 21 (1976), S. 208–217.

#### 4. Zeitungen

Alt-Neuöttinger Anzeiger  
Berchtesgadener Anzeiger  
Freilassinger Anzeiger  
Freilassinger Volkszeitung  
Oberbayerisches Volksblatt, Rosenheim  
Passauer Neue Presse  
Reichenhaller Grenzbote  
Reichenhaller Tagblatt  
Salzach-Bote/Laufener Kreiszeitung  
Südost-Kurier, Bad Reichenhall  
Süddeutsche Zeitung, München  
Traunsteiner Nachrichten  
Traunsteiner Wochenblatt  
Trostberger Tagblatt

#### 5. Fachzeitschriften

Der Deutsche Verleger. Fachzeitschrift für das Presse- und Verlagswesen. Augsburg 1948 ff.  
Mitteilungen des Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Vereins e. V. für die britische Zone, Düsseldorf 1946.  
Die deutsche Zeitung. Mitteilungen des Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Vereins e. V., des Nordwestdeutschen Journalistenverbandes e. V., der Arbeitsgemeinschaft Nordwestdeutsche Presse für die britische Besatzungszone, Bielefeld 1947 ff.  
Die Zeitung. Mitteilungsblatt der Verlegerverbände in der amerikanischen Zone, Augsburg 1946 ff.

## Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AG	Adjutant General
AMZON	American Zone of Occupation
Anm.	Anmerkung
AP	Associated Press
AsD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
BGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BLVW	Bayerisches Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung
BP	Bayernpartei
CAD	Civil Affairs Division
CSU	Christlich-Soziale Union
DANA/DENA	Deutsche (Allgemeine) Nachrichten-Agentur
DIMITAG	Dienst Mittlerer Tageszeitungen
DISCC	District Information Services Control Command
Diss.	Dissertation
DP	Displaced Person
dpa	Deutsche Presse-Agentur
ECAD	European Civil Affairs Division
ECAR	European Civil Affairs Regiment
EUCOM	European Command
FDP	Freie Demokratische Partei
FOD	Field Operations Division
GARIOA GmbH	Government Appropriations for Relief in Occupied Areas Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HVW	Hauptbüro für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung
HICOG	(Office of the U.S.) High Commissioner for Germany
ICD	Information Control Division
ID	Intelligence Division
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
ISD	Information Services Division
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
LBZV	Landesverein Bayerischer Zeitungsverleger e. V.
LRA	Landratsamtsakten
LVB	Akten des SPD-Landesverbands Bayern
LTF	Akten der SPD-Landtagsfraktion Bayern

M.A.	Magisterarbeit
MA	Akten der Bayerischen Staatskanzlei
MF	Akten des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen
MG	Military Government
MGR	Military Government Regulation(s)
MI	Akten des Bayerischen Staatsministeriums des Innern
MW	Akten des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft
NA	U.S. National Archives, Washington
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OB	Oberbürgermeister
OCH	Office of the Chief Historian
ODIC	Office of Director of Information Control
oHG	offene Handelsgesellschaft
OMGB	Office of Military Government for Bavaria
OMGUS	Office of Military Government for Germany (U.S.)
Pg	Parteigenosse
PIB	Political Information Branch
PID	Public Information Division
PW	Prisoner of War
PWD	Psychological Warfare Division
Reg.	(Alt-)Registratur
RG	Record Group
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RM	Reichsmark
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces
SOK	Südost-Kurier
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SRP	Sozialistische Reichspartei
StA	Staatsarchiv
UP(I)	United Press (International)
U.S.	United States
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USFET	United States Forces European Theater
VBZV	Verein (Verband) Bayerischer Zeitungsverleger e. V.
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WIGO	Wirtschaftliche Genossenschaft der Presse